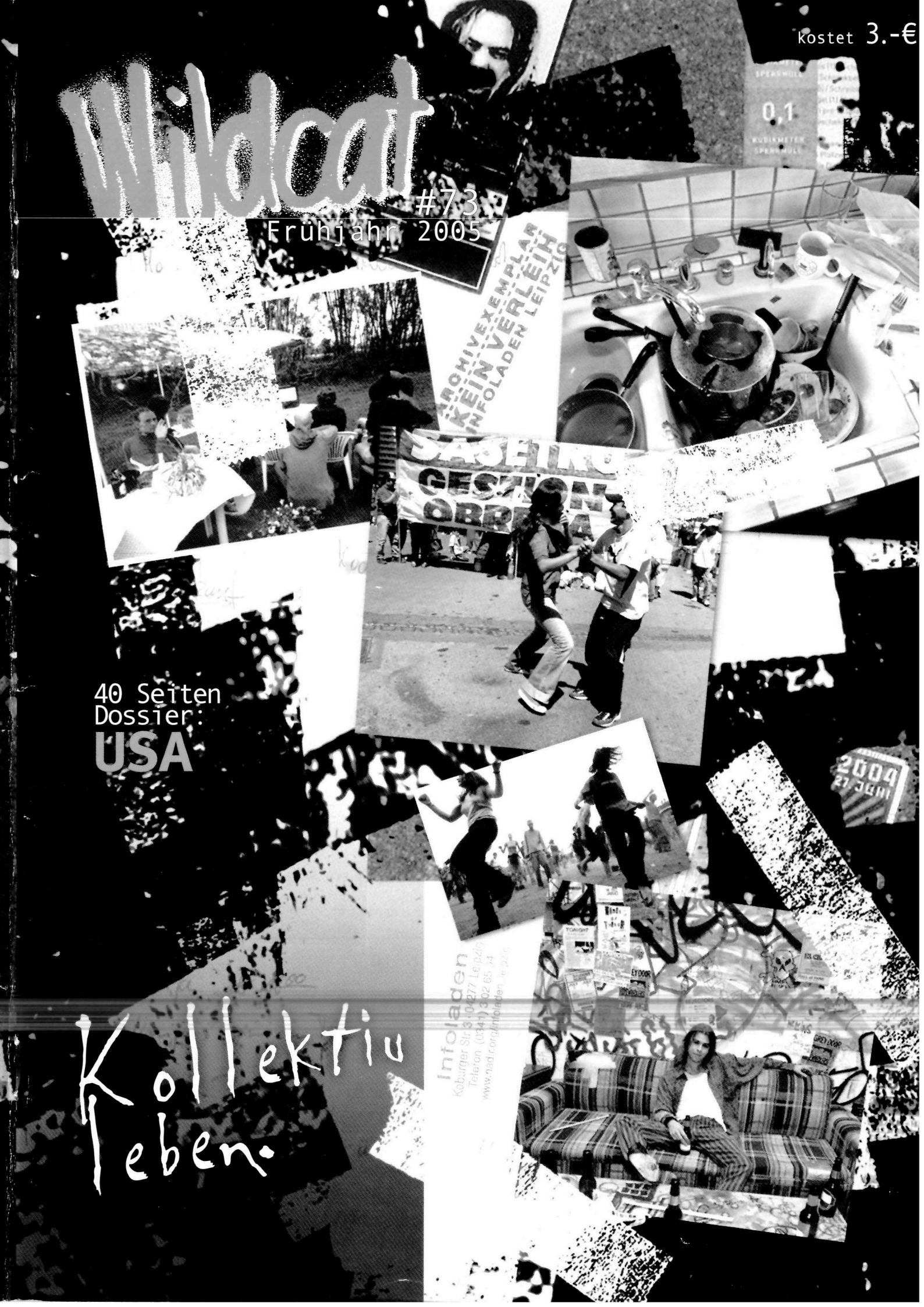

kostet 3.-€
Wildcat
#73
Frühjahr 2005
ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG
40 Seiten
Dossier:
USA
Kollektiv
leben.
Infoladen

Wetter ansage 1886

Louise Michel
Tocsin des grèves

Tonnez - tonnez dans l'air
Tocsins du Siècle de fer :
La grève
La grève
Et que l'humanité
À l'appel de la liberté
Se lève
Se lève

Compagnons, compagnons,
Venez tous et nous prendrons
Le monde
Le monde
En ce rouge matin
C'est le cyclone lointain,
Qui gronde
Qui gronde

Esclaves, levez-vous
Que la grève soit pour tous
Loi sainte
Loi sainte.
Non par cent mille et plus
Mais tous pressés, confondus
Sans plainte
Sans plainte.

Sturmglocken der Streiks

Läutet im Luftraum weit,
Glocken der eisernen Zeit,
zum Streik
zum Streik,
Dass sich die Menschengestalt
beim Aufruf der Freiheit bald
erhebt
erhebt

Genossinnen, Genossen,
kommt alle, wir nehmen geschlossen
die Welt
die Welt.
Rot ist der frühe Tag,
Wirbelsturm, Donnerschlag,
rollt fern
rollt fern.

Nun auf, Sklaven, eilig!
Der Streik sei euch heilig
Gesetz
Gesetz.
Nicht hunderttausendmal einsam,
die Gedrückten gemeinsam
nach vorn
nach vorn.

Gefangennahme Louise Michels 1871

Frankreich 1886. In Dékazeville, nahe der Garonne, wo 5000 Bergleute im drittgrößten Steinkohlebergwerk des Landes über Tage Kohle brechen und bewegen, entzündet sich an einem Lohnkonflikt ein Streik. Ein Ingenieur wird erschossen. Aufstand, Regierungskrise. In Paris, wo man empfindlich für revolutionäre Signale ist, streitet die Nationalversammlung der reaktionären Republik über Truppeneinsatz. Mit knapper Not wird ein Kompromiss gezimmert, der den Flächenbrand abwehrt. Aber in diesen Wochen kursiert ein Gedicht, das einen anderen Ton anschlägt: »Les Tocsin des Grèves - Sturmglocken der Streiks«. Die Autorin versteckt sich nicht. Es ist Louise Michel, die jeder kennt. 1830 in der Provinz unehelich geboren, hat sie schon als kaum zwanzigjährige Lehrerin das Vermächtnis der großen Revolution von 1789 bis ‚93 fest im Blick: Die Massen der Armen nach vorn! Sie lehnt den Schwur auf das Kaiserreich ab, gründet ihre eigene Schule, unterrichtet den sozialen Rand. Sie geht nach Paris. Wieder Schulgründung, Aufbau von Armenküchen, Einrichtungen der hygienischen Versorgung. Weil sie dabei nicht stumm bleibt, sondern das Elend der einfachen Leute und besonders der Frauen öffentlich und sprachgewaltig geißelt, lernt sie die Gefängnisse von innen kennen. Und sie schreibt. Seit sie heranwuchs ist, hat sie Gedichte verfaßt. Victor Hugo wurde früh ihr poetischer Mentor (und bleibt Zeit seines Lebens ihr Bewunderer und verläßlicher Unterstützer). Louise Michels historische Stunde kommt im Mai 1871, als die Pariser Commune zusammentritt. Zunächst ein Versuch, Einfluß auf den politischen Prozeß zu gewinnen, den Angriff voranzutragen. Als es an die Verteidigung geht, stellt sie ein Frauenbataillon zusammen, das die Verwundeten versorgt, aber auch mit dem Gewehr auf den Barrikaden kämpft. Gefangen genommen erlebt sie, wie zehntausend erschossen werden. Vor Gericht gestellt, schreit sie den Anklägern, deren Schande ins Gesicht. Es folgt Verbannung auf die Sträflingsinsel Neu-Kaledonien. Sobald sie dort Freigang erhält, gründet sie eine Schule für Sträflingskinder und Eingeborene, übersetzt die »Heldenlieder der Kanaken« ins Französische. Als diese sich 1876 gegen die Kolonialherren erheben, wirbt Louise Michel in Briefen nach Paris um Verständnis und unterstützt am Ort die Aufständischen, wird zur ersten europäischen Antikolonialistin mit Feldbewährung. Die Begnadigung, die sie gemeinsam mit den anderen Gefangenen der Commune umfaßt, erreicht Louise Michel 1880. Stand sie früher der Internationale und den Kommunisten nahe, so kehrt sie nun als Anarchistin nach Paris zurück. Ihr Engagement für die Unterdrückten bleibt bedingungslos. Auch wo sie sich für die Achtung der Frauen einsetzt, verliert sie das Oben und Unten nicht aus den Augen. Ihre Gedichte, früher reich an poetischen Bildern, werden zu gnadenlosen Geschossen des Klassenkampfs. Noch fünfundzwanzig Jahre als Lehrerin, Agitatorin, Gefängnisinsassin, Schriftstellerin liegen vor ihr. In ihren größten politischen Dichtungen reicht ihr Blick weit über den historischen Kontext hinaus und die Kraft ihrer Sprache tief in das Fundament der revolutionären Bewegung hinein.

Inhaltsverzeichnis

Wilder Streik bei Opel 6

Was bleibt von der 35-Stunden-Woche? 10
Schöner scheinen I: Frankreich
Schöner scheinen II: Baden-Württemberg 12

»We are the Poors«.
Community-Kämpfe in Südafrika 16

Algerien – Frontstaat im globalen Krieg? 20

Lateinamerika
Neoliberalismus am Ende –
Bewegungen auf neuen Wegen 24
Venezuela: Bürgerbeteiligung + Sozialstaat
+ Antiimperialismus = Revolution? 28
Gott ist Brasilianer
Buchbesprechung 32

Dossier USA
Krieg nach außen – Krieg nach innen
Die tödliche Krise des Neoliberalismus

Was bewegt die USA? 2

Brief von George Windau, Betriebsschlosser,
zum Fall Myles Meyers 4

Blut auf dem Polster des Jeep »Liberty«
Ein Gespräch über den Mord in Toledo am Tag danach 8

Die Wahlen in den USA und das
republikanische Proletariat 14

Der Krieg gegen den Terror und die
Arbeiterklasse in den USA 17

Troqueros in L.A.
Interview mit einem Aktivisten 28

»We gotta get out of this place«
Meutereien in der US-Armee 32

»Der Knast dient zur Terrorisierung der Armen«
Polizei, Knast und Krise in den USA 35

Politisches Engagement in schwieriger Zeit
Buchbesprechung 37

»Die Tendenz zur Vereigenbrötlerung
muss gestoppt werden!« 33

Lebensentwürfe II:
Interviews mit Kollektiven 35

Olivenvibratoren, Straßenblockaden
und streikende Gitanos
Spanische Ernte, Januar 2005 45

Absetzbewegungen von der
»neoliberalen Formierung des Selbst«
Buchbesprechung 49

Opiumlandwirtschaft als Kriegsökonomie
Buchbesprechung 51

Lid-Schwarzbuch und Lidl-Schluss
Neues von der Kampagnenfront 53

»Es war in Schanghai«
Kölner Bands interpretieren Lieder der Edelweißpiraten 55

Was bisher geschah 57

Impressum 63

commune farce?

»Die Kommune ist nur dann fähig, systemsprengende Praxis nach außen zu initiieren, wenn innerhalb der Kommune effektiv die Individuen sich verändert haben, und diese können sich nur verändern, wenn sie jene machen; Praxis nach außen ohne experimentelle Vorwegnahme dessen, was Menschsein in emanzipierter Gesellschaft beinhalten könnte, wird zum Aktivismus als Normerfüllung. Die vielbeschworene neue Qualität der Kommune ohne gemeinsame Praxis wird sich als solipsistischer Akt, Psychochose und elitärer Zirkel entpuppen.«

(Dieter Kunzelmann: *Notizen zur Gründung revolutionärer Kommunen in den Metropolen*, 1966)

Klingt knapp 40 Jahre danach wie Poesie aus einer anderen Welt – und könnte gleichwohl hoch aktuelle Kritik sein: »Psychochose« versus »Aktivismus als Normerfüllung«. Wo Geiz und individuelle Konkurrenz immer stärker zu Leitbildern gepusht werden, wächst das Bedürfnis, zusammen zu leben. Wir haben viele Gespräche mit Wohnkollektiven geführt, auf der Suche nach dem oben skizzierten Zusammenhang – Zwischenergebnisse ab Seite 31. *»Ihr müßt euch entwurzeln! Weg mit euren Stipendien! Weg mit eurer Sicherheit! Gebt das Studium auf! Riskiert eure Persönlichkeit!«* (aus einem Vortrag von Kunzelmann zum Gedanken, Wohnkommunen zu bilden, 1966)

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, will – leider nicht sich selber, sondern – »den unteren Lohngruppen« jede Sicherheit wegnehmen und sie entwurzeln, er forderte Ende Februar eine Absenkung dieser Löhne auf das osteuropäische Niveau. Die proletarischen Rückzugsräume werden jedenfalls enger, die Regierung tut nicht einmal mehr so, als ob es uns irgendwann mal wieder besser gehen sollte. Und auch »die Wirtschaft« verspricht nichts mehr – A.F. Börner, Präsident des Bundesverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels, erklärt, dass auch ein weiteres überdurchschnittliches Exportwachstum keine messbaren Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur und den Arbeitsmarkt haben werde... – außer Kostensenkungen und Entlassungen. Die offiziellen Wachstumsprognosen für 2005 sind entsprechend nach unten korrigiert, die Arbeitslosenzahlen steigen weiter.

Je nach Art der Fragen kommen Untersuchungen in der BRD seit Jahren zu dem

Ergebnis, dass ein Viertel bis ein Drittel der arbeitslos Gemeldeten gar nicht arbeiten wollen. Der Versuch, hierzulande eine Arbeitslosenbewegung zu initiieren, ist auch immer schief gegangen, Kampagnen zum Thema auch (»Agenturschluss«). Was also tun? Gehen wir zum langweiligen Alltagsgeschäft über und »fachen« eine neue Kampagne an [S. 53]? Nein, denn jetzt wird es **spannend**, Hartz IV wird umgesetzt, jetzt wird entschieden über Wohnungsgrößen, Widerspruchsbescheide, 1 Euro-Jobs... –

»Was ist schlecht an 1 Euro-Jobs? Sie können ein Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt sein«, sagen uns die Sozialarbeiter karitativer Träger. »Sie sichern unsere Finanzierung«, sagen ehemalig linke Vereine, die schon keinen Begriff mehr von ihrer eigenen Abhängigkeit haben – und übrigens auch eine Kommune, die wir interviewt haben. »Sie sind keine Gefahr, ich kenne genug Vereine, die mir eine Tätigkeit bescheinigen und dann lässt das Amt mich in Ruhe«, sagen nicht wenige AktivistInnen aus der Szene. Die Argumente geben recht deutlich wieder, auf welchem Niveau Gesellschaftskritik und Vorstellungen von politischem Handeln angekommen sind. Das Gelaber vom »Einstieg« ist bullshit von Leuten, die sich nicht mal drum kümmern, ihre Lügen up-to-date zu halten. Um »Einstieg in den Arbeitsmarkt« geht es schon lange nicht mehr: Gerade mal zehn Prozent aller Neueinstellungen waren im vergangenen Jahr auf die Vermittlungstätigkeit der Agenturen für Arbeit zurückzuführen. Und das *Wissenschaftszentrum Berlin* mag sich kritisch vorkommen: Hartz IV und 1 Euro-Jobs hätten »keine Effekte für den Arbeitsmarkt«, am Ende müssten sich »die Betroffenen wieder in das Heer der Arbeitslosen« einreihen – es konstatiert nur, was sowieso geplant war! Laut einer Untersuchung des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* verhindern die 1 Euro-Jobs das Entstehen normal bezahlter Arbeitsplätze im Sozialbereich. Denn hier wird noch mit Zuwächsen gerechnet – an Stellen, nicht bei den Löhnen! Allein in Berlin soll die Zahl der im Gesundheitswesen Beschäftigten von derzeit 180000 bis zum Jahr 2010 auf mindestens 250000 steigen. *Caritas*, Bundesregierung, *AWO* usw. setzen alle Hebel in Bewegung, um diesen Bedarf mit 1 Euro-Jobbern zu füllen. Nach jahrelangem Personalabbau werden an Berliner Schulen und Kitas nun Hunderte 1 Euro-JobberInnen eingestellt, um notwendige Arbeiten zu erledigen. Das uralte Rezept von Reagan scheint nach wie vor wunderbar zu funktionieren: erst durch Mittelkürzungen Sachzwänge schaffen, dann regeln die Kommunen das schon selber. – Schon wieder Kommunen!

Die Wohlfahrtsverbände kriegen bis zu 500 Euro pro Beschäftigungsverhältnis, davon kriegt die 1 Euro-JobberIn maximal 160 Euro. 340 Euro für »Verwaltungskosten« und »Fortbildungsmaßnahmen« fließen an den Beschäftigungsträger. Bundesweit bedeutet dies für die Wohlfahrtsverbände bei den geplanten 600000 Stellen jährlich eine Subvention von insgesamt rund 2,5 Milliarden Euro. – kein Wunder, dass sich da auch »linke« Projekte dranhängen!

Spannend wird die Situation aber auch deshalb, weil sich auf unserer Seite im letzten Jahr so einiges getan hat: In den »Montagsdemos« gingen hunderttausende auf die Straße; es sind mit die längsten sozialen Proteste in der BRD, vergleichbar mit dem Kampf in den 50er Jahren für die 40-Stundenwoche. Damals war ein Streik das Herz des Kampfs. Auch 2004 gab es einen (wilden!) Streik, aber er blieb isoliert »tief im Westen«, so wie die Montagsdemos tief im Osten.

Die radikale Linke ist noch nicht auf der Höhe der Zeit, sie schüttelt Altlasten ab (S. 49) und sucht wieder nach der »sozialen Frage« – anstatt nach den wirklich vor sich gehenden Bewegungen. Passt ja auch irgendwo zu diesem Provinznest namens BRD, wo man in den letzten Jahrzehnten schon immer die Uhr danach stellen konnte: sobald ein »ganz neuer« Trend gehyped wurde, war er in Wirklichkeit mausetot. Das war mit dem vielbeschworenen »japanischen Modell« in den 90er Jahren nicht anders als heute mit den Segnungen des »Neoliberalismus«: Gerade jetzt, wo *working poor*, Privatisierung des Wassers, des Nahverkehrs und überhaupt von allem, bei uns so richtig in Schwung kommt, ist der Neoliberalismus in Amerika gescheitert. Zu Lateinamerika haben wir einen Reisebericht aus Venezuela im Heft, der die Debatte aus den letzten beiden Heften fortsetzt [S. 28] und Thesen, mit denen wir die Entwicklung in ganz Lateinamerika verstehbar machen wollen [S. 24]. Der Neoliberalismus ist in dem Teil des Kontinents am Ende, in dem er als erstes und am brutalsten ausprobiert wurde – aber auch in dem Land, aus dem er kam: der *war on terror* ist der Versuch, den Zusammenbruch hinauszuschieben. Zu den USA haben wir ein Dossier zusammengestellt, die einzelnen Artikel werden dort kurz vorgestellt. [Innenteil] Dieser Krieg verändert nicht nur die

Arbeits- und Lebensbedingungen in den USA, sondern schiebt sich weltweit in viele Bereiche vor und verändert z.B. die Arbeitsbedingungen in See- und Flughäfen oder von Seeleuten: Verbote an Land zu gehen und Besuch zu empfangen, Telefonverbot für muslimische Seeleute, elektronische Zugangskontrollen in den Häfen (verbunden mit Erfassung der realen Arbeitszeit). Die spektakuläre, blutige Seite des »Kriegs gegen den Terror« wird auch in den bürgerlichen Medien dokumentiert: etwa dass Menschen entführt und in geheimen Stützpunkten gefoltert wurden, dass auf befreite Entführungsopfer im Irak geschossen wird (Giuliana Sgrena) usw.. Überhaupt scheint gefährlich zu leben, wer sich mit Falludja beschäftigt: Sgrena war die zweite Journalistin, die zu Falludja gearbeitet hatte und im Irak verschleppt wurde. (siehe auch S. 57 und 61)

In all dem sucht sich auch die BRD ihren Platz. Bundeskanzler Schröder war zu Besuch in Arabien, »um für die Abnahme deutscher Erzeugnisse zu werben«, vor allem von Rüstungsgütern. Begleitet wurde er von über 70 Unternehmern und Managern. Zu den politischen Themen gehörten das iranische Atomprogramm sowie der Anstieg der Ölpreise.

Aber die Imperialisten kämpfen nicht in erster Linie gegeneinander. *Wie* sie miteinander kämpfen, ist vor allem der Versuch, die strategische Potenz des (Welt-)Proletariats unsichtbar zu machen. Dafür waren in der Vergangenheit Hamas und Taliban nützlich, dafür sind heute Terror gegen soziale Bewegungen (Lateinamerika), Bomben in Demos (Irak), Mlitärangriffe auf streikende ArbeiterInnen (China) und – auf einer anderen Ebene – noch immer Gewerkschaften (BRD) nützlich. Das Argument muss auch auf den »Neoliberalismus« angewandt werden: er stellte noch nie ein neues Modell kapitalistischer Entwicklung dar, er war ein Zersetzungsangriff gegen die »Bedürfnisexplosion« im Gefolge der weltweiten Klassenkämpfe Ende der 60er Jahre. Dass dieser Zersetzungsangriff entlegitimiert und gescheitert ist, macht die Perspektive auf für neue Entwicklungen.

8.3.2005 – Heute vor 40 Jahre sind US-Truppen in Vietnam einmarschiert, zehn Jahre später (am 30. April 1975) sind sie unrühmlich »abgezogen« – was zwischen diesen beiden Daten kulturell, sozial und politisch passierte, hält noch heute die Welt in Bewegung.

Abonniert die Wildcat!

Wir brauchen mehr AbonnentInnen! Durch Abos können wir die Auflage besser kalkulieren. Abos ermöglichen uns, direkt mit unseren LeserInnen zu kommunizieren. Sprecht deshalb auch Freunde, die die Wildcat ab und zu kaufen, darauf an: Im Abo habt Ihr die Wildcat immer gleich nach Erscheinen – und sie ist sogar billiger als im Buchladen: nämlich 6 Ausgaben für 15 Euro (Ausland 24,- Euro) .

Unser Bestellformular im Internet findet ihr unter:
http://www.wildcat-www.de/aboform.htm

Oder schreibt an **versand@wildcat-www.de**

Oder per snail mail:
Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln

Über Förder-Abos freuen wir uns natürlich besonders: 30 Euro für 6 Hefte.

Bitte gebt an, ab welcher Nummer das Abo laufen soll.

Hammer-Angebot!
Nimm 4, zahl 5!

Von den Wildcats 66-71 könnt ihr euch vier Hefte für fünf Euro raussuchen. Schreibt uns einfach an einer der oben genannten Adressen, welche vier Hefte ihr haben wollt und wir schicken sie euch zu.

Der wilde Streik bei Opel

Im Sommer 2004 sah es schlecht aus: Hartz IV drohte, betriebliche und tarifliche Konflikte endeten mit Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung, der Vertrag in den Siemens-Handy-Werken öffnete die Bresche für einen breiten Unternehmer-Durchmarsch. Als nächster Großkonzern ging DaimlerChrysler in die Offensive, 500 Millionen Euro Kostensenkung wurden vorgegeben ... Mit ersten selbstständigen Aktionen der ArbeiterInnen schien sich eine Wende anzudeuten (Besetzung der B 10 durch Daimler-Arbeiter – siehe Wildcat 71). Danach entstanden spontane Massendemos gegen Hartz IV, die mit zu den längsten sozialen Protesten in der Geschichte der BRD gehören – und noch immer nicht ganz zu Ende sind.
Dann Opel: Der Konflikt hier zeichnete sich schon seit Monaten ab, zwecks Kostensenkung in der vom Konkurrenten Daimler vorgegebenen Höhe soll(t)en allein in Deutschland 10 000 Stellen abgebaut werden – dagegen traten die ArbeiterInnen in Bochum am 14.Oktober in einen wilden Streik (siehe Wildcat 72).

»Uns war klar, der Streik wird nicht nach drei Tagen durchgekämpft sein ... nach Siemens, DaimlerChrysler usw. war klar, das würde keine kleine Nummer werden.« (ein Opel-Arbeiter*) Nach sechs Tagen Streik mit Blockade der Tore und Wochenendbesetzung standen mangels Teilen mehrere GM-Werke in Europa still. Aber kein anderes Opel-Werk schloss sich dem Streik an. Gewerkschaft, Landesregierung, Bundestag und Kirchen setzten die Streikenden massiv unter Druck. Nach dem gewerkschaftlichen *Internationalen Aktionstag* organisierte der Betriebsrat eine Betriebsversammlung, auf der alle ArbeiterInnen alternativ »für Streik« oder »für Verhandlungen« stimmen sollten. Die Mehrheit war für Verhandlungen, der Streik wurde damit ausgesetzt. Kurz darauf kündigte die Geschäftsleitung Abfindungen in teilweise astronomischer Höhe an. Seither regierte der Taschenrechner. In vielen kleinen Versammlungen am 13. Dezember ließen sich die ArbeiterInnen die Initiative endgültig aus der Hand nehmen, eine gemeinsame Versammlung und Abstimmung war nicht mehr durchzusetzen. In alter Vertretermanier stimmten die Betriebsräte mehrheitlich für die Annahme des Vertrags.

»Wichtig ist der Grad der Selbstorganisierung, das heißt auch, dass nicht immer alles planbar ist, auch der Sieg ist nicht planbar oder zwingend. Wir haben abgestimmt und den Streik unterbrochen, wir haben dieses Ergebnis mitgetragen, auch wenn wir es anders wollten. Aber genauso haben wir beschlossen: über ein mögliches Ergebnis stimmen wir wieder gemeinsam ab. Wir haben angefangen und wir haben unterbrochen!«

Abfindungen: still halten und rechnen

»Die Höhe der Abfindungen, das Geld und die gleichzeitige Drohung von betriebsbedingten Kündigungen individualisierte die Auseinandersetzungen bzw. verlagerte sie in die Familien. Weihnachten 2004 wurden tausende Familienräte abgehalten, immer wieder wurde durchgerechnet, reicht die Abfindung bis zur Rente, soll ich mich selbständig machen, was ist mit den Raten, was ist mit der Ausbildung der Kinder, arbeitet der Ehepartner – wie organisiere ich mein Leben. Ab Januar fragte man dann die Kollegen: 'Und wie sieht´s bei dir aus? Was machst du?' Für viele bedeutet das die Auseinandersetzung mit Hartz IV und ALG II. Die ganze Auseinandersetzung hat was Zersetzendes.« Und wer jetzt noch »Scheiße« baut, dem geht vielleicht die versprochene Kohle flöten. Die Abfindungen wirken als Stillhalte-Prämie – der unterbrochene Streik ist endgültig gebrochen.

Dennoch hat die Kampfbewegung der ArbeiterInnen ihre Macht gezeigt – die sie nur ansatzweise ausgespielt haben. Während die Montagsdemos auf materieller Ebene lediglich kleine Entschärfungen der Hartz-Gesetze zur Folge hatten, musste auf den Streik bei Opel wesentlich mehr Geld geworfen werden, um eine Ausweitung zu verhindern. Das hat fürs erste funktioniert – aber die Opel-ArbeiterInnen haben in ihrem Kampf ganz konkrete Fragen auf der Höhe der Zeit aufgeworfen.

Sind der Abbruch des Streiks und das Verschwinden der organisatorischen Strukturen nach seinem Ende als Unfähigkeit zu sehen, die passenden Antworten zu finden? Hätte sich die Isolierung

* Neben Veranstaltungen und Interviews mit beteiligten ArbeiterInnen haben wir ein Gespräch mit Streikaktivistlnnen geführt. Alle nicht weiter gekennzeichneten Zitate im Artikel stammen aus diesem Gespräch.

des Kampfs in einem Werk organisatorisch überwinden lassen, hätte eine organisierte Struktur die Solidarisierung der anderen Opel-Werke »erzwingen« können? Sicherlich nicht. Und ist das Nichtgreifbare der Streikorganisierung nicht gerade ihre Stärke?

erfahren und entschlossen

Die AktivistInnen betonten immer wieder, wie wichtig für die Streiktaktik die Erfahrungen der letzten Jahre war, besonders der Streik von 2000. Damals sicherte die Mobilisierung der ArbeiterInnen gegen die professionellen Verhandler den zur Tochterfirma *Powertrain* ausgelagerten ArbeiterInnen den Opel-Haustarif. Die Parole, mit der die ArbeiterInnen immer wieder die Informationsgespräche der BR sprengten und diese zurückschickten – »Falsche Antworten!« – wurde zum Motto des Streiks. Nach der fünften ausgefallenen Schicht brach die internationale Verbundproduktion zusammen. Danach kam es immer wieder zu spontanen Aktionen. Mal zog die Nachtschicht »auf die Wiese«, mal wurde eine Pause gemeinsam verlängert. Vom hohen Niveau der Organisierung und Diskussionen zeugt die Konzentration des 2004er Streiks auf die Achillesferse des Kapitals: Torblockaden und Werksbesetzung am Wochenende verhinderten die Auslieferung von Komponententeilen für die anderen Werke. Die Schichtübergabe wurde zum Informationsaustausch genutzt.

Über die Fortführung des Streiks beschlossen die einzelnen Schichten. »Für uns war klar, von Freitag auf Samstag könnte es 'nen Bruchpunkt geben, also stellte sich die Frage der Werksbesetzung und wir entschieden uns, das Wochenende nicht schichtgetrennt drin zu bleiben. Davon konnten wir auch die anderen Werke überzeugen. [...] Donnerstag und Freitag, Montag und Dienstag waren fast immer alle in der jeweiligen Schicht anwesend; es gab ne Minderheit von Schissern, die sich Urlaub oder nen Blauen genommen haben und vielleicht 'nen paar 'Schlaue', die telefonisch immer abgecheckt haben, ob der Streik noch läuft und sich 'nen verlängertes Wochenende gegönnt haben. Aber ansonsten war immer eine komplette Schicht vor Ort. Eine zusätzliche Unterstützung bot die Solidarität: Die Omas und Schulklassen, die vorbei kamen, die Leute, die Essen brachten; auch der Aufbau einer Solidaritätskasse war uns eine enorme moralische Stütze.« Obwohl die IGM am Wochenende zur Arbeitsaufnahme aufrief, ging die Frühschicht am Montag wieder geschlossen in Streik. So setzte sich der Streik noch von Schicht zu Schicht über die Dienstagsdemo bis zum Abstimmungsmittwoch fort.

selbständig und selbsttätig

»Das Wissen über das Ausbeutungsverhältnis hast te spätestens mit deiner ersten Lohnabrechnung, aber die Diskussion da drüber war die treibende Kraft der sechs Tage. In der Zeit gab es echt 'nen kollektives Gefühl, was uns auch durchhalten ließ.« In dem Streik entwickelte sich eine hohe Selbsttätigkeit, die regelmäßigen Versammlungen wurden als offene Diskussions- und Entscheidungsforen genutzt. Doch noch wichtiger waren die vielen kleinen Diskussionsgruppen, die sich in den Gängen, Hallen und vor dem Tor bildeten. Hier wurden ganz praktische Fragen gelöst, aber auch die eigene Macht oder Existenzangst diskutiert. Für Transparenz sorgte auch eine Wäscheleine, die in der großen Halle des Wareneingangs gespannt und an der Soli-Erklärungen und Zeitungsartikel ausgehängt wurden, nachdem die Pinnwand in dem Flur zum besetzten BR-Büro übergequollen war. So konnten alle anwesenden ArbeiterInnen in gemeinsamen Diskussionen sich selbst eine Meinung bilden und den Streik zu ihrem Streik machen.

»Streiken können die Leute. Genauso, wie sie ne Party organisieren können oder ihren Schrebergarten. Ohne Aktivist kein Streik – stimmt nicht. Natürlich waren Leute, die schon in den letzten Jahren immer ihren Mund aufgemacht haben, auch diesmal wieder aktiv. Einige können besser ‚in die Bütt' als andere, aber es gab auch Leute, die sich 'ne eigene Tätigkeit gesucht haben. Ein Kollege beispielsweise der mit Politik nix am Hut hat und eher so'n Eigenbrötler ist, hat die Kaffee-Versorgung organisiert, der ist mit seinem Auto einkaufen gefahren, hat die Kohle vorgestreckt, hat tagelang Kaffee gekocht und war permanent im Einsatz. Andere haben Schnittchen geschmiert, so'n Motorrad Macho kam mit seinen Kumpels und hat die Torblockade in die Hand genommen. So haben ganz viele die Wichtigkeit erkannt, nach Notwendigkeiten gesucht und ihre Rolle im Streik gefunden. (...) Die Leute ‚in der Bütt' waren keine Streikführer, man könnte sie eher als Moderatoren bezeichnen, es gab da wirklich 'nen dialektisches Verhältnis zwischen den vielen kleinen Gruppen und den Wortbeiträgen der 'StreiksprecherInnen'.«

unabhängig organisiert und doch abgehängt?

Der Streik war nur möglich und wirksam, weil er unabhängig von den (und teilweise offensiv gegen die) gewerkschaftlichen Strukturen geführt wurde. In der offenen Streikorganisation galt für Tausende: Jede/r nach ihren/seinen Fähigkeiten. So führten die ArbeiterInnen in ihrem Streik die Gewerkschaft vor. Und doch gelang es ihnen am Ende nicht, sich von ihr zu emanzipieren. Die Kollektivität, die Selbstständigkeit und -bestimmung ka-

Abfindung

Die Betriebsvereinbarung vom 8.12. sieht bundesweit 6500 Abgänge in Transfergesellschaften vor (die Zahl wurde Mitte Februar um 500 gesenkt). In Bochum drohten die ca. 3000 »Freiwillige«, die ironischerweise in der Transfergesellschaft BAQ des IG Anwalts Horst Welkoborsky verwaltet werden sollen zum Fristende 31.01. nicht zustande zu kommen. Dann wäre es über die ebenfalls vereinbarte »Einigungsstelle« zu massenhaften Kündigungen gekommen. Da jedoch bei Geschäftsleitung und Betriebsrat die Angst vor einem neuerlichen Aufstand noch zu groß war, wurde die Frist vor der Betriebsversammlung Ende Januar auf den 25.02.verlängert. Hinzu kam, dass GM sich erst gegen die Abwanderung von Fachkräften, dann gegen die »zu teuren« mit langer Betriebszugehörigkeit sperrte. Um als Vorbereitung des Zukunftsvertrages den Abschluss doch als Erfolg verkaufen zu können, wurde nochmal Geld nachgeschossen (die durchschnittlich kalkulierten 92000 Euro Abfindung reichten nicht aus), nachdem im Januar noch 340 »Freiwilligen« der Abgang verweigert wurde und man begnügte sich mit 1300 Abgängen, die restlichen müssen also noch in den nächsten Monaten und Jahren bis 2007 »realisiert« werden.

Das Werk Bochum ist aufgeteilt in drei Werksteile, die in unterschiedlichen Stadtteilen liegen: Werk I mit Rohbau, Fertig- und Endmontage, Lackiererei, Presswerk, Auspuff und anderen Komponenten; Werk II mit Powertrain, d.h. Motor- und Getriebebau, wobei der Motorbau mittlerweile geschlossen ist, Vorder- und Hinterachse; Werk III mit dem zentralen Ersatzteillager. Die Werke II und III liegen nebeneinander, sind aber vom Werk I ca. zehn km entfernt.

men unter die Räder, sobald die gewerkschaftliche Maschine wieder ins Rollen kam.

Bei Ausbruch des Streiks am Donnerstag hatten die Betriebsräte und auch die Vertrauenskörperleitung versucht, ihn zu verhindern und auf den gewerkschaftlichen *Internationalen Aktionstag* am darauf folgenden Dienstag zu verweisen. Doch als die ArbeiterInnen das Heft in die Hand nahmen, wurden auch einige Betriebsräte und VK-Leiter mitgerissen. Sie bildeten in Werk II und III zusammen mit AktivistInnen »der Stunde« eine informelle Streikleitung. Die Dynamik des Streiks bestimmte sich sowohl durch das Verhalten der Streikleitung, als auch durch das sämtlicher beteiligter ArbeiterInnen. Noch nach der Demonstration am Dienstag stimmte hier die überwiegende Mehrheit der ArbeiterInnen auf offenen Versammlungen für die Fortführung des Streiks. In Werk I herrschten jedoch andere Machtverhältnisse. Hier gelang es den Betriebsräten, die Stimmung über die von ihnen kontrollierten Betriebsversammlungen so zu manipulieren, dass letztendlich hier der Streik gebrochen wurde. Die Streikenden standen nun vor der schwierigen Entscheidung, den Kampf in Werk II und III weiter zu führen oder sich auf das gewerkschaftliche Spektakel einzulassen und damit den Streik zu beenden bzw. zu unterbrechen. Nur so ist die Zustimmung zur inszenierten gemeinsamen Versammlung mit Abstimmung und dem bekannten Ergebnis zu erklären. Dazu kam, dass während des Streiks die örtliche IGM die Unterstützung verweigerte, die IGM Spitze mit dem Gesamtbetriebsrat aktiv gegen den Streik arbeitete und die Kontakte zu den anderen Werken monopolisierte, um den Streik isoliert zu halten. Auf der Betriebsversammlung am 20. Oktober waren die krönende Zuspitzung der gewerkschaftlichen (Anti-)Streik-Aktivitäten manipulierende Stimmzettel, Ausweiskontrollen, »Schutz« der Bühne durch eine *Security*firma und das Gerücht einer bevorstehenden Werksräumung durch die Bullen.

Nach den Verhandlungen haben Mitte Dezember bereits alle Betriebsräte wieder in gewohnter Manier über den Restrukturierungsvertrag abgestimmt. »Alle«, das meint auch die Betriebsräte, die gegen den Vertrag stimmten. Auch sie mutierten von Streikunterstützern zurück zu »normalen« Betriebsräten.

Grenzen des Streiks – oder dem Kapitalismus die Grenze setzen?

Im wilden Streik von 2000 ging es um Lohnkürzungen durch das Auslagern von Teilen der Produktion, die nach drei Tagen erfolgreich verhindert werden konnten. Die Betriebsräte mussten lediglich etwas getreten werden, um ein besseres Ergebnis auszuhandeln. Doch 2004 standen die ArbeiterInnen vor einer anderen Konfrontation. Nicht »nur« Lohnsenkungen und Arbeitsverdichtung standen auf der Agenda, die Existenz des gesamten Werks wurde infrage gestellt. Und sie waren mit einer Geschäftsleitung konfrontiert, die im Wissen um die tiefe Krise *General Motors* zunächst jede Verhandlung des Stellenabbaus verweigerte. In dieser Situation nahmen die Arbeiter den Kampf auf – und »unterbrachen« ihn, als er seine volle Macht entfaltete und die internationale Verbundproduktion ins Stocken geriet. Seine Grenze war, dass es nirgendwo anders zu Streiks gekommen war, deshalb konnte eine intrigante Gewerkschaft den Zaun drum rum schließen und eine Masse Geld das Feuer löschen.

Diese Einkreisung durch Gewerkschaft und Geld (Arbeiterverräter und Abfindungen) hätten die Opel-ArbeiterInnen nur durchbrechen können, wenn es an anderen Orten zu Streiks gekommen wäre. Beim momentanen Kräfteverhältnis liegt eine gewisse Rationalität darin, den Kampf auszusetzen und die Verhandler den Standort sichern zu lassen – wer die neuen Bedingungen nicht mehr will, kann das Geld nehmen und gehen. Statt einen Kampf zu eskalieren, dessen Ausgang mindestens ungewiss gewesen wäre. Langgezogene, isolierte Kämpfe haben in der Geschichte oft wirkliche Durchmärsche des Kapitals »vorbereitet«. Zudem war nicht einmal mehr klar, ob der Kampf wenigstens in Bochum gemeinsam weitergeführt hätte werden können.

Die Frage ist dann natürlich: wer soll überhaupt das Kräfteverhältnis wenden? Dazu muss es sich aber auch von unten her neu aufbauen, wie stehen hierfür die Bedingungen? Die sozialstaatlichen Regelungen in der BRD haben bisher dafür gesorgt, dass individuelles Verhalten *gegen* kollektive Aktionen meist »belohnt« wurde. Wer als Fabrikarbeiter bis 50 durchgehalten hatte, konnte sich einer Frühverrentung sicher sein; es war immer garantiert, dass die Gewerkschaften für Sozialpläne sorgen. In den vergangenen Jahr(zehnt)en gab es zwar erheblichen Stellenabbau, doch wurde er stets mit Hilfe des Sozialstaats für den einzelnen abgefedert. Mittlerweile ändert sich das. Nicht erst durch Hartz IV; aber dadurch verstärkt ist die Angst vor einem raschen Verlust des materiellen Lebensstandards in den Kernbelegschaften angekommen. Führt das nur zu mehr Angst – oder auch zu mehr Wut und Kampfbereitschaft?

Unsere Einschätzung vor gut einem halben Jahr war, dass nun zum Großangriff auf die Reste der immer noch materiell relativ gut gestellten Kernbelegschaften geblasen werde. Das scheint sich so nicht zu bewahrheiten; zwar werden allerorten die übertariflichen Zulagen demontiert, aber es scheint

»Beiden ist allerdings eines gemeinsam, dass sie die Belegschaft und ihren Kampf verraten haben. Ja, auch die Nein-Sager! Auch sie haben die Belegschaft entmündigt und gegen die Absprache am 20. Oktober 2004 gehandelt. Die war eindeutig: Jeder weitere Schritt, jedes Ergebnis aus den Verhandlungen wird vor Ort von der Belegschaft beraten, abgestimmt und dann 'wohl oder übel' getragen. Eine Abstimmungsverweigerung wäre die Fortführung des Kampfes im Sinne der sechs Tage gewesen, hätte ein Votum der Belegschaft nicht enteignet und nicht zerstört. Auch diese Abstimmung macht einmal mehr deutlich, wie notwendig ein Überdenken der Funktionen von Interessenvertretungen ist.« (Manfred Strobel im Express 12/04)

Die europäischen Betriebsräte treffen sich nun mindestens einmal im Monat, viel häufiger als bei anderen Unternehmen üblich. Im Mittelpunkt dieser Zusammenkünfte stünden die Zahlen und Vorgaben des Managements und die Durchsetzung ihrer Konsequenzen. Europaweiter Widerstand steht nicht zur Debatte.: *»Beim letzten Aktionstag haben wir hier in den drei Schichten jeweils für 20 Minuten die Arbeit niedergelegt und uns in der Cafeteria versammelt.«* Während sich die Betriebsräte europaweit regelmäßig treffen, sind die GM/Opel-Arbeiter in den einzelnen Werken voneinander abgeschnitten. *»Verbindungen zwischen der Belegschaft in Antwerpen und den Kollegen in anderen Ländern gibt es nur im Rahmen von Trainingsmaßnahmen«*, gibt Kenneth zu. [Hauptdelegierter der sozialdemokratisch orientierten Allgemeinen Belgischen Gewerkschaft (ABVV) im Interview mit wsws 11.12.04]

»Ihr könnt 37 Revolutionäre in den BR wählen, letztendlich kommt es auf den Kampf der ArbeiterInnen selbst an.« (Manfred Strobel auf einer GoG Veranstaltung am 22.1.2005 in Bochum.)

noch genug Polster hinsichtlich einer weiteren Ausdifferenzierung der Bedingungen zu bestehen, wie der Abschluss bei Daimler im Sommer gezeigt hat, der überwiegend auf Kosten der Randbereiche, wie z.B. der Reinigungskräfte, ging. Entscheidend für den weiteren Verlauf wird sein, ob zum einen die Unternehmen angesichts der Krise genügend Luft haben, um eine langfristige Salamitaktik anzuwenden (siehe die Arbeitsniederlegung im Daimler-Chrysler-Werk in Bremen Mitte Februar!).

Die Entscheidung von GM, dem Standort in Bochum den Teil wegzunehmen, der seine strategische Macht im europaweiten Produktionsverbund ausmacht, ist nicht auf einer betriebswirtschaftlichen Ebene zu begreifen, hier ging es um die politische Entscheidung, der seit Jahren widerspenstigen Belegschaft das Wasser abzudrehen. Doch kann das Management seine (immerhin hochproduktive) Strategie des Produktionsverbundes nicht aufgeben, so werden sich an anderen Standorten ‚zentrale' Arbeiten konzentrieren. Die Frage ist, wie lange es dauern wird, bis die dortigen Arbeiter ihre Macht erkennen und einsetzen werden. Wozu das führen kann, haben wir beim Streik in Melfi gesehen. (siehe *Wildcat* 70)

Wenn wir nicht mitmachen ...

Von Streik-AktivistInnen ist wiederholt kritisiert worden, dass an den Toren und auf den Versammlungen die Linke durch Abwesenheit glänzte. Nicht, um den Arbeitern irgendeine Parteilinie aufzudrängen, sondern, um Anstöße zu geben, die Diskussionen über die Perspektive des Standortes und der Branche hinaus zu führen. Und um der betriebswirtschaftlichen Logik der Gewerkschaft etwas entgegenzusetzen.

Die Linksradikalen diskutieren wieder vermehrt über die »Soziale Frage« und bei manchen Gelegenheiten wird Bezug auf Arbeiter und manchmal sogar auf deren Kämpfe genommen, seien es streikende McDonald-ArbeiterInnen oder HotelputzerInnen – wobei auffällt, dass Solidarisierung offensichtlich schwieriger fällt, wenn die Kämpfe näher rücken. Aber anhand des Streiks in Bochum zeigt sich auch, dass »Soziale Frage« und »Klassenkampf« nicht einfach austauschbare Begriffe darstellen. Wird schon bei Kampagnen zugunsten von ImmigrantInnen und »Prekären« oft genug kein Bezug auf deren eigene Vorstellungen genommen, so eignen sich die relativ gut verdienenden Autoarbeiter noch nichtmal als Objekt des Mitleids. Der Diskussion um die »Soziale Frage« fehlt die Ahnung von der Macht, die fähig ist, die sozialen Verhältnisse umzuwälzen. Und es fehlt ihr die Idee, dass sich die eigenen Vorstellungen in den Kämpfen zwangsläufig ändern müssen.

Das wäre aber passiert, wenn nicht nur »Schulklassen und Omas« zu den Torblockaden gekommen wären, Linke hätten viel zu entdecken gehabt: wie die ArbeiterInnen untereinander kommunizieren z.B., andere Vorstellungen von »sozialem Ort« und »befreiten Gebieten«. Und sie hätten all das in ihre Plena, Kongresse, Flugblätter und Aufrufe zurücktragen und verbreiten können (es spricht auch nichts dagegen, bei einem Kampf bei Opel in Bochum Informationen nach Gliwice zu bringen – auch wenn die Nichtteilnahme der Opelaner in Eisenach nicht daran lag, dass sie über den Streik in Bochum nicht Bescheid wussten). Dann könnte ein bestreikter/besetzter Betrieb auch zu einem Ort werden, wo nicht nur Erfahrungen ausgetauscht werden, sondern von wo sie auch in die ganze Gesellschaft ausstrahlen.

Aber nicht nur die Rest-Autonomen und radikalen Linken sind lernfähig, auch die Diskussionen innerhalb der »Gewerkschaftslinken« ändern sich so langsam. Angesichts der neuen Rolle der Gewerkschaften – früher mussten die nur etwas getreten werden, um auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, heute fallen sie einem offen in den Rücken – kommen endlich auch Diskussionen darüber auf, ob die Gewerkschaftsform überhaupt noch angemessen ist, ob es neue Formen der Organisierung auszuprobieren gilt. Im Zuge dessen haben Modelle wie die *workers centers* in den USA oder Basisgewerkschaften in Italien und Frankreich eine große Aufmerksamkeit erlangt.

Diese Erfahrungen in Frankreich und Italien zeigen aber auch, dass bisher *jede* Art von dauerhafter Organisation zu gewerkschaftlichen Strukturen führte, über kurz oder lang auch zu den negativen Erscheinungen, die wir heute bei den »etablierten« Gewerkschaften ablehnen. Es gibt auch viele jüngere ArbeiterInnen, die im Streik eine tragende Militanz entwickelt hatten, sich aber die Frage nach einer tragfähigen oder koordinierenden Struktur schon deswegen nicht stellen, weil sie die Perspektive auf eine lebenslange Beschäftigung bei Opel gar nicht haben: »Was weiß ich, ob ich in zwei Jahren noch dabei bin«. Kampfstrukturen müssten auch an einer solchen Mobilität ansetzen, auch die wilden Streiks in den 70ern wurden von Leuten geführt, deren Perspektive es nicht war, ihr Leben bei Ford zu verbringen.

»Nach so vielen Standortsicherungsvereinbarungen, auf denen Verzicht unsererseits ohne vertragliche Gegenleistung festgeschrieben wurde, würde ich am liebsten sagen: 'Es gibt keinen Verzicht mehr, wir haben genug verzichtet!' Wenn wir bei der Restrukturierung nicht mitmachen, findet sie nicht statt. Eigentlich wäre es an der Zeit zu sagen: 'Es gibt keine Kompromisse mehr, wir haben genug verzichtet.'« ■

»Was nach 2010 kommt und welche Bereiche dann vielleicht ausgelagert weden, wissen wir nicht. Das Problem ist nur hinausgezögert, auch wenn jetzt erst mal Ruhe ist.« Bochumer Arbeiter am 04.03. zum »Zukunftsvertrag«
Die fünftürige Version der Mittelklasse-Limousine Astra wird in Bochum produziert und kompensiert damit die Verschiebung von zwei Dritteln der Zafira-Produktion nach Gliwice, neben dem Stellenabbau wird es bis 2005 keine Tariferhöhungen geben und bis 2010 werden Tariferhöhungen um 1 % vermindert weitergegeben (in Bochum soll ganz auf sie verzichtet werden), das Weihnachtsgeld wird ab 2006 auf 70 % (von jetzt 130 %) gesenkt. Als dritte Komponente wird die Arbeitszeit in einem Korridor von 30 - 40 Wochenstunden, bei durchschnittlich 35 Std/Woche und 15 Samstagen ohne Zuschläge pro Arbeiter flexiblisiert. Mit dem Vectra und Saab 9.3 Zuschlag für Rüsselsheim und der erklärten Absicht das Komponentenwerk in Kaiserslautern als Joint-Venture mit noch zu findenden Partnern weiter zu führen, soll dies eine Werkssicherung bis 2010 ergeben. Das Bochumer Zentralersatzteillager mit 650 Leuten geht an Caterpillar. Der Achsen- und Auspuffbau soll vorerst gesichert sein.

In der *Wildcat 70* hatten wir ein Interview mit einem ehemaligen SUD-Aktivisten, der die (alternativ-)gewerkschaftliche Politik kritisch reflektiert, hier findet ihr das vollständige Interview:

www.wildcat-www.de/aktuell/a035sud.htm

Frankreich

Was bleibt von der 35-Stunden-Woche?

Das ganze Jahr 2004 tönte es aus allen Kanälen: die Arbeitszeit muss verlängert werden. Erst wurde im Öffentlichen Dienst per Ministererlass die Arbeitszeit für Beamte auf 41 Stunden hochgesetzt, dann stimmte ver.di für die Angestellten einer Erhöhung auf 39 Stunden zu. In der Privatindustrie wurden mit dem Segen der IG Metall massenhaft Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die eine weitgehende Verlängerung der Wochenarbeitszeit ermöglichen.

»Ja, aber in Frankreich... « mag da jemand einwenden, »da gibt es die 35 Stunden per Gesetz!«. Das **Flugblatt von Mouvement Communiste** belehrt uns eines Besseren. Unter der Parole: **mehr arbeiten, um mehr zu verdienen** werden dort die wenigen Vorteile, die die verkürzte Arbeitszeit für die ArbeiterInnen hatte, zurückgenommen.

Die Rechte nimmt die Schminke von den Aubry-Gesetzen

Siehe dazu:
Mouvement Communiste, Die »35 Stunden« gegen das Proletariat – Die Politik der Arbeitszeitverkürzung in Frankreich, in: Wildcat-Zirkular 55, März 2000
www.wildcat-www.de

*Martine Aubry hat als Sozialministerin im Kabinett von Jospin 1998 die Gesetze zur Enführung der 35-Stunden-Woche ausgearbeitet.

Die Regierung Raffarin nimmt schmerzhafte Veränderungen an den Aubry*-Gesetzen zur Arbeitszeitverkürzung vor. Muss man das als radikale Infragestellung der von der Sozialistischen Partei eingeführten Arbeitszeitverkürzung begreifen?

Überhaupt nicht. Die »Reform« der Rechten ändert lediglich bestimmte Punkte der Aubry-Gesetze, die gewisse Gruppen der französischen Unternehmerschaft als Einschränkung empfunden hatten. Sie steht voll in der Kontinuität dieser von der Sozialistischen Partei stammenden Gesetzgebung, die in den Unternehmen, wo sie angewandt wurden, Lohnsenkungen förderte, die Arbeit spürbar flexibilisierte und die Jagd auf Leerzeiten am Arbeitsplatz eröffnete.

Wofür stehen die Aubry-Gesetze?

Es gab nie einen Streik für diese Arbeitszeitverkürzung, sondern eine Regierung, die sich um unsere Zustimmung bemühte. Das war verdächtig. Und jeder bewusste Arbeiter begriff das sehr schnell:

- Das Gesetz legte die gesetzliche Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden im Jahresdurchschnitt fest. Damit wurden die Arbeitszeiten variabel, da sie nicht mehr auf die Woche, sondern aufs Jahr berechnet wurden.
- Die Pausen wurden nicht mehr als Arbeitszeit gerechnet.
- Unterschiedliche gesetzliche Mindestlöhne wurden eingeführt.
- Die Unternehmen bekamen noch mehr Freiheiten, Sondervereinbarungen auszuhandeln.
- Die Anzahl der mit Zuschlägen belegten Überstunden ging zurück.
- Die Unternehmer durften die Urlaubszeiten nun nach den Bedürfnissen der Produktion festlegen.

Besonders optimistische Leute hatten zugute gehalten, es würden 350000 neue Arbeitsplätze geschaffen. In Wirklichkeit haben es die beiden Aubry-Gesetze von 1998 und 2000 nicht einmal die Arbeitslosigkeit gesenkt, die immer noch bei fast zehn Prozent der aktiven Bevölkerung liegt.

Hinter dem von der bürgerlichen Linken gepflegten Mythos führte die 35-Stunden-Woche vor allem dazu, die Nutzung der Arbeitskraft den Erfordernissen des Kapitals unterzuordnen. Und das zu geringeren Kosten.

Die Vertreter der Linken des Kapitals waren auf Anhieb für all diese Maßnahmen, aber bestimmten Gewerkschaften (nicht der CFDT, die einer der Inspiratoren des Gesetzes gewesen war) fiel es angesichts der Nachfragen der Arbeiter schwer, so zurückhaltend zu bleiben. Im Gegenzug stellten sie das einzige positive Argument, die Reduzierung der Anwesenheitsdauer am Arbeitsplatz, in den Vordergrund, und damit hatten den leichteren Teil. Darüber hinaus gab ihnen das neue Gesetz die Möglichkeit, als Verhandler aufzutreten – ihre wahre Existenzberechtigung – und ihre Präsenz in den Betrieben auszuweiten.

Deshalb gab es keine allgemeine Bewegung gegen diese Gesetze, sondern eher betriebliche Kämpfe für »eine bessere Umsetzung«. Die Gewerkschaf-

ten unterschrieben viele unterschiedliche Vereinbarungen. Die CFDT ging als große Siegerin aus diesem Spiel hervor, dicht gefolgt von CGT und FO mit fast gleichen Anteilen.

Auf Unternehmerseite zogen nur die Kleinhändler und die kleinen und mittleren Unternehmen die Füße ein, aber auch sie mit Erfolg; denn in diesen Bereichen wurden die 35 Stunden à la Aubry nie angewandt.

Die Vorstände der großen Konzerne (mit Ausnahme von Edouard Michelin, würdiger Sohn seines Vaters) haben sich beeilt, Betriebsvereinbarungen abzuschließen, als sie Geist und Buchstaben dieser Gesetze kapiert hatten und vor allem, welch hübsche Vorteile sie ihnen auf einem Silbertablett billig servieren. Die staatlichen Zuschüsse und die Möglichkeit, die Kosten eventueller kürzerer Arbeitszeiten auf die Löhne abzuwälzen, haben dem Kuchen das berühmte Sahnehäubchen aufgesetzt.

Während heute wieder die Rechte das Gejammer über die 35 Stunden beginnt, bestätigt der Großteil der wichtigen Unternehmen dieses Landes wie Renault und Peugeot, dass ihnen die im Rahmen der bestehenden Betriebsvereinbarungen durchgeführten Maßnahmen bei weitem ausreichen. Ein Beweis dafür, dass das nicht unbedingt gut für die Arbeiter sein muss.

Viele Großbetriebe haben eine große Spannbreite von Arbeitszeiten eingeführt und den Samstag wieder in die Normalarbeitszeit eingegliedert, etwa Renault und Citroën. Wenn man genau hinsieht, ist die effektive Dauer der Wochenarbeitszeit nach Anwendung der 35-Stunden-Gesetze von Aubry in der Mehrzahl der Fälle eher höher.

Je anstrengender und repetitiver die Arbeit ist, um so mehr spürt man die negativen Auswirkungen dieser Gesetzgebung. Umfragen zufolge sind die Fabrikarbeiter unzufriedener mit der Arbeitszeitverkürzung als die Angestellten, Techniker oder Führungskräfte.

Neue Geschenke für die Unternehmer der kleinen und mittleren Betriebe?

Die Rechtsregierung will jetzt die mageren Vorteile dieser Gesetzgebung kassieren mit dem schwachsinnigen Sophismus: »Um mehr zu verdienen, muss man mehr arbeiten.« Als ob in der kapitalistischen Gesellschaft diejenigen, die meiste Kohle haben, auch am meisten arbeiten! Da spielen nun Gewerkschaften und linke Parteien ihre institutionelle Rolle als Opposition ihrer Majestät, steigen auf die Zinnen und schreien wie die Verrückten, vergessen aber schnell, dass sie es sind, die diese Attacke auf die Bedingungen der Arbeiter konzipiert und/oder gebilligt haben.

Welche Änderungen setzt die Regierung nun durch?

- Die Beschäftigten können freiwillig über das Überstundenkontingent hinaus länger arbeiten. Aber was ist Freiwilligkeit für einen Arbeiter? Darüber hinaus wird der Überstundenzuschlag für diese Stunden zweigleisig auf der Basis von Betriebsvereinbarungen und Branchenvereinbarungen festgelegt. Die Konsequenz davon sind von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich hohe Zuschläge, je nachdem wie gerade das Kräfteverhältnis ist.
- Es gibt nun die Möglichkeit, sich vom Unternehmer Arbeitszeitverkürzungs- und Urlaubstage auszahlen zu lassen. Für die Höhe dieser Abgeltung gibt es keine Vorgaben; sie muss mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Auch die Zahl der Tage, die man jedes Jahr abtreten darf, ist unbestimmt, solange die europäischen Gesetze (vier Wochen bezahlter Urlaub) eingehalten werden.
- Die Regelung, dass die kleinen und mittleren Unternehmen nur einen niedrigeren Überstundenzuschlag von 10 statt 25 Prozent bezahlen müssen, wird um drei Jahre verlängert. In dieser Unternehmenskategorie können Arbeitszeitverkürzungstage ohne vorherige Vereinbarung mit den Gewerkschaften zurückgekauft werden.

Mit diesen Veränderungen bleiben für die Arbeiter nur die negativen Aspekte des Gesetzes, nämlich die Aufweichung des Arbeitsgesetzbuches und die Flexibilisierung. Das ist eine perfekte Demonstration der Art und Weise, wie die Linke des Kapitals und die Rechte sich die Aufgaben bei der Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen teilen.

Mit den Aubry-Gesetzen hat die Linke die besten gesetzlichen und ordnungspolitischen Bedingungen geschaffen, um das Ausbeutungsregime in diesem Land zu verschärfen. Ihre spezifische Vorgehensweise bestand darin, mit ihrer bekannten Schaumschlägerei die Bedingungen der Arbeiter zu verschlechtern. Die Gewerkschaften – auch die, die sich bei der Einführung dieser Anti-Arbeiter-Gesetze zurück gehalten hatten – mobilisieren heute »für die Verteidigung dieser sozialen Errungenschaft gegen den Angriff der Rechten«. Doch die wieder ins Regierungsgeschäft gelangte Rechte nimmt den 35 Stunden à la Aubry nur einen Teil ihrer rosaroten Schminke weg. Diejenigen, die glaubten und noch glauben, dass die Kapitalisten netterweise ohne autonome Arbeiterkämpfe die Forderungen der Ausgebeuteten und seien es auch nur die elementarsten, erfüllen könnten, sind nur gefährliche Naive. In diesem Fall haben sie dazu beigetragen, einen Weg zu weisen, der heute von der Rechten benutzt wird.

MC – Brüssel/Paris, Februar 2005.

Koorespondenz: (ohne weitere Namensnennung!)
BP 1666, Centre Monnaie
1000, Bruxelles 1, Belgique.

Baden-Württemberg

Was bleibt von der 35-Stunden-Woche?

Im Februar 2005 hat die IGM Baden-Württemberg in einem **Tarifvertrag zur Arbeitszeitgestaltung** einer weiteren Ausdehnung des Arbeitszeitrahmens in der Metall- und Elektroindustrie zugestimmt: per Betriebsvereinbarung kann nun zum Ausgleich von Produktionsschwankungen die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden pro Woche ausgedehnt werden, ohne dass Überstundenzuschläge anfallen. Im Tarifvertrag sind weder ein Ausgleichszeitraum noch eine Stundenbegrenzung vorgegeben. Beides können Unternehmer und Betriebsrat frei regeln. Die Mehrstunden kommen auf zwei verschiedene Arbeitszeitkonten: das flexible Arbeitszeitkonto, über das die ArbeiterInnen kein Verfügungsrecht haben, weil Unternehmer und Betriebsrat die Modalitäten festlegen. Das zweite Konto ist ein Langzeitkonto, über das die ArbeiterInnen alleine verfügen und Stunden für Fortbildung, Elternzeit oder Altersteilzeit ansparen können. Modelle, die immer noch von der lebenslangen Beschäftigung in einem Betrieb ausgehen!
Für die ArbeiterInnen heißt das: Wenn Mehrarbeit angeordnet wird, wird für diese Stunden kein Lohn ausgezahlt, sondern irgendwann »Zeit« zurückgegeben. Sie geben dem Unternehmer einen Kredit, der erst ab der 301. Stunde gegen Insolvenz abgesichtert ist.
Anlass genug, nochmal die **Geschichte der 35-Stunden-Kämpfe** zu rekapitulieren... der Artikel wurde 1999, also lange vor dem verlorenen Streik im Osten 2003 geschrieben.

35-Stunden-Woche: weniger Lohn und mehr Arbeit

Den vollständigen Text *35-Stunden-Woche: weniger Lohn und mehr Arbeit* findet Ihr in: Wildcat-Zirkular 48/49 – März 1999 oder im Archiv auf www.wildcat-www.de

Kürzer zu arbeiten finden fast alle gut, aber die (gewerkschaftliche) Parole von der Arbeitszeitverkürzung stößt bei ArbeiterInnen auf großes Mißtrauen. Seit Mitte der 80er Jahre war sie ein Krisenregulierungsmechanismus in den Händen von Unternehmen und Gewerkschaften, mit dem die ArbeiterInnen doppelt betrogen wurden: die Arbeitszeit hat nicht spürbar abgenommen, aber die Löhne sind gesunken. Die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit hat den Acht-Stunden-Tag abgeschafft und eine radikale Flexibilisierung der Arbeitszeit in der Industrie ermöglicht.

Arbeitszeit und Verweigerung der Arbeit

Die Auseinandersetzung um Lohn und Arbeitszeit steht im Zentrum des Klassenkampfs. Dabei geht es nicht nur um die absolute Länge des Arbeitstags, die durch Gesetze und gewerkschaftliche Vereinbarungen begrenzt ist. Es geht auch um die Kontrolle über die Körper und darum, wieviel Arbeit während der festgelegten Arbeitszeit aus den Arbeitern herausgepresst wird. Der Kapitalist kauft Arbeitskraft, muss aber im Arbeitsprozess durchsetzen, wieviel Arbeit tatsächlich verausgabt wird. In diesem alltäglichen Kampf versuchen die Arbeiter, die Poren im Arbeitstag zu vergrößern, womit sich die Schere zwischen der offiziellen und der effektiven Arbeitszeit öffnet – bis der Unternehmer angreift. Die Macht der ArbeiterInnen drückt sich in diesen *informellen* Poren aus; die Gewerkschaften hingegen *formalisieren* den Status quo in Urlaubs- und Rahmentarifverträgen, Arbeitszeitregelungen usw..

Bis Anfang der 80er Jahre gab es relativ viele Poren. Es war normal, dass ArbeiterInnen ihren Akkord nach fünf, sechs Stunden geschafft hatten und sich dann nur noch rumdrückten. In Großbetrieben war es z.B. selbstverständlich, vor Arbeitsende zu duschen und dann gemeinsam in Straßenklamotten vor der Stechuhr anzustehen. Es gab informelle Pausen, die nur zum Teil in Tarifverträgen als Akkordpausen oder Bedürfniszeiten festgeschrieben waren – diese wurden zum Angriffspunkt in den folgenden Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit. In den 80er Jahren bezahlten die ArbeiterInnen jede kleinste Verkürzung der offiziellen Arbeitszeit mit dem Streichen dieser Poren. Schon mit der Einführung der 38½-Stunden-Woche wurde in den meisten Betrieben die bezahlte Pause der Nachtschicht in eine unbezahlte umgewandelt.

35 Stunden oder die Träume von einer Umverteilung der Arbeit

Seit etwa 15 Jahren – also seitdem die Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzung propagieren – sinkt die Arbeitszeit langsamer als in den Jahrzehnten davor. Zwischen 1956 (48-Stunden-Woche für fast alle ArbeiterInnen) und 1975 (40-Stunden-Woche für 96 Prozent aller ArbeiterInnen) sank die Wo-

chenarbeitszeit um acht Stunden. Dies geschah im wesentlichen durch die Streichung des Samstags als Regelarbeitstag Ende der 60er (»Samstags gehört Vati uns«). Bis zur Einführung der 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie 1995 in Westdeutschland dauerte es dann nochmal 20 Jahre. Jede Arbeitszeitverkürzung wurde mit einem Verzicht auf Lohnerhöhungen »bezahlt«, die Überstunden stiegen regelmäßig an.

Auch beim Jahresurlaub hat sich in den letzten 16 Jahren nichts mehr getan: in der Metallindustrie wurde er von 1960 bis 1982 schrittweise von drei auf sechs Wochen verdoppelt. Eine wesentliche Rolle dabei spielten die wilden Streiks wie bei Ford 1973, der sich daran entzündete, dass Arbeiter aus der Türkei zu spät aus dem 3-wöchigen Urlaub zurückgekehrt und gekündigt worden waren.

Die *tarifliche* Jahresarbeitszeit je Beschäftigtem in Westdeutschland ist von Mitte der 80er Jahre bis 1997 um durchschnittlich 160 Stunden oder 9,6 Prozent gesunken. Aber seit 1995 stagniert die Entwicklung: die anderen Branchen haben nicht mit der Metallindustrie gleichgezogen. In den 80er Jahren haben die Gewerkschaften vor allem Vorruhestandsregelungen ausgehandelt, wodurch die Belegschaften radikal verjüngt und die Lebensarbeitszeit der ersten Arbeitergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg verkürzt wurde. Dann wurden im Rahmen von Standortsicherungsverträgen nur noch befristete Arbeitszeitverkürzungen mit gleichzeitigen Lohnkürzungen abgeschlossen.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche kam Anfang der 70er Jahre in der Gewerkschaftslinken auf, um den Kampf in eine »qualitative« Richtung zu lenken. Vor dem Hintergrund der weltweiten Krise 1973/74 läuteten die Unternehmen in der BRD mit Massenentlassungen eine Rationalisierungsoffensive ein. Allein in der Stahlindustrie wurden von 1975 bis 1978 ca. 40000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Die Stahlarbeiter wurden so massiv angegriffen, weil es dort gut organisierte Belegschaften gab, die schon 1969 durch eine Reihe wilder Streiks den Unternehmern einen heißen Herbst bereitet hatten. Zur Sicherung der Arbeitsplätze wollten die betrieblichen Gewerkschaftskader die Arbeitswoche schrittweise verkürzen und eine fünfte Schicht einführen. Die 35-Stunden-Woche wurde 1977 auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag in den Forderungskatalog aufgenommen – gegen den Vorstand, der sie für übertrieben und nicht durchsetzbar hielt. Ein Jahr später ging er mit dieser Forderung in die Stahltarifrunde, um eine Krisenlösung in der Stahlindustrie herbeizuführen. Das Unternehmerlager wollte unter allen Umständen an der 40-Stunden-Woche festhalten und bot als Ersatz mehr Urlaub und Lohnerhöhungen an. Die Gewerkschaft rief den Streik aus; das war die Möglichkeit, die Stahlarbeiter unter Kontrolle zu bringen. Im November 1978 wurden die Belegschaften ausgewählter Stahlwerke in den Streik geschickt, was sofort mit massiven Aussperrungen beantwortet wurde. Während die Basis mit großem Engagement streikte, weitete die Führung den Streik nur zögerlich auf andere Betriebe aus. Im Januar 1979 schloss sie einen Tarifvertrag ab, der die 40-Stunden-Woche auf weitere fünf Jahre festschrieb – im Austausch gegen ein paar Urlaubstage und Freischichten für Nachtarbeiter. Der Streik war eine Niederlage für die linken Arbeiterkader, die von der Gewerkschaftsführung im Streik diffamiert und durch den Abschluss auf Jahre ausgebremst worden waren. Die Gewerkschaft hatte vorgeführt, dass Massenentlassungen in der Stahlindustrie nicht zu verhindern waren. Damit hatte sie auch ihre Politik in den nächsten »Stukturkrisen« festgelegt.

Die Gewerkschaften als Vordenker der Modernisierung

Betrachtet man die Politik der Arbeitszeitverkürzung rückwirkend, wird deutlich, dass die Gewerkschaften den Standpunkt des ideellen Gesamtkapitalisten Deutschlands eingenommen haben, als das vom Lager des Kapitals aus noch nicht möglich war. In der bis dahin tiefsten Rezession 1980-82 hatten sich die meisten Einzelgewerkschaften die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu eigen gemacht. Damit wollten sie die BRD zum produktivsten Wirtschaftsstandort der Welt machen, ohne krasse soziale Spaltungen wie in den USA heraufzubeschwören. Die reale Möglichkeit zur Durchsetzung dieser Strategie sahen und sehen sie in einer Flexibilisierung der Arbeitszeit, wie sie von den Großunternehmen eingefordert wurde, um die Produktionsanlagen intensiver nutzen zu können. Die 35-Stunden-Forderung enthielt von vornherein den Flexibilisierungsgedanken, der als Verhandlungsmasse eingebracht werden konnte. Von einem Sieben-Stunden-Tag war nie die Rede.

Mit solchen Modernisierungsvorstellungen eilten die Gewerkschaften (mittelständischen) Unternehmern weit voraus, die an der ganztägigen Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft festhalten wollten. Während beispielsweise das BMW-Werk in Regensburg 1984 schon vor dem Tarifabschluss auf eine Vier-Tage-Woche umgestellt hatte, konnte man sich in Betrieben, wo Einschichtbetrieb und regelmäßige Überstunden vorherrschten, nicht so schnell auf eine andere Arbeitsorganisation umstellen. Noch 1995 arbeiteten nur 20 Prozent der kleinen und mittleren Industriebetriebe in mehreren Schichten.

Aber auch die eigene Basis, die nach den mageren Krisenjahren lieber eine satte Lohnerhöhung

wollte, musste erst gewonnen werden. Hauptargument der Gewerkschaften in der mit viel Pathos geführten Kampagne war die Massenarbeitslosigkeit: Bilder von hungerleidenden Arbeitslosen im Notstandsgebiet Detroit oder von Armutsrevolten wurden bemüht. Die 35-Stunden-Woche sollte einen solchen Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern, sie sollte funktional gemacht werden für eine moderne kapitalistische Lösung: kürzere Arbeitszeit, längere Betriebszeiten, niedrigere Lohnstückkosten (mehr Produktivität), Neueinstellungen.

Um diese Politik des vorweggenommenen Kompromisses gegen Widerstand auf beiden Seiten durchzusetzen, war die gesellschaftliche Dynamik eines langen Arbeitskampfs notwendig. Die Tarifauseinandersetzung wurde zum »Jahrhundert-Konflikt« hochstilisiert, an dessen Ende vielen nicht klar war, wer nun gewonnen hatte.

Die 35-Stunden-Woche sollte 1984 im Herzland der Metallindustrie Nord-Württemberg/Nord-Baden mit den bis dahin »fortschrittlichsten« Tarifverträgen durchgesetzt werden. Da die Unternehmerseite offiziell Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen ablehnte, begann die IG Metall mit Schwerpunktstreiks in ausgewählten Automobil- und Zulieferbetrieben (»Minimax-Strategie«). Die Unternehmer sperrten sofort ArbeiterInnen in der ganzen BRD aus, und der Staat verweigerte den wegen Arbeitsmangel Ausgesperrten das Kurzarbeitergeld. Da die Gewerkschaft nun hauptsächlich »gegen die Aussperrungen« mobilisierte und gerichtlich gegen die Streichung des Kurzarbeitergeldes (§116 Arbeitsförderungsgesetz) vorging, bekam der Streik einen immer defensiveren Charakter, je länger er sich hinzog. Nach über sieben Wochen wurde er durch den ehemaligen Arbeitsminister Leber als Schlichter beendet. Die IG Metall feierte das Ergebnis, die *stufenweise* Verkürzung der Arbeitswoche auf 38½ Stunden, als »Einstieg in die 35-Stunden-Woche« – obwohl klar war, dass gerade die schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit kaum zu Neueinstellungen führen würde.

Der wirkliche Durchbruch war die Flexibilisierung der Arbeitszeit: nach dem »Leber-Kompromiss« musste nur die durchschnittliche betriebliche Arbeitszeit 38½ Stunden betragen. Bis zu 18 Prozent der Belegschaft konnten bis zu 40, andere nur 37 Stunden arbeiten. Die Maschinenlaufzeiten konnten entsprechend verlängert werden – je nach betrieblichen Erfordernissen; denn die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung wird seither zwischen Betriebsrat und Unternehmer ausgehandelt.

Diese Form der Arbeitszeitverkürzung wurde nach und nach von den anderen Gewerkschaften übernommen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre hatten die Gewerkschaften bereits massive Probleme, ihre Basis für einen weiteren Kampf um die 35-Stunden-Woche zu mobilisieren. Vom »historischen« 1.10.95, an dem endlich die Arbeitswoche der MetallarbeiterInnen auf 35 Stunden verkürzt wurde, nahm kaum jemand Notiz. Der Ausgleichszeitraum für Mehrarbeit war inzwischen auf zwei Jahre ausgedehnt worden…

In deutschen Mehrschichtbetrieben laufen die Maschinen länger als im europäischen Durchschnitt – trotz der kürzeren Regelarbeitszeit der Beschäftigten. Da dem Ziel Arbeitszeitverkürzung mögliche Lohnerhöhungen geopfert wurden, liegen auch die Lohnstückkosten auf einem spektakulär niedrigen Niveau. Mit Lohnabschlüssen unterhalb der Inflationsrate war, gemessen an der Produktivitätsentwicklung, die Lohnzurückhaltung in der BRD in den 90er Jahren größer als in den USA.

Von der vielbeschworenen »Zeitsouveränität« der ArbeiterInnen kann in den produktiven Zentren keine Rede sein: hier geht es allein darum, eine möglichst »schlanke« Belegschaft gemäß Auftragslage flexibel einzusetzen, ohne dass Mehrarbeitszuschläge anfallen. Inzwischen haben die Gewerkschaften »Verhandlungsmasse« verloren: Immer mehr Betriebe flexibilisieren die Arbeitszeit, ohne sie zu verkürzen.

Die Linke und die Gewerkschaften

Nach dem deutschen Arbeitsrecht haben allein die Gewerkschaften das Recht, einen Streik auszurufen. Formelle rechtliche Macht (»Mitbestimmung«) haben nur die Betriebsräte, die nicht zwangsläufig gewerkschaftsgebunden sind. Deshalb setzen die Gewerkschaften alles daran, diese Betriebsratsposten zu besetzen. Die Betriebsräte der Großunternehmen sitzen in den Ortsvorständen und bringen dort ihr Gewicht ein. Gerade sie drängen auf eine »flexible« Tarifpolitik.

Für die Linke spielen die Gewerkschaften eine besondere Rolle als Aktionsfeld, von dem aus sie Einfluss auf die Arbeiterklasse nehmen und Kämpfe »politisieren« wollen. Sie hielten auch an dieser Ersatzpartei fest, als die Gewerkschaften Ende der 70er Jahre schon stark von der »Krise der Institutionen« gezeichnet waren. Die im Betrieb verbliebenen Linken versuchten, die Instanzen der Interessenvertretung zu besetzen, womit sich ihr Blickfeld auf die Arbeiterklasse veränderte. Seit Anfang der 80er Jahre reduzierte sich ihre Aktivität auf die »Rettung der Gewerkschaften«: niemand nahm die Vorstandsparole, dass es beim Kampf um die 35-Stunden-Woche »um die Existenz der Gewerkschaften« gehe, ernster als die Linken aller Schattierungen, die die Hauptarbeit der Mobilisierung leisteten. Die Einschätzung, dass die Gewerkschaft

fortschrittlicher ist als die Arbeiter, prägt bis heute die Betriebslinke.
Eingebunden in die alltägliche »vertrauensvolle Zusammenarbeit« des Betriebsrats mit dem Unternehmen, wurde aus einer radikalen Opposition zunehmend »konstruktive Politik«, die sich heute mit »Standortpolitik« auseinandersetzen muss.

Das Projekt der Gewerkschaftslinken, durch Arbeitszeitverkürzung zu einer Umverteilung von Arbeit zu kommen, ist gescheitert. Weder Lohnzurückhaltung noch Flexibilisierung der Tarifpolitik haben die von ihren Befürwortern erhoffte »Umverteilung von Arbeit« an die Arbeitslosen erbracht. Optimistische Gewerkschafts-Analysen schätzen den Beschäftigungseffekt auf ein Drittel bis die Hälfte der verkürzten Arbeitszeit... Dies allerdings nur dann, wenn »die stärkere Position auf dem Arbeitsmarkt« nicht zu Lohnerhöhungen führe, die die Beschäftigungswirkung mittelfristig zunichtemachen! Kritische Analysen sehen überhaupt keine Beschäftigungswirkung, und weisen daraufhin, dass vor allem die Lohnzuwächse aufgrund der kombinierten Abschlüsse zurückgeblieben sind.

Die Krise 1992/93 und die Standortsicherungsverträge

Die Wirtschaftskrise 1992/93 war ein Einschnitt. Während die Autoindustrie den Absatzrückgang nutzte, um die Produktion grundlegend umzustrukturieren, und mit Entlassungen und Produktionsverlagerungen drohte, sahen sich die Gewerkschaften zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg starken Mitgliederverlusten ausgesetzt. Im Gegenzug versuchten sie, ihren Einfluss dort zu erhalten, wo schon immer die Basis ihrer Macht lag: in der Anerkennung durch Kapital und Staat. Gewerkschaftliche Forschungsinstitute konzentrierten ihre ganze Kraft auf die Ausarbeitung von Standortkonzepten für die deutsche Industrie – und nahmen das Thema ernster als die Kapitalisten. Betriebsräte schlossen einvernehmlich mit dem Unternehmer Standortsicherungsverträge ab, die bislang sicher geglaubte Dämme einrissen, ohne irgendwelche Vorteile für die ArbeiterInnen zu bringen.

Die Betriebsvereinbarungen mit fünf Jahren Laufzeit in den Daimler-Werken Wörth und Gaggenau leiteten im Frühjahr 1993 die Wende ein. Positionen, die in den 70er Jahren erkämpft worden waren, wie z.B. die stündlichen Bandpausen bei Akkordarbeit, wurden geräumt und Arbeitszeitverlängerungen durchgesetzt. Zudem verpflichtete sich der Betriebsrat im LKW-Werk Wörth, aktiv an einer Senkung der Kosten um 30 Prozent und der Zeitvorgaben um 20 Prozent mitzuwirken – gegen die Zusicherung, die Produktion eines Leicht-LKWs nicht nach Tschechien zu verlagern.

Die Arbeitszeit wird wieder länger

Heute weist vieles darauf hin, dass der Jahrhunderttrend zur Verkürzung der Arbeitszeit rückläufig ist. Die Fehlzeiten sind an einem historischen Tiefpunkt von ungefähr vier Prozent angelangt. Eine wachsende Zahl von ArbeiterInnen braucht einen Zweitjob, um die Reallohnverluste der letzten Jahre auszugleichen. (1998 übten etwa drei Millionen regulär Beschäftigter einen Nebenjob bzw. eine selbständige Tätigkeit von durchschnittlich zehn Wochenstunden aus. Gleichzeitig ließen die Unternehmen 1,8 Mrd Stunden an Überstunden arbeiten – rein rechnerisch eine Million Arbeitsplätze.) Die wichtigste neue Tendenz ist die Zunahme unbezahlter Mehrarbeit.

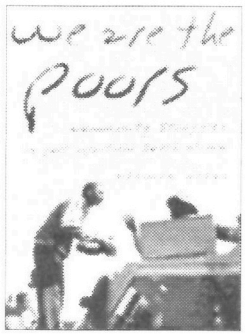
Wie verhalten sich die ArbeiterInnen?

Die jahrelange Propaganda, die Arbeitslose und »Arbeitsplatzbesitzer« gegeneinander auszuspielen versucht, zeigt eine gewisse Wirkung. Aber nicht alle Belegschaften haben die Standortsicherungsverträge schweigend akzeptiert: Kleine wilde Streiks an den Bändern wie im Sommer 1993 bei Opel Bochum gegen die »Initiative Standortsicherung« der Betriebsleitung, oder bei Daimler-Wörth, als der Arbeitsdruck unerträglich wurde, sind ein Ausdruck davon. Dass die zugespitzte Situation in der Produktion auch neue Arten von Kämpfen hervorbringen kann, zeigt das Opel-Werk in Bochum, wo im Oktober 1998 1800 ArbeiterInnen die Arbeit niederlegten und ultimativ die sofortige Übernahme von 300 befristet Beschäftigten forderten, deren Verträge ausliefen. Die Betriebsleitung reagierte sofort: sie senkte die Bandgeschwindigkeit um 2,5 Prozent und stellte 50 befristete Arbeiter fest ein.

In einzelnen »kampfstarken« Betrieben konnten Betriebsräte die Arbeitszeitverkürzung durchaus als Verbesserung für die Stammbelegschaft ausgestalten; sie wurden damit aber nicht wie früher zum Vorreiter, sondern sind mehr und mehr isoliert von den anderen ArbeiterInnen.

Die gewerkschaftliche Politik der Arbeitszeitverkürzung war kapitalistische Krisenregulierung. Sie hat nicht die Verschärfung der Ausbeutung aufgehalten, sondern sie erst ermöglicht. Mit ihrer Teilnahme hat sich die Betriebs- und Gewerkschaftslinke verbraucht und/oder wurde vom Apparat aufgesogen. Von einem revolutionären Standpunkt aus können wir diese Modelle nicht radikalisieren – wir müssen sie grundsätzlich ablehnen und als das kritisieren, was sie in den Augen der ArbeiterInnen schon lange sind: Strategien, mit denen das Kapital sich immer rabiater die Verfügungsgewalt über unsere *gesamte* Zeit sichert, um uns immer mehr zu vereinzeln und intensiver ausbeuten zu können. ■

»We are the poors«
Community-Kämpfe in Südafrika



Ashwin Desai,
We are the poors,
New York, Juli 2002
(Monthly Review Press)
ISBN: 1-58367-050-5
19,00 Dollar

Eine ausführlichere Version dieses Textes gibt es auf Englisch unter *www.prol-position.net/en/index.htm*

Seit 1994 hat sich in Südafrika die materielle Ungleichheit verschärft. Daraus entstanden neue und dynamische Formen von Solidarität und Widerstand. Ashwin Desais exzellentes Buch *We are the Poors* (Wir sind die Armen) dokumentiert die Geschichten derjenigen, die in den *townships* Südafrikas kämpfen: der ›Kampfelektriker‹, die ihre Nachbarn wieder an die Stromversorgung anschließen, der Frauen, die enge Treppenfluchten in ihren Wohnblocks blockieren, um die Bullen an Zwangsräumungen zu hindern, ganzer Communities, die nach der Einführung neuer Wasseruhren revoltieren, die Zähler zerschlagen und die Installateure verjagen, der wilden Streiks, die sich mit den Communities verbünden, um Streikbruch zu verhindern.

Zum Hintergrund

Nach der Machtübernahme des ANC »haben sich die Lebensbedingungen der Armen gemessen an Lebenserwartung, Sterblichkeit, Zugang zu Lebensmitteln und Wasser usw. rapide verschlechtert«. Südafrika hat eine der zehn größten Börsen der Welt und ein Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 10 700 Dollar, aber die Ungleichheit ist die welthöchste nach Brasilien. Bei Gesundheit, Bildung, Zugang zu sauberem Wasser usw. liegt es ganz weit hinten. Landesweit liegt die Arbeitslosigkeit bei 42 Prozent, in einigen ärmeren Gebieten sogar bei 80 oder 85 Prozent. Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe gibt es nicht. Fast die Hälfte aller Haushalte in Soweto lebt von einer einzigen Rente (540 Rand im Monat). Für Miete, Strom und Wasser gehen 400 Rand im Monat drauf. Die meisten Leute in Südafrika leben von nur 140 Rand (unter 12 Euro) im Monat.

Jede neoliberale politische Entscheidung der ANC-Regierung hat weiter zur Desillusionierung gegenüber dem Parlamentarismus beigetragen. Aus Protest gegen Festnahmen bei einer Aktion gegen das Abklemmen der Wasserversorgung im Jahr 2002 verbrannten hunderte von Einwohnern Sowetos ihre ANC-Mitgliedsausweise. Politiker, die die neuen Community-Kämpfe benutzen oder beeinflussen wollen, werden ausgelacht. In Chatsworth/Durban lag die Wahlbeteiligung im Jahr 2000 bei etwa 20 Prozent (während der Apartheid waren es 15 Prozent).

»Die Leute haben gemerkt, dass Einflussnahme über Vertreter nichts gebracht hat und der Rechtsweg ohne Wirkung blieb, als scharf auf sie geschossen wurde, obwohl sie nur um eine halbe Stunde Zeit gebeten hatten, um bei Gericht eine Verfügung gegen ihre Räumung zu erwirken.«

Die Regierung hat versprochen, alle öffentlichen Unternehmen zu privatisieren. Um sie für potenzielle Käufer attraktiver zu machen und den Preis nach oben zu treiben, muss sie die Außenstände eintreiben.

Aktionen gegen Räumungen in Chatsworth

»Im Mai 1995 forderte der neue Leiter der Wohnungsbehörde eine Mieterhöhung in Greater Chatsworth. Nach gerade zwei Jahren Demokratie bat der Stadtrat schon wieder den Polizeichef um Hundestaffeln und Tränengas. Im Mai 1996 fuhren 50 Sicherheitsleute in Unit 3 in Chatsworth auf und fingen an, Wasser und Strom abzustellen und Sachen aus den Fenstern zu werfen, bevor sie die leeren Wohnungen versiegelten. Aus Desillusionierung wurde Bestürzung und schließlich totale Ablehnung.«

Die Community verklagte den Stadtrat von Durban, da die Räumungen gegen das Menschenrecht auf Wohnung und Wasser verstießen. Daraufhin sollten die Mieter die Häuser kaufen (nach Zahlung der Mietrückstände). In Chatsworth traf eine Abordnung des Stadtrats ein, um die Häuser zu ›verkaufen‹. »Nach einer zweistündigen Belagerung durch Demonstranten musste die Prozedur abgebrochen werden.« Als ein Beamter der Gruppe vorwarf, sie seien ›privilegierte Inder‹, schrie eine ältere Frau zurück: »Wir sind keine Inder, wir sind die Armen«.

Desai erwähnt drei Räumungsversuche im Februar 2000. Bei einem älteren Epileptiker kam die Polizei mit zehn Fahrzeugen und zwei Zügen Bewaffneter, schoss mit Tränengas und warf nach der

Stürmung des Hauses die Sachen auf die Straße. Der Mann erlitt einen Anfall. Als ein alleinstehender afrikanischer Vater mit vier Kindern geräumt werden sollte, blockierten über 150 Leute, überwiegend indischstämmige Frauen, die Treppe zu seiner Wohnung. Die Polizei schoss mit scharfer Munition und Tränengas. Daraufhin wurden auch alle bisherigen Zuschauer aktiv. »Angesichts des heftigen und entschlossenen Widerstands der Community konnten sich die Sicherheitskräfte nur mit Verstärkung zurückziehen, zur Räumung kam es nicht.« Angesichts der Mobilisierung in der Community und der Medienpräsenz gingen die Behörden die dritte Räumung erst gar nicht an. Vor Gericht wurden die Räumungsbefehle schließlich für ungültig erklärt.

»In Kapstadt lässt sich der Krieg gegen die Armen angesichts der Initiative, die die armen Communities (oft mit einfallsreichen Techniken) bei der Selbstorganisierung, beim Wiedereinzug geräumter Familien und beim Wiederanschluss abgetrennter Wasserleitungen zeigen, und angesichts des Muts der AktivistInnen beim Straßenkampf gegen die Polizei nur schwer durchsetzen. Die meisten Aktionen des Stadtrats bleiben stecken.«

Wasser

Bis zum Jahr 2002 wurde in ganz Südafrika über einer Million Menschen das Wasser abgestellt. 40 000 Kinder starben jedes Jahr wegen verschmutztem Wasser an Durchfall. Die Cholera ist zurückgekehrt, allein in Kwa Zulu Natal haben sich über 100 000 Menschen angesteckt. Schon die pure biologische Notwendigkeit hätte irgendwann massiven Widerstand erzeugt.

Als die Wassergesellschaft einigen EinwohnerInnen von Chatsworth das Wasser abstellen wollte, bildete die Community eine Menschenkette um die bedrohten Häuser. »Die Sicherheitsfirma zog sich zurück. Die Stimmung war fröhlich und kämpferisch, in den Nebenstraßen tanzten die Leute. Das war nun die fünfte siegreiche Schlacht in Folge gegen Räumungen und Wassersperren. Der Metro Council kassierte in Chatsworth eine Niederlage nach der anderen. Tags darauf einigte man sich auf ein Ende der Wassersperren. Die Konten sollten ohne zusätzliche Zinsen auf die Rückstände eingefroren und das Wasser wieder angeschlossen werden.«

Es wimmelt von Kampfklempnern, und sie werden nicht strafrechtlich verfolgt. Die Stadtverwaltung stellt das Wasser ab, und die Kampfklempner stellen es wieder an.

In Mpumalanga, wo während der Apartheid brutale Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen aus dem ANC und der (Zulu-Partei) Inkatha geherrscht hatten, gibt es heute einen lebendigen, vereinten und militanten Kampf gegen ANC-Stadtverwaltung und Inkatha-Provinzregierung. Auslöser war 1999 der Versuch der Stadt, Wasseruhren einzuführen. Die Community riss die Zähler heraus und verjagte die Handwerker. Es gab Straßenschlachten mit der Polizei, und überall lagen kaputte Wasseruhren. Auch beim nächsten Versuch 2001 rissen die EinwohnerInnen die Wasserzähler wieder heraus. Aber es gab auch Repression durch die Polizei, Festnahmen und zwei Tote, die von einer dubiosen ANC-Bürgerwehr erschossen wurden. Schließlich stellte die Stadt EinwohnerInnen zum Einbau der Zähler ein und hetzte damit zur Gewalt untereinander auf. Doch die Community durchschaute das und einigte sich, die gewaltsame Sabotage erstmal einzustellen und auf die ersten Briefe zu warten, mit denen die Abstellung wegen Zahlungsrückstand angekündigt wurde. Im März 2002 zogen Zehntausende zum örtlichen Amt für Mietangelegenheiten und forderten einen Wasserpreis von 10 Rand pro Monat. Die Beamten mussten jeden Antrag einzeln bearbeiten. Die Idee sprach sich herum, und es gab auch in Tafelsig, Chatsworth, Wentworth, und Umlazi ›Zehn Rand-Demos‹.

Im Oktober 2004 blockierten EinwohnerInnen von Soweto eine große Durchgangsstraße nach Johannesburg und forderten den Stopp des Einbaus von Prepaid-Wasseruhren. Auch dieses Projekt liegt jetzt wegen des großen Widerstands auf Eis. Lei-

der sitzt der Aktivist Matthews Ndlovu im Knast, nachdem er im Dezember 2004 zu zwei Jahren Haft oder 25 000 Rand Geldstrafe verurteilt worden ist.

Strom

Im Zuge ihres Schuldenbereinigungsprogramms kündigte die staatliche Elektrizitätsgesellschaft Eskom an, dass »mindestens 75 Prozent der Bewohner von Soweto« der Strom abgestellt werde. Im Jahr 2001 wurden monatlich 20 000 Haushalte abgeklemmt – viel mehr, als durch das großartige Programm des ANC zum Anschluss mehrerer Millionen schwarzer Haushalte ans nationale Netz angeschlossen wurden.

Sicherheitskräfte der Eskom überfielen und bedrängten die BewohnerInnen und schossen auf Protestierende. Die Community begann einen massenhaften Stromzahlungsboykott. Nachdem Notfall-Elektriker in Soweto innerhalb von sechs Monaten 3000 Häuser wieder angeschlossen hatten, gab Eskom bekannt, säumige Zahler nicht mehr abzuklemmen.

Das Soweto Electricity Crisis Committee stellte auch im Privathaus von Johannesburgs Bürgermeister Amos Masondo das Wasser ab. Dem Stadtrat Rocky Naidoo wurden im Mai 2001 Strom und Wasser abgestellt.

Die Landlosenbewegung

Nur drei Prozent des urbaren Landes waren umverteilt worden, und zwar überwiegend nicht an landlose Bauern, sondern an kommerzielle schwarze Farmer. Im Winter 2001 besetzten Hunderte obdachloser Familien ein Stück Brachland in Brendell. Das war kurz nach den Nachrichten über die Landbesetzungen in Zimbabwe und ließ die Kurse an der Börse in Johannesburg fallen. Die Regierung wurde nervös, ließ das Land brutal räumen und die Hütten abreißen. Daraufhin wuchs die Landlosenbewegung auf Tausende an, darunter viele Stadtbewohner.

Streiks am Arbeitsplatz

Mit der unternehmerfreundlichen Haltung der ANC-Regierung im Rücken begannen Firmen, die beträchtlichen Erfolge der Arbeiterkämpfe der 80er und 90er Jahre zurückzudrehen. Die Gewerkschaften sind inzwischen ebenfalls auf Linie mit der rechten ANC-Regierung. Im Jahr 2000 unterschrieb die Metallgewerkschaft NUMSA mit VW eine Vereinbarung über drastische Einschnitte bei Löhnen und Arbeitsbedingungen im Austausch gegen versprochene Investitionen und Produktionslinien. Der wilde Streik dagegen war anfangs stark, aber wegen der hohen Arbeitslosigkeit konnte VW auf Streikbrecher zurückgreifen. Der Konflikt ging schließlich vor die Schlichtungsstelle und die Arbeiter verloren. Währenddessen liefen Entlassungen, Auslagerungen und die Arbeiterrechte in der Autoindustrie wurden im Eiltempo wieder verschlechtert. Ein NUMSA-Funktionär: »Sie wissen ja nicht, welchen Schaden der Streik angerichtet hat. Wegen des Arbeitskampfs bei VW mussten wir mehrere Minister nach Deutschland schicken, um sie zu überzeugen. Deren Problem: ›Eure beste Gewerkschaft hat ihre Fabriken nicht unter Kontrolle.‹« In Präsident Mbekis International Investment Council sitzen auch Schrempp von DaimlerChrysler und Makihara von Mitsubishi.

Exxon

Im Streik bei der südafrikanischen Exxon-Tochter Engen entstanden Verbindungen mit der Community vor Ort. Das Engen-Werk ist der größte Arbeitgeber in Wentworth, einem Township von Durban mit der üblichen hohen Arbeitslosigkeit. Einmal im Jahr stellt Engen für sechs Wochen Tausende von Zeitarbeitern für die Überholung der Fabrik ein. Engen stellt ausschließlich über Zeitarbeitsfirmen ein und jeder Versuch einer gewerkschaftlichen Organisierung führt zur Kündigung des Vertrags mit der Verleihfirma.

Im Jahr 2001 wurde ein Streik geplant. Es bestand aber die Gefahr, dass die Wut sich gegen die Community selbst richten könnte, entweder gegen die Streikbrecher oder gegen die Bosse der Verleihfirmen, von denen viele ebenfalls in Wentworth lebten. »Die [Gewerkschafts-] Führung löste ihre Organisation in einen losen und sehr breiten Verbund von Aktivisten und Community- und Kirchenchefs auf. Auch die Arbeitslosen (manche würden sie ›Gangster‹ nennen) waren bei den Diskussionen vertreten, und das sorgte letzlich dafür, dass Engen keine Streikbrecher anheuern konnte. Die Arbeiter versuchten die ganze Zeit, Engen von potenziellen Verbündeten in der Community fernzuhalten, indem sie in der Informationsschlacht ›zuerst da waren‹ und einen Raum schufen, damit die verschiedenen Interessengruppen am Streikkomitee teilnehmen konnten. Lange Zeit schienen Gewerkschafts- und Community-Strukturen ein und dasselbe zu sein.«

Zur ersten Versammlung kamen ausnahmslos alle Arbeiter, zusammen mit ihren Frauen und halbwüchsigen Söhnen – und brannten vor Tatendrang. Alle warfen ihre Firmenausweise, ohne die man nicht ins Werk hinein kam, in eine große Tasche, aber als die Versammlung sich auflöste, wurden einige der wichtigsten Organisatoren verhaftet und die Tasche mit den Ausweisen von der Polizei beschlagnahmt. Desai war am nächsten Tag auf der Versammlung:

»Reggie, einer der Arbeiter, kommt auf die Büh-

ne. In einer vom Durbaner Slang durchsetzten Rede erzählt er, dass er schon seit über 20 Jahren als Saisonarbeiter bei Engen arbeitet. Er spricht von Ausbeutung, vom Herumgeschubstwerden und davon, wie weh es tut, sich trotzdem jedes Jahr wieder über eine Arbeitsvermittlung bewerben zu müssen und in einem Werk, das er selbst mit aufgebaut hat, jedes Mal wieder neu ›angelernt‹ zu werden. Es ist eine bewegende Rede, die er für die afrikanischen Hilfsarbeiter eines bestimmten Arbeitsvermittlers, die sich gerade aus der Nachtschicht heraus dem Streik angeschlossen haben, selbst ins Zulu übersetzt. Mit ihren Overalls hinten in der Halle bilden sie einen hellblauen Knoten. Die Stimmung ist unglaublich gut. Ich fühle mich in die 1980er Jahre zurückversetzt, als eine empörte Versammlung gegen die Apartheid die andere jagte. Ein Metallarbeiter aus Kapstadt, dessen Kolonne geholt worden war, um beim Herunterfahren des Werks zu helfen, erklärt, dass seine Crew den Streik unterstützt. Er spricht Afrikaans, und seine Botschaft wird ins Englische und Zulu übersetzt.«

Nach der Versammlung gingen alle zur Polizeiwache und verlangten ihre Ausweise zurück. Kein einziges Fenster in der Wache blieb heil.

Obwohl alle wussten, dass sie im ganzen Jahr nur diese zwei Monate Arbeit bekommen würden, stand der Streik von Anfang an wie eine Eins. Die Firma versuchte, die Leute mit allen Mitteln der Einschüchterung, Schikane und Bestechung zurück an die Arbeit zu bringen. Es hatte keinen Zweck. Dann teilten sie den Leiharbeitsfirmen mit, dass sie die Forderungen der Streikenden akzeptierten, und machten ein schriftliches Angebot, die wichtige Forderung nach gleichen Löhnen für alle zu erfüllen. Aber jetzt, wo die Community eine Stimme gefunden hatte, ging es um mehr als Kompromisse und sie blieben im Streik. Desai: »Als ich einem der Community-Führer sagte, sie hätten den Streik doch gewonnen und könnten ihn genausogut abblasen, gab er mir eine Antwort, die mich verwirrte: ›Wir streiken nicht für Forderungen, wir streiken für die Würde.‹ Ich sagte, Engen könnte ihnen keine ›Würde‹ geben. ›Genau, mein Freund, ganz genau!‹ antwortete er.« Der Streik ging noch eine Woche weiter, bis Engen selbst mit den Streikenden verhandelte und alle ihre Forderungen erfüllte, darunter die Einstellung eines Mannes, den die Polizei schwer verletzt hatte.

›Wir streiken nicht für Forderungen, wir streiken für die Würde.‹ Ich sagte, Engen könnte ihnen keine ›Würde‹ geben. ›Genau, mein Freund, ganz genau!‹ antwortete er.

Fazit

Viele dieser Kämpfe finden im Stadtviertel statt. Die Beteiligten sind Menschen jeden Alters, Männer, Frauen und Kinder aus vielen verschiedenen Kulturen Südafrikas. Das Wichtige ist die Form, die die Kämpfe annehmen, wie sie untereinander kommunizieren und Entscheidungen im Konsens fällen, oft in großen Versammlungen. In den *townships* entstehen neue soziale Beziehungen, wenn die Leute sich abends versammeln und »der Einsamkeit und Lethargie vor dem Fernseher oder im Bett entfliehen, um mit Botschaften, Flugblättern oder Klatsch kreuz und quer durch ihre Gegend zu ziehen.«

Die Kämpfe werden meist von Frauen geführt und richten sich meist auf unmittelbare Bedürfnisse, nicht auf ein hypothetisches Ziel in der Zukunft. Sehr oft geht es bei den Kämpfen nur darum, in wild gebauten Ghettos zu bleiben, und trotzdem gelten sie als Bedrohung für den Staat. »Hinter diesen Protesten stand keine Ideologie, sondern die Notwendigkeit des Überlebens und die Sehnsucht nach einem anständigen Leben.« Die Forderungen sind durchsetzbar und werden auch manchmal durchgesetzt – aber sie müssen immer erkämpft werden. Der Staat verschenkt nichts – und lässt noch nicht mal irgendetwas so wie es ist – ohne Kampf. Aber obwohl die Leute abstrakte ›politische‹ Identitäten ablehnen, verstehen sie, dass das Kapital global ist – und diejenigen, die gegen das Kapital kämpfen, auch. »Nachrichten von sozialen Kämpfen in Soweto, Simbabwe, Bolivien und Genua stoßen auf riesiges Interesse und große Freude.« Die Leute interessieren sich sowohl für die gemeinsamen Kampfformen als auch für die gemeinsamen Gegner.

Ob diese neuen Kämpfe weiter an Zahl und Wirkung zunehmen oder ob sie in der Defensive bleiben und in Fallen laufen wie erfolgreiche Repression oder Ablenkung in die ›Politik‹, müssen wir sehen. Sehen wir hier den Anfang einer neuen Bewegung auf der Grundlage von autonomen ›kommunistischen‹ Prinzipien und die Entstehung einer neuen Politik auf der Grundlage von Community-Aktivismus oder nur verzweifelte Reaktionen von Communities auf ständige Angriffe? Auffällig sind die in der Bewegung weithin geteilten Ideale von horizontaler Organisierung mit neuen und sich je nach der unmittelbaren Situation ständig verändernden Organisationsformen im Gegensatz zu den Organisationen, in denen man einfach Befehlen gehorcht. Angenehm fällt bei diesen neuen Bewegungen auf der ganzen Welt auch auf, dass sie ihre Entscheidungen meist im Konsens treffen und an einen Begriff von menschlicher Würde appellieren.

Lady Stardust

Algerien
Frontstaat im globalen Krieg?

Buchbesprechung

Berndhard Schmid
Algerien – Frontstaat im globalen Krieg?
Münster 2005
Broschiert 18 Euro
ISBN: 3897710196

Für die Wahrnehmung des politischen Islamismus stellte der Bürgerkrieg in Algerien in den 90er Jahren einen Wendepunkt dar; zuvor wurden seine Akteure entweder als CIA-finanzierte Konterrevolutionäre oder als »Freiheitskämpfer« gegen kommunistische Regime definiert. Mit dem Auftauchen einer islamistischen Massenbewegung wird seitdem immer wieder das Schlagwort des *Clash of Civilizations* bemüht, um eine (globale) Frontstellung zwischen »Demokratie« und »Islamismus« (»Fanta statt Fatwa«) oder »Christentum« und »Islam« aufzumachen. Bernhard Schmid stellt in seinem Buch die These einer solchen Frontstellung vehement in Frage. Er sieht einen globalen Krieg »gegen die Armen (statt gegen die Armut) in allen Ländern, ... der sich in den letzten Jahren weltweit verschärft hat (...) Dass dieser 'Krieg' als weltumspannender ausgetragen wird, [bedeutet aber] noch nicht, dass die Armen und Ausgebeuteten in ihm auch zusammen kämpfen würden. Der politische Islamismus, der eine Antwort auf Elend und Unterdrückung zu liefern vorgibt (...), ist, neben anderen Ideologien, nur eines der Hindernisse dabei.« Hindernis, aber nicht Ursache. Dass Schmid versucht, Kräfte bzw. Kämpfe, auszumachen, die perspektivisch dieses Hindernis aus dem Weg räumen könn(t)en, macht dieses Buch in der (deutschsprachigen) Literatur über den algerischen Bürgerkrieg zur Ausnahme.

Er berichtet schon seit Jahren aufgrund seiner vielen Kontakte nach Algerien über die Situation dort. Schade, dass diese zusammenfassende Schau seiner Analysen erst jetzt als Buch vorliegt; mit dem Abebben des Krieges ist Algerien aus den Debatten verschwunden – ebenso wie viele seiner ideologischen »Gegner« mittlerweile in der Versenkung verschwunden scheinen.

Aber zunächst zum zentralen Thema des Buchs, dem Aufkommen des Islamismus in Algerien vor dem Hintergrund der Entwicklung seit der Unabhängigkeit und dem Scheitern des Aufstandes 1988. Das wichtigste Argumentationsmuster, gegen das er dabei angeht, ist die Erklärung des Islamismus als eine religiöse Bewegung. Der mediale *Mainstream* betrachtet ihn als radikalisierte Ausgeburt einer schon immer im Kern totalitären Ideologie. Andere dagegen sehen den Islamismus als einen Ausdruck einer antikolonialistischen Identität. Zentrales Credo dieser in Frankreich und Deutschland in linksliberalen Kreisen zeitweise populären These ist die klare und alleinige Schuldzuweisung für den Bürgerkrieg an die herrschenden Militäreliten. Das geht soweit, dass die Existenz eines militanten Islamismus geleugnet wird. In Wirklichkeit seien es allein »Militärs mit falschen Bärten« gewesen, die Massaker an der islamischen Bevölkerung verübten, um den Islamismus zu diskreditieren. Schmid widmet der Auseinandersetzung mit solchen Verschwörungstheorien breiten Raum und unterzieht die veröffentlichten »Enthüllungsbücher« ehemaliger Militärs und Geheimdienstangestellter einer detaillierten Kritik. Zudem bot ihr unermüdlicher Einsatz für die Umsetzung des *Contrat de Rome*[1] keinerlei Perspektive der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Bürgerkrieg überhaupt erst verursacht hatten. Im Gegenteil, ihr Aufruf zu einer internationalen Intervention wahlweise der UNO oder der EU sollte diese zementieren.

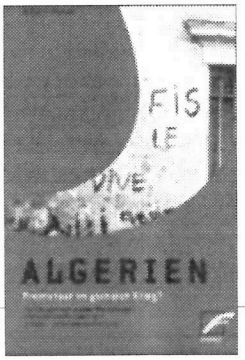
Bernhard Schmids Thesen lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

- Der Islam als Staatsdoktrin wurde staatlicherseits von Anfang an gefördert und war somit nicht *per se* eine Oppositionshaltung.
- Der Islamismus im Algerien der 90er Jahre war mitnichten eine religiöse *Heils-*[2], sondern eine *politische* Bewegung und die FIS eine politische Partei.
- Er stützte sich ideologisch z.T. durchaus auf »kulturelle« Traditionen einer überwiegend agrarisch geprägten Gesellschaft.[3]
- Der Islamismus ist nur vor dem Erfahrungshintergrund der extremen Unterdrückung durch den Kolonialismus besonders während des Unabhängigkeitskrieges zu verstehen.
- In seinen militanten Spielarten war der Islamismus in erster Linie ein Produkt des gesellschaftlichen Zerfalls seit Ende der 80er Jahre. Als politische Alternative war er bereits Mitte der 90er Jahre gescheitert. Die Eskalation des Terrors 1996/97 war eine Antwort auf die schwindende Unterstützung in der Bevölkerung.

[1] 1995 wurde in Rom eine Erklärung veröffentlicht, die im Namen der Demokratie ein Friedensangebot an die herrschenden Militärs darstellte. Vor allem ging es um eine Legalisierung der verbotenen FIS, während diese sich, wenn auch recht schwammig, auf einen Verzicht des Zieles einer theokratischen Umwälzung des algerischen Staates verpflichtete.

[2] die allgemein gebrauchte deutsche Übersetzung des Kürzels FIS lautet *Islamische Heilsfront*, während B.S. sie vom Wortsinn mit *Rettungsfront*, bezogen auf den algerischen Staat, übersetzt.

[3] wobei B.S. aber ausdrücklich darauf verweist, dass diese Traditionen in den Vierteln der städtischen Unterschichten erst wieder reaktiviert werden mussten – die Immigranten aus den ländlichen Gebieten hatten in der Mehrheit nie die Gelegenheit, »Arbeiter« zu werden, waren aber auch keine Bauern mehr.



Diese Thesen bettet er in eine Beschreibung der Geschichte Algeriens seit der Unabhängigkeit ein. Damit will er den Bürgerkrieg aus den spezifischen Bedingungen der algerischen Geschichte heraus erklären und die sozialen (Um-)brüche in diesen 40 Jahren aufzeigen. Er benennt die nationalen und internationalen Akteure, die im Kampf um Macht und Einfluss ihr Unwesen getrieben haben. Die Geschichte lässt sich grob in fünf Epochen einteilen:

1962-65: Zeit des Übergangs

Abseits aller der Zeit geschuldeten sozialistischen Rhetorik stand eine Vergesellschaftung der Besitztümer nach der Unabhängigkeit zunächst nicht auf dem Regierungsprogramm. Erst als Teile der Bevölkerung versuchten, die nach dem Abzug der Franzosen entstandenen Freiräume selbstbestimmt zu nutzen, mussten die Machthaber reagieren. Durch eine Kanalisierung der »Bewegung der Selbstverwaltung« in staatliche Bahnen und durch eine faktisch private Aneignung »herrenloser« Besitztümer und verstaatlichter lukrativer Dienstleistungsunternehmen (z.B. Hotels) durch hohe FLN-Funktionäre bildete sich neben dem traditionellen öffentlichen Verwaltungssektor ein »parastaatlicher« Sektor heraus. Der Produktionsbereich blieb zunächst von den Verstaatlichungen unberührt. Vor allem die Ölindustrie wurde nach wie vor von den französischen Firmen kontrolliert. Während sich politisch die neue, reich gewordene FLN-Nomenklatura und die traditionelle Bourgeoisie um die Machtverteilung stritten, sahen sich beide mit einer breiten Opposition aus der Bevölkerung konfrontiert. Der Gewerkschaftsdachverband UGTA (*Union Général des Travailleurs Algériens*) wurde überwiegend von Linken kontrolliert, die sich der Einbindung in den Parteiapparat der FLN widersetzten. Ähnliches galt für den Studentenverband UNEA (*Union Général des Étudients Algériens*).

1965-1978 Entwicklungsdiktatur

Der Bedrohung von unten begegnete die militärische Elite schließlich 1965 mit einem Militärputsch. Dieser Putsch bildete den Scheidepunkt zur zweiten Epoche, der Entwicklungsdiktatur. Alle Parteien bis auf die FLN wurden verboten und die Massenorganisationen an die Kandare genommen, Linke verhaftet, ins Exil getrieben und als Gegengewicht zu den »Marxisten« gezielt islamische Verbände gefördert. Eine der zentralen Weichenstellungen der Regierung Boumedienne war der Beschluss zur Nationalisierung des Öl- und Gassektors, der im Jahre 1971 umgesetzt wurde. Ohne sich wirklich dem Einfluss der Ölgesellschaften entziehen zu können, verfolgte der Staat damit das Ziel, mit den Einnahmen aus dem Energiesektor einen forcierten Industrialisierungsprozess in Gang zu setzen. Entscheidend für die Stabilität Algeriens in den 70er Jahren war die Perspektive des Fortschritts, die viele Menschen überzeugte, sich mit der gesellschaftlichen Ungleichheit mehr oder minder zu arrangieren. Staatlicherseits initiierte Sozial- und Bildungsprogramme schienen diesen Fortschritt ja auch greifbar werden zu lassen.

1978-88: Staatliche Konsumfinanzierung und IWF-Diktate

Am Ende der 70er Jahre brach diese Illusion jedoch nach und nach zusammen. Entsprechend gärte die Unruhe und die Zahl der Streiks stieg. Das Regime zog aus seiner Sicht die »Notbremse«, beendete die Industrialisierung und steckte fortan die Exporteinnahmen in den privaten Konsum. Das ging solange gut, wie der Ölpreis relativ hoch war. Nur, der fiel Mitte der 80er Jahre und der IWF forderte »Strukturanpassung«.

1988-98: Islamismus und Bürgerkrieg

Nach der großen Revolte von 1988 war das FLN-Regime offensichtlich am Ende. Schmid nennt drei Gründe für das Ende der FLN: Erstens den stetigen Rückgang des Lebensstandards in den 80er Jahren. Zwar war der durchschnittliche Lebensstandard immer noch um einiges höher als in den benachbarten nordafrikanischen Staaten, subjektiv brachen jedoch auf allen Ebenen die mit staatlicher Entwicklung verbundenen Perspektiven zusammen. Zweitens ging mit der sich abzeichnenden Transformation der Ostblockstaaten der ideologische Bezug des Regimes auf den Sozialismus verloren. Und drittens warteten auch Teile der Elite auf eine ge-

60er Jahre: »Bewegung der Selbstverwaltung«
Angesichts des kolonialen Zuschnitts der algerischen Wirtschaft führte der Abzug der Franzosen – die so viel wie eben möglich mitnahmen und den Rest zerstörten – zu einem ökonomischen Zusammenbruch. Weniger aus einem gesellschaftlichen Ideal eines »Selbstverwaltungssozialismus«, denn aus pragmatischen Gründen nahmen viele Algerier ihr Leben in die eigene Hand. Neben etwa 400 meist kleiner und mittlerer Fabriken wurden vor allem große Flächen Land besetzt.

Soziale Bewegungen der 70er und 80er Jahre
Ab Mitte/ Ende der 70er Jahre gab es eine kontinuierliche Zunahme von »wilden« Streiks.
Eine andere Front tat sich in der Kabylei auf: Der »Berberfrühling« 1980 speiste sich vor allem aus dem Widerstand gegen die von oben forcierte Arabisierung. Vier Wochen lang kam es zu Protesten, auch in Algier. Linke, vor allem trotzkistische Gruppen griffen den Funken auf und verhinderten eine regionalistische Wendung. Sie forderten nicht nur eine Anerkennung des Tamazight, der Sprache der Berber, sondern auch des algerischen Arabisch, das mit dem offiziellen Hocharabisch relativ wenig zu tun hat.

Brotrevolten ab Mitte der 80er Jahre
April 1985: Demonstrationen von Einwohnern der Altstadt von Algier, der Casbah, vor allem wegen der mangelhaften Trinkwasserversorgung.
November 1986: Aufstand der Jugendlichen in Constantine. Ausgehend von den Oberschülern und Studenten, schlossen sich Arbeitslose und Arbeiter an. Tagelang gab es Aufruhr und Brandschatzungen staatlicher Gebäude.
Oktober 1988: Jugendrevolte in Algier, Hunderte von Toten..

sellschaftliche Neuordnung, um ihren bisher im Schatten angehäuften Reichtum zu legalisieren und noch weiter zu mehren. Nur so sei auch zu erklären, dass der Revolte von 1988 kein ernsthafter Widerstand von oben entgegengesetzt wurde[4]: »Es ist also in gewissem Sinne das ‚alte' System, das sich selbst zu transformieren versucht – parallel zur Umwandlung eines Teils der bisherigen Bürokratie und der mit ihr in Verbindung stehenden Schattenwirtschaft in eine ‚normale' kapitalistische Eigentümerklasse. [Aber] ... diese kann ihre Herkunft aus der Schattenwirtschaft nicht wirklich ablegen und behält daher bestimmte soziale Charaktermerkmale bei. Beispielsweise ihre halb mafiösen Züge, ihre enge Verflechtung mit Staatsbürokratie oder Militärs, und vor allem ihre überwiegende Ausrichtung auf Importgeschäfte statt auf Produktionsaktivitäten.«

Neben dem Ende der Einparteienherrschaft der FLN spülte das Jahr 1988 auch die islamistische Bewegung an die Oberfläche. Neu war eine politische islamische Strömung nicht; seit den 70er Jahren hatte die FLN eine aggressive Arabisierungspolitik im Schulsystem forciert, die sowohl den Nationalismus stärkte, als auch den Religiösen entgegen kam. Zusätzlich sprangen die religiösen Kreise in den 80er Jahren allzu oft in die Lücken des zusammenschrumpfenden Sozialsystems und bauten sich dadurch eine durchaus breite Legitimität auf. Erst als das Regime spürte, dass ihm die Kontrolle zu entgleiten drohte, versuchte es, dem Treiben der radikalen Kreise Einhalt zu gebieten. In diesem Moment spaltete sich die islamistische Bewegung in die »Reformer«, die eine »moralische Erziehung« des Volkes von oben durchsetzen wollten und weiterhin den Anschluss an die Machthaber suchte, und die radikalen Fundamentalisten. Diese setzten auf einen Bruch mit dem herrschenden Regime. Bei den Fundamentalisten wurden die Angehörigen der etablierten Geistlichkeit bald nach 1988 von den jungen Angehörigen der neu entstandenen Massenbewegung an den Rand gedrängt. Die Basis der Islamisten stellten auf der einen Seite die traditionell konservativen Mittelschichten dar. Neben den »offiziellen« Geschäftsleuten und Handwerkern existierte in Algerien aber auch ein bedeutender »informeller Sektor«, dessen Interesse gegen den Staat gerichtet war und denen der Islamismus mit seiner Ablehnung des »atheistischen Sozialismus« à la FLN ideologische Rechtfertigung bot.[5] Auf der anderen Seite und anders als in anderen arabischen Staaten war zusätzlich in den 70er und 80er Jahren in Algerien eine »Gegenelite« entstanden – die »arabisierten« Hochschulabgänger, die theoretisch bereit waren, leitende Funktionen einzunehmen, aber faktisch sowohl durch die allgemeine Krise, als auch durch die Ausbildung auf Arabisch keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hatte.[6] Ein weiteres Rekrutierungsfeld für die radikalen Islamisten bildeten aber auch »Teile des städtischen Subproletariats«. Während Letztere eher die »Sympathisantenbasis« der FIS darstellten, bildeten Erstere meist den Kern der Aktiven und die Geldgeber.

Die ersten halbwegs freien Kommunalwahlen im Juni 1990 mit ihrem überwältigenden Wahlsieg für die FIS gerade im Raum Algier bildeten den Höhepunkt der islamistischen Massenbewegung und zugleich den Anfang ihres Niedergangs. Einmal an der Macht, verhielten sie sich nicht anders als die FLN. Sie setzten ihren neuen Einfluss ein, um repressive Verordnungen durchzusetzen, vor allem aber zur Förderung ihrer eigenen Klientel. Vielleicht spürten viele aus der islamistischen Bewegung, dass sie in eine Sackgasse geraten waren, jedenfalls wurde die Tendenz innerhalb der FIS, die eine Machtprobe mit dem Staat suchte, stärker. Letztlich hat die FIS den Staat nie ernsthaft herausgefordert – dafür war ihre Basis vermutlich doch zu dünn. Aber innerhalb der Militärs setzte sich die Fraktion der *Éradicateurs* durch – die auf die Provokationen der Islamisten mit deren »Ausrottung« antworten wollten.

Zwar blieb nach dem Verbot der FIS der befürchtete Massenaufstand ihrer Anhänger aus, dafür bildeten sich aber bald autonom agierende Milizen, die teilweise Verbindungen zu FIS-Kadern hatten, teilweise aber auch gegen diese arbeiteten. Dass dieser militante Flügel ab 1989/90 zunehmend Einfluss gewann, führt Schmid neben der repressiven Politik des Staates gegenüber der FIS zum einen auf die nach 1989 zurückkehrenden Afghanistankämpfer zurück, die vom Gefühl getragen waren, gerade einen »historischen Sieg« errungen zu haben, und zum anderen auf die Zunahme des Rassismus in Frankreich und die Schließung der französischen Grenzen für Immigranten. Dadurch wurde eines der wichtigsten Ventile für den Unmut der Bevölkerung dichtgemacht.

Die Ziele und Methoden der Milizen waren sehr unterschiedlich; die einen arbeiteten in erster Linie auf eine Machtergreifung hin und bekämpften vor allem Polizei und Militär; andere rekrutierten sich vorwiegend aus frustrierten »arabisierten« Studenten, die bevorzugt die frankophonen Intellektuellen ermordeten, wieder andere praktizierten »ein schlicht kriminelles Desperadotum« und pressten der Bevölkerung das ab, was sie zum Leben benötigten oder standen im Sold von Geschäftsleuten.[7]

Auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieges, 1994, haben die bewaffneten islamistischen Gruppen schätzungsweise 40000 Mitglieder. »Jedoch schaffen sie es nie, einem Sturz des bestehenden Staats-

[4] Bei der Niederschlagung der Revolte wurden zwar an die 500 Menschen getötet, aber die Armee zog sich ziemlich schnell wieder in ihre Kasernen zurück und ließ den Weg für politische Reformen offen.

[5] sicherlich sind an dieser Stelle eher die kleinen informellen Straßenhändler oder Gewerbetreibenden gemeint, es deutet sich aber an, dass auch die »Großen« in der Schattenwirtschaft, die selber der FLN angehörten, mit dem Islamismus symphatisieren konnten.

[6] Die Arabisierung des Bildungssektors diente neben der Ideologie letztlich der Abschottung der alten Eliten gegen Emporkömmlinge aus den Mittelschichten; während die kostenlosen öffentlichen Hochschulen auf Arabisch unterrichteten, wurde auf den teuren Privatschulen weiterhin Französisch gelehrt – gerade bei den engen Verbindungen zur französischen Wirtschaft ein eindeutiger Vorteil.

[7] In vielen Fällen finanzierten die Gestalten aus der neu-alten Besitzerklasse »islamistische« Banden, deren Attacken sie nutzten, um sich billig lukrative Filetstücke an zu privatisierendem Boden und Betrieben unter den Nagel zu reißen.

apparates und einer Machtübernahme nahe zu kommen. Denn sie vermögen es nicht, Strukturen einer ‚alternativen Staatsmacht' zu errichten (...).« Dieses Unvermögen bedingte auch ihren Niedergang, dessen Ausdruck das steigende Ausmaß des Terrors um 1997 war.

1998 – heute: Triumph der Staatsmacht

Bereits 1997 kam es zu einem Waffenstillstand des bewaffneten Arms der FIS mit dem Staat. Die Staatsmacht triumphierte: »Tatsächlich gelingt es der Staatsmacht, während sie ab Mitte der 90er Jahre die Oberhand über die bewaffneten Islamisten gewinnt, auch das frühere Publikum des FIS auseinander zu dividieren: Auf der einen Seite stehen die subproletarischen Elemente seiner Wählerschaft, die auch weiterhin zu den Verlierern zählen, auf der anderen Seite aber die antisozialistische Bourgeoisie und die nunmehr auch zur Legalität ‚konvertierenden' Elemente der Schattenökonomie, denen handfeste Zugeständnisse geboten werden.«

Protestbewegungen haben seit dem Krieg meist in der Kabylei stattgefunden, die von dem Krieg nicht so stark betroffen war. Es flammen immer wieder derartige Unruhen auf; allerdings entwickeln sich daraus kaum stabilere Strukturen: »Die Skepsis gegen dauerhaftere Formen kollektiver Organisierung und gesellschaftlicher Utopien sitzt vor allem in jenen Landesteilen tief, die im vorigen Jahrzehnt eine starke Verankerung des radikalen Islamismus aufwiesen: Die Erfahrung mit Terror und Gegenterror, mit den Massakern, die von ehemaligen Hoffnungsträgern ausgingen, aber auch mit dem brachialen Vorgehen einer Staatsgewalt, die sich letztendlich doch als stärker erwiesen hat, wirkt nach.«

Was bleibt am Ende über? Hoffnung, dass der Irrsinn des ideologisch gerechtfertigten »Transformationskrieges« ein Ende hat oder Depression über die Erkenntnis, dass es wohl eine Generation brauchen wird, um die Narben des Krieges zu überwinden? Schmid kann darauf natürlich keine endgültige Antwort geben. Positiv ist allerdings, dass sich die hiesige Diskussion um die sozialen Prozesse der »islamischen« Länder in Zukunft wohl immer weniger hinter ideologischen Nebelwolken wird abspielen können.

peter pan

Soziale Bewegungen nach 2000

Revolten
2001 brachen vor allem in der Kabylei Revolten aus. Ausgangspunkt dort war die Ermordung eines Jugendlichen durch die Polizei. Aber auch anderswo sprang der Funke über, sei es wegen mangelhafter Wasserversorgung, Arbeitsplätzen oder der Verteilung von Sozialwohnungen. Die Vergabepraxis bei Sozialwohnungen führt regelmäßig zu Riots, zuletzt am Jahresende in Westalgerien. Landesweit können etwa 55000 Wohnungen nicht zugeteilt werden, da bei jeder Zuweisung Korruption vermutet wird und Unruhen ausbrechen.

Im Februar 2005 waren es gestiegene Treibstoffpreise, die die Menschen auf die Barrikaden brachte. *»Eine Revolte, die daraus resultiert, dass viele Bürger sich Gasflaschen zum Heizen und aufgrund gestiegener Treibstoffpreise die täglichen Busfahrten nicht mehr leisten können: Das hätte man in einem Land, das zu den größten Exporteuren von Erdöl und Erdgas weltweit zählt, nicht unbedingt erwartet. (...) In den Bezirkshauptstädten Djelfa, Bouria, Tlemcen und Tiaret wurden zahlreiche staatliche Gebäude angegriffen oder abgefackelt. Straßen wurden mit brennenden Autoreifen blockiert. Die herbei gerufenen Polizei und Anti-Aufstands-Einheiten setzten Tränengas und Hunde gegen aufgebrachte Demonstranten ein, konnten der Situation jedoch nur mühsam Herr werden.«*

Streiks an Schulen und Krankenhäusern in Algier

Besonders im **Bildungssektor** haben sich in den letzten Jahren einige Basisgewerkschaften und Studentenvereinigungen gebildet. An den Universitäten gab es eine Streikbewegung gegen die Korruption in den Universitätsverwaltungen. Sie ging vom »Kollektiv der autonomen Universitätskomitees von Algier« (CCA, Collectif des comités des universités d'Alger) und der Studierendenvereinigung *Nedjma* (Stern) aus.

Gleichzeitig war für den 9. und 10. Januar 2005 ein Ausstand der LehrerInnen an Oberschulen in 46 von insgesamt 48 Verwaltungsbezirken Algeriens geplant. Der Beschluss dazu war von der autonomen, d.h. außerhalb des Dachverbandes UGTA stehenden Lehrergewerkschaft CNAPEST organisiert worden. In erster Linie ging es dabei um die Nichteinhaltung von gegebenen Zusagen, z.B. bezüglich der Bezahlung von Überstunden der LehrerInnen. Darüber hinaus forderten die LehrerInnen aber auch ausdrücklich, dass ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Betätigung anerkannt würde. Der geplante Streik wurde untersagt, da der Gewerkschaft keine Zulassung erteilt wurde. Unterstützung erhielt CNAPEST dabei vom ebenfalls von der UGTA unabhängigen »Rat der Oberschulen von Algier« (CLA, Conseil autonome des lycées d'Alger). Der CLA ist eine »dezidiert linke Basisgewerkschaft« vor allem von LehrerInnen im Hauptstadtbezirk Algier. Die beiden Organisationen hatten schon zusammen von September bis Dezember 2003 einen drei Monate dauernden Streik durchgeführt mit dem Ziel einer Anhebung der Lehrergehälter um 100 Prozent. Tatsächlich wurden die Löhne um etwa ein Drittel erhöht. Anschließend wurden aber auch viele Mitglieder von CLA und CNAPEST gerichtlich verfolgt und Hunderte wurden entlassen.

Krankenhäuser:
Ende Oktober 2004 legten die Mediziner im öffentlichen Gesundheitssystem die Arbeit nieder. Sie wollten damit höhere Löhne durchsetzen und gegen die Sparpolitik im Gesundheitssektor demonstrieren. Doch nach einigen Tagen untersagte ein Gericht in Algier die Fortführung des Ausstands, den die autonome Gewerkschaft der Krankenhausärzte SNPSSP organisiert hatte und der daraufhin abgebrochen werden musste. Seitdem hat sich die Auseinandersetzung auf eine juristische Ebene verlagert. »Eine Wiederaufnahme des Ausstands in nächster Zukunft erscheint im Augenblick eher unwahrscheinlich.«

(Zitate aus dem Beitrag von Bernhard Schmid auf www.labournet.de/internationales/dz/gaspreis2.html)

Lateinamerika:

Neoliberalismus am Ende – Bewegungen auf neuen Wegen

Aufstände gegen Privatisierungen, Kämpfe von BäuerInnen und Indígenas, Besetzungen von Ländereien, Fabriken und Universitäten, von Mexiko bis Patagonien – Lateinamerika ist in Bewegung.

Wir haben in den letzten Jahren über einzelne Bewegungen berichtet, vor allem in Argentinien und Bolivien, in denen neue Ansätze entwickelt und alte Formen von Basisdemokratie wiederentdeckt wurden.

Sehr unterschiedliche und weit voneinander entfernte Bewegungen bringen ähnliche Ansätze hervor. Die Gleichzeitigkeit der Kämpfe zeigt einen »kontinentalen« Zusammenhang, über die Grenzen hinweg.

Mit dem Auftreten der EZLN am 1. Januar **1994** beginnt eine neue Phase von Bewegungen, die sich den »Kampf gegen den Neoliberalismus« auf die Fahnen geschrieben haben. Nachdem jahrelang das »Ende der Geschichte« verkündet worden ist, zeigt die Botschaft aus dem Lacandonischen Urwald, dass doch noch was geht, und wirkt als Startsignal. Mit der Jahrtausendwende gewinnen die Bewegungen weiteren Aufschwung: Am 21.Januar 2000 umzingeln in Quito/Ecuador 12000 Indígenas Justizpalast und Kongress und stürzen die Regierung. Elf Tage vorher hat die Bevölkerung von Cochabamba/Bolivien mit Barrikaden den Kampf gegen die Wasserprivatisierung aufgenommen, die sie im April mit einem Aufstand (»Wasserkrieg«) schließlich verhindert. Ein halbes Jahr später legen die bolivianischen Koka-BäuerInnen mit Straßenblockaden das Land lahm. In Argentinien konsolidieren in diesem Jahr die *piqueter@s* ihre Basen in den Provinzen und kommen in der Hauptstadt Buenos Aires an; in Brasilien organisieren die landlosen BäuerInnen vom MST Besetzungen, und in Mexiko ist die Universität UNAM monatelang besetzt. Im Dezember 2001 wird in Argentinien mit einem Aufstand die Regierung gestürzt, im Oktober **2003** passiert der bolivianischen Regierung dasselbe. Innerhalb von zehn Jahren ist ein Linksruck durch den Kontinent gegangen.

Der Neoliberalismus ist am Ende – auf dem Kontinent, auf dem er begonnen hat. Chile galt als Musterland für neoliberale Erfolge und die Segnungen des freien Marktes. Nachdem am 11. September 1973 der Versuch, auf parlamentarischem Wege zum Sozialismus zu gelangen, mit Hilfe der USA weggeputscht worden war, konnten hier die *Chicago-Boys* ungehindert experimentieren. Der Neoliberalismus ist in Lateinamerika als Fortschritt propagiert worden. Er wirkte jahrelang als ideologischer Kitt, weil er Hoffnungen weckte. Der Begriff spielt in den dortigen Debatten eine zentrale Rolle, teils als Synonym für Kapitalismus gebraucht, teils als verkürzte Kritik an einem »Modell«.

Das »Modell« Neoliberalismus

Bevor neoliberale Konzepte greifen konnten, musste die Kraft der alten Arbeiterklasse vernichtet werden. Einige Länder (besonders Argentinien, Brasilien und Mexiko) hatten mit der Politik der Importsubstitution eine Halbindustrialisierung erreicht. Hier fand die weltweite Revolte von 1968 Widerhall. Auch in Lateinamerika kam es zu heftigen Kämpfen von ArbeiterInnen und StudentInnen. Der *Cordobazo*, der Aufstand im argentinischen Córdoba 1969, gilt als die lateinamerikanische Variante des Pariser Mai. Diese Bewegungen wurden blutig unterdrückt. Am Anfang der neoliberalen Umstrukturierung standen in ganz Südamerika Militärdiktaturen.

1989 verkünden IWF und Weltbank den »Konsens von Washington«: Markt statt Staat, Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, Liberalisierung des Außenhandels, Garantien für ausländische Investoren und Deregulierung der nationalen Wirtschaft. In den folgenden Jahren findet auf dem Kontinent der große neoliberale Ausverkauf statt. Erdöl, Bodenschätze, Wasserversorgung, Telefongesellschaften... die Staatsbetriebe werden privatisiert.

Nach den Diktaturjahren ist der Klassenkampf geschwächt. Basis von (bürgerlicher) Demokratie und Neoliberalismus sind die Mittelschichten, ein relativ neues Phänomen in Lateinamerika, wo die Gesellschaften vorher von Großgrundbesitz und wenigen Superreichen dominiert waren (die es nach wie vor gibt). Der Neoliberalismus versucht, das System durch Einbindung der Mittelschichten zu stabilisieren. Der Zufluss von Kapital und Krediten ermöglicht eine Ausweitung des Konsums.

... und sein Zerfall

Der neoliberale Aufschwung war jedoch eine Scheinblüte, denn die ausländischen Investitionen flossen vorwiegend in Schuldscheine und in bestehende Unternehmen. Mit der Privatisierung der Staatsbetriebe wurden vor allem die Bedingungen der ArbeiterInnen prekarisiert. Neue Betriebe wurden kaum aufgebaut. 1998 brechen im Zuge der internationalen Krise die lokalen Märkte ein. Die für das ausländische Kapital attraktiven Bereiche sind bereits besetzt, es fließen keine neuen Kredite und Investitionen mehr, der steigende Schuldendienst zieht Ressourcen ab. Das neoliberale Wirtschaftswunder gerät in die Krise – und mit ihm die demokratische Stabilität. Die Demokratien, die in Lateinamerika in den 80er Jahren die Diktaturen ablösten, haben »Strukturanpassung«, Arbeitslosigkeit und Armut gebracht. Die Kämpfe nehmen wieder zu und richten sich nun gegen gewählte Regierungen, gegen das demokratische Regime.

Mit dem Kriseneinbruch explodieren Arbeitslosigkeit und Armut. Auch breite Teile der Mittelschichten sind von Verarmung bedroht, sehen sich um ihre Hoffnungen und ihre Spar-Dollars betrogen (und gehen in Argentinien als »betrogene Sparer« auf die Straße). Ihre Illusionen, sich hocharbeiten zu können und als Bürger vor Armut abgesichert zu sein, sind aber ein wichtiger Stabilitätsfaktor in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften.

Die Mittelschichten sind in Lateinamerika auf verschiedene Weise zu Akteuren geworden: als Reaktionäre (in Kolumbien oder in Venezuela, wo aber auch Chávez von Mittelschichten unterstützt wird), als Reformisten (Brasilien oder Uruguay) oder als Teil von Basisbewegungen, wie in Argentinien, wo sie maßgeblich am Regierungssturz beteiligt waren. Dort sah es für kurze Zeit so aus, als könnten die enttäuschten und bedrohten Mittelschichten zum Motor einer allgemeinen Politisierung werden. Aber das Bündnis von Mittelschichten und Armen *(»piquete y cacerola«)* war eine Ausnahme und nur von kurzer Dauer. Die nächsten großen Demonstrationen, an denen die Mittel- (bis Ober-) Schicht in Buenos Aires beteiligt war, forderten »mehr Sicherheit«, mehr Polizei und Repression gegen die Armen[1].

Der Neoliberalismus hat die Gesellschaften polarisiert. Er hat Legionen von Marginalisierten und Arbeitslosen geschaffen – und eine Schicht von neuen Reichen. Das Gefälle zwischen Lateinamerika und dem fortgeschrittenen Kapitalismus ist größer geworden, aber auch in den Ländern selber konzentrieren sich die Investitionen an bestimmten Punkten, während ganze Regionen in Armut versinken. Regulär beschäftigte IndustriearbeiterInnen werden weniger gegenüber einem Subproletariat von Langzeitarbeitslosen, GelegenheitsarbeiterInnen und Scheinselbständigen. Der Anteil von Arbeitslosen und Informellen, die zu wenig zum Leben verdienen, bewegt sich auf dem Subkontinent zwischen 45 und 70 Prozent der »aktiven Bevölkerung«. Aber während die Mehrheit der ArbeiterInnen und ein wachsender Teil der Mittelschichten in die Marginalisierung absinken, behält eine nicht unbedeutende Minderheit soziale und Arbeitsrechte. Diejenigen, die noch feste Arbeit im Privatsektor haben, konnten trotz niedriger Löhne ihren Lebensstandard halten, sie leben in bürgerlichen Stadtteilen, haben Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, zu Auto, Computer und Internet. Diese Arbeiterschichten sind in den Gewerkschaften überrepräsentiert und bestimmen den Kurs.

Mit der Umstrukturierung gerät auch das gewerkschaftliche Organisationsmodell in die Krise. Die bürokratischen und hierarchischen Gewerkschaften entsprachen der tayloristischen Arbeitsorganisation in der Großfabrik. Dort hatte der Chef das Sagen, in der Gewerkschaft die Funktionäre. Arbeitsorganisation und Hierarchien wurden nicht infrage gestellt. Im Gegenzug gab es Sozialstaat und Lohnerhöhungen. Mit der 68er Revolte geriet das scheinbare Gleichgewicht aus den Fugen. Diese Kämpfe gingen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, vor allem aber gegen das Fabrikregime, gegen die Hierarchie, gegen die Apparate. Das Kapital antwortete mit der Umstrukturierung der Produktion und machte die einstigen Bastionen der Arbeitermacht nieder. Damit schmiss es aber ein bewährtes Vermittlungsmodell über Bord. Gewerkschaften verlieren tendenziell ihre Funktion als Lohnerhöher und Kanalisierer der Arbeiterwut. Die verstreuten ArbeiterInnen, die sich prekär durchschlagen, müssen neue Wege suchen.

Auf den Trümmern, die der Neoliberalismus hinterlassen hat, entstehen neue Bewegungen. Sie gehen von den Marginalisierten aus, von der Landbevölkerung und den Armen der Vorstädte. Arbeiterkämpfe waren bislang eher die Ausnahme. Mobilisierungen gab es aber quer über den Kontinent im Öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen und bei LehrerInnen, die besonders von staatlichen Sparprogrammen betroffen sind.

[1] Im März 2004 rief der Unternehmer Blumberg zum »Kreuzzug Axel« auf, nachdem sein Sohn Axel entführt und ermordet worden war, und mobilisierte Zigtausende.

Das Leben selbst organisieren

Bei vielen neuen Bewegungen sind *Horizontalität* und *Basisdemokratie* zentrale Kriterien. Nicht Führungskader haben das Sagen, sondern Versammlungen. Auch in vielen Organisationen, bei denen es noch Anführer und Repräsentanten gibt, zeigt sich eine Dynamik von Beteiligung und permanenter Diskussion. Im Gegensatz zu traditionellen Organisationen, wie Gewerkschaften und Parteien, besteht wenig soziale Differenz zwischen Führungspersonen und gewöhnlichen Mitgliedern.

Versammlungen als Organisationsform finden sich in der Stadt wie auf dem Land. Die Aymara halten im bolivianischen Hochland riesige Dorfversammlungen ab und berufen sich dabei auf alte Traditionen, die »Wasserkrieger« in Cochabamba versammeln sich ebenfalls zu Tausenden auf dem zentralen Platz der Stadt, als neue soziale Bewegung. *Asambleas* (Versammlungen) oder *cabildos* (Stadtteilräte) sind nicht nur Entscheidungsorgane im politischen Protest, sondern Instanzen, mit denen das Leben gemeinsam geregelt wird.

Statt Forderungen an den Staat zu stellen, greifen die neuen Bewegungen zu direkter Aktion und *Selbsthilfe* und eignen sich die für das Überleben notwendigen Ressourcen an. Millionen von Hektar sind auf dem Kontinent besetzt und zurückerobert worden, zuerst auf dem Land und dann an den Stadträndern. Auf diesen Geländen enstehen *selbstverwaltete Projekte*, in denen sich Politik und Ökonomie verbinden. Viele Gruppen suchen bewusst nach materieller Autonomie. LandbesetzerInnen organisieren kollektive Landwirtschaft, an den Stadträndern entstehen gemeinschaftlich betriebene Gemüsegärten, Betriebe werden besetzt (nicht nur in Argentinien, auch in Uruguay, Brasilien und Venezuela), und Arbeitslose bauen selbst kleine Produktionsbetriebe auf.

Dabei spielen *Frauen* eine zentrale Rolle; in den Bauern- und Arbeitslosenbewegungen bilden sie die große Mehrheit. An der Landarbeit sind Frauen und Kinder traditionell beteiligt; durch die Arbeitslosigkeit und sich auflösende Familienstrukturen fällt den Frauen auch in den Städten zunehmend die Funktion zu, das Überleben zu sichern, und so sind sie meist die ersten, die sich in den Bewegungen mobilisieren.

Die Produktionsprojekte dienen nicht nur dem materiellen Überleben, sondern sind auch der Versuch, neue soziale Beziehungen aufzubauen. Die alte Arbeitersolidarität ist mit den Fabriken verschwunden; die Diktaturen haben das ihre dazu beigetragen, solidarische Zusammenhänge zu zerstören. Mit den Projekten wird in den Stadtteilen neue Solidarität geschaffen, und auch bei den Landbesetzungen oder bei den Straßenblockaden der *piqueter@s* spielt das *Gemeinschaftsleben* während der Aktion eine große Rolle – selbstorganisierte Gemeinschaft gegen das neoliberale »alle gegen alle«, das sich in vielen Stadtteilen der Armen breitgemacht hat.

Die Ausgeschlossenen kämpfen um ihre *Würde*. Seit der zapatistischen »Revolte der Würde« taucht dieser Begriff immer wieder bei den Bewegungen auf. Die brasilianischen MST wollen »durch die Demokratisierung des Bodens und der Produktionsmittel zur Würde« gelangen, und *piqueter@s* kämpfen für »Arbeit, Würde und eine andere Gesellschaft«. Ihre Aktionsformen sind dabei vielfach eher eine Herausforderung, als dass sie Forderungen stellen würden. Wenn Zapatistas »für Gerechtigkeit« nach Mexiko-City marschieren, wenn BäuerInnen und SlumbewohnerInnen in die Innenstädte vordringen, dann geht es meist nicht um die Durchsetzung konkreter Forderungen, sondern um ein Signal an die Macht: Hier sind wir, wir lassen uns nicht mehr wegschieben und wie Dreck behandeln, ihr müsst mit uns rechnen. Masken und Knüppel sind Teil dieses Signals und Symbol für die Bereitschaft zu radikalem Widerstand.

In der Organisierung des eigenen Lebens zeigen die Bewegungen große Fähigkeiten und bringen *eigene Intellektuelle* hervor. Das Bildungsniveau ist gestiegen. Bauern und DorfbewohnerInnen, die keinerlei Zugang zu Bildung haben, werden weniger. *Indígenas* haben sich Zugang zu diesen Werkzeugen erkämpft oder eigene Bildungseinrichtungen aufgebaut (wie die Indígena-Universität in Ecuador oder die 500 Schulen, die vom MST betrieben werden). Arbeiterkinder bekommen Zugang zu höheren Schulen und Universitäten. Teile der Mittelschicht mit hohem Bildungsstand sind in Armut abgestürzt und beteiligen sich an Mobilisierungen. Diese Bewegungen brauchen keine Intellektuellen mehr, die ihnen von außen sagen, was zu tun ist. Das leninistische Modell, wonach die Arbeiterbewegung eine Partei und Intellektuelle braucht, die für sie denken, ist durch die Produktivkraft- und Wissensentwicklung überholt.[2] Sicher lassen sich für jede der beschriebenen Tendenzen sofort Gegenbeispiele anführen: caudillo-artige Anführer, verkrustete Parteistrukturen, die Bewegung in verhandelbare Forderungen kanalisieren[3], oder selbstverwaltete Betriebe, in denen der Kapitalismus die besten Vorsätze eingeholt und wieder kleine Chefs hervorgebracht hat. Wir wollen selbstverständlich nicht behaupten, dass es in Lateinamerika keine Apparate und Hierarchien, keine Staatsfixiertheit, kein Analphabetentum oder etwa kein Patriarchat mehr geben würde. All das ist sicher häufiger anzutreffen als die genannten Ansätze. Aber diese erscheinen uns – trotz ihrer margi-

[2] Die Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts wurden entweder niedergeschlagen oder selbst zur Staatsmacht. Zur Krise der Staatlichkeit und zu Bewegungen ohne Führer siehe: »Das Ende der Entwicklungsdiktaturen: die neue Unübersichtlichkeit«, in: *Wildcat-Zirkular* 65.

[3] In den ersten Jahren hatten die Aktionen der piqueter@s aufstandsartigen Charakter, ohne konkrete Forderungen. Erst ab dem Jahr 2000, nachdem Gewerkschaften und linke Parteien eigene Piquetero-Organisationen gegründet hatten, wurden bei Straßenblockaden Lebensmittelspenden und *Planes* gefordert, die miserabel bezahlten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

nalen Position – politisch bedeutsam, weil sie Antworten auf die umgewälzten Klassenverhältnisse enthalten, in der alte Organisationskonzepte noch nicht einmal mehr für Reformismus taugen.

Indigene Identität?

Die Proteste gegen die 500-Jahr-Feiern der Eroberung Lateinamerikas 1992 haben zur Verbreitung und Vernetzung von Indígena-Organisationen beigetragen. Zehn Prozent der EinwohnerInnen Lateinamerikas sind indianischer Abstammung. In manchen Gegenden, wie der Andenregion, stellen sie bis zu siebzig Prozent der Bevölkerung. Sie sind längst nicht mehr nur Bauern. Viele leben in den großen Städten (oder an deren Rändern). Den Bezug auf die Identität als *Indígenas* findet man in traditionellen Bauerngemeinschaften, bei den Koka-BäuerInnen im bolivianischen Chapare, die vorher Bergarbeiter waren, beim jugendlichen Subproletariat in El Alto, der Aymara-Slumstadt oberhalb von La Paz, und bei Mapuche-Jugendlichen im Süden des Kontinents, die T-Shirts der aktuellen Punkbands tragen und sich gleichzeitig auf die Traditionen ihrer Vorfahren berufen. Aus all diesen Gruppen kamen in den letzten Jahren große Bewegungen, die nicht selten militant gegen neoliberale Politik und kapitalistische Großprojekte vorgehen (siehe z.B. den Artikel zu den »Wasserkriegen« in Mexiko in *Wildcat* 72).

Dennoch bleibt der indigene Bezug problematisch. Der Rückgriff auf Religion ist wenig fortschrittlich – auch wenn mit religiösen Traditionen und »Mutter Erde« heftigster Widerstand gegen kapitalistische Pläne begründet und in Gang gebracht wird. Und an dörflichen Zwangsgemeinschaften gibt es nichts zu verherrlichen, ob mit oder ohne indigene Tradition. Der Aufschwung »indigener Identitäten« fällt mit der Umstrukturierung zusammen: die alte Arbeiteridentität, mit eigenen Vierteln und eigener Kultur (an der es ebenso wenig zu verherrlichen gibt) ist durch die Umwälzung der Industrie in Auflösung begriffen. Aber Identitätspolitik lässt die nach wie vor bestehenden Klassengegensätze hinter kulturellen und ethnischen Fragen verschwinden.

Ihre Tradition schützt die Indígena-Organisationen nicht vor Institutionalisierung. In den 90er Jahren sind sie in der offiziellen Politik angekommen. Der landesweite Dachverband CONAIE in Ecuador (1986 gegründet) war maßgeblich an zwei Regierungsstürzen beteiligt und danach kurze Zeit selbst mit am Ruder. Der Quechua Evo Morales hofft darauf, nächster Präsident Boliviens zu werden.

Linksregierungen oder Revolution

Inzwischen wird fast ganz Südamerika von Linksregierungen, Populisten oder »kleineren Übeln« regiert. Dies ist einerseits ein Ausdruck der Stärke der Bewegungen: ihnen müssen auf Regierungsebene Zugeständnisse gemacht werden. Andererseits zeigen sich hier ihre Grenzen. Trotz der weit verbreiteten Ablehnung von Politik und Institutionen gelingt es, mit dem Austausch von Regierungsfiguren Hoffnung zu schüren und das Unbehagen in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Und trotz kontinentaler Gemeinsamkeiten bleiben die Bewegungen voneinander isoliert, in ihren jeweiligen Nationalstaaten gefangen, auf die sie sich selbst beziehen: der Gebrauch von Nationalflaggen ist erschreckend hoch, und internationale Kontakte sind noch schwach entwickelt. Zur Zeit scheint der »demokratische Reformismus« auf dem Kontinent stärker zu sein als die Tendenz zu revolutionären Ausbrüchen.

Aber Lateinamerika hat einen großen Reichtum an Bewegungen, die nicht von der Bühne verschwunden sind und die zukunftsweisende Erfahrungen organisieren. Aus der Selbstorganisierung der Armen entsteht an vielen Orten eine beeindruckende Kraft. Allerdings sind die Bedingungen extrem: hier wird nicht der Reichtum selbstverwaltet, sondern das Elend.[4] Die Reproduktion findet bei vielen Projekten auf niedrigstem Niveau statt, und die Kollektivität gehorcht oft in erster Linie materiellen Zwängen. Der Reichtum der Welt wird derweil an anderer Stelle produziert und genossen. Die Bewegungen finden an den Rändern der Gesellschaft statt, und das ist wohl ihre schwerwiegendste Begrenzung. Die beschriebenen Tendenzen zeigen sich im Lacandonischen Urwald, aber nicht in der mexikanischen Maquila-Industrie, die für den Weltmarkt produziert, sie zeigen sich bei den Besetzungen der Landlosen, aber nicht in den Autofabriken in Brasilien, sie sind bei *piqueteros* zu finden (wo ehemalige Ölarbeiter aktiv sind), aber nicht in der Erdölindustrie Argentiniens. Die besten Experimente mit hierarchiefreiem Leben müssen begrenzt bleiben, solange die reale Macht nicht beseitigt ist und die Ausbeutung drumherum weitergeht. Die entscheidende Frage wird sein, ob die neuen Antworten eine Randerscheinung bleiben, oder ob sie von denjenigen aufgenommen werden, die das System mit ihrer Arbeit am Laufen halten – und die in der Lage wären, die kapitalistische Maschine zu stoppen. ■

[4] Eine anschauliche Beschreibung dieser Armutsökonomie findet sich in den Interviews, die Friederike Habermann 2003 in Argentinien bei verschiedenen Erwerbslosenorganisationen geführt hat. Siehe: **Friederike Habermann,** *Aus der Not eine andere Welt, Gelebter Widerstand in Argentinien,* Ulrike Helmer Verlag, 2004.

Bürgerbeteiligung + Sozialstaat

In Wildcat 72 haben wir einen Leserbrief veröffentlicht, der zur Unterstützung der »bürgerlichen Revolution« in Venezuela aufruft. Als zentrales Argument werden die »Spielräume« angeführt, die der venezolanische Staat – gewollt oder ungewollt – für radikalere Initiativen eröffne. Ähnliche Überlegungen stellt Raúl Zelik an, der kontinuierlich über Venezuela berichtet, sowie das Buch des Kollektiv piso 16 (siehe auch die Besprechungen in Wildcat 71 und 72). Neben dieser eher vorsichtigen Haltung finden wir Solidaritätskampagnen z.B. in der jungen welt, die fast jede Maßnahme der venezolanischen Regierung als fortschrittlich begrüßen und Delegationsreisen dorthin organisieren. Im folgenden soll gezeigt werden, warum die venezolanische Regierung seit 1998 einen relativ großen Rückhalt in der Bevölkerung hat und wie dieser Rückhalt in Europa und der BRD in einen »revolutionären Prozess« uminterpretiert wird.

Von den 25 Millionen EinwohnerInnen Venezuelas leben 90 Prozent in Städten. Ein Drittel ist unter 15 Jahre alt. Nur eine Million, das sind ca. 10 Prozent der »ökonomisch aktiven Bevölkerung«, arbeiten in der Landwirtschaft. Lebensmittel müssen überwiegend importiert werden, denn nach dem Ölboom wurde deren Produktion im Land weitgehend eingestellt. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 20 Prozent, aber die meisten Menschen arbeiten »informell«, d.h. sie leben vom Kleinhandel mit Waren und Dienstleistungen aller Art. Vielleicht drei Millionen Menschen sind »regulär« beschäftigt, die meisten von ihnen zum Mindestlohn von 320 000 Bolívares (2000 Bolívares sind 1 Dollar). Benzin ist billiger als Trinkwasser. 50 Prozent der Staatseinnahmen, 80 Prozent des Exports und 25 Prozent des gesamten Sozialprodukts Venezuelas hängen an den riesigen Öl- und Gasvorkommen des Landes. Dieser Reichtum wird von maximal 250 000 Personen, also einem Prozent der Gesamtbevölkerung geschaffen.

Vorgeschichte

Bis 1958 herrschen in Venezuela vor allem Militärdiktaturen. Danach sichert sich 40 Jahre lang eine Allianz aus Christ- und Sozialdemokraten gegenseitig die Macht. Die hohen Erträge aus den Ölexporten bleiben in den Händen einer kleinen Elite, nur wenig davon landet im Rahmen einer Wohlfahrtspolitik bei der armen Bevölkerungsmehrheit. Aber selbst damit ist Schluss, als der Ölpreis in den 80er Jahren sinkt: Die Regierung streicht die Nahrungsmittelsubventionen und erhöht die Preise für den öffentlichen Verkehr. Im Februar 1989 kommt es in vielen Städten zu einem Aufstand vor allem der vielen hunderttausend Straßenhändler: Supermärkte werden geplündert, Verkehrswege lahmgelegt, die Bullen angegriffen. Der Aufstand wird militärisch niedergeschlagen, Tausende sterben auf den Straßen. Trotzdem verstärken sich danach Dutzende von unabhängigen Basisorganisationen, Komitees und Stadtteilversammlungen. Hass und Misstrauen zwischen armer Mehrheit und reicher Elite verankern sich tief im Bewusstsein und werden zu einer ständigen Gefahr für den Staat.

In den 90er Jahren entsteht langsam eine neue politische Konstellation, in der die alten Parteien an Bedeutung verlieren und die »bolivarianische Bewegung«[1] entsteht. Nach mehreren gescheiterten Putschversuchen aus dem Militär gegen die Regierung der alten Eliten im Jahr 1992 bildet sich ab Mitte der 90er Jahre die Partei *Bewegung Fünfte Republik* (*Movimiento Quinta República, MVR*). Sie gewinnt 1998 die Präsidentschaftswahlen. Der neue Präsident heißt Chávez, einer der Militärs, die 1992 schon an die Macht wollten.

Enge Spielräume

Die neue Regierung hat in der Bevölkerung einen relativ großen Rückhalt. Sie hat seit 1998 sämtliche Wahlen und Abstimmungen gewonnen, beim Referendum im August 2004 lag die Stimmenthal-

[1] Bolivarianisch steht für Antiimperialismus, lateinamerikanische Einheit und Wohlfahrtspolitik.

+ Antiimperialismus = Revolution?

tung allerdings bei 30, bei den Kommunalwahlen im letzten November bei 54 Prozent. Vor der Verabschiedung einer neuen Verfassung per Volksabstimmung im Jahr 1999 gibt es landesweite Beratungen über deren Inhalte. In ihr werden z.B. die Rechte von Minderheiten verankert, Hausarbeit als mehrwertschaffende Aktivität anerkannt und vor allem mit der »partizipativen Demokratie« die Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen des Staates verstärkt. Die Indianer haben jetzt drei Vertreter im Parlament, wohnen aber in den großen Städten immer noch in Elendsquartieren. Die Frauen, deren Hausarbeit verfassungsmäßig aufgewertet worden ist, haben immer noch alle Hände voll zu tun, das Essen für ihre Familien ranzuschaffen, und trotz aller »Partizipation« wurden die *MVR*-Kandidaten zu den Kommunalwahlen einfach von ganz oben eingesetzt. Im November 2004 wurde - wiederum ganz oben - beschlossen, dass sich alle Kandidaten Vorwahlen stellen müssen. Darin zeigt sich das grundsätzliche Dilemma der »Beteiligung«: Es steht von vornherein fest, dass sie in den Bahnen der Institutionen von Staat und Regierungsparteien verläuft, und selbst diejenigen, die die »Revolution in der Revolution« vorantreiben wollen, sich als radikale Basis verstehen, bewegen sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens. Das breite Basisgruppenbündnis *conexión social* trifft sich z.B. zu seinen Versammlungen in Regierungsgebäuden und diskutiert, wie es dabei helfen kann, den nichtkorrupten, basisverbundenen Teilen in Regierung und Verwaltung zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Verlauf der meisten Konflikte und Kämpfe ist vorgezeichnet: Eine Gewerkschaft kritisiert, dass das Arbeitsministerium des zuständigen Bundesstaats nicht gegen die »illegale« Entlassung von Arbeitern aus einer bestimmten Firma vorgeht, die Belegschaft eines Krankenhauses fordert vom Gouverneur die Absetzung des korrupten Verwaltungschefs, die Bevölkerung eines Stadtteils beschwert sich beim Bürgermeister, dass die Müllabfuhr nicht funktioniert. (s. Marginalspalte zu Venepal auf der nächsten Seite)

In einem Land, in dem die meisten Leute traditionell überhaupt kein Gehör fanden, kann diese Art von Beteiligung durchaus als Fortschritt erlebt werden. Zum ersten Mal hat die arme Bevölkerungsmehrheit das Gefühl, etwas zu sagen zu haben, ihrem Klassenhass gegen die alten Eliten einen Ausdruck geben zu können. Aber die Regierung setzt enge Grenzen. Wer sich nicht an die vorgegebenen Spielregeln hält, kommt schnell mit der Staatsmacht in Konflikt. Zehntausende StraßenhändlerInnen liegen seit Monaten vor allem in Caracas im (physischen) Clinch mit der Stadtverwaltung über Größe und Standorte ihrer Stände. Wer ohne den Segen von oben Land besetzt, wird abgeräumt; wer sich zu laut über Polizeigewalt beschwert, hat in der Regel nichts zu lachen. Es gibt keine politischen Gefangenen, aber jede Woche erschießen die Bullen im »Kampf gegen die Kriminalität« Dutzende v.a. Jugendliche in den Straßen. Ein Antiterrorismusgesetz, entstanden nach dem 11. September 2001, hält alle (rechtlichen) Möglichkeiten bereit, um unliebsame Kritiker mundtot zu machen. Das erklärt vermutlich auch, warum kleine oppositionelle Gruppen der Linken intern sehr viel deutlicher Kritik äußern als öffentlich.

Antiimperialismus und Paternalismus

Neben diesen politischen Beteiligungsmöglichkeiten punktet die Regierung mit flammenden antiimperialistischen Reden gegen die Kriegspolitik der US-Regierung, gegen die Freihandelszone ALCA, für die lateinamerikanische Integration und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. So mobilisierte sie (in Zeitungsanzeigen hieß es, »das Volk« verlange diese Demonstration und die Regierung entspreche diesem Wunsch) für den Jahrestag des Sturzes der letzten Militärdiktatur im Jahr 1958 am 23. Januar Hunderttausende nach Caracas, zur »Verteidigung der nationalen Souveränität« gegen die USA und deren Statthalterregierung in Kolumbi-

[2] Im Dezember 2004 hatten kolumbianische und venezolanische Bullen einen hohen Funktionär einer kolumbianischen Guerilla-Gruppe aus Caracas nach Kolumbien entführt.

Papier ist geduldig

Im Januar 2005 wurde die venezolanische Papierfabrik ***Venepal*** durch ein Präsidialdekret enteignet. Ein Meilenstein des »revolutionären Prozesses« in Venezuela? Nachdem das Unternehmen die ursprünglich 2500 Arbeiter bis auf 600 entlassen und einen Teil seiner Produktion zugunsten einer Tochterfirma in den USA stillgelegt hatte, meldet es im Herbst 2004 Konkurs an. 350 Arbeiter verhindern gemeinsam mit dem Militär den Abtransport von Maschinen und Restproduktion. Viele von ihnen leben in Häusern direkt auf dem riesigen Werksgelände, die Stromversorgung halten sie über das betriebseigene Kraftwerk aufrecht. Die Arbeiter fordern die Enteignung sowie einen staatlichen Kredit für die Wiederaufnahme der Produktion und die Bezahlung der seit Monaten ausstehenden (niedrigen) Löhne. Jetzt wurde ein neues Unternehmen gegründet, der Staat hält 51 Prozent, die Arbeiter über eine Kooperative 49 Prozent der Anteile.

In den Monaten vor der Enteignung hatte es viele Versammlungen und Aktionen zur Unterstützung der Venepal-Arbeiter gegeben, Delegationen aus anderen Betrieben reisten an und spendeten Geld. Über all diesen Aktivitäten schwebte die Hoffnung auf das Eingreifen des großen Bruders aus Caracas. Das Selbstbewusstsein, endlich etwas zu sagen zu haben, beschränkt sich auf Appelle an den Staat. Die neue Gewerkschaft verspricht für die Zukunft gute Arbeit und neue Produktivitätsrekorde – für die Bedürfnisse des venezolanischen Staats, der einen Großteil der Produkte für seine Sozialprogramme im Erziehungsbereich kaufen wird. Lohnunterschiede, Schichtarbeit und Hierarchien werden von den Arbeitern nicht in Frage gestellt. Ohne Vorarbeiter gibt es keine Disziplin bei der Arbeit, meinten einige von ihnen im Gespräch Mitte Januar 2005. Unter solchen Bedingungen ist »Produktion unter Arbeiterkontrolle«, wie linke Organisationen gern den jetzigen Zustand nennen, leider ein etwas zu flotter Spruch.

en.[2] Chávez wettete in seiner Rede publikumswirksam einen Dollar darauf, dass er länger in seinem Präsidentenpalast bleibt als Bush und holte sich durch den Beifall auf dem Platz Rückendeckung für seine Außenpolitik. Nebenbei bot er unter begeistertem Applaus der DemonstrantInnen der neuen (unverheirateten) US-Außenministerin einen Mann an. Er selber stehe leider nicht zur Verfügung, aber es gäbe in der Regierung durchaus Kandidaten, und wenn man auf diese Weise »das Problem« lösen könne, würde einer das Opfer bringen. Im Klartext: Eine Frau, die Probleme macht, muss einfach nur mal ordentlich rangenommen werden. Diese Botschaft gibt die den Frauen zugeschriebene Rolle in Venezuela realistischer wieder als die entsprechenden Kapitel in der bolivarianischen Verfassung.

Materielle Lage und Sozialpolitik

Die Kaufkraft der Einkommen hat sich nicht gesteigert. Der Mindestlohn wird zwar halbjährlich erhöht, reicht aber nicht aus, um die grundlegenden Bedürfnisse (Lebensmittel, Transport, Kleidung, Medikamente) einer durchschnittlichen Familie zu erfüllen. Alle in der Familie müssen arbeiten, um sich zumindest den minimalen Warenkorb leisten zu können. Die Inflationsrate liegt bei 20 Prozent, Fleisch und Käse kosteten im normalen Supermarkt im Januar 2005 zwischen 6000 und 8000 Bolivares das Kilo, der Liter Milch 1500. Ein festangestellter Bandarbeiter bei Ford in Valencia oder bei Toyota in Cumaná verdient bei einer 44-Stundenwoche im Zweischichtbetrieb ca 400 000 Bs, nach dreijähriger Betriebszugehörigkeit hat er den Höchstlohn erreicht, der mit allen Zulagen bei 800 000 Bs pro Monat liegt. Sein Transport zum Arbeitsplatz ist gratis, ebenso eine warme Mahlzeit pro Tag. Lehrer verdienen je nach Schulart zwischen 600 000 und 900 000 Bs, und die *crème de la crème* der Arbeiterklasse hat im Ölsektor einen Einstiegslohn von knapp 1 Mio Bs. Regulär Beschäftigte erhalten durch Prämien u.ä. meistens 14, manchmal sogar 16 Monatslöhne. Wichtiges Qualitätsmerkmal eines Arbeitsplatzes ist das *cesta-ticket*, das jedem Lohnempfänger eine Mahlzeit pro Tag gewährleisten soll. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, wird aber nicht immer gewährt. Sein Wert beträgt mindestens 7000 Bs pro Arbeitstag, für viele eine Art zweiter Lohn.

Die Regierung hat flächendeckend staatliche Lebensmittelläden eingerichtet, offizielle Quellen sprechen von 13 000 Stellen, in denen monatlich 10 Millionen Menschen einkaufen. Dort sind die Grundnahrungsmittel ca. 25 Prozent billiger als in den normalen Supermärkten. Zwar ist nicht immer alles vorrätig, und es gibt keine frischen Produkte, aber diese Preiskontrolle von Grundnahrungsmitteln auf niedrigem Niveau gehört zum materiellen Kernstück der neuen Politik. Jenseits von partizipativer Demokratie und antiimperialistischer Rhetorik sind es *Sozialprogramme*, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährung, die die »bolivarianischen Massen« an die Regierung binden. Viele BewohnerInnen armer Viertel in den großen Städten haben zum ersten Mal gratis Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung, inklusive Medikamente, soweit vorhanden. Sie wird über Tausende kubanischer ÄrztInnen sichergestellt, die der kubanische Staat gegen preiswertes Öl zur Verfügung stellt.

Viele tausend Menschen haben in einer Alphabetisierungskampagne Lesen und Schreiben gelernt, andere machen das Abitur nach, wieder andere lernen in Ausbildungskursen den Anbau von Gemüse in der Stadt oder die Bildung einer Nähkooperative. Bei diesen *misiones* genannten Ausbildungsprogrammen bekommen die TeilnehmerInnen ungefähr einen halben Mindestlohn als Unterstützung – viele machen die Kurse nur deshalb mit. Solidaritätsbewegte entdecken in der Tatsache, dass die Missionen unabhängig von der alten Bürokratie der entsprechenden Ministerien organisiert werden, einen wichtigen Schritt zur Selbstverwaltung – und übersehen, dass sich eine neue alternative Bürokratie von OrganisatorInnen und VerwalterInnen herausgebildet hat, die z.B. entscheidet, wer an den Kursen teilnimmt und wann das Geld ausgezahlt wird.

Politische Ökonomie

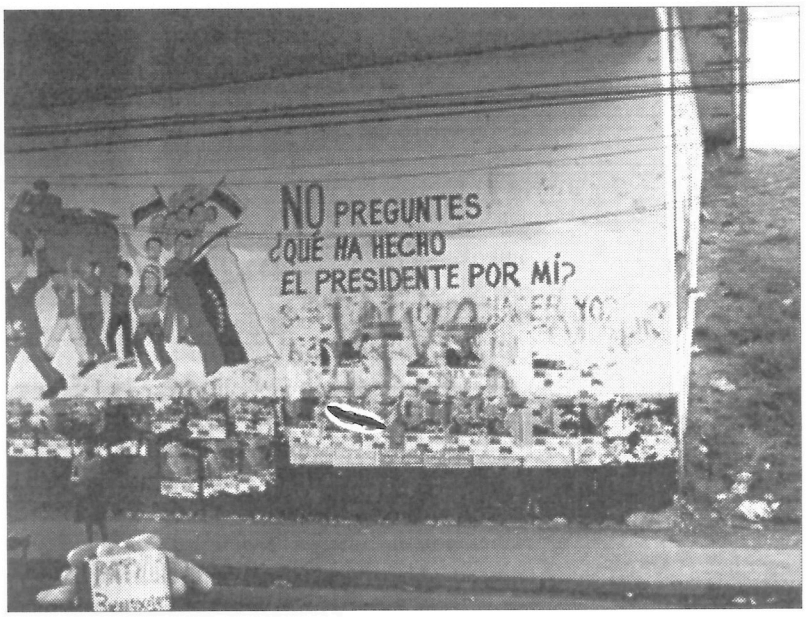
Innerhalb eines Jahres wurde neben dem alten mafiösen Gewerkschaftsdachverband CTV eine neue Struktur, die UNT, aufgebaut. Diese ist laut Satzung der bolivarianischen Verfassung verpflichtet und eng mit dem Arbeitsministerium verbunden, das z.B. dafür zuständig ist, welche Gewerkschaft als legitime Vertreterin in einem Betrieb anerkannt wird. Innerhalb eines Jahres wechselten Hunderttausende vom alten zum neuen Dachverband, schon allein deshalb kann man nicht von einem Prozess »von unten« reden. Die Vorstellung, der neue Gewerkschaftsverband und die ihm angeschlossenen Branchen- und Betriebsgewerkschaften betrieben eine radikalere, klassenkämpferische Politik, entpuppt sich in Gesprächen mit deren Vertretern und auf Versammlungen schnell als Illusion: Zwar wurden im Jahr 2004 in einigen Betrieben zum ersten Mal überhaupt Tarifverträge diskutiert und manchmal sogar von der Belegschaft abgestimmt, viele der neuen Gewerkschaften sind aber weiterhin eng mit den Betriebsleitungen liiert und orientieren sich an deren Vorgaben. Die Regierung spricht insofern zurecht vom »sozialen Frieden«, den die neue Ge-

werkschaft bewahren hilft.

Der Staat trägt zur *Flexibilisierung des Arbeitsmarkts* bei: Das Rentenalter wurde um fünf Jahre gesenkt, dadurch gehen Zehntausende früher in Rente, meistens auf dem finanziellen Niveau des Mindestlohns. Die Unternehmen stellen jüngere ArbeiterInnen ein, zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen und oft über Zeitarbeitsunternehmen. Gleichzeitig treibt der Staat die Bildung von Kooperativen voran: Das sind in den meisten Fällen kollektive Ich-AGs, deren Mitglieder für eine festgelegte Leistung pauschal bezahlt werden. Wie die Arbeit gemacht und wie das Geld verteilt wird, müssen sie untereinander aushandeln. Ideologisch wird dieser Prozess mit Vokabeln wie »Selbstorganisation« und »Eigenverantwortung« belegt. In Wirklichkeit ersetzen die Kooperativen aber häufig Arbeitsplätze (mit zumindest minimaler sozialer Absicherung) durch freiberufliche Arbeitsverhältnisse, so z.B. bei der Müllabfuhr in einigen Teilen von Caracas.

Der staatliche Energiekonzern *PDVSA* reicht inzwischen etwas mehr von der Ölrente nach unten durch. Das ist die Basis der großzügigen Sozialpolitik. Die Besteuerung der Gewinne ausländischer Energiekonzerne wurde auf dem Papier erhöht, gleichzeitig schuf das zuständige Ministerium eine Menge Löcher, um diese höheren Steuern zu umgehen. *Petróleo y Soberania* behaupten z.B., dass der Anteil, den PDVSA an den Staat abführt, seit 1998 nur unwesentlich gestiegen sei. Zudem kaufe PDVSA bei US-Konzernen Öl auf, das diese in Venezuela (!) gefördert haben, und zwar zu einem höheren Preis, als zu dem es später exportiert werde. Zur Zeit erhalten US-Konzerne Konzessionen zur Ausbeutung von 20 kleineren Ölbohrstellen mit einer Produktion von weniger als 50 Fass pro Tag, die angeblich nicht mehr rentabel sind. Die durchschnittliche tägliche Fördermenge eines Ölbohrlochs in den USA beträgt 11 Fass. Aufgrund der hohen Lohnunterschiede zwischen den amerikanischen und den venezolanischen Ölarbeitern und der knapper werdenden Ressourcen ist das ein lohnendes Geschäft. Chevron-Texaco baut die neue Gasleitung zwischen Maracaibo und Guajira in Kolumbien (180 km), dass die neue US-Außenministerin im Vorstand dieses Konzerns sitzt, ist in Venezuela kein Thema. Parallel zur antiimperialistischen Rhetorik bleibt Venezuela ein zuverlässiger Partner im Funktionieren der kapitalistischen Weltökonomie. Die USA beziehen weiterhin 20 Prozent ihrer Ölimporte aus Venezuela, und gerade seit Beginn des Irakkrieges hat die Chávez-Regierung jeden Tag zu ihren Verpflichtungen gestanden, wie sie selber stolz berichtet.

An der westlichen Seite des bereits weitgehend zerstörten Maracaibo-Sees gerät gerade der Frischwasservorrat für die Millionenstadt Maracaibo in Gefahr: Dort werden in einem militärischen Sperrgebiet riesige Kohlevorkommen zum Export nach Kuba erschlossen und nebenbei 350 Familien vertrieben, die in dem Gebiet wohnten.[4] Auch hier gilt: Erst kommt das Geschäft, daneben steht die menschenfreundliche Rhetorik.



Frag nicht: »Was hat der Präsident für mich getan?« ...

Das Gesetz zur *Agrarreform* hat das Ziel, fruchtbares Land an Familien zu verteilen, die es bebauen wollen. Diese Kampagne läuft seit Januar 2005 unter dem Titel *Krieg gegen das Latifundium*. Zum Auftakt wurde unter demonstrativer Teilnahme von mehreren hundert Militärs die Riesenfinca einer britischen Firma besetzt, und mehrere Dutzend Familien abgeräumt, die dort bereits seit Jahren kleinere Teile besetzt hatten. Jenseits von diesem Rummel hieß es später nüchtern, die Regierung prüfe jetzt in Ruhe die Besitzverhältnisse und die tatsächliche Nutzung der Ländereien. Wenn alles seine Richtigkeit habe, werde der Besitz selbstverständlich zurückgegeben. Trotzdem hat diese Propagandaaktion Hoffnungen geweckt. In den folgenden Wochen gab es viele kleinere Landbesetzungen, auch in städtischen Gebieten. Die Agrarreform soll der am Boden liegenden venezolanischen Lebensmittelproduktion aufhelfen. Allerdings wird es dafür nicht ausreichen, einfach nur Boden zu verteilen. Darüber hinaus ist unklar, ob und zu welchen Bedingungen überhaupt Menschen in genügender Zahl bereit sind, von den Städten zurück aufs Land zu gehen.

Sackgassen und Auswege

Der Teil der venezolanischen Linken, der keine Regierungsfunktionen übernommen und sich auch

[4] Elisabetta Andreoli, Gabriele Muzzo und Max Pugh, die 2003 den Film *Venezuela – ein anderer Weg ist möglich* gemacht haben, untersuchen in ihrem neuen Film *Die unerbittliche Realität des Öls* (im Februar 2005 in Caracas uraufgeführt) diese Zusammenhänge der Energieproduktion.

nicht der rechten Opposition angeschlossen hat (auch das gibt es!), ist verbittert. Sie hassen die Regierung, weil dort viele ihrer alten Genossen angelangt sind, sie sind mit vielen Joschka Fischers konfrontiert. Einige fordern den »wirklichen« Antiimperialismus ein (z.B. Beschneidung der Gewinne ausländischer Ölkonzerne). Andere machen geduldige Basisarbeit und kämpfen gegen die lateinamerikanische Spielart des Anführertums (*liderismo*) an, die in Venezuela trotz aller Beteuerungen der »Volksmacht« neue Höhen verzeichnet. Einige erwarten für die nähere Zukunft größere soziale Auseinandersetzungen, wenn sich herausstellt, dass die Ausbildungs- und Studienprogramme für die Menschen eben nicht in stabile soziale Verhältnisse münden, da alles auf dem derzeit hohen Ölpreis beruht, aber keine sonstigen produktiven Investitionen getätigt werden. Insofern treibt die Regierung ein gefährliches Spiel, wenn sie Erwartungen wie mit der Agrarreform weckt, die sie später nicht einlösen kann.

Die Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung – für oder gegen Chávez – führt zu dem Vorwurf auch an Kritiken von links, sie spielten objektiv der US-inspirierten Konterrevolution in die Hände. Dieser Kritik wird häufig mit dem Verweis auf zu viele korrupte Kader in Regierung und Verwaltung begegnet. Es müssten nur die »richtigen« Kader her, dann werde der echte basisdemokratische Weg eingeschlagen...

Der Hype um Venezuela in Europa und der BRD speist sich aus drei Quellen: Alles, was heute gegen den weltweiten militärischen Durchmarsch der USA steht, ist zu begrüßen. Andersherum ausgedrückt: gerade weil die venezolanische Politik auf Gegenwehr in den USA stößt, muss sie unterstützt werden. Nachdem die Zapatisten ihre Strahlkraft verloren haben, sehen ihre europäischen UnterstützerInnen in Venezuela eine Fortsetzung zapatistischer Politik. Diesmal geht es aber um die Eroberung der Staatsmacht und der Kommandohöhen der Wirtschaft, also um eine Rückbesinnung auf den Leninismus. Außerdem erscheint in Zeiten, wo weltweit jede Sozialpolitik zum unproduktiven Luxus erklärt wird, ein Staat, der eine solche Politik offensiv betreibt, als »objektiv fortschrittlich«.

»Gott ist Brasilianer«

Peter Overbeck,
Gott ist Brasilianer – Erlebnisse eines Kameramanns
Hamburg 2005
(Edition Nautilus)
ISBN 3-89401-452-0
224 Seiten 19.90 Euro

www.edition-nautilus.de/proc.php?buecher/overbeck/bio_gott.html

Dort findet sich auch eine Leseprobe aus dem Buch.

betitelt der ehemalige Kameramann und Filmemacher Peter Overbeck seine Autobiographie, die im Februar erschienen ist. Dieser Ausspruch mag für den brasilianischen Fußball gelten, aber für die »Verdammten dieser Erde«, die LandarbeiterInnen und Landlosen des größten Landes Südamerika, gilt er mit Sicherheit nicht. In beeindruckenden und erschreckenden Bildern beschreibt Overbeck Erlebnisse aus seiner Zeit als Dokumentarfilmer – das unendliche Leiden des Volkes, Armut, Krankheit, Ausbeutung und Unterdrückung bis hin zur Ermordung von Gewerkschaftlern und Befreiungstheologen durch von den Großgrundbesitzern bezahlte *pistoleiros*. Doch er filmt auch immer wieder Zeichen der Hoffnung – Landbesetzungen, Streiks der ZuckerrohrarbeiterInnen und Kooperativen der Lumpensammler in den *favelas* der Millionenstädte.

Overbeck ist Jahrgang 1927 und in Mannheim aufgewachsen, 1951 nach Brasilien ausgewandert, dort Helfer für Marighelas *Alianca de Libertacao Nacional*, Flucht nach Chile, Mitglied des MIR während der Allende-Zeit, danach im Untergrund, schließlich Exil in Deutschland, Werbe- und Dokumentarfilmer und Filmdozent. Am Ende zieht er mit einem Graffiti, das er in einer VW-Fabrik entdeckte, ein eher bitteres Fazit, das aber den Glauben an die Utopie noch nicht aufgegeben hat:

»Prefiro as lagrimas da derrota a vergonha de nao haver lutado – Lieber sind mir die Tränen der Niederlage, als die Schande, nicht gekämpft zu haben«.

Overbeck lebt inzwischen mit seiner tschechisch-chilenischen Lebensgefährtin Ruth Sborowitz in einem israelischen Kibbuz. Im April kommen beide nach Deutschland, um sein Buch und ihren gemeinsamen Film *Sie zerstörten unsere Häuser und pflanzten Zuckerrohr* vorzustellen.

-ebbe-

Folgende Termine standen bis Redaktionsschluss fest:

Mittwoch, 13. April 2005, 19 Uhr,
Die Neue Gesellschaft, Rothenbaumchaussee 19, Hamburg

Dienstag, 19. April 2005, 18 Uhr,
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

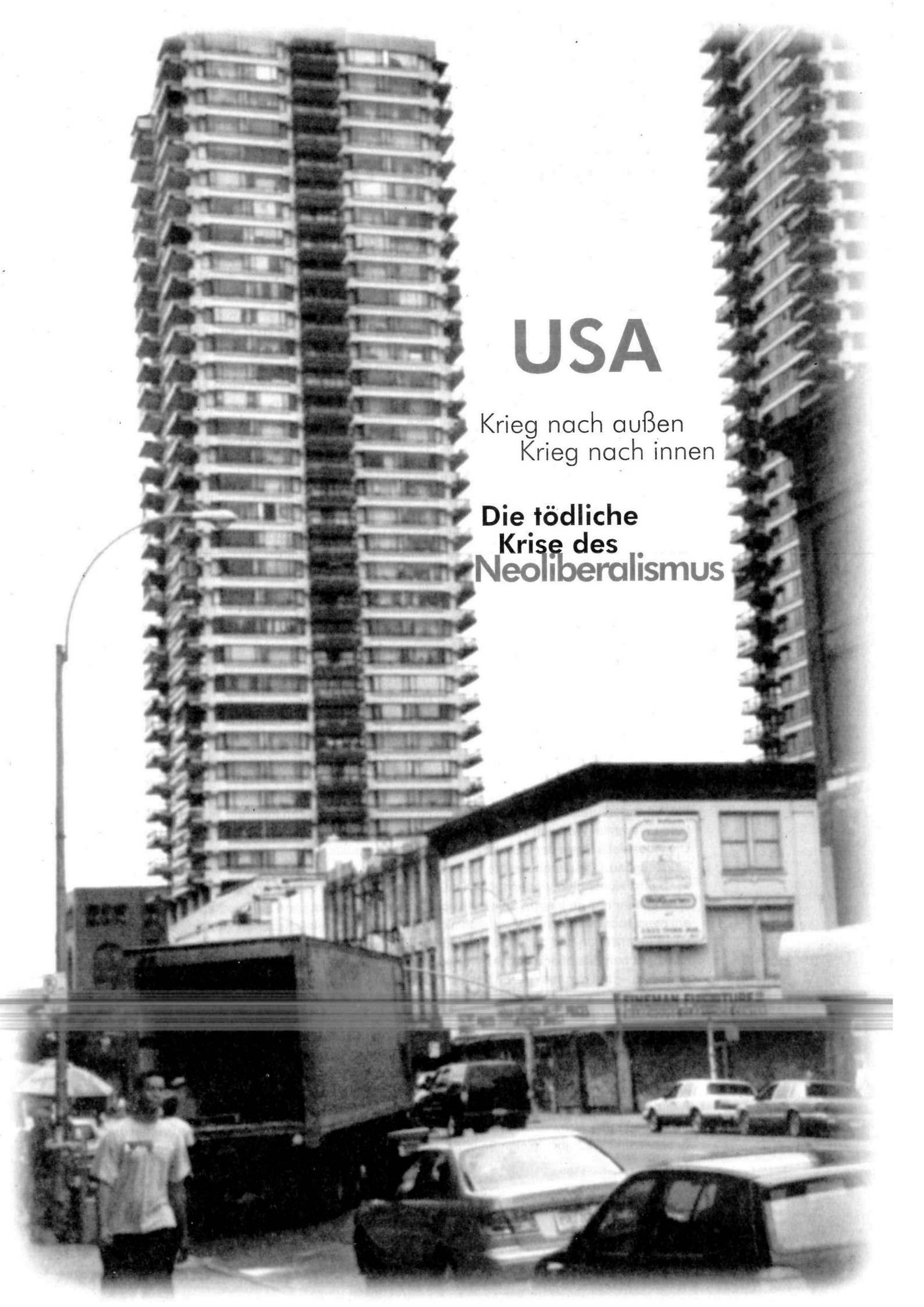
Samstag, 23. April 2005, 18 Uhr,
Kommunales Kino, Friedrichstr. 23A/Filmhaus, Stuttgart (Cine Latino)

Sonntag, 24. April 2005, 11 oder 16 Uhr,
KinoAtelier, Am Hagtor, Tübingen (Cine Latino)

Dienstag, 26. April 2005, 19 Uhr,
Museum unter der Y-Burg, Hindenburgstraße,
Stetten im Remstal (15 km östlich von Stuttgart)

Mittwoch, 27. April 2005, 19.30 Uhr,
Cinema Quadrat, Colinistr. 1-5, Mannheim

Freitag, 29. April 2005
Werkstatt 3, Nernstweg 23-34, Hamburg-Altona



USA

Krieg nach außen
Krieg nach innen

Die tödliche Krise des Neoliberalismus

Was bewegt die USA?

Keine 15 Jahre, nachdem von den USA aus das Ende der Geschichte ausgerufen wurde und keine zehn Jahre, nachdem sich der Gedanke, die USA seien das letzte Imperium, das die ganze Welt beherrscht, sowohl auf der Rechten wie auf der Linken durchgesetzt hat, wankt dieses Imperium seinem Ende entgegen. S. Huntington, der 1993 mit »Clash of Civilizations« das aggressive Interpretationsraster vorgelegt hatte, wonach ein Endkampf zwischen überlegener westlicher Zivilisation und zurückgebliebener islamischer »Kultur« vonstatten gehe, hat Ende 2004 mit »Who are we?« die Identitätskrise des Weltpolizisten beschrieben. Wie alle Imperien in der Geschichte (das Babylonische, das Römische, das Britische...) geht der Hegemon an einer Kombination aus drei Faktoren zugrunde: Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, auf die sein Aufschwung und seine Macht aufgebaut waren (Erdöl); ökonomische Krise (»twin towers of deficit«: die höchste Staatsverschuldung und die höchsten Auslandsschulden in der Geschichte der USA; inzwischen ist ein dritter Turm gewachsen: die Privathaushalte sind erstmals mit mehr als 100 Prozent des Bruttosozialproduktes verschuldet), *imperial overstretch* (die USA haben ca. 446000 SoldatInnen weltweit in 725 bekannten – plus einigen geheimen – Basen in mindestens 38 Ländern stationiert; dazu kommt eine formelle »militärische Präsenz« in mindestens 153 Ländern... – im Januar 2005 gelang es der US Marine nicht, Abgänge durch ausreichend Neu-Anwerbungen zu ersetzen).

Die US-Importe liegen inzwischen um 50 Prozent über den Exporten, was sich in einem Handelsdefizit niederschlägt, das fünfmal so schnell wächst wie das Bruttosozialprodukt der USA. Die USA können ihre Stellung nur halten, solange der Dollar Weltreservewährung ist. Der ist aber aus denselben Gründen unter massiven Druck geraten und wurde in den letzten zwei Jahren im Vergleich zum Euro um 30 Prozent abgewertet; wenn man vom Tiefststand des Euro (80 US Cent für einen Euro) zum bisherigen Höchststand (1.33 Dollar für einen Euro) rechnet, kommt man sogar auf 40 Prozent Abwertung. Die riesigen Dollarvorräte, die Banken weltweit halten (müssen), wurden in eben diesem Verhältnis abgewertet. Beim *World Economic Forum* in Davos sagte der Direktor des Nationalen Chinesischen Wirtschaftsforschungsinstituts Ende Januar, China habe das Vertrauen in die Stabilität des US Dollar verloren; man habe verstanden, dass der US Dollar weiter abwerten wird. Als Ende Februar bekannt wurde, dass asiatische Banken ihre Währungsvorräte stärker Richtung Euro diversifizierten, gaben die Aktienkurse stark nach und der Preis für die Unze Gold stieg an einem Tag um 7.10 Dollar.

Die prekäre Lage der US-Ökonomie hat sich inzwischen rumgesprochen, allüberall wird vor der zu großen Verschuldung gewarnt. In der Regel wird sie darauf zurück geführt, dass die USA zuviel importieren, »*die* Amerikaner« mithin »zuviel konsumieren«. Das ist nur oberflächlich richtig. In Wirklichkeit exportieren die USA viel zu wenig im Vergleich zu anderen Industrieländern. Die USA exportieren Waren im Wert von 7 Prozent des Bruttosozialprodukts, die BRD z.B. im Wert von 35 Prozent. Die industrielle Basis der USA ist zu klein geworden und in vielen Schlüsselbereichen (Maschinenbau, Flugzeugbau...) verlieren sie ihre Konkurrenzfähigkeit.

Selbst Huntington, der endgültig im Lager der Neokonservativen angekommen ist, sieht die wirkliche Gefahr nun im Innern: Seiner Ansicht nach machen dem Land die mexikanischen Einwanderer am meisten zu schaffen, weil sie sich nicht der weißen, angelsächsischen, protestantischen Mehrheitskultur unterwerfen und damit die »ureigenste Identität« des Landes in Frage stellen. Vom ganzen ideologischen Zinnober à la CSU-Wertedebatte befreit, ließe sich das auch anders fassen: die ImmigrantInnen – und darunter besonders die Latinos, gegen die er hier zum Kampf aufruft – haben einen ganz wesentlichen Anteil am Wiederaufschwung der Klassenkämpfe in den USA. Und damit wären wir beim Kern der Frage: wie entwickelt sich der Klassenkampf in den USA?

Die Kriegspolitik stößt weltweit und innerhalb der USA auf Widerstand. In den USA steigt die Armut, Sozialprogramme werden ausgedünnt, die Jobs werden schlechter. Trotzdem hat die Hälfte der Wähler Bush wieder gewählt. Seine Politik scheint Rückhalt in der Bevölkerung zu haben. Was ist mit der US-Arbeiterklasse geschehen, die doch Ende der 90er Jahre noch einmal einen Aufschwung an Kämpfen in den Autofabriken, bei UPS usw. hatte? Nimmt der Widerstand in der US-Armee zu, oder lassen sich die SoldatInnen auch weiterhin in jeden Winkel der Erde schicken, um Bomben abzuwerfen und Länder zu besetzen? Wir haben einige Beiträge von GenossInnen aus den USA zu diesen Fragen zusammengestellt.

George Caffentzis stellt den Zusammenhang her zwischen dem **Krieg gegen den Terror und dem Klassenkrieg in den USA**. Wirtschaftspolitisch ist der »war on terror« der Versuch, den Zusammenbruch des Neoliberalismus aufzuschieben. Der Patriot Act greift gezielt die MigrantInnen an, die in den letzten 20 Jahren neu auf den US-Arbeitsmarkt gekommen sind und eine zentrale Rolle beim Wiederaufschwung der Klassenkämpfe spiel(t)en. Gleichzeitig schafft das Bush-Regime massiv neue Arbeitsplätze im Sicherheits- und Kontrollbereich für US-Bürger und verbietet die gewerkschaftliche Organisierung in weiten Bereichen des Öffentlichen Dienstes. Was Caffentzis etwas übertrieben den »Militärkeynesianismus« der Bush-Regierung nennt, versucht die Quadratur des Kreises zu schaffen: Investitionen, die nicht die Macht der Arbeiterklasse stärken. Während der ersten Amtszeit Bushs sind 760.000 Jobs im Privatsektor verloren gegangen, aber 879.000 im öffentlichen Dienst neu geschaffen worden. In seiner Konzentration auf »Gefängniswärter« einerseits und ImmigrantInnen andererseits kommt bei George Caffentzis die breite Mehrheit der US-amerikanischen Arbeiterklasse etwas kurz.

Am 26. Januar 2005 kommt der 54 Jahre alte **Autoarbeiter Myles Meyers** verspätet zur Arbeit in die Jeep-Fabrik (DaimlerChrysler) in Toledo, Ohio. Er hat ein Jagdgewehr unter dem Mantel, mit der er gezielt einen Vorgesetzten erschießt und dann sich selbst tötet. **George Windau**, ein Arbeitskollege, beschreibt in seinem **Brief** minutiös das Blutbad und seine Vorgeschichte: eine Firmenpolitik, die Arbeiter gezielt erniedrigt, um sie rauszuekeln.

Peter Linebaugh und **Manuel Yang** suchen in einem **Gespräch am Tag danach** Erklärungen für diese »Implosion« von Arbeiterverhalten zu Zeiten der schlanken Produktion. Sie ziehen Parallelen zur Lage der ArbeiterInnen in der Rüstungsindustrie der Nazis und den Toyota-Fabriken nach Zerschlagung der Arbeiterkämpfe im Japan der 50er Jahre.

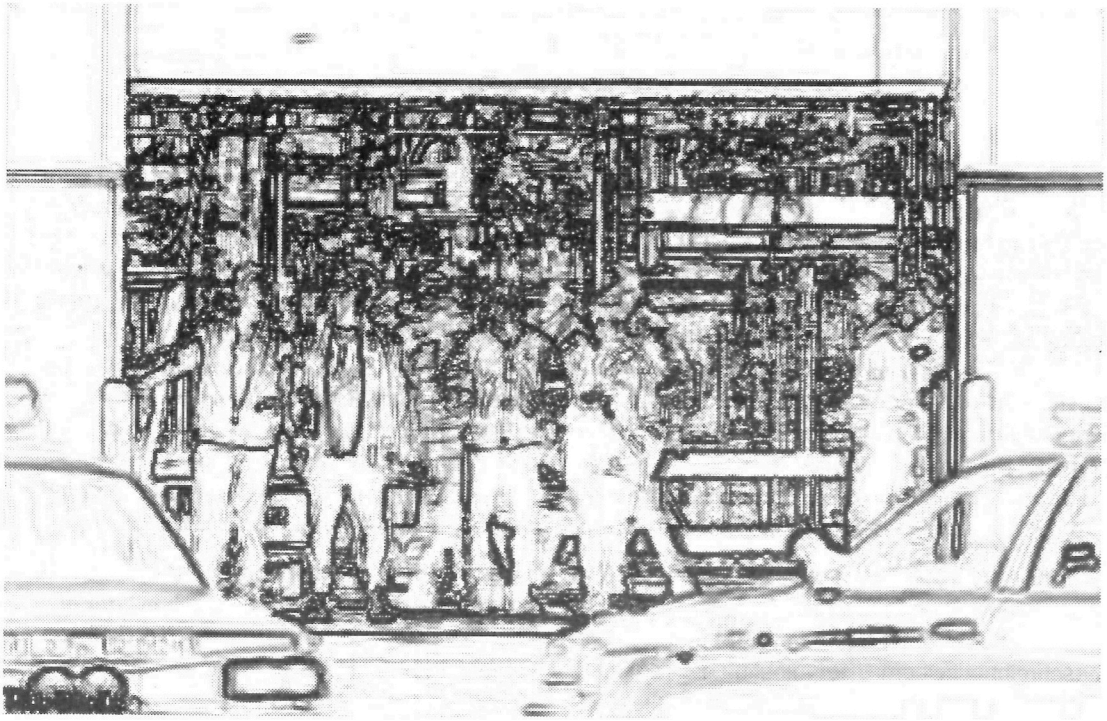
Chris Wright und **Suprina Hawkins** analysieren, wie der evangelikale Konservativismus erfolgreich eine Lücke füllt, die Entlassungswellen in den Betrieben, die Sozialstaatsstreichungen und der Zwang zu ständigem Job- und Wohnungswechsel hinterlassen haben. Die »postmoderne Klassenreaktion« hat zur Herausbildung eines **republikanischen Proletariats** geführt, dem der »zivilisatorische Auftrag« der USA mehr zu bieten hat als der »Liberalismus« eines John Kerry.

Die »**Troqueros**« – die spanische Ableitung von Truckers – sind neben den *Janitors* ein Beispiel für diese kämpfenden Immigranten. Latinos bilden heute die Mehrheit der LKW-Fahrer in den US-Häfen. Sie haben sich außerhalb der Gewerkschaft *Teamsters* organisiert. Ein Aktivist erzählt in einem **Interview** von ihren Kämpfen um bessere Bedingungen und Anerkennung.

In der **US-Armee** nehmen **Desertionen** und Verweigerung zu. Der Artikel erinnert an die Tradition von **Meuterei** nach dem Zweiten Weltkrieg und in Vietnam, und geht näher auf das Desaster im Irak ein. Er berichtet über Proteste der Angehörigen und das Netz von Beratungsstellen und Organisationen für Deserteure.

Von **Studs Terkel** ist ein neues Buch mit Interviews auf Deutsch erschienen. Unter der Überschrift »**Die Hoffnung stirbt zuletzt**« schlägt Terkel einen Bogen über die US-Geschichte von der Weltwirtschaftskrise und den Sit-Down Strikes in den 30er Jahren über die 60er Jahre bis heute.

In keinem Land der Welt sitzen prozentual so viele Menschen im **Knast** wie in den USA. **Christian Parenti** beschreibt in seinem – leider nicht auf Deutsch veröffentlichten Buch »**Lockdown America: Police and Prisons in the Age of Crisis**« den niederschwelligen Bürgerkrieg, den die Polizeibehörden in den USA gegen Teile der Klasse führen. Die Entwicklung der Knäste ist nur zu verstehen im Zusammenhang mit der sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung der US-Gesellschaft als ganzer – und mit der umfassenden Krise, auf die das Knastsystem zu antworten versucht. Die Krise Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre war ernster, als viele glauben: Das Land steckte in einer sozialen Revolution: eine riesige Anti-Kriegs-Bewegung unter den Soldaten in Vietnam und zuhause in den USA, eine allgemeine Kulturrevolte unter der Jugend, eine radikalisierte Bürgerrechtsbewegung, blutige Aufstände in den Städten, die Entstehung von bewaffneten revolutionären Gruppen... Zu diesem Zusammenhang siehe Seite 40.



Brief von George Windau,
Betriebsschlosser, 2. Schicht, KJ Karosseriewerk, DaimlerChrysler Montagewerk Toledo North,

zum Fall Myles Meyers

Vorbemerkung von George Windau

Am Mittwoch, dem 9. Februar 2005, wurde ich ins Labor-Relations-Büro[1] des KJ-Jeep-Werks in Toledo, Ohio gerufen. Anwesend waren von der Gewerkschaft der Vorsitzende Dan Henneman und Fritz Edwards vom Komitee für Fachberufe sowie als Zeuge das Gewerkschaftsmitglied James Jefferson, um dessen Anwesenheit ich gebeten hatte. Von Labor Relations waren außerdem noch Tom Maxon und Jean Hathaway anwesend. Maxon sagte mir, dass Kopien eines Briefes mit meinem Namen darauf in verschiedenen Chrysler-Werken herumgegeben würden, aber er wollte nicht genau sagen, in welchen Fabriken in Detroit dieser »Brief« herumging, obwohl er eine Kopie hatte, die ihm von irgendwo her gefaxt worden war. Laut Maxon gingen auch bei Jeep Kopien herum. Mir wurde aber nicht vorgeworfen, diese »Briefe« verteilt zu haben. Ich bekam zwei Versionen eines Briefs vorgelegt und wurde gefragt, ob ich sie geschrieben hätte. »Nein«, antwortete ich, weil die Briefe gegenüber dem exakten Wortlaut, den ich in einem Brief an Labor Notes geschrieben hatte, leicht geändert worden waren (mit Zwischenüberschriften und anderer Großschreibung).

Dazu sei gesagt, dass die Briefe, die angeblich in Umlauf gebracht worden waren, im Labor Notes-Magazin veröffentlicht werden sollten, aber noch im Überarbeitungsstadium waren, weil »Nachrecherchieren«, Rechtschreibung und andere Korrekturen noch liefen. Das Verhör im Labor Relations Office bei Jeep sollte mir Angst machen und mich einschüchtern (mit Erfolg), weil ich erzählt hatte, was ich weiß und gesehen habe. Ein UAW-Funktionär[2] rief beim Labor Notes-Magazin an und sagte ihnen, sie sollten meinen Brief nicht abdrucken. Ich behaupte nicht, ich wüsste alles über die Schießerei bei Jeep am 26. Januar 2005. Die, die am meisten wissen, sagen am wenigsten. Deshalb müssen die, die etwas wissen, alles sagen, was sie wissen. Die Automobilarbeiter, die Familien der Opfer und die Öffentlichkeit müssen die Wahrheit kennen und fordern, dass DaimlerChrysler auf wichtige Fragen wahrheitsgemäße Antworten gibt und diesen schrecklichen Vorfall nicht einfach unter den Teppich kehrt.

DaimlerChrysler will die Welt glauben machen, Fragen und Probleme in Myles Meyers' Privatleben außerhalb der Arbeit seien der Grund, warum er Amok lief und Leute erschoss. Es bleibt aber eine Tatsache, dass er niemanden außerhalb des Jeep-Werks verletzt hat, nur innerhalb der Fabrik.

[1] Labor Relations: Firmenabteilung zur Verbindung und Verhandlung mit den Gewerkschaften.

[2] UAW: United Auto Workers (Automobilarbeitergewerkschaft).

Brief an Labor Notes:

Am Mittwoch, dem 26. Januar 2005, kam Myles Meyers, ein 54 Jahre alter Arbeiter aus der zweiten Schicht, vier Stunden zu spät zur Arbeit. Laut Jeep-Werkschutz hat er um 20.33 Uhr während der normalen Essenspause der zweiten Schicht eingestempelt. Als Meyers durch die Sicherheitsdrehtür kam, hatte er eine doppelläufige Schrotflinte Kaliber 20 unter seinem langen schwarzen Mantel. Die Flinte war in einer Schlaufe aus Elektrokabel unter seinem Mantel befestigt. Myles ging direkt zu den Leitungsbüros des KJ-Karosseriewerks, wo die meisten Chefs, wie er wusste, am Essen waren. Im Büro sah er eine Lager-Chefin namens Yiesha Martin und zog sein Gewehr heraus. Er befahl Yiesha, sie sollte Roy Thacker und Mike Toney über Sprechfunk ins Büro rufen. Da Yiesha beim Anblick des Gewehres Angst bekam, tat sie wie befohlen und drängte Roy und Mike übers Radio »Kommt sofort her!« Ein Chef aus der Wartung ging versehentlich auf Myles zu, Myles hob sein Gewehr, zielte auf diesen Chef und sagte: »Gehen Sie weg, das betrifft Sie nicht!« Dieser Chef aus der Wartung ging sofort hinaus und gab über den Sprechfunkkanal der Wartung bekannt, dass ein Mann mit einem Gewehr im Büro des Karosseriewerks sei.

Sobald Roy Thacker, Myles' unmittelbarer Vorgesetzter, ins Büro kam, hob Myles sein Gewehr und feuerte aus einer Entfernung von sechs bis neun Metern mit Rehposten-Schrot, wobei er Roy in die Seite und in die Brust traf. Dann lief Mike Toney, der Bereichsleiter der zweiten Schicht, der nur einen Meter hinter Roy gewesen war, um sein Leben. Roy brach direkt vor dem Büro verwundet zusammen und Myles schoss noch mal aus nächster Entfernung auf Roy, als Roy am Boden lag. Mike Toney rannte aus dem Büro hinaus in den Produktionsbereich des Werks. Myles ahnte, wohin Mike Toneys lief, und ging in den Hauptgang des Karosseriewerks. Myles blieb stehen und spähte durch das Glasfenster der Tür zum Gewerkschaftsbüro, das direkt neben dem Leitungsbüro des KJ Karosseriewerks liegt. Myles sah niemanden von seiner Abschussliste im Gewerkschaftsbüro und bedrohte niemanden im Gewerkschaftsbüro. Myles ging den Hauptgang hinunter zur »Panel Line« [hier montieren ArbeiterInnen Türen und Rückklappen]. Das nächste Opfer war Paul Medlen, ein Gruppenleiter, von dem Myles glaubte, er hätte ihn verpetzt. Nachdem Myles Paul Medlen angeschossen hatte, kam Mike Toney in Sicht, der senkrecht zu Myles Laufrichtung rannte. Myles schoss auf den Chef, der ihn monatelang gepeinigt hatte, und verwundete Mike Toney am Arm. Augenzeugen beschrieben Myles als einen Mann mit nacktem Oberkörper und einem um den Hals gehängten Teddybär, der ein Gewehr trug und den Gang an der Panel Line entlang ging, während Paul Medlens klagende Stimme über den Sprechfunk dröhnte und flehte: »Hilfe, ich bin angeschossen.«

Myles ging weiter den Gang an der Panel Line entlang und suchte Carrie Woggerman, die junge Vorgesetzte, die ihm immer auf den Fersen gewesen war, die ihn überwacht hatte und ihn bis vor die Herrentoilette und wieder zurück verfolgt hatte (in der Hoffnung, vielleicht den Duft des Marihuana zu riechen, das Myles auf der Herrentoilette geraucht haben könnte). Einige Arbeiter erzählten mir, dass Myles die »Ablösung« (ein Gruppenleiter macht deine Arbeit weiter) verweigert worden war, wenn er auf Toilette gehen wollte. Carrie hatte auf Anweisung von Roy Thacker und Mike Toney detaillierte Aufzeichnungen über Myles Meyers angelegt, wohin er im Werk ging, was er bei seiner Arbeit tat und so weiter. Myles hat Carrie, eine 24jährige Bandabschnittsleiterin, nie gefunden. Mit Hilfe eines Facharbeiters namens Jim Garn, eines Betriebsingenieurs namens Jeff Beery und eines Werkzeugmacher-Chefs namens Brad Wolfe kam sie weg. Um 21 Uhr an jenem schicksalhaften Mittwochabend war Myles zurück ins Leitungsbüro gegangen, hatte sich in eine Nische gesetzt, sein Gewehr mit einer Ein-Unzen-Hirschladung geladen und es in seinen Mund gerichtet. Myles' Blut und Gehirnmasse spritzten fast zehn Meter weit und befleckten alle Schreibtischnischen an der Nordseite des Leitungsbüros. Miles hat Carrie, die sein drittes Opfer werden sollte, nie erwischt.

Anscheinend konnte das Management des Karosseriewerks Myles nie beim Rauchen oder im Besitz von Marihuana erwischen, wie viele Stunden sie ihm auch hinterher liefen oder ihn bei der Arbeit überwachten. Sie hatten monatelang versucht, Myles irgendwie eine Disziplinarstrafe anzuhängen, nur weil Roy Thacker meinte, er hätte letzten November an Myles Marihuana gerochen. Ich glaube nicht, dass das Management außer Roy Thackers Anschuldigung, er hätte Marihuana an Myles oder an dessen Arbeitsplatz gerochen, jemals echte Beweise hatte. Die Gewerkschaft rettete Myles seinen Job, und das Management des Karosseriewerks war richtig sauer. Mike Toney war entschlossen, Myles eine Disziplinarstrafe zu verpassen, obwohl sie nirgends greifbare Beweise für Marihuana fanden, um Myles ein Drogenverfahren anzuhängen. Ich weiß, dass Myles gebeten wurde, sich einem Urintest auf Drogen zu unterziehen, aber ob er wirklich so ei-

nen Test gemacht hat, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob Myles eine Disziplinarstrafe bekam, weil er so einen Test verweigerte. Ich weiß aber, dass anderen Arbeitern mit Disziplinarstrafen gedroht wurde, wenn sie so einen Test verweigerten.

Der Kampf zwischen Myles Meyers und Mike Toney wurde heftiger, als Myles angeblich und versehentlich Mike Toney mit der Frau eines anderen Arbeiters auf dem Schoß in einem Büro erwischte. Ich weiß nicht, ob überhaupt eine sexuelle Affäre stattgefunden hat, aber wir wissen, dass Myles dem Ehemann der Frau (einem Freund von Myles) und der Labor Relations-Abteilung im Jeep-Werk von einer angeblichen außerehelichen Affäre berichtete. Damit Mike Toney Probleme bekam, reichte es, dass Myles Meyers über diese angebliche außereheliche Affäre redete, egal ob diese Affäre tatsächlich stattgefunden hatte oder nicht. Außerdem hatte Mike Toney die Angewohnheit, Myles direkt am Arbeitsplatz vor anderen Arbeitern anzugehen, die damit zu Zeugen hitziger Diskussionen zwischen einem niederen »Tech One«-Arbeiter und einem mächtigen Bereichsleiter wurden. Ich habe gehört (weiß es aber nicht sicher), dass Mike Toney für diese direkten Konfrontationen gerüffelt wurde und von jemand Höhergestelltem den Rat bekam, seine Überwachungskampagne gegen Myles Meyers zu delegieren. Und so wurden tragischerweise Roy und Carrie zu Werkzeugen von Mike Toneys Wut auf Myles Meyers.

Bald nachdem Myles Mike Toney in der Öffentlichkeit beschuldigte, etwas mit der Frau eines anderen zu haben, schaffte das Jeep-Management Myles' Arbeitsplatz als Fachmann für Notfallreparaturen ab. Meinem Gefühl nach war das eine »Abschaffung des Arbeitsplatzes als Strafe«, und ich kenne weitere Beispiele von »Arbeitsplatzstreichungen als Strafe«, um Arbeiter bei Jeep zu bestrafen. Dazu muss man wissen, dass es bei Jeep vielleicht gerade mal ein halbes Dutzend Arbeiter gibt, die das können, was Myles als Reparateur machte, und die das auch noch so schnell können wie Myles. Als das Jeep-Management im Sommer davor einige Jobs in der Qualitätskontrolle abgeschafft hatte, waren hunderte von Jeep Liberty-Karossen mit defekten Karosserieteilen aus einem der Stanzwerke, die die Jeep-Fabrik beliefern, gebaut und lackiert worden. Myles und mehrere andere Reparateure arbeiteten damals lange Zwölfstundenschichten, um die mehreren hundert mit falschen Stanzungen gebauten (und lackierten) Jeep-Karossen (die meiner Meinung nach etwa eine Million Dollar wert waren) zu reparieren. Aber das Management war nicht mehr dankbar für die zusätzlichen Anstrengungen, die Myles in seine Arbeit gesteckt hatte, um hunderte von Jeeps zu retten. Jetzt war Myles Meyers eine Zielscheibe; er war ein angeblicher Kiffer, und mit seinen Anschuldigungen gegen Mike Toney wegen der Frau eines anderen verfolgte ihn Mike Toney wie eine persönliche Zielscheibe.

Nachdem das Jeep-Management Myles' Reparaturjob gestrichen hatte, versetzten sie ihn an einen anderen Arbeitsplatz (ich habe gehört, dieser zweite Arbeitsplatz sei an der Framing-Linie [Roboter verschweißen die Bodengruppe mit den Seitenteilen und dem Dach] gewesen, aber das weiß ich nicht sicher) in der Hoffnung, sie könnten ihn wegen schlechter Arbeitsleistung abmahnen. Aber Myles leistete an der Framing-Linie gute Arbeit, so dass sie ihn nicht wegen schlechter Arbeitsleistung abmahnen konnten. Also, habe ich gehört, strich das Management auch diesen Job (ich habe gehört, es sei an der Framing-Linie gewesen) und versetzte Myles (einen Arbeiter mit über zwanzig Jahren Betriebszugehörigkeit) zum Schweißtunnel, wo er Reparaturen schweißen UND die Autos auf fehlerhafte Teile untersuchen sollte. Das Interessante an Myles' letztem Arbeitsplatz im Schweißtunnel ist, dass zwar laut Zeitvorgabe für den Platz nur ein Arbeiter vorgesehen ist, aber speziell wenn die Roboter nicht richtig funktionieren und sehr viele Schweißnähte repariert oder verstärkt werden müssen (»weld containment«), oft zwei Arbeiter nötig sind, nämlich auf jeder Seite des Fließbands einer. Myles sollte also auf beiden Seiten des Fließbands Reparaturen schweißen und gleichzeitig auch noch die Jeep-Karossen auf fehlerhafte Teile untersuchen. Anscheinend sind am Dienstag, dem 25. Januar, zwei Jeeps mit fehlerhaften Motorhauben versehentlich in die Lackiererei statt in die Nachbearbeitung gegangen. Offiziell war Myles dafür zuständig, den QU-70-Code in den Computer einzugeben, um diese Autos mit fehlerhaften Teilen umzuleiten. Aber Myles protestierte, sein Chef hätte ihm die Anweisung gegeben, alle Autos, die in den Schweißtunnel kamen, »abzunehmen« (zu akzeptieren) und nur die Schweißreparaturen durchzuführen. Man fragt sich, ob nicht in jener Nacht ein zweiter Schweißer Myles hätte helfen müssen.

Am Dienstag, den 25. Januar 2005, wurde Myles gegen 21 Uhr wegen des Problems mit den zwei Motorhauben von seinem Arbeitsplatz zum Management geholt. Mehrere Zeugen, die am Büro vorbeigingen, haben berichtet, dass sie Schreierei und harte Worte in beide Richtungen hörten. Ein Elektriker hat berichtet, er hätte Myles und Roy

Thacker direkt vor dem Büro, in dem Myles gerügt wurde, laut streiten gehört. Das widerspricht den offiziellen Medienberichten, wonach dieses Treffen in völlig einvernehmlicher/freundlicher Stimmung verlaufen sein soll. Die Medien haben gemeldet, am Ende des Treffens habe man sich die Hand gegeben und gelächelt, aber die offizielle Darstellung (der Ereignisse am 25. Januar) scheint mir verdächtig. Nach dieser disziplinarischen Besprechung erzählte Myles seinen Freunden, dass jemand aus dem Management gedroht habe, ihm den »Tech One«-Status als Fachschweißer und -hartlöter und Blechspezialist zu entziehen. Ich weiß nicht, wie lange diese Besprechung dauerte, aber um 23.30 Uhr berichtete mir ein Facharbeiter, der gerade nach Hause ging, Myles sei immer noch im Büro und würde »durch die Mangel gedreht«. Wir wissen also, dass dieses Treffen mindestens zwei Stunden oder länger dauerte. Von einigen Leuten habe ich gehört, das Treffen hätte noch weitere drei Stunden gedauert, aber das weiß ich nicht sicher. Ich weiß nicht, ob am Dienstag, dem 25. Januar 2005, eine Disziplinarstrafe gegen Myles verhängt wurde. Aber enge Freunde von Myles haben berichtet, Myles hätte den Eindruck gehabt, dass er im März gefeuert werden würde, sobald er eine kurze Haftstrafe wegen Besitzes einer geringen Menge Marihuana in Michigan antreten würde.

Am nächsten Abend, am Mittwoch, den 26. Januar 2005, kam Myles vier Stunden zu spät zum Parkplatz des Karosseriewerks. Myles zog sein Hemd aus und legte einen zurechtgebastelten Drahtgurt als Schlinge für sein Gewehr um. Den Teddybär benutzte er als Kissen, damit ihn die Drähte, die sich unter dem Gewicht der daran hängenden Schrotflinte straffzogen, nicht schmerzhaft in den Nacken schnitten. Myles zog einfach seinen langen schwarzen Mantel über seinen hemdlosen Oberkörper und kam herein und suchte Roy Thacker, Mike Toney und die 24jährige Bandabschnittsleiterin Carrie Woggerman.

Als Myles und Roy tot waren (Roys Tod in der Fabrik wurde gegen 21 Uhr über den Funkkanal der Wartungsabteilung verkündet) und die beiden verletzten Männer (Paul und Mike) ins Krankenhaus gefahren worden waren, kam die Polizei von Toledo und trieb alle Beschäftigten des Karosseriewerks in einen Bereich von Halle 5 des Karosseriewerks. Als wir da alle zusammen standen, Arbeiter und Chefs, ohne Rang- oder Gehaltsgruppenunterschiede, kam ein Chef aus der Wartung namens Jim Bender zu mir und sagte:

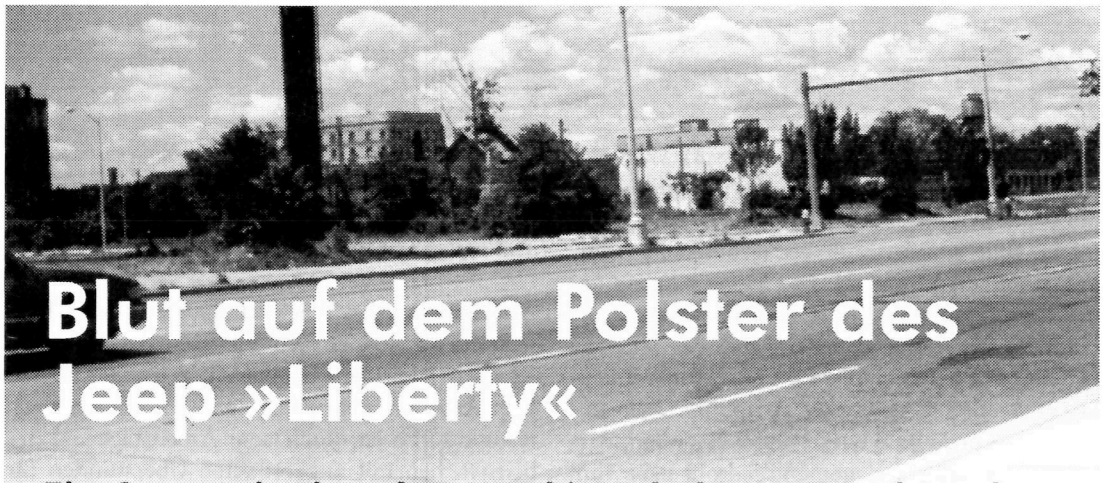
»Warum erschießen diese Verrückten immer ihre Chefs, George?«
Ich antwortete nur: »Tja, ich weiß nicht, Jim! Denk doch mal selbst nach!«

Am Dienstag, den 1. Februar 2005, wurde im Editorial der Toledoer Zeitung *Blade* das Daimler-Chrysler-Management gebeten, sie sollten sich den Jeep-Arbeitern gegenüber ein bisschen zurückhalten und aufhören, durch lange Arbeitstage und Arbeitswochen mit angeordneten Überstunden für übertriebenen Arbeitsstress zu sorgen.

Ich bitte das Jeep-Management, sich mir gegenüber »zurückzuhalten«. Wenn jemand nach bestem Wissen die Wahrheit sagt, dann sollte man ihm Beifall zollen und ihn nicht verhören und einschüchtern wie mich. Die lebensfeindliche Arbeitsatmosphäre, die heute bei Jeep in Toledo herrscht, rührt meiner Meinung nach von den Strategien des Jeep-Managements (Strafversetzungen, Arbeitsüberlastung, Überwachung während der Arbeit, Schnüffelei und Verhöre) her und dass es sie zulassen, dass Vorgesetzte ihre Autorität missbrauchen. Das Problem der Gewalt am Arbeitsplatz muss meiner Meinung nach eingehend untersucht werden, und nicht einfach ignoriert oder zusammen mit den Toten begraben.

Ich trauere um Roy Thacker, den ich für einen guten Mann und korrekten Vorgesetzten gehalten habe, als ich bei ihm gearbeitet habe. Ich trauere um Myles Meyers, der mich als guter Mann und talentierter Arbeiter beeindruckte. Meiner Meinung nach wirkte Myles Meyers wie ein Mann, der vieles hatte, wofür es sich zu leben lohnte. Er prahlte ständig mit seinen Kindern, war immer am Lächeln, hatte immer einen Scherz auf den Lippen und erzählte viel über seine Verlobung mit einer Frau, die er liebte. Ein Arbeiter, der eng mit Myles befreundet war, sagte: »Myles war unser ›Klassenclown‹, er hat uns immer zum Lachen gebracht.« Ein Arbeiter, der Myles Meyers kannte und mochte, wurde wütend über das negative Bild, das die örtlichen Medien über Myles in die Welt setzen. »Warum sagt denn die Gewerkschaft nichts über Myles?«, fragte er mich. »Die Gewerkschaft weiß, was sie (das Management) Myles angetan haben. Warum sagen sie (die Gewerkschaft) nicht die ganze Wahrheit?« Ich konnte ihm nur sagen: »Ich weiß es nicht.«

George Windau, Betriebsschlosser, 2. Schicht, KJ Karosseriewerk, Montagewerk Toledo North.



Blut auf dem Polster des Jeep »Liberty«

Ein Gespräch über den Mord in Toledo am Tag danach

Von Manuel Yang and Peter Linebaugh

Manuel Yang ist zu erreichen unter: badmarxist@yahoo.com

Peter Linebaugh lehrt Geschichte an der Universität von Toledo. Er ist zu erreichen unter: plineba@yahoo.com

Manuel: Ich kann immer noch nicht fassen, was da gestern Nacht, am Mittwoch, dem 26. Januar 2005, in der Spätschicht bei DaimlerChrysler in der Stickney Avenue passiert ist: ein ganz schrecklicher Mord und Selbstmord.

Peter: Ja, sprich's aus. Lass uns versuchen, darüber nachzudenken.

Manuel: Wie da der 54jährige Myles Meyers mit einer doppelläufigen Flinte, die er unter einem langen schwarzen Mantel versteckt trug, zur Arbeit kam und für Terror im Karosseriewerk sorgte. Dass er einen seiner Vorgesetzten, Roy Thacker, mit einem aufgesetzten Kopfschuss erschoss und einen anderen, einen Bereichsleiter, verwundete, bevor er sich selbst eine Kugel in den Kopf jagte. Dieser Mann, Myles, der Schütze, hatte 21 Jahre lang bei Jeep gearbeitet.

Peter: Ja, ich hab's in der Zeitung *Blade* gelesen, und nach den Abendnachrichten haben alle darüber geredet. Eine schreckliche Tragödie, so schrecklich, dass wir heute morgen bei unserer marxistischen Studiengruppe über nichts anderes reden konnten, obwohl wir eigentlich über die Abschnitte 3 und 4 (»Englische Industriezweige ohne legale Schranke der Exploitation« und »Tag- und Nachtarbeit«) aus dem 8. Kapitel über den Arbeitstag im *Kapital* Band I reden wollten. Während unseres Gesprächs erzählte uns ein Arbeiter von Jeep, dass die Medien die Lügen der Firma verbreiten über Myles' Motive, in der Fabrik »einen auf Postamt zu machen« (»going postal«[1]). So schreibt etwa die *Toledo Blade*, er »hatte vor kurzem ein Disziplinarverfahren in der Firma, weil er nach Zeugenaussagen mit Vorgesetzten herumstritt«. Der Kollege von Myles erzählte uns jedoch, dass die Bosse, auf die Myles schoss, genau diejenigen waren, die die Politik von DaimlerChrysler umsetzten: Arbeitsplätze abbauen, indem man Leute rausmobbt.

Manuel: Und für Myles war die Arbeit sein Leben. Er war Facharbeiter, Metallfacharbeiter: Schweißer, Fräser und Blechspezialist. Er war der Heilemacher, der Reparateur für alle Fälle. »Bring's zur Reparaturabteilung, Myles kriegt es wieder hin.« Nachdem die Firma letztes Jahr die Qualitätskontrolleure durch die Einführung von Robotern wegrationalisiert hatte, reparierte Myles 300 Autos, reparierte die Rahmen, die Haarrisse aufwiesen. Sie machten ihn zum Ausputzer, das war vor einem Monat. Myles war Fischer, Jäger und ein großzügiger Nachbar. Er war ein Vorzeigearbeiter.

Peter: Warum ist das passiert? Die Firma DaimlerChrysler behauptet, es sei ein pathologischer Einzelfall. Die Polizei gab bekannt, Myles habe eine Vorladung zum Gericht wegen Besitzes einer kleinen Menge Marihuana gehabt . Die Presse, der Konzern und die Polizei lassen grässliche Stories los, aber das war abzusehen. Wenn wir mit seinen Kollegen reden, ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Manuel: Also, ein Freund bei Jeep hat etwas zum Hintergrund von Myles' Motiven erzählt, das die Medien nicht erwähnen und die Firma absichtlich verschweigt, wenn sie diesen Mord und Selbstmord auf Arbeit einen »isolierten Vorfall« nennt. Seit letzten Mai bei Jeep die neue Gewerkschaftsführung der *United Auto Workers* (UAW) an die Macht gekommen ist, haben die Geschäftsleitung und Leute aus der völlig korrupten alten Gewerkschaftsführung ihr Möglichstes getan, um sie unglaubwürdig zu machen und zu demütigen. Demokratie? Der Tarifvertrag von vor einem Jahr wurde den Mitgliedern förmlich reingeprügelt. Zukünftig sol-

[1] ***»Going postal«*** ist ein umgangssprachlicher Ausdruck für Mord am Arbeitsplatz seitens eines Angestellten oder entlassenen Angestellten. Die Redensart geht zurück auf eine Reihe von Vorfällen zwischen 1986 und 1997, bei denen Beschäftigte des *United States Postal Service* Vorgesetzte und Arbeitskollegen umbrachten. Der erste war 1986 in Edmond, Oklahoma, wo ein Postangestellter 15 andere Menschen und dann sich selbst tötete. »If the boss keeps giving me a hard time, I'm going to go postal.«

len alle Arbeiten bis auf die Endmontage an inländische Zulieferer ausgelagert werden.

Peter: Nachdem die Firma versucht hatte, Myles Drogenmissbrauch anzuhängen und ihn deswegen zu feuern (angeblich hätte er »nach Marihuana gerochen«), und die neue Gewerkschaftsführung ihn erfolgreich verteidigt hatte, war die Geschäftsleitung wie wild hinter Myles her. Sie versetzten ihn von einem Job zum andern, nahmen ihm sein Werkzeug weg und demütigten ihn ständig, indem sie rund um seinen Arbeitsplatz Schilder aufhängten, auf denen stand, wie er seine Arbeit zu machen hätte.

Manuel: Sie haben die ganze Zeit drauf gelauert, dass Myles irgendeinen Fehler macht oder einen Vorwand liefert, um ihn rausschmeißen zu können. Wegen angeblicher Fehler auf seinem dritten Arbeitsplatz wurde er von der Geschäftsleitung ins Büro gerufen und fünf Stunden lang verhört. Das war Dienstag Nacht, am Tag, bevor er sein Gewehr mit zur Arbeit brachte.

Peter: Die dritte, auf die es Myles abgesehen hatte, war eine junge Frau, die die Firma frisch eingestellt hatte. Man hatte ihr gesagt, sie solle ein Auge auf ihn haben. Auf Myles, einen Arbeiter mit über zwanzig Jahren Betriebszugehörigkeit. »So spaltet die Firma die Arbeiter Sie stellt junge Leute ein, die keine Ahnung haben, was läuft, und benutzt sie, um den älteren Arbeitern ihre über Jahre erworbenen Einstufungen, Sozialleistungen, ihre Arbeitsplatzgarantie und was noch alles zu nehmen«, erzählte uns unser Freund.

Mir ist schon aufgefallen, dass die Atmosphäre in Toledo vergiftet ist. Nicht nur mit den üblichen Staubteilchen in der Luft, sondern mit etwas, das für unsere Erinnerung und unseren Geist noch viel heimtückischer ist.

Manuel: Zwei Wochen vor dieser Schießerei, am 10. Januar 2005, wurde eine Statue von Gouverneur James Rhodes enthüllt, der für die Erschießung von vier Studenten an der Kent State University durch die Nationalgarde verantwortlich war. Der hatte die Guard zum Campus geschickt und im Mai 1970 aufheizende Reden gehalten. Und als ob das noch nicht gereicht hätte, wurden die US Marines eingeladen, in der Innenstadt von Toledo den Straßenkampf zu üben, als Vorbereitung für den Irak oder andere Städte. Die Regierenden von Toledo haben die Stadt aus der Finanzmisere gerettet und in den Dienst des Empire gestellt.

Peter: Wenn ich solche Geschichten von Tod und Folter unter dem Regime des Terrors lese, erinnert mich das an die Broschüre, die wir vor einigen Jahren zusammengestellt haben. Weißt du noch?

Manuel: Klar, das war 1999. Wir wollten den Zusammenhang zwischen der Übernahme von Jeep durch Daimler-Benz im Jahr 1998 und der Wiedereinführung der Todesstrafe in Ohio 1999 untersuchen. Es ging um Sklavenarbeit in den Lagern und Fabriken in Deutschland. Wir deckten auf, wie in den mit Sklavenarbeit betriebenen Fabriken in Deutschland Arbeiter systematisch durch Arbeit vernichtet oder exemplarisch gehängt wurden. Hakenkreuz und Mercedes-Stern in der Firmenreklame waren damals austauschbar.

Peter: Weißt du noch, wie wir nach Bildern aus der Produktion bei Daimler-Benz im Dritten Reich suchten und nichts finden konnten, hauptsächlich, weil sie ihre Archive unter Verschluss halten? Wir bekamen aber die Beschreibung eines französischen Sklaven, Ives Beon, von der Produktion in Dora Mittelbau, wo die V2-Raketen gebaut wurden:

»Mit dem kleinen Finger an der Hosennaht passieren die Männer den SS-Mann, der sie zählt, indem er mit seiner Peitsche an ihre Schultern tippt. Die Kolonne zieht vor die Halle der Endkontrolle, die sehr tief reicht und die auf ihren Leitwerken stehenden V2 enthält. Dann trifft der Blick der Gefangenen auf das versprochene Spektakel. Direkt dahinter blockiert ein Portalkran die gesamte Galerie. Damit werden die Raketen aus ihren Wiegen gehoben und in die Halle gebracht. Gerade steht er auf halbem Weg, etwa vier Meter über dem Boden. An seiner gesamten Länge baumelt obszön ein Dutzend Gehängter. Die meisten dieser Körper haben Hosen und Schuhe verloren, Urinpfützen bedecken den Boden. Da die Seile lang sind, schwingen die Körper sanft etwa anderthalb Meter über dem Boden und im Weitergehen muss man sie beiseite schieben. Während man sich durchschlägt, bekommt man Stöße von Knien und Schienbeinen voller Urin versetzt und die aneinandergestoßenen Leichen beginnen, im Kreis zu schwingen.«

Manuel: Dieses entsetzliche Bild von Tod und Terror in der Fabrik hat die Stoßrichtung unserer Broschüre doch vollkommen zusammengefasst: Wir hatten behauptet, dass es eine bedenkliche Kontinuität vom Einsatz von Tod und Terror in den Arbeitslagern von Daimler-Benz zu den Vorgängen in DaimlerChryslers Jeep-Werk in Toledo gibt. Damals wirkte es vielleicht rhetorisch überzogen, solche Vergleiche zu ziehen, aber als hätten wir es vorausgesagt, haben seither Tod und Terror das Jeep-Werk heimgesucht, stimmt's?

Peter: Das kann man wohl sagen. Der 50jährige Lazaro ‚Larry' Fuentes wurde am 17. Mai 2000 bei der Reparatur eines Schweißroboters zwischen den Transportgleisen zerquetscht. Und jetzt am 26. Januar der Mord und Selbstmord von Myles Meyers in der Fabrik.

Manuel: In der Marx-Studiengruppe heute hat ein UE-Organizer[2] diese jüngste Tragödie bei Jeep kurz und bündig so zusammengefasst: »Schuld an diesen Morden und diesem Mord in der Arbeiterklasse ist die lean production.« Wegen der Subunternehmer, die das US-Militär zum Foltern einsetzt, nannte ein Jeep-Arbeiter den Krieg im Irak einen *Lean Production*-Krieg. Im Irak wie in Ohio erlebt die Demokratie dieses Wochenende einen Bomben- oder Kugelhagel. Und du hast gesagt, wir müssten einen politischen Parallaxenblick[3] entwickeln, der den Krieg im Irak und den Krieg im Betrieb bei Jeep zusammenbringt. Ich frage mich, wie wir mit der Entwicklung so einer Sichtweise am besten anfangen.

Peter: Schauen wir uns zum Beispiel den *Blade* von heute früh an. Eine brüllende Schlagzeile: »2 Tote und 2 Verletzte bei Schießerei in Jeep-Werk« und eine etwas verhaltenere: »USA erleiden tödlichsten Tag im Irak: Hubschrauberabsturz und Angriffe fordern das Leben von 37 GIs«, und der Präsident spricht von einem »weltweiten Marsch in Richtung Freiheit«. Unser Freund bei Jeep sagte: »Peter, sag ihnen, dass am Polster des *Jeep Liberty* Blut klebt!«

Blut fließt auch im Gefolge dieses weltweiten imperialistischen Marsches zur Sicherung von Öl und zur Durchsetzung der kapitalistischen Freiheiten. Oder wie unser Freund, der Jeeparbeiter, sagte: »Lean Production heißt, länger, härter und schneller zu arbeiten und weniger dafür zu kriegen.« Schlanke Produktion zuhause und schlanke Kriegsführung im Irak: Auslagerung, private Söldner, private Subunternehmer, die beim Foltern helfen, privatisierte Logistik, Wäscherei und Kantine, miese Ausrüstung, klapprige Fahrzeuge, faktische Wehrpflicht für Arme, Sparen auf Kosten der Sicherheit. Da drängen sich die Vergleiche auf.

Manuel: Einer der Co-Autoren unserer Broschüre, Jeff Howison, hat im Jahr 2000 seine Diplomarbeit über die schlanke Produktion bei Jeep Toledo geschrieben. Darin bringt er ein vielsagendes Zitat eines DaimlerChrysler-Arbeiters bei Jeep, der feststellt, dass der Begriff *Team* in der schlanken Produktion ganz ähnlich benutzt wird wie im Gefängnis:

»Die Gruppen heißen ‚Zellen'... Das erinnert an Arbeit in einem Gefängnis... Viele Leute empfinden die Arbeit in einer Fabrik als Tretmühle. Morgens wachst du auf, machst deine Arbeit und gehst wieder heim. Es ist wie im Gefängnis. In einigen Abteilungen, in denen wir arbeiten, gibt es keine Fenster, du kannst nicht nach draußen sehen, du kommst kaum weg von der Arbeit, also sehen viele es wie einen Knast, wo man gut verdient!«

Peter: Camp X-Ray in Guantanamo Bay, Abu Ghoraib, das Jeep-Werk in Toledo: Die tägliche Erniedrigung der proletarischen Gefangenen und die selbst oder durch andere exekutierte Todesstrafe. Michaela hat mich auf etwas Interessantes aufmerksam gemacht: In derselben Ausgabe des *Blade* war eine Geschichte, die an einer Schule in Toledo passiert ist und die, wenn sie in Abu Ghoraib passiert wäre, als Folter bezeichnet worden wäre: Eine 17 Jahre alte Schülerin wurde eines Diebstahls verdächtigt und gefilzt, wobei sie ihre Unterwäsche ausziehen musste.

Manuel: Ich glaube, dein Buch *The London Hanged* erklärt solche Verhältnisse ganz gut. Im neuen Nachwort schreibst du, wie die atomisierten und von ihren KollegInnen abgetrennten ArbeiterInnen ihre Niederlage und Erniedrigung kompensierten, indem sie den Terror der herrschenden Klasse verinnerlichten. Genau das scheint Myles auch getan zu haben.

Peter: »Dann lege die Axt an die Wurzel,« sagte Tom Paine*, »und lehre die Regierungen Menschlichkeit. Ihre blutigen Strafen sind es, die die Menschheit korrumpieren.« Oder, wie man sagt: beschissener wird's von selbst. Eine ganze Generation ist mit der Todesstrafe aufgewachsen und hat gelernt, dass Verbrechen mit dem Tod bestraft werden. Und diese Jugend wird jetzt erwachsen im Krieg, wo die Hirnfunktionen auf ungeheure Hindernisse stoßen. Die schlanke Produktion ist das pädagogische Instrument, mit dem die herrschende Klasse den ArbeiterInnen diese staatsterroristische Ethik der Todesstrafe beibringt. Kam die schlanke Produktion nicht ursprünglich aus Japan?

Manuel: Allerdings. Entwickelt wurde sie beim Autokonzern Toyota, und in Japan heißt sie schlicht »Toyota-Produktionssystem«. Krieg, Öl und schlanke Produktion. Ich glaube, in dieser unheiligen Dreieinigkeit der Akkumulation liegt eine bestimmte historische Logik. Das Öl- und Rohstoffembargo, das konkurrierende westliche Staaten in den 1930er Jahren gegen Japan verhängten, zwang es, in den Zweiten Weltkrieg einzutreten. Der Druck der imperialistischen Konkurrenz führte dazu, dass der Lebensstandard der japanischen ArbeiterInnen drastisch sank und sie den Krieg ihres Landes als panasiatischen »Befreiungskrieg« mit dem Gott-Kaiser als Zentrum begrüßten. Toyota wurde 1937 gegründet. Die japanischen Industriekapitalisten waren beeindruckt von der fordistischen Methode der Bomberproduktion in den USA, mit der die B29 produziert wurden, die ihre Städte in Schutt legten und sie zur bedingungslosen Kapitulation zwangen. Also studierten sie nach

[2] *United Electrical, Radio, and Machine Workers of America*; eine linke Gewerkschaft, die den Antikommunismus der 1940er und 1950er überlebte und sich nicht in die AFL-CIO aufsaugen ließ; www.ranknfile-ue.org

[3] Als ***Parallaxe*** (griechisch: Vertauschung) bezeichnet man die scheinbare Änderung der Position eines beobachteten Objektes durch eine Verschiebung der Position des Beobachters.
Hält man zum Beispiel die Hand vor sich und betrachtet sie abwechselnd mit dem linken und dem rechten Auge, so verschiebt sich das Bild der Hand vor dem entfernteren Hintergrund. Die Parallaxe ist gleich dem Winkel, unter dem die Basislinie zwischen den beiden Betrachtungsorten vom beobachteten Objekt aus erscheint. Bei festem Winkel zwischen Basislinie und der Richtung zum Objekt ist die Parallaxe umso größer, je näher das beobachtete Objekt und je länger die Basislinie ist.
Aufgrund der Parallaxe lassen sich Entfernungen abschätzen (Grundlage des räumlichen Sehens) oder mittels technischer Hilfsmittel berechnen.

dem Zweiten Weltkrieg die Produktion in den USA und die Methoden der statistischen Qualitätskontrolle, die Leute wie Ishikawa Kaoru, Edwards Deming und Joseph Juran entwickelt hatten, also die Nachkriegs-Gurus der Qualitätskontrolle oder des *Kaizen*, die heute in der Business- und Managementliteratur so scheinheilig gefeiert werden.

Peter: Du beschreibst da das japanische Klassenverhältnis in der Produktion nach dem Krieg, wie es die Automobilarbeiter in den USA zum Beispiel über Marty Glaberman* kennengelernt haben.

Manuel: Den japanischen Industriellen ging es nach dem Krieg darum, den Aufstand der japanischen ArbeiterInnen einzudämmen. Deren Kämpfe gingen damals um *seisan kanri* oder »Produktionskontrolle«, d.h. die ArbeiterInnen übernahmen den Betrieb und führten ihn unter ihrer eigenen Kontrolle weiter, um das Streikverbot der US-amerikanischen Besatzung zu umgehen. Den endgültigen Schlag versetzte das japanische Kapital dieser Strategie der Arbeiterklasse 1960 mit der Niederschlagung der beiden Kämpfe, in denen die erste japanische Neue Linke entstand, nämlich zum einen des Kampfs der Bergarbeiter von Miike gegen die »Rationalisierung« ihres Arbeitsprozesses und zum andern der Bewegung gegen das Ampo [gegenseitiges Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Japan] im selben Jahr.

Peter: Mach weiter.

Manuel: Die Niederschlagung des Kampfs bei Miike ermöglichte dem Kapital ein Mikro-Management des Arbeitsprozesses, während ihm die Unterdrückung der Anti-Ampo-Bewegung ein Makro-Management der gesamten Militärindustrie im Kalten Krieg (Korea- und Vietnamkrieg) ermöglichte. Dadurch konnten die japanischen Konzerne nach dem Krieg ihre Profitrate nach oben treiben. Und das »Toyota-Produktionssystem« bot ein ideales Modell für die in Miike begonnene »Rationalisierung«. Flächendeckend in Japan eingeführt wurde es dann in den 1970er Jahren nach dem Sieg über die Neue Linke und den Ölschocks, als die japanische Autoindustrie mit Hilfe der neuen Anwendungen der Mikroelektronik den ArbeiterInnen die schlanke Produktion mit aller Macht aufzwingen konnte.

Schlanke Produktion bedeutet, aus den ArbeiterInnen im Arbeitsprozess so viel geistige und körperliche Kraft wie möglich herauszupressen, indem in ihre Arbeitszeit (wieder das 8. Kapitel!) möglichst viel Wert (also Mehrwert) schöpfende Arbeit hineingepackt wird, das heißt, indem sie gezwungen werden, schneller, härter und konzentrierter zu arbeiten. Der Irak und Jeep sind letztlich Fortsetzungen dieser Strategien der schlanken Produktion gegen die Arbeiterklasse in den blutigen und feurigen Kreisläufen von Krieg, Öl und Terror.

Peter: Da wir gerade von Krieg, Arbeiterklasse und Terror sprechen: Als ich heute morgen von Ann Arbor herfuhr, habe ich das Radio angestellt und es lief eine Geschichte über die Holocaust-Überlebenden von Auschwitz. In Toledo gab es gestern keine Erinnerungsfeier an die Befreiung von Auschwitz. Ich erinnere mich aber an einen polnischen Juden, einen Freund von mir, der Auschwitz überlebt hatte. Ich habe immer Schach mit ihm gespielt, obwohl er eigentlich eher Go spielte. Er sagte, er hätte nur überlebt, weil er die körperliche Konstitution eines kleinen Jungen hatte und es irgendwie schaffte, eine Art Deal mit einem Arzt zu machen, der ihm ab und zu Brotstücke gab. Er wusste sehr gut, dass Krümel und Speisereste einen »schlank und hungrig« aussehen lassen. Er war Antikapitalist, weil er alles vom Kapitalismus verursachte menschliche Elend für Dummheit und Verschwendung hielt. Er war da überhaupt nicht sentimental. Es geht darum, den Mehrwert zu verstehen, sagte er immer. Das war damals, bevor man die Vernichtung der Juden und der Untermenschen Holocaust nannte. Es gehörte zum »Kampf«, sagte er immer. Im Winter im Todeslager Brot ergattern, seinen Job als Systemanalytiker bei IBM behalten, von trotzkistischen Genossen in den 1950er Jahren Englisch und politische Ökonomie lernen und gegen den Krieg in Vietnam kämpfen: all das gehörte zum »Kampf«. Mit ihm zusammen habe ich Isaac Deutscher »Über den sozialistischen Menschen« sprechen gehört.

Manuel: Mein Großvater mütterlicherseits hat wie Alex auch zu Hause Go gespielt, als er noch lebte. Er war nicht politisch, aber seine Soldatenzeit in der japanischen Armee hatte bei ihm einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Die Kollektivstrafen beim japanischen Militär, Pisse trinken müssen, um auf dem Schlachtfeld zu überleben, Schusswunden in Ober- und Unterschenkel. Einmal bekam er den Befehl, eine Frau und ihr Kind zu töten. Er konnte das nicht und ließ sie laufen, als der Kommandeur gerade nicht hinsah. Er war in China, wo Mitsui und andere japanische Unternehmen Leute gefangennahmen und sie, wie Daimler Benz, zur Sklavenarbeit zwangen. Mein Großvater sprach nicht gerne über seine Kriegserfahrung. Er taute erst auf, wenn er genug Sake getrunken hatte.

Peter: Alex sprach auch nicht gerne über seine Erfahrung in Auschwitz, aber das war es nicht, was ihn interessierte. Als Huey P. Newton und Bobby

***Marty Glaberman**

Martin Glaberman war mit 13 Mitglied der Young People's Socialist League (YPSL). 1941 war er u.a. mit C.L.R. James Mitbegründer der *Johnson-Forest Tendency* innerhalb der trotzkistischen *Socialist Workers Party*, die sie 1950 verließen und als *Correspondence* weitermachten. Seine politischen Aktivitäten brachten ihn Anfang der 1940er Jahre in die Autofabriken Detroits, in denen er fast 20 Jahre arbeitete. Diese Erfahrungen flossen in viele Texte, Broschüren und politischen Aktivitäten ein. In späteren Jahren machte er noch einen Universitätsabschluss, schrieb seine Erfahrungen auf und versuchte, sie an die Jüngeren weiterzugeben. 2001, kurz vor seinem Tod mit 83 Jahren, veröffentlichte er eine Aufarbeitung der Schriften von C.L.R. James: *Marxism for Our Times: C.L.R. James on Revolution Organization.* Jackson, 1999. Unter http://home.earthlink.net/~lrgoldner/johnson.html findet ihr eine englischsprachige Einführung in die politischen Hintergründe der *Johnson-Forest Tendency.*

Seale mit Waffen zur Selbstverteidigung auf dem Balkon des kalifornischen Kapitols in Sacramento standen, meinte Alex: »Das ist der Klassenkrieg.« 1969 trennten sich unsere Wege. Das war das Jahr der Implosion, das Jahr der *Days of Rage* und des »selbstmörderischen« SDS-Kongresses in Chicago. Vielleicht sind woanders ähnliche Sachen passiert? Was ist mit Japan?

Manuel: Wenn ich an Myles denke, erinnere ich mich an eine Passage, die Marx 1846 aus den Schriften Jacques Peuchets übersetzte, eines französischen Polizeibeamten, Ökonomen und Statistikers:

»Überdem muss eine gewisse Art von Seelengröße in dieser Art von Bettlern existieren, welche, entschlossen zum Tode wie sie sind, sich selbst vernichten und nicht den Weg des Selbstmordes durch den Umgang des Schaffots machen. Es ist wahr, dass je weiter unsere Handelsepoche vorschreitet, um so seltner diese edlen Selbstmorde des Elendes werden, und die bewusste Feindseligkeit tritt an die Stelle, und der Elende läuft rücksichtslos die Chancen des Diebstahls und des Meuchelmordes. Man erhält leichter die Todesstrafe als Arbeit.«

Auch in Japan waren 1969 selbstmörderische Implosionen auf dem Vormarsch. Nach der Zersplitterung des Kampfs der Zenkyoto-Studenten[4] 1969 gründeten viele militante maoistische Arbeiter und Studenten gemeinsam die Rote Armee Fraktion und Keihin Ampo Kyoto, die sich ein Jahr später zur Vereinigten Roten Armee (Rengo Sekigun) zusammenschlossen. 1972 ging die Vereinigte Rote Armee zur militärischen Ausbildung in die japanischen Südalpen und tötete vierzehn ihrer dreißig Mitglieder bei inneren Säuberungen. Danach folgte eine zehntägige Schießerei mit der Polizei in Asama-sanso in Karuizawa. Sechzehn Mitglieder der Vereinigten Roten Armee wurden festgenommen und zwei davon, Nagata Yoko und Sakaguchi Hiroshi, 1982 zum Tode verurteilt. Ihr oberster Chef Mori Tsuneo erhängte sich am Neujahrstag 1973 in seiner Gefängniszelle.

[4] Name der Studentenbewegung; Zenkyoto ist ein Akronym aus Zengaku kyoto kaigi (Solidarischer Kongress aller kämpfenden Schulen), einer Organisation, die in den Kämpfen 1968-69 an den japanischen Universitäten entstand, als Schulen besetzt wurden, der Ruf nach Autonomie laut wurde und es direkte Konfrontationen mit der Polizei mit Barrikaden und Straßenkämpfen gab.

Peter: Was hat das mit den Morden bei Jeep zu tun? Oder mit der schlanken Produktion?

Manuel: Diese Selbstmorde waren für Toyota und die anderen Konzerne der Wendepunkt: Von da an hatten sie gegen unsere Klasse die Oberhand. 1972, in dem Jahr, als sich die Vereinigte Rote Armee selbst zerstörte, ging ein Enthüllungsjournalist aus der Arbeiterklasse, Kamata Satoshi, verdeckt für sechs Monate als ‚Saisonarbeiter' in das Toyota-Autowerk in Toyota Town in Toyota City (»nirgendwo anders in Japan hat eine Großstadt den Namen einer Familie und eine Kleinstadt den Namen einer Firma angenommen«). Sein lebhafter Bericht von dieser Erfahrung wurde unter dem Titel *Japan in the Passing Lane* – Japan auf der Überholspur veröffentlicht. Allerdings finde ich den Originaltitel viel besser: Jidosha zetsubo kojo – *Autofabrik der Verzweiflung*. Kamata deckte auf, dass der innovative Arbeitsprozess in diesem hypermodernen und als Vaterland der schlanken Produktion gelobten Werk aus nichts anderem als einem schlankeren, härteren und schnelleren Fordismus für weniger Lohn bestand. Im Jahr 2004, also nach über dreißig Jahren, besuchte Kamata die Fabrikstadt noch einmal und beobachtete den Anstieg der Sterblichkeit, der Selbstmorde und der Depression in Toyotas »Fabrik der Verzweiflung«. Hör mal, was Kamata schreibt:

»Ich unterhielt mich mit meinen Freunden über einen Unfall, der sich im Mai ereignete. Frühmorgens war ein 33jähriger Arbeiter von einer Metallpresse zu Tode gequetscht worden. Dann kamen wir auf das Thema Selbstmorde zu sprechen. Elitetechniker der Entwicklungsabteilung töten sich als Folge von Überarbeitung; auch bei der Gewerkschaftsführung gab es Selbstmorde. In den letzten zehn Jahren, so meine Freunde, sei die Zahl depressiver Kollegen dramatisch gestiegen.«

Überall wo die schlanke Produktion eingeführt wird, vom Ursprungsland bis zu allen späteren Fabriken auf der Welt einschließlich Jeep Toledo, finden wir also immer wieder Selbstmord, Tod und Depression, und das ist ganz und gar kein Zufall.

Peter: Für das Phänonem der Kombination Mord mit Selbstmord haben wir keinen richtigen Namen. »Going postal« sagt man umgangssprachlich[1], aber das ist unfair der Post gegenüber. Im Zusammenhang von Mord/Selbstmord spielen die Arbeitsbedingungen eine Rolle.

Manuel: Als Myles Meyers ins Liberty-Karrosseriewerk ging, wusste er, wen er töten wollte. Und augenscheinlich mit dem völlig unangebrachten Gefühl, er würde eine Verletzung wiedergutmachen. Wenn man das Ganze von der Arbeitssituation her analysieren wollte, könnte man daran erinnern, wie Friedrich Engels zu Beginn der Industriellen Revolution die verschiedenen Stufen des Widerstands der Arbeiterklasse gegen den unstillbaren Durst des Kapitalismus nach mehr Arbeit beschrieb. Auf der ersten Stufe gibt es individuellen Widerstand, dann die gemeinsame Organisation mit den Kollegen – die Gewerkschaft – und schließlich eine Politik, die den unersättlichen Hunger des Kapitalismus abstellt und sein gescheitertes Gesellschaftssystem abschafft.
Peter: Going Postal ist aber eine Art von Kampf, die Engels nicht kannte. Vor einer Generation haben die Leute für die Öffnung der Betriebe und des keynesianischen Lohns für Farbige gekämpft. Eine

Generation davor haben sie noch für die Anerkennung der Gewerkschaften gekämpft, und davor haben sie für Arbeitssicherheit gekämpft.

Das Gemetzel bei Jeep ist unverzeihlich. Es ist individualistisch, das stimmt. Es ist auch extrem egozentrisch. Es ist das Gegenteil von Klassensolidarität mit ArbeitskollegInnen, was auch die Leute in deinem Betrieb, während deiner Schicht, in deiner Stadt, in deinem Land, in deiner Familie und in der Schule deiner Kinder einschließt. Hast du gesehen, dass der Gewerkschaftsvorsitzende empfohlen hat zu beten? Wer war das noch gewesen, der sagte: »Trauert nicht, sondern organisiert euch«? *Going Postal* ist ein irrationaler, individueller Akt der Verzweiflung. Was soll aus unserer Spezies werden? Das ist die Frage. Die ganze Welt weiß, dass die herrschende Klasse in Ohio unfähig ist, faire Wahlen durchzuführen. Die Kapitalistenklasse in Ohio erweist sich auch als unfähig, Ausbildung, kooperative Arbeit, Gesundheitsversorgung oder saubere Luft und Wasser zu gewährleisten. In Anlehnung an Thomas Jeffersons Plan für die Indianer in Ohio könnten wir fragen: ‚Wie können wir der Geschichte dieser Klasse ein Ende setzen?'

Was gestern bei Jeep geschah, stellt ein weitgehendes institutionelles Versagen dar. Das Werk hat versagt, die Regierung hat versagt, die Gewerkschaft hat versagt. Das Werk hat die schlanke Produktion eingeführt. Der Mensch kann sein wahres Gattungswesen dort nicht einbringen. Der Jeep war mal der Motor der Befreiung. Es gibt immer noch Fotos von den Jeeps an den Toren der Konzentrationslager. Aber diese Zeiten sind lang vorbei!

Manuel: Statt der Befreiung haben wir aggressive Habgier, einen unstillbaren Durst nach Mehrwert, den Marx im 8. Kapitel mit dem eines Vampirs verglich. Kamata hat angemerkt, dass Toyota »die rentabelste Firma in ganz Japan« ist und ihre Nettogewinne für das Steuerjahr 2004 »mit 1,16 Billionen Yen angegeben« wurde (über acht Mrd. Euro), so dass »zum ersten Mal in der Geschichte des japanischen Kapitalismus der Profit einer Firma die Billionen-Yen-Grenze überschritt«.

Peter: Auch DaimlerChrysler verkündet für 2004 stolz Rekordverkäufe bei Nutzfahrzeugen, nämlich »einen Zuwachs von 42 Prozent gegenüber 2003 (501.000 Einheiten), einen neuen Verkaufsrekord bei LKW, Bussen und Transportern« (laut Pressemitteilung aus Stuttgart vom 27. Januar 2005, einen Tag nach dem tragischen Mord und Selbstmord bei Jeep).
Manuel: Zwischen solchen triumphalen Unternehmensgewinnen und dem Blut im Betrieb liegt die kapitalistische Strategie der »schlanken Produktion«, bei der das Blut der Arbeitskraft durch die scheinbar alchimistische Vermittlung des Öls zu Mehrwert gepresst wird. Daran sehen wir mehr denn je die Bedeutung der Antikriegsparole »Kein Blut für Öl«. Aber natürlich ist es keine Alchimie, sondern nur der Klassenkampf, obwohl ich glaube, dass dieser das Mittwoch Nacht vergossene Blut in etwas qualitativ anderes verwandeln kann. Ein Jeep-Arbeiter erzählte mir heute am Telefon: »Das Management hat jetzt Angst. Es wird Zeit, dass die Arbeiter sich kollektiv am Arbeitsplatz bewaffnen: Unsere neue Parole wird heißen: ‚Bringt eure Waffen mit zur Arbeit!'« Was Alex Szejman sofort als den »Klassenkrieg« verstand, den die *Black Panthers* führten.

Peter: Marx sagte auch:

»Der Selbstmord hebt den gewaltsamsten Teil der Schwierigkeit auf, das Schafott den Rest. Nur von einer Umschmelzung unseres allgemeinen Systems der Agrikultur und der Industrie kann man Einkommenquellen und wirklichen Reichtum erwarten.« (S. 75)

Manuel: Was meinst du, wie wir unserer Klasse in Toledo helfen können, einen solchen Schritt in Richtung einer »vollkommenen Umschmelzung« unseres Landwirtschafts- und Industriesystems zu machen?

Peter: Vielleicht kann uns ja Dr. Marx wirklich helfen. In seinem Abschnitt über Nachtarbeit zitiert er Dr. Strange mit folgender Passage aus dessen 1864 erschienenem Buch Gesundheit:

»Die Muskeln von Tieren, denen man das normale Quantum Licht vorenthält, werden schwammig und unelastisch, die Nervenkraft verliert ihren Ton durch Mangel an Stimulierung, und die Ausarbeitung von allem, was im Wachstum begriffen ist, wird verkümmert ... Im Fall von Kindern ist beständiger Zutritt von reichlichem Tageslicht und der direkten Sonnenstrahlen während eines Teils des Tags durchaus wesentlich für die Gesundheit. Licht hilft die Speisen zu gutem plastischen Blut verarbeiten und härtet die Fiber, nachdem sie gebildet ist. Es wirkt ebenso als Reizmittel auf die Sehorgane und ruft hierdurch größere Tätigkeit in verschiednen Hirnfunktionen hervor.«

Wir müssen in der Lage sein, unsere Hirnfunktionen am Tage zu nutzen, kollektiv und verantwortlich. Die Stadt Toledo, der Staat Ohio muss die Verantwortung für die schlanke Produktion übernehmen und sie abschaffen! Sie hat sich als kontraproduktiv erweisen. Und das ist nur der Anfang.

(Test leicht gekürzt)

Literatur:

Bernard Bellon, *Mercedes in Peace and War: German Automobile Workers, 1903-1945,* New York: Columbia University Press 1990.

Ives Beon, *Planet Dora: A Memoir of the Holocaust,* Westview 1997.

Jeffrey D. Howison, *Explorations in Lean Production at Jeep,* M.A. Thesis, University of Toledo 2000.

Satoshi Kamata, *Toyota: Suicide and Worker Depression at the World's Most Profitable Manufacturer,* ZNet, 1.November 2004 (http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?ItemID=6533, deutsch: http://www.zmag.de/artikel.php?id=1280).

Satoshi Kamata, *Japan in the Passing Lane: An Insider's Account of Life in a Japanese Auto Factory.* New York: Pantheon Books 1982.

Peter Linebaugh, *The London Hanged. Crime and Civil Society in the Eighteenth Century* (2nd edition), London: Verso 2003. (Siehe auch die ausführliche Besprechung seines Buches *The Many Headed Hydra* in Wildcat 70.)

Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Marx Engels Werke, Band 23, Berlin/DDR: Dietz Verlag 1962

Karl Marx, *Vom Selbstmord,* S. 71, Köln: Neuer ISP Verlag 2001.

Yukio Mishima and Todai Zenkyoto, *Bi to kyodotai to todai-toso*, 1969.

Thomas Paine, *The Rights of Man* (1792). Deutsch: Die Rechte des Menschen, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1973.

Manuel Yang, Jason Hribal, and Jeff Howison, *An Historical Sketch of the Class Struggle at Daimler-Chrysler from 1905 to 1999: Some Materials for Thinking Aloud*, 1999.

Die Wahlen in den USA und das republikanische Proletariat

Chris Wright und Suprina Hawkins

Die Präsidentschaftswahl 2004 hat die USA weltpolitisch isoliert und innenpolitisch zwischen neokonservativ dominierten »roten« Staaten und liberal dominierten »blauen« Staaten gespalten. Der Wahlsieg von George W. Bush hat den größten Teil der Welt und viele von uns hier nachhaltig erschüttert. Der australische Journalist Mike Carlton hat Bush in einem Bericht über die Amtseinführung als den »dümmsten und bösartigsten Präsidenten seit dem Tod des skandalösen Warren Harding 1923« bezeichnet.[1] New-York-Times-Journalist Thomas Friedman nennt Europa den größten »blauen Staat« der Welt.[2] Der konservative französische Journalist George Malbrunot, der von der Gruppe Islamische Armee entführt und vier Monate lang ‚auf Planet bin Laden' festgehalten wurde, sieht Bush als Unterstützer des Terrorismus: »Präsident George W. Bush ist für [die Islamische Armee usw.] ein großartiger Partner. Keine Seite will nachgeben. ... Die Gruppen wollen Amerika im Irak eine Niederlage bereiten und einen Keil zwischen Europa und Amerika treiben.«[3] Steht hinter dem Aufstieg der Neo-Konservativen und Bushs Sieg eine politische Verschiebung des Wahlverhaltens der Arbeiterklasse in den USA?

Während der Vorwahlen gingen beide Präsidentschaftskandidaten von der zivilisierenden Mission der USA aus. Tatsächlich kritisierte Kerry an Bush vor allem, dass er dieser Mission schade. Somit bot die Wahl zwischen dem Demokratischen und dem Republikanischen Kandidaten keine freie Wahl. Man konnte durch kein Votum für eine der beiden Seiten gegen die Besetzung des Irak, für die Unterzeichnung des Kyoto-Abkommens oder für die Wiedereinführung der Sozialhilfe stimmen. Wer für Bush stimmte, stimmte nicht für ein Abtreibungsverbot. Wie Thomas Frank schreibt: »Der Trick wird nie alt, die Illusion nützt sich nie ab. Stimm für ein Abtreibungsverbot, und du bekommst eine Senkung der Kapitalertragssteuer. Stimm dafür, dass unser Land wieder stark wird, und du bekommst Werksschließungen. Stimm dafür, dass den politisch korrekten Collegeprofessoren mal gezeigt wird, wo es lang geht, und du bekommst die Deregulierung der Energiekonzerne. Stimm dafür, dass die Regierung uns in Ruhe lässt, und du bekommst Konglomerate und Monopole in allen Bereichen von den Medien bis zur Fleischindustrie. Stimm für eine harte Linie gegen Terroristen, und du bekommst die Privatisierung der Sozialversicherung. Stimm dafür, dass die Eliten in ihre Grenzen verwiesen werden, und du bekommst eine Gesellschaftsordnung, in der der Reichtum ungleicher verteilt ist denn je zuvor in unserem Leben, in der die ArbeiterInnen überhaupt nichts mehr zu sagen haben und die Vorstandsgehälter in den Himmel wachsen.« Und doch gab es im landesweiten Fernsehen niemand, der wie früher Gore Vidal Wahlenthaltung propagierte. Nichtwählen wurde bei dieser Wahl zu einem Akt nicht entschuldbarer Gleichgültigkeit. Der Wahlakt selbst wurde moralisch aufgeladen. Da eine moralische Entscheidung keine Niederlage hinnehmen kann, scheint die Spaltung Amerikas unausweichlich.

What's the Matter with Kansas?

In »What's the Matter with Kansas?« zeigt Thomas Frank, wie mit Kansas eine frühere Hochburg der Demokraten immer röter geworden ist. Laut Frank können wir die Popularität der religiösen Werte als politische Wahl nicht auf den weißen Rassismus oder die Ignoranz der Rednecks schieben. Historisch war Kansas nicht von der Ideologie der weißen Vorherrschaft geprägt oder politisch konservativ. Vielmehr gab es hier eine Tradition des Widerstands gegen Sklaverei und Rassismus, starker Arbeiterbewegungen und des Feminismus. Die Hinwendung zu den Republikanern wurde laut Frank vom neoliberalen wirtschaftspolitischen Schwenk der Demokratischen Partei in den 1970er

[1] Mike Carlton, »The Emperor of Vulgarity«, *Sydney Morning Herald*, 22. Januar 2005.

[2] *An American in Paris*, Op-Ed-Beitrag, *New York Times*, 20. Januar 2005 .

[3] Link zu http://www.salon.com/news/feature/2005/01/22/malbrunot/print von Jody K. Biehl, 22. Januar 2005.

Jahren ausgelöst. Die monetaristische Finanzpolitik des *Federal-Reserve*-Chefs Paul Volcker unter der Carter-Administration leitete den extremsten Wirtschaftsabschwung seit der Großen Depression ein. Die zweite Amtszeit der Bush-Administration ist nicht ein Bruch mit der Geschichte, sondern Teil eines Teufelskreises; der Kahlschlag, den Bushs Politik implizit verspricht, hat in Kansas schon stattgefunden.

Der Rechtsruck in Kansas und in den USA insgesamt fand zu einer Zeit statt, als die Bürgerrechts- und die Frauenbewegung explodierten und der Ausbeutung ein neues Gesicht gaben. Adolph Reed Jr. schreibt, die Bürgerrechtsbewegung habe den Weg für Kapitalinvestitionen im Süden, »dem letzten noch nicht vom Großkapital durchdrungenen Gebiet in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg«, freigemacht, indem sie das *dual labor system*, d.h. den rassistisch gespaltenen Arbeitsmarkt durchbrach.[4] Ebenso bot die Integration der für die Dienstleistungsbranche so wertvollen affektiven Arbeit nach der Frauenbewegung neue Investitionsmöglichkeiten. Da die Löhne für die unteren 80 Prozent der Bevölkerung zwischen 1975 und 2001 insgesamt um über 15 Prozent gefallen sind[5], ging die Verringerung der ökonomischen Kluft zwischen Weißen und Schwarzen und zwischen Männern und Frauen wirtschaftlich in erster Linie zu Lasten der weißen männlichen Arbeiter.

Der häufige Job- und Wohnungswechsel macht langfristige Beziehungen immer schwieriger

Im Verlauf der letzten 30 Jahre ist der Sozialstaat zusammengestrichen worden, und der oder die durchschnittliche Beschäftigte in den USA arbeitet mehr Stunden pro Woche als die ArbeiterInnen in allen europäischen Ländern. Gleichzeitig hat sich durch Privatkredite der Konsumismus ausgeweitet, so dass der durchschnittliche Haushalt heute ungefähr mit einem Jahreseinkommen verschuldet ist. Vermarktet wird der Arbeitsethos mit Bill Gates und Hip-Hop-Stars.

Überproportional viele republikanische Proletarier arbeiten in den Bereichen Sicherheit, Rüstung und Bergbau.[6] Die ArbeiterInnen und ihre Gemeinschaften identifizieren sich immer mehr mit dem Protektionismus, Militarismus und Knastsystem der USA und unterstützen offen das dunkle Gesicht des Imperiums als widerständische Geste des ausgeschlossenen und zu kurz gekommenen Kernlands gegen das liberaldemokratische System des Einschlusses.

Verändert haben sich im Verlauf der letzten 30 Jahre auch die Struktur der Arbeit und der Konsum der »Früchte der Arbeit« selbst. Die Zeiten, in denen sich ArbeiterInnen durch die bürokratische und routinemäßige Organisation von Zeit, Löhnen und Arbeitsbedingungen, institutionalisiert durch gewerkschaftliche Organisierung und staatliche Regulierung, langfristige Perspektiven und Ziele setzen konnten, sind vorbei. Aufgrund der Flexibilisierung und der Prekarisierung der Arbeit sind viele Menschen nicht mehr in der Lage, ein paar Jahre im Voraus zu denken, geschweige denn ein paar Jahrzehnte. Die Menschen wechseln immer häufiger ihre Jobs und ihre Wohnorte, und das macht alle Formen von langfristigen Beziehungen schwieriger und anstrengender. Die zunehmende Computerisierung der Arbeit macht die geleistete Arbeit immer schwerer durchschaubar. In dieser Situation einer ständigen Veränderung ohne Kontinuität, in der die menschlichen Beziehungen inner- und außerhalb der Arbeit ständig zerrissen werden, ist jedes Gefühl von Gemeinschaft, von Zugehörigkeit, von Engagement, von Charakterfestigkeit geschwunden. Wir sollten die alten Beziehungen nicht romantisieren, aber wir müssen zugeben, dass Beziehungen, die auf Vertrauen basieren und ein Gefühl von Kollektivität und Gemeinsamkeit vermitteln, was die Grundlage ist für kollektive Kämpfe, im Schwinden begriffen sind.

Die religiöse Rechte versucht diese Lücke zu füllen, und bisher auch mit Erfolg. Der evangelikale Protestantismus rechtfertigt den Konsumismus und das Arbeitsgebot, wie wir aus den berühmten Untersuchungen von Max Weber und E.P. Thompson wissen.[7] Seine dezentrale und horizontale Organisation ist in Struktur und Funktion postmodern und spiegelt die moderne Konzernstruktur wider.[8] Er ist kompatibel mit der Konsumgesellschaft und christianisiert auch noch die widerborstigsten kulturellen Formationen wie Rock und Politik mit Erfolg. Gleichzeitig bietet er engagierte, langfristige familiäre, gemeinschaftliche und gesellschaftliche Bindungen bzw. Scheinbilder davon. Er scheint genau die Festigkeit und Kontinuität zu bieten, die in allen anderen Beziehungen nicht mehr erreicht werden kann. Statt völlig beliebiger persönlicher Beziehungen bietet er die Absolutheit der »Familie«. Statt eines »moralischen Relativismus« bietet er universelle »Werte«. Statt der Ungewissheit von »fließenden Identitäten« bietet er zeitlose Rollen, die die Vergangenheit und die Gegenwart in einer zusammenhängenden, wenn auch letztlich irrationalen Erzählung verbinden. Statt der Isolation eines »säkularen Individualismus« bietet er eine Gemeinschaft Gottes.

Die religiöse Rechte versucht diese Lücke zu füllen, und bisher mit Erfolg

[4] Adolph L. Reed Jr., »Black Particularity Reconsidered«, *Telos* 39, 1979.

[5] Bis 1995 lag dieser Rückgang bei fast 21 Prozent, denn seit dem Aufschwung nach 1995 haben sich die Reallöhne endlich ein bisschen erholt.

[6] Die Zeiten von »organization man« and »company man« sind vorbei. Statt dessen gibt es den Aufsteiger im Konzern, dessen erstes und wichtigstes Ziel darin besteht, voranzukommen.
Siehe Christopher Lasch, *The Culture of Narcissism.*

[7] Max Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, und E.P. Thompson, *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, besonders die Abschnitte über den Methodismus, der sich genau als eine Religion der Arbeit und Sparsamkeit für die arbeitenden Klassen, nicht für die Bourgeois, entwickelte.

[8] Hier werden Deleuze' und Guattaris rhizomatische Organisationsstrukturen Wirklichkeit.

Während soziale Gleichheit, persönliche Freiheit und Brüderlichkeit nur noch die glatte Verpackung von ausbeuterischen Konzernen und Mainstream-Medien sind, dominieren rechte Radio-Persönlichkeiten und ganze Medienkonzerne den Alltagsdiskurs und mobilisieren die Menschen über die religiösen und weltlichen Themen der christlichen Rechten wie Abtreibung, Beten, Waffen und Homoehe. Die Grundzüge der politischen Debatte werden von der intellektuellen Produktion der rechten Think Tanks bestimmt. Die fundamentalistischen Einwände gegen die Vermarktung von Pornografie und Gewalt widersprechen der Rolle des Marketing im Verhältnis zu Gesellschaft, Kultur und Religion überhaupt nicht, sondern sind selbst ein Teil davon.

Nach dem 11. September hat Bush sich zum bescheidenen Diener des amerikanischen Volks und des Ideals von Amerika erhoben. Die Moral setzte sich gegen die ethischen Entscheidungen durch. Bushs Politik ist der unendliche Aufschub eines Akts hinter dem Schleier endloser Aktivität beim Niederreißen der Sozialdemokratie und der politischen Autonomie. Bushs Universalismus leugnet jeden besonderen Inhalt, ist bar jedes besonderen Inhalts. Besondere Menschen, Interessen und Handlungen lassen sich nur instrumentell als gut oder böse im Verhältnis zum Fortschritt beurteilen, und darunter wird Amerika verstanden. Das unmittelbare Eigeninteresse deckt sich mit dem leeren Universellen. Historische Beispiele für Tyrannei und Menschenrechtsverletzungen werden daher regelmäßig als Mittel zum Zweck und somit als erlaubt beurteilt.

Die neoliberale wirtschaftliche Globalisierung hat zwar zu einer massiven Zunahme der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und damit zur Ersetzung der früher reichlich vorhandenen und ‚guten' Jobs durch niedrigere Löhne, verlorene Sozialleistungen und Verlagerungen ins Ausland geführt, aber das republikanische Proletariat ist ganz eindeutig mit dem politisch-militärischen Zivilisationsauftrag der USA einverstanden. Wenn wir das Zentrum der Freiheit und der Zivilisation sind, dann sind wir das moralische Zentrum der Welt. Die Republikanische ProletarierIn hat nichts dagegen einzuwenden, wenn die moralischen Werte, mit denen er oder sie sich identifiziert, weltweit angewandt werden.

Michael Moore stellt für viele eine ungewöhnlich provokative Stimme des Dissens dar, vor allem durch seine Filme und Bücher, seine Analyse ist jedoch sehr begrenzt. Die von Michael Moore dokumentierte Zerstörung der Arbeiterklasse hat bereits stattgefunden, und eine reine Politik der Verteidigung gegen diese Katastrophe geht daran vorbei, dass die Bush-Welt bereits in den 1970er und 80er Jahren geschaffen wurde. Moores alptraumhafte Zukunft spielt in Wirklichkeit in der Vorvergangenheit. Wenigstens ist Moore insofern lehrreich, als seine Sichtweise an diesem Punkt letztlich typisch für die ganze Linke ist. Sie begreifen noch nicht, dass unsere Gegenwart die Konsequenz aus der Vergangenheit ist, und daher können sie sich nur eine Politik vorstellen, die so aussieht wie die Kämpfe der Vergangenheit.

Michael Moores alptraumhafte Zukunft spielt in Wirklichkeit in der Vorvergangenheit ...

Die Basis der Neokonservativen ist eine ganz eigentümliche, sehr konservativ organisierte, aber gleichzeitig sehr gegenwärtige, ja postmoderne Klassenreaktion. Sicherlich beruht sie auf einer besonderen Art und Weise, schwierige Zeiten zu überleben, indem man vor der vollen Last der Ausbeutung Schutz auf Kosten anderer Schichten der Arbeiterklasse sucht, national wie international. Aber sie versucht auch die ganz besonderen Probleme zu überwinden, die durch die Reorganisation der Totalität des gesellschaftlichen Lebens seit den 1970er Jahren entstanden sind, ohne bisher die Grundlagen dieser Reorganisation zu bedrohen. Es fragt sich, wie lange das noch weitergehen kann, bevor seine tiefen inneren Widersprüche das Republikanische vom Proletariat trennen.

Die Formulierung einer radikalen Politik muss die Kritik dieser Grundlagen aufnehmen und die Querverbindungen zwischen dem Verfall der menschlichen Beziehungen und der Prekarität zeigen, die die kapitalistische Neuzusammensetzung der Akkumulationsverhältnisse durch Neoliberalismus, Globalisierung, Flexibilisierung und die ganzen anderen Schlagwörter, die sie partiell und fragmentiert aussehen lassen, geschaffen hat. Der Liberalismus der Demokratischen Partei, der eine andere, aber genauso bedrohliche Versöhnung mit dieser Neuzusammensetzung sucht, hat nichts zu bieten und hat in den USA durch die Wiederwahl von George W. Bush seinen Bankrott offenbart. Wenn wir den Verfall der menschlichen Beziehungen leugnen oder als »fortschrittlich« verherrlichen, dann werden wir weiter leere Abstraktionen verbreiten und das spürbare Missvergnügen haben, mit niemandem außer uns selbst zu sprechen. ■

Der Krieg gegen den Terror und die Arbeiterklasse in den USA

George Caffentzis

Der »Krieg gegen den Terror« der Bush-Administration wird oft als Angriff auf die Bürger- und Menschenrechte von US-BürgerInnen und »feindlichen Kämpfern« kritisiert. Mittlerweile beschäftigt sich eine umfangreiche Literatur damit, wie der Patriot Act von 2001 und das Anti-Terrorismus-Gesetz von 1996, zwei der wichtigsten legislativen Säulen des Kriegs gegen den Terror, in vieler Hinsicht die bisher weithin gültigen Normen von Datenschutz und Rechtsstaatlichkeit in den USA verletzen (Cole 2003). Tatsächlich gilt der von der Bush-Administration nach dem 11. September durchgezogene »Putsch« bei vielen als Hinwendung zu immer mehr »Notstandsmaßnahmen«, die der neoliberale Staat in Krisenzeiten arrogant durchsetzt. Es gibt zuhauf Parallelen zwischen dem Einsturz der Türme des World Trade Center und dem Reichstagsbrand 1933. Der Reichstagsbrand machte den Nazis den Weg frei für die Durchsetzung der Notstandsgesetze, die alle Vorstellungen von Legalität über den Haufen warfen, die sich nach dem Ende der Sozialistengesetze in den 1870er Jahren entwickelt hatten; genauso gab »9/11« der Bush-Administration die Handhabe für die Ausübung von Notstandsbefugnissen. Bisher hat sich die kritische Diskusson über den »Krieg gegen den Terror« in den USA eindeutig auf die juristischen und Bürgerrechtsgesichtspunkte konzentriert, mit allen Beschränkungen, die solch ein Ansatz mit sich bringt.

In diesem Artikel betrachten wir den Krieg gegen den Terror aus einem anderen Blickwinkel, ohne natürlich seine Auswirkungen auf die Bürgerrechte zu bestreiten. Wir analysieren den Krieg gegen den Terror als eine vom Kapital in den USA eingesetzte Klassenstrategie, die an den »antikommunistischen« Feldzug der 1950er Jahre erinnert, der ebenfalls ein juristisches und ein polit-ökonomisches Gesicht hatte und im In- und Ausland angewandt wurde. Hinter diesem Text steht mit anderen Worten die Frage: Wie werden die Ereignisse des 11. September 2001 benutzt, um die Klassenverhältnisse in den USA zu verändern? Diese Frage lässt sich natürlich nur beantworten, wenn man die Klassenzusammensetzung und die Kräfteverhältnisse vor dem 11. September 2001 versteht.

Eine Lohn- und Profitkrise am Ende des 20. Jahrhunderts

Das Klassenverhältnis, das die Administration von George W. Bush geerbt hatte, lässt sich ganz schnell, wenn auch abstrakt verstehen, wenn man das Lohn-/Profitprofil der Jahre vor dem 11. September 2001 beschreibt.

Das hervorstechendste Merkmal des Klassenkampfs in den USA im Vierteljahrhundert von 1973 bis 1997 war der Niedergang der Reallöhne, der die Grundlage für die überraschende Erholung der Profite des US-Kapitals Anfang der 1990er Jahre legte. Der durchschnittliche reale Wochenlohn (in konstanten Dollars von 1982) lag 1973 bei 315 und 1997 bei 268 Dollar. Dieser Niedergang um 15 Prozent vollzog sich mit erschütternder Regelmäßigkeit, und im Gegenzug stiegen die (realen wie nominellen) Gesamtprofite der Konzerne zwischen diesen beiden Daten dramatisch. Um eine grobe Schätzung zu erhalten, wie unterschiedlich sich Durchschnittslöhne und Gesamtprofite entwickelten, muss man nur die unterschiedlichen Zuwachsraten ihres jeweiligen nominellen (nicht realen) Werts in zwei verschiedenen Zeiträumen vergleichen: dem keynesianischen (1959-1973) und dem neoliberalen (1973-1997).

Zeitraum	Lohnzuwachs	Profitzuwachs
1959-1973	85%	15%
1973-1997	192%	577%
1997-2000	12%	-6%
2000-2003	8%	25%

Die Tabelle (berechnet aus den Tabellen B-47 und B-90 von *The Economic Report of the President* 2004) illustriert ganz einfach eine bekannte Tatsache: In der keynesianischen Ära stiegen Nominallöhne und Profite etwa gleich schnell, während die nominellen Profite im neoliberalen Zeitraum im Vergleich zu den Nominallöhnen gewaltig zulegten (real fielen letztere sogar).

Ab 1997 vollzog sich aber eine überraschende Entwicklung: zum ersten Mal seit den 1960er Jahren gab es drei Jahre lang (1997, 1998, 1999) Steigerungen der Reallöhne von über einem Prozent. Da überrascht es nicht, dass in diesen Jahren die Profite nach über zehn Jahren ununterbrochener nomineller Profitzuwächse zu fallen anfingen: von 868 Mrd. Dollar 1997 über 801 Mrd. Dollar 1998 auf 851 Mrd. Dollar 1999. Dies läutete eine Krisenperiode ein, in der die Nominallöhne stiegen, während die Profite sanken, und das stellte ein grundlegendes Axiom des neoliberalen Zeitalters auf den Kopf.

Um diese Zahlen mit ein bisschen »Fleisch« zu füllen, sollten wir uns daran erinnern, dass während der letzten Clinton-Administration einige wichtige Streiks gewonnen wurden, nachdem das Streikaufkommen über lange Jahre stark zurückgegangen war und die Streiks immer länger und riskanter geworden waren. 1997 gab es z.B. den erfolgreichen Streik bei UPS (United Parcel Service), den die Teamsters unter ihrer »Reform«-Führung organisiert hatten (Prashad 2003). Im Jahr 2000 gab es sogar die höchste Zahl von durch Streiks verlorenen Arbeitstagen seit den Arbeitskämpfen der 70er Jahre (Statistical Abstract of the US: 2003, Tabelle 655).

In diesen Zahlen zeigt sich einer der Gründe, warum die rechten Politiker Clinton in den »Boomjahren« Ende der 1990er so sehr hassten. Obwohl Clinton fest an die Vorzüge des Neoliberalismus glaubte, erlebte die US-Wirtschaft während seiner Präsidentschaft eine dreijährige Periode, in der die Reallöhne stiegen und die Gesamtprofite sanken. Insofern sollte es keine Überraschung sein, dass republikanische Senatoren seinen Kopf forderten! In ihren Augen war Clinton entweder bestenfalls so inkompetent, dass er die Arbeitslosigkeit zu sehr sinken ließ, oder schlechtestenfalls unaufrichtig in seinem Glauben an die göttlichen Eigenschaften »des Marktes«. Viele hielten ihnen für einen als Neoliberalen verkleideten Keynesianer.

Diese Umkehrung des idealen neoliberalen Verhältnisses von Löhnen und Profiten und die Intensivierung der Streikaktivität hatte aber langfristig keine Chance gegen die fortgesetzte Dominanz der neoliberalen Politik, ob nun Gore oder Bush die Wahl im Jahr 2000 gewann. Daher änderte sich ab 2000 zwischen zusammenbrechenden Aktienmärkten, dem Dotcom-Crash, einer Verlangsamung der Wirtschaft und einer statistisch feststellbaren Rezession das nominelle Verhältnis zwischen Löhnen und Profiten, wie sich an der letzten Zeile der Tabelle (»Bush-Administration«) ablesen lässt. Auch die Reallohnzuwächse sanken jetzt wieder; in den letzten vier Jahren betrugen sie im Schnitt 0,5 Prozent: 4 Prozent im Jahr 2000, -1 Prozent im Jahr 2001, 1,3 Prozent im Jahr 2002 und 0,4 Prozent im Jahr 2003 (Economic Report of the President 2004, Tabelle B-47). Und schließlich fiel die Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage 2001 und 2002 auf einen historischen Tiefstand.

Diese Statistiken zeigen, dass es der Bush-Administration nach dem 11. September 2001 gelang, die Krise der neoliberalen Wirtschaftspolitik in den USA umzudrehen, wenigstens kurzfristig. Wir behaupten, dass dieser Richtungswechsel teilweise auf die Ausrufung des Kriegs gegen den Terror zurückzuführen ist.

Die ideologische Krise des Neoliberalismus: internationale Aspekte

Um in Gänze zu verstehen, welche Motivation hinter dem Krieg gegen den Terror steht, müssen wir begreifen, dass die Krise des Neoliberalismus nicht nur im Niedergang der Kapitalrentabilität in den USA begründet lag. Ökonomisch entsprach der Profitkrise in den USA eine Stagnation der Profite in Europa und Japan, die die Nervosität hinsichtlich der Tragfähigkeit des neoliberalen Projekts als angemessene Antwort der Kapitalisten auf die Forderungen und Kämpfe der Arbeiterklasse noch steigen ließ. Gleichzeitig mit dieser Krise der Profite begann das neoliberale Projekt Ende der 1990er Jahre in Asien, Russland und Südamerika ganz allgemein zu schwächeln. Im Jahr 2000 waren alle Vorbedingungen für eine große Krise des Neoliberalismus gegeben.

Diese Krise des Neoliberalismus hatte ideologische und politische Ursachen, die seit langer Zeit geschwelt hatten. Die erste Phase der Globalisierung startete Anfang der 1980er Jahre mit der Schuldenkrise und der Durchsetzung der Strukturanpassungsprogramme (SAPs) in der ganzen ehemaligen kolonisierten Welt. Die Reaktion auf die SAPs waren Riots, Aufstände, Generalstreiks und eine »mikropolitische« Sabotage, die ganz Afrika, Asien und Südamerika durchdrang.

Parallel zur Krise entwickelte sich ideologisch die Antiglobalisierungsbewegung und übernahm die bis dahin von den kommunistischen Staaten gespielte Oppositionsrolle. Schon die bloße Existenz einer solchen lautstarken Opposition war destabilisierend, egal wie »effektiv« ihre Strategien und Taktiken waren. Außerdem begann die antineoliberale *no-global*-Bewegung auch die staatliche Politik zu beeinflussen, wenigstens in Südamerika. Der Zusammenbruch der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Argentinien und die anti-neoliberalen politischen Aufstände und Wahlsiege in Bolivien, Venezuela und Brasilien verliehen der Behauptung, dass der Neoliberalismus nicht die Reproduktion der Mehrheit der Menschheit sichern kann, neue Kraft und drückten damit die Gefühle von Milliarden Menschen auf der ganzen Welt aus.

Dass der Ausweitungsversuch der Globalisierungsagenda bei der WTO-Konferenz in Cancun im September 2003 und die FTAA/ALCA-Konferenz in Miami im November 2003 gescheitert sind, ist darauf zurückzuführen, dass sich die Bewegung von den Straßen in die staatlichen Parlamente und Konferenzräume bewegt hat. Was Ende der 1970er Jahre als Mittel zur Überwindung der Krise des Keynesianismus gefeiert worden war, war zu Beginn des 21. Jahrhunderts selbst in eine chronische Krise geraten.

Gegen diese weltweite Herausforderung der Hegemonie des Neoliberalismus richtet sich der tatsächliche oder potenzielle Krieg unter der Überschrift »Krieg gegen den Terror« in Afghanistan, Irak und den 50 oder 60 Ländern, gegen die Bush in seinen ersten Reden nach dem 11. September Drohungen ausgesprochen hat.

Der internationale Aspekt des Kriegs gegen den Terror ist schon ausführlich kommentiert worden. Wir sollten aber nicht vergessen, dass die Bush-Administration etwas genauso Wichtiges in den USA selbst zu erledigen hatte. Nachdem es der Regierung Clinton Ende der 1990er Jahre nicht gelungen war, die Löhne niedrig zu halten, musste die Bush-Administration die Rentabilität des US-Kapitals wieder herstellen und die Löhne spürbar senken und gleichzeitig mit der ideologischen Krise fertigwerden, die die weltweiten Forderungen nach Alternativen zur neoliberalen Agenda heraufbeschworen hatten. Den ersten Schritt hat die Bush-Administration vollbracht, indem sie die wirtschaftliche Situation in den USA zugunsten des Kapitals gedreht hat. Dabei war die Anwendung des Kriegs gegen den Terror im Inland ein wichtiges Mittel in der Durchführung dieses Projekts.

»Wir bauen Maschinen, die wie Menschen handeln, und wir wollen Menschen produzieren, die wie Maschinen handeln. Die Gefahr besteht heute nicht darin, dass wir Sklaven werden, sondern dass wir Automaten werden.«

Erich Fromm, *Freedom in the Work Situation*, in: Harrington und Jacobs 1960: 3

Der Patriot Act und die Lohnsklaverei

Der sechs Wochen nach dem 11. September eilig und fast einstimmig vom Kongress verabschiedete und von Präsident Bush unterzeichnete *Patriot Act* wurde dem Kongress und der Öffentlichkeit als Mittel zur Bekämpfung von Al Qaida und ihren Verbündeten verkauft. Aber das Gesetz richtet sich nicht speziell gegen Al-Qaida-Mitglieder. Anders als z.B. die antikommunistischen Gesetze im Kalten Krieg hat der Patriot Act kein klares Ziel, sondern identifiziert den »Feind« extrem verschwommen. Seine Definition von »terroristischen Aktivitäten« und »terroristischer Organisation« ist dermaßen breit, dass er praktisch jeden kriminalisiert, der sich politisch engagiert und für nicht von der US-Regierung genehmigte politische Zwecke über nationale Grenzen hinweg reist, kommuniziert oder Geld schickt.

Als »terroristische Aktivität« wird jede Straftat definiert, bei der »eine Waffe oder ein gefährliches Gerät (außer zum Zwecke der persönlichen Bereicherung)« benutzt wird, und zu den »terroristischen Aktivitäten« gehört das Sammeln von Spenden, das Werben von Mitgliedern und materielle Unterstützung für eine »terroristische Organisation«, selbst wenn die Organisation legitime politische und humanitäre Ziele hat. Was eine »terroristische Organisation« ausmacht, ist noch problematischer. Bisher entschied das amerikanische Außenministeri-

um darüber, welche Organisationen als Terroristen galten, indem es regelmäßig neue Listen veröffentlichte. Mit der Verabschiedung des *Patriot Act* wird aber jede Gruppe von »zwei oder mehr Individuen, ob sie organisiert sind oder nicht«, die nach obiger Definition terroristische Aktivitäten betreiben, zur »terroristischen Organisation«.

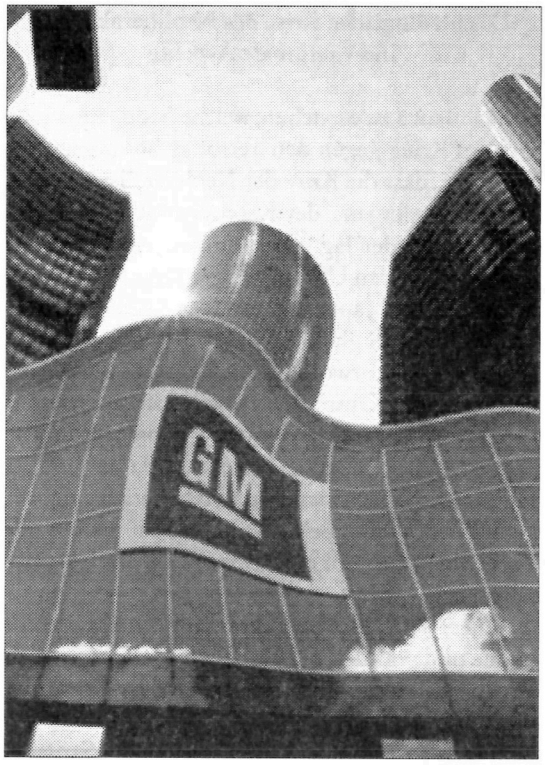
Die Liste von Straftaten, die im Rahmen des Patriot Act verfolgt werden können, ist potenziell endlos. Sie enthält:

»... menschliches Leben gefährdende Handlungen, die die Strafgesetze verletzen, [wenn sie] darauf gerichtet scheinen ..., die Politik einer Regierung durch Einschüchterung oder Nötigung zu beeinflussen [und wenn sie] primär im Bereich der territorialen juristischen Zuständigkeit der USA vollzogen werden.«

Mit dieser Definition können leicht auch Streikposten im Rahmen einer öffentlichen Demonstration oder eines Streiks vor einer Fabrik, einem Büro oder einem Armeestützpunkt gemeint sein. Außerdem können ausländische Staatsbürger auch dann abgeschoben werden, wenn sie vor Inkrafttreten dieses Gesetzes für eine nicht näher bezeichnete »terroristische Organisation« materielle Unterstützung geleistet, Spenden gesammelt oder Mitglieder geworben haben.

Wenn man bedenkt, wie »fließend« und zufällig die US-Regierung ihre Gegner klassifiziert, dann ist diese rückwirkende Klausel ein sehr provozierender Schritt. Dahinter steckt ganz klar die Absicht, die Antiglobalisierungs- und Gewerkschaftsbewegung in die Defensive zu drängen. AktivistInnen, die sich in transnationalen Netzwerken und Unterstützungsarbeit engagieren, gehen jetzt neue Risiken ein. Außerdem lassen sich die Formulierungen des *Patriot Act* (ebenso wie die des *Homeland Security Act*) von den Ermittlungsbehörden des Bundes »... als Freibrief für Ermittlungen gegen politische AktivistInnen und Organisationen auf der Grundlage ihrer Opposition gegen die Regierungspolitik verstehen. Sie kann von (...) Strafverfolgungsbehörden auch als Freibrief für die Kriminalisierung von legitimem politischem Protest verstanden werden« (Chang 2002).

Aber obwohl man im Rahmen des *Patriot Act* alle AktivistInnen und ArbeiterInnen kriminalisieren kann, richtet sich der Angriff der neuen Gesetze vor allem gegen die ArbeitsimmigrantInnen, denn sowohl bei ihrer Organisierung als auch bei der Bewältigung ihres Alltags bewegen sie sich zwangsläufig transnational, z.B. durch Unterstützungsarbeit für politische Organisationen in ihren »Heimat«-Ländern. Und bei näherer Betrachtung stellt sich der *Patriot Act* hinter der »Terrorismus«-Rhetorik als nichts anderes als ein neues Instrument heraus, um den Klassenkampf in den USA in



Schach zu halten. Er richtet sich besonders auf die Kontrolle einer zunehmend multinational werdenden Arbeiterklasse.

Der *Patriot Act* wird schon jetzt für Razzien in Einwandererviertel, zur Abschiebung oder Inhaftierung einer unbekannten Zahl von ImmigrantInnen, besonders (aber nicht ausschließlich) aus islamischen Ländern, und zur Durchleuchtung von Zehntausenden mehr benutzt. Vor allem führte er – in der Zeit nach dem 11. September – unmittelbar dazu, dass die Organisationsversuche der ArbeitsimmigrantInnen stecken blieben.

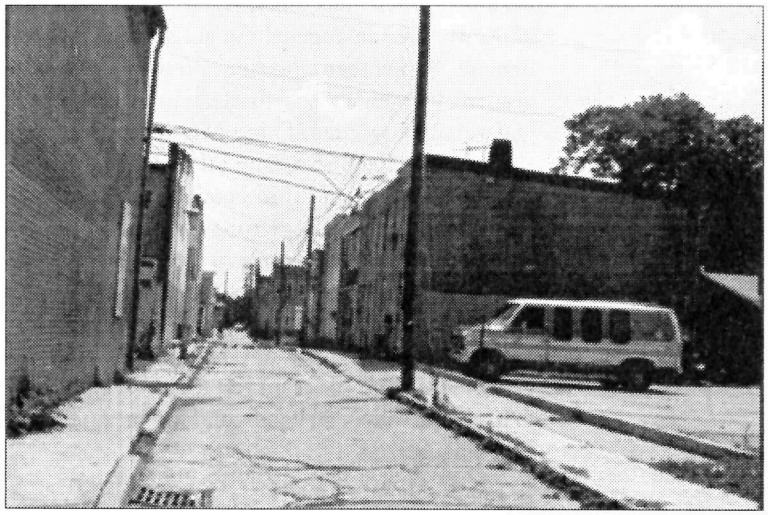
Das ist kein Zufall. Um gänzlich zu verstehen, warum diese Art von Gesetz verabschiedet wurde, sollte auf zwei Punkte hingewiesen werden: Erstens ereignete sich der *11. September* zu einer Zeit von erneuertem Klassenkampf und Gewerkschaftsmobilisierungen, die Ende 2000 zu einer Trendwende im starken Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades seit den 80er Jahren geführt hatte (dieser war von durchschnittlich 25 Prozent in den 1970er Jahren auf 13,9 Prozent im Jahr 1999 gefallen). Während die ArbeiterInnen in den 1980er Jahren also den gewerkschaftsfeindlichen Angriffen seitens der Konzerne mit Unterstützung der Republikaner wie der Demokraten wehrlos gegenüber standen, gewannen die gewerkschaftliche Organisierung und die Offensive der Arbeiterklasse im Jahr 2000 wieder an Boden. Zum Teil stand hinter dem erneuten Aufschwung des Arbeiteraktivismus der stabile und in einigen Fällen sogar wachsende Organisierungsgrad im öffentlichen Dienst (von Lehrern über Polizisten bis hin zu So-

zialamtsbeschäftigten) von 36,7 Prozent im Jahr 1983 auf 37,5 Prozent im Jahr 2000. Aber hauptsächlich wurde die neue Klassenoffensive und die gewerkschaftliche Organisierung in den 1980er und 1990er Jahren von *ArbeitsimmigrantInnen* getragen, die massiv in den US-Arbeitsmarkt eintraten - zwischen 1981 und 1998 fast 15 Millionen - und seine soziale und politische Zusammensetzung radikal veränderten. Ein Basisaktivist von *Justice for Janitors* in Los Angeles drückte es so aus: »Wir Latino-ArbeiterInnen sind eine Bombe vor der Explosion.« (Clawson 2003: 101)

Zunächst haben die ArbeitsimmigrantInnen den gewerkschaftlichen Organisierungsgrad erhöht, da sie Gewerkschaften allgemein positiver gegenüber stehen als hier geborene ArbeiterInnen (De Freitas 1993). Gegen die gewerkschaftsfeindliche Proposition 226 (Gewerkschaften sollten verpflichtet werden, jedes Mitglied um Erlaubnis zu fragen, bevor sie seine Beiträge für politische Kampagnen ausgeben) haben in dem kalifornischen Volksbegehren zum Beispiel 75 Prozent der Latinos (zum Großteil EinwandererInnen), aber nur 53,5 Prozent der WählerInnen insgesamt gestimmt. Gewerkschaften sind gewiss keine revolutionären Organisationen. Unbestritten verdienen aber gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen in den USA im Durchschnitt 34 Prozent mehr als andere ArbeiterInnen. »Der Beitritt zu einer Gewerkschaft steigert den Lohn [berufstätiger] Frauen um 40 Prozent, den Lohn afroamerikanischer ArbeiterInnen um 44 Prozent und den Lohn von Latino-ArbeiterInnen um 53 Prozent.« (Collins und Yeskel 2000: 83). Wenn man die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisierungsgrads umkehren und wieder auf das Niveau der 1950er Jahre heben könnte (einschließlich des Effekts auf die Löhne), würde dies die Profite der US-Konzerne komplett zunichte machen. Daher sieht das US-Kapital die Anwesenheit von ImmigrantInnen auf dem US-Arbeitsmarkt mit gemischten Gefühlen. Einerseits beruht ein großer Teil der Profite der US-Wirtschaft auf ihnen; andererseits bringen die ArbeitsimmigrantInnen (mit und ohne Papiere) eine Erfahrung intensiven Klassenkampfs mit.

Nur ganz selten sind politisch aktive EinwandererInnen aus Lateinamerika, Asien oder Afrika vor ihrer Migration in ihren Heimatländern nicht an Antiglobalisierungskämpfen beteiligt gewesen. Nur sehr wenige Erwachsene haben nicht an einem Streik, einem Riot oder einem Aufstand gegen die Privatisierungs- und Liberalisierungsprogramme der Weltbank oder vom IWF inspirierte Abwertungen teilgenommen. Viele wurden eben wegen ihrer Beteiligung an Kämpfen gegen die Globalisierung und von der durch Strukturanpassungsprogramme verursachten allgemeinen Verarmung aus ihren Ländern gejagt. Wieder andere, z.B. viele salvadorenische ArbeiterInnen, sind in die USA als Flüchtlinge vor einem Krieg gegen die Militärjunta und Rechtsregierung gekommen und sind nach wie vor tief mit der Politik der Befreiungsbewegung in El Salvador verbunden. Die ArbeitsimmigrantInnen, die in die USA kommen, sind mit anderen Worten keine besiegten, apathischen Menschen. Im Gegenteil lassen sie eine enorme Kampferfahrung aus der »Peripherie« des Kapitalismus in sein »Zentrum« zirkulieren; auf dieser Grundlage konnten in der 1990er Jahren die gewerkschaftliche Militanz und der Klassenkampf in den USA wieder erstarken.

Die ArbeitsimmigrantInnen haben dem Kampf in den USA einen derart starken Anstoß gegeben, dass die AFL-CIO im Jahr 2000 endlich ihre jahrhundertlange Feindschaft gegen EinwandererInnen begraben und den noch nie dagewesenen Schritt unternehmen musste, die Forderung nach einer »Amnestie für Illegale« zu unterstützen, als sie einsah, dass diese bei ihren Organisierungsversuchen die Führung übernahmen (Prashad 2003: 44).



Deshalb ist es nicht überraschend, dass sich der *Patriot Act* der Bush-Administration gegen ArbeitsimmigrantInnen richtet und sie als »Terroristen« stigmatisiert. Es geht genau darum, den Informationsfluss, die Organisationsstrategien und die Netzwerke zu unterbrechen, mit deren Hilfe die AktivistInnen – in vielen Fällen durch die Antiglobalisierungs- und die gewerkschaftlichen Organisierungsbewegungen – die hegemoniale Macht der multinationalen Konzerne herausfordern. Durch international koordinierte Kampagnen wie die Anti-Sweatshop-Kampagne, die ihren Schwung auch einem neuen Bündnis zwischen StudentInnen, GewerkschaftsaktivistInnen und Einwandererorganisationen in den USA verdankt, konnten sie in vielen Fällen die Konzerne zwingen, ihren

ArbeiterInnen Rechenschaft abzulegen. StudentInnen hatten in den ganzen USA, Campus für Campus, eine Bewegung organisiert und dagegen protestiert, dass Waren, die ihnen die Universtität verkaufte, wie z.B. T-Shirts, in *Sweatshops* produziert wurden.

In diesem Zusammenhang stellt der *Patriot Act* einen wichtigen Schritt in der Bestimmung einer neuen Phase der Lohnsklaverei in den USA dar, die unrechtmäßig entlassenen ArbeiterInnen ohne Papiere das Recht auf Lohnnachzahlung abspricht. Dies zeigte sich 2002 an der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA im Verfahren Hoffman Plastic Compounds gegen das *National Labor Review Board* (NLRB). Hinter dieser Entscheidung steht eine zunehmende politische Gleichsetzung von EinwandererInnen und »Terroristen« – in der gegenwärtigen US-Rechtsprechung die rechtlosen dämonischen Wesen *par excellence*. Dieser Status wurde am krassesten von den »amerikanischen Gulags« – den US-Einwanderungsknästen – nach dem 11. September vorgeführt (Dow 2004). In diesen Knästen sind 1200 ImmigrantInnen, die unmittelbar nach dem 11. September aufgegriffen und eingesperrt worden waren, und 2700 weitere Gefangene, die aufgrund kurz nach dem 11. September erlassener Sondergesetze eingesperrt worden waren, jahrelang inkognito gefangen gehalten worden. Diese Menschen sind ganz einfach ohne Rechtsbeistand im Gulag verschwunden. Tatsächlich sind ihre Namen rechtlich anulliert worden, da die Regierungsjuristen seit Jahren jeden Versuch blockieren, sie zu identifizieren. Wiederum bedeutet der Krieg gegen den Terror unter diesen Umständen nicht nur eine Menschenrechtsverletzung, sondern sie unterbinden die grundlegendsten Rechte, die es im Kapitalismus gibt, nämlich, einen Namen zu haben und ihn in einen Vertrag einzusetzen.

Wir benutzen den altertümlich klingenden Ausdruck »Lohnsklaverei« aus demselben Grund, aus dem andere, an die Vergangenheit des Kapitalismus erinnernde Begriffe wie »Schwitzbude«, »Einhegungen« und »Multitude« benutzt werden, um einige der wichtigsten Veränderungen in der Gesellschaft der Gegenwart zu beschreiben. Dieser semantische Schritt »zurück in die Zukunft« bezeichnet einen Bruch zwischen der Veränderung des Kapitalismus und dem gesellschaftlichen Fortschritt, der begrifflich die vergangenen Schrecken des Kapitalismus und zugleich die vergangenen verpassten Gelegenheiten zu einem Bruch mit dem Kapitalismus enthält.

»Lohnsklaverei« wird oft als rhetorische Phrase missverstanden, die auf eine längst vergangene Zeit anspielt, als die ArbeiterInnen mitleiderregend niedrige Löhne bekamen, der Arbeitstag endlos lang war und eine drakonische Arbeitsdisziplin herrschte. Aber dies sind nur Symptome der Lohnsklaverei, nicht ihre Substanz. Diese besteht aus einer Situation, in der die ArbeiterInnen keine legalen Rechte haben, kollektiv über die Kosten und Bedingungen ihrer Arbeit zu verhandeln. Anders als der Sklave gehört der Lohnsklave also nicht dem Arbeitgeber. Er bekommt einen Lohn, aber er kann über seinen Lohn nicht kollektiv verhandeln, indem er z.B. in einem Streik zusammen mit anderen ArbeiterInnen seine Arbeit verweigert. In solchen Situationen wird der Lohn effektiv entweder vom Staat oder von den Arbeitgebern bestimmt und nähert sich tendenziell dem bekannten Bild vom viktorianischen Geizkragen an, der seine hilflosen ArbeiterInnen in seinem Geiz zu Tode hungern lässt. Im 19. Jahrhundert war Lohnsklaverei in Europa und in den USA weit verbreitet, wie die politische Literatur der Zeit bezeugt. Sie wurde erst Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts besiegt, als die ArbeiterInnen das Wahlrecht und das Recht erhielten, Gewerkschaften zu gründen und kollektiv Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Aber wie die Geschichte der USA und Europas zeigt, tendiert jedes Ausbeutungssystem unter den entsprechenden Umständen letztlich zur Sklaverei, und der Kampf gegen sie ist noch lange nicht gewonnen.

Daher müssen wir auch heute den Raum zwischen Lohn und Sklaverei untersuchen, um die Arbeitsbedingungen und das Klassenverhältnis im neoliberalen Kapitalismus zu verstehen. Bezeichnenderweise rückt das begriffliche Territorium zwischen der Sklaverei und dem Schutz der Verhandlungsrechte der ArbeiterInnen seit dem Ende des Keynesianismus in den 1970er Jahren in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von AktivistInnen und GesellschaftstheoretikerInnen. Die Aufmerksamkeit richtet sich dabei vor allem auf die »Sklaverei«-Seite des Territoriums [siehe Bales (2000) zu »überflüssigen Menschen«], während Strafverfahren wegen der (direkten und indirekten) Verletzung der Konventionen gegen Sklaverei auf der ganzen Welt in den letzten Jahren üblich geworden sind. Aber auch die »Lohn«-Seite der Lohnsklaverei wird unter dem Stichwort Verletzung von »ArbeiterInnenrechten« und dem Revival der *Sweatshops* diskutiert. Denn die ideale Verwirklichung eines Regimes freier Lohnarbeit (wie es die ILO-Konventionen und der radikalere Teil der *New-Deal*-Gesetzgebung vorsehen) befindet sich in den USA wie weltweit auf dem Rückzug.

Die Angst davor, dass sich die ArbeiterInnen in Automaten verwandeln könnten, wie sie Erich Fromm im oben angeführten Einleitungszitat in den 1960er Jahren äußerte, hat sich in jüngster Zeit

In »Ende und Wiederkehr der Sklaverei« (Wildcat-Zirkular 45, Juni 1998) führt Caffentzis seine Thesen zu Zwangsarbeit im Kapitalismus aus.

verwandelt in eine Angst vor der Rückkehr der Lohnsklaverei in den USA und auf der ganzen Welt. Die Situation der ArbeitsimmigrantInnen, die keine kollektiven Verhandlungsrechte haben, gleicht zunehmend der vieler anderer ähnlich in ihren Rechten eingeschränkter »Bürger« wie Gefangene, Gefangene auf Bewährung und »Workfare«-ArbeiterInnen, bei denen die Sozialhilfe an Zwangsarbeit geknüpft wird. Das hat dazu geführt, dass die in den 1950er und 1960er Jahren so ausgeprägte Angst davor, für »Garantien« mit einem entfremdeten und mechanisierten Leben zu bezahlen, am Anfang des 21. Jahrhunderts einer älteren Angst Platz macht: der Angst, keine Rechte zu haben, inmitten eines Maschinendschungel die Grundbedingungen der eigenen Existenz auszuhandeln. Und »die Maschine« hat für viele ihre Anziehungskraft verloren, die sie einmal als etwas Geplantes, Ordentliches, »Rationales« ausübte, und erscheint vielmehr als ein grausamer, unberechenbarer Gott, der immer mehr Menschenopfer fordert.

Daher hat sich die Kritik des Kapitalismus verschoben – weg von einer Betonung der Entfremdung und hin zu einer erneuten Beschäftigung mit den Rahmenbedingungen von Löhnen, Profiten, Klassen und Arbeit.

Der Homeland Security Act: Ein subtiles Gemisch aus Neoliberalismus und Keynesianismus

Während der *Patriot Act* die Rechte und die gewerkschaftliche Organisierung der ArbeiterInnen implizit verletzt, richtet sich der *Homeland Security Act* (HSA) ganz explizit gegen gewerkschaftliche Organisierung. Das am 25. November 2002 mit dem Ziel der »Verhinderung von terroristischen Angriffen in den USA« und der »Verringerung der Verwundbarkeit der USA gegenüber dem Terrorismus« verabschiedete Gesetz stand wegen der in ihm enthaltenen gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen schon vor seinem Inkrafttreten im Zentrum einer heftigen Kontroverse. Das Gesetz richtet sich direkt gegen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, indem es das gewerkschaftliche Organisationsrecht der 170.000 Beschäftigten des durch die Zusammenlegung von 22 Bundesbehörden neu geschaffenen *Department of Homeland Security* (DHS) bedroht. (In diesem Zusammenhang sollten wir nicht vergessen, dass Beschäftigte des Bundes kein Streikrecht haben und daher rechtlich in ihren Möglichkeiten, ihre Löhne kollektiv auszuhandeln, eingeschränkt sind.)

Eine der vielen gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen des HSA – versteckt in Title VIII, Subtitle E, section 842 – führt aus:

»wenn der Präsident bestimmt, dass die Anwendung von Unterabschnitten [des Gesetzes, in dem es um kollektive Verhandlungsrechte ging] sich substanziell ungünstig auf die Fähigkeit des Ministeriums, den Heimatschutz zu sichern, auswirken würde, kann der Präsident die Anwendung solcher Unterabschnitte zehn Tage, nachdem der Präsident dem Kongress eine schriftliche Erläuterung der Gründe eines solchen Beschlusses unterbreitet hat, untersagen.«

Die kollektiven Verhandlungsrechte von 43.000 gewerkschaftlich organisierten DHS-Beschäftigten hängen also an einer einseitigen Entscheidung von Präsident Bush! In den Debatten vor der Verabschiedung des HSA verlangten die Demokraten im Senat, dass der Präsident gezwungen werden müsste, vor der Abgabe einer solchen Untersagungsverfügung entweder die Genehmigung der *Federal Labor Relations Authority* einzuholen oder einen nationalen Notstand auszurufen. Aber Präsident Bush drohte damit, Veto gegen das Gesetz einzulegen, wenn sein Recht, den DHS-Beschäftigten einseitig ihre kollektiven Verhandlungsrechte zu untersagen, in irgendeiner Weise eingeschränkt würde, und damit kam er durch.

Auch in diesem Fall muss die Verabschiedung des Gesetzes mit der oben erwähnten zunehmenden Militanz der Beschäftigen im öffentlichen Dienst in Verbindung gebracht werden. Aber hier geht es klar um ein breiter angelegtes Projekt, das darauf abzielt, die Uhr zurückzudrehen in die Zeit vor dem *Wagner Act* und dem *New Deal*, d.h. in die Zeit der Lohnsklaverei und der unbeschränkten Macht der Arbeitgeber, als Arbeitskämpfe »Big Trouble« waren und mit den Gewehren von Pinkertons und zuweilen auch dem Joch gelöst wurden (Lukas 1997).

Sicher ist jedenfalls, dass die Einrichtung des DHS die größte Reorganisation der Bundesbürokratie seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat (das DHS ist der Beschäftigung nach die drittgrößte Bundesbehörde) und die Schleusen für eine beispiellose Reihe von Verwaltungsentscheidungen geöffnet hat, die die Gewerkschaften in den Bundesbehörden schwächen und gleichzeitig die öffentlichen Dienste privatisieren, so dass in Zukunft in vielen Bereichen gewerkschaftsfreie Konzerne Empfänger von Bundesgeldern werden können, was die Bestimmungen für den öffentlichen Dienst [civil service rules] bisher verhindert hatten.

Eine der ersten juristischen Herausforderungen bei dieser Reorganisation stellte sich am 27. Januar 2005, als vier Gewerkschaften gegen die Regeln, die die Bush-Administration dem DHS auferlegen will, eine einstweilige Verfügung beantragten. Zur Begründung führte Gregory J. O'Duden, der Chefsyndikus der *National Treasury Employees Union*, an,

dass die Regeln »die Rechte der Bundesangestellten radikal einschränken und ihnen das Mitspracherecht über wichtige Fragen wie Arbeitszeit, Arbeitsort, Überstunden und den Einsatz von privaten Subunternehmern auf ihren Arbeitsplätzen nehmen« würden. Viele andere Juristen von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kritisierten ebenfalls die neuen Regeln, die die Bush-Administration als paradigmatisch für die Regierungsbürokratie nach dem 11. September sieht. In einem Klima des permanenten Notstands im Krieg gegen den Terror sind die entscheidenden Wörter dabei »Flexibilität«, »Ordnung« und »Disziplin«.

Diese Veränderung der Regeln zeichnete sich schon ab, als die Bush-Administration im Januar 2002 etwa 1000 Juristen des Justizministeriums das Recht entzog, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das wurde damit begründet, dass ein kleiner Teil dieser Juristen mit »Terroristen«-Verfahren zu tun hatte und sie daher alle irgendwann einmal an »Terroristen«-Prozessen beteiligt sein könnten, in denen ihnen vertrauliche Informationen aus der »nationalen Sicherheit« zugänglich gemacht werden könnten. Damit unterlagen sie allen Ausnahmebestimmungen zur »nationalen Sicherheit«, die gewerkschaftliche Organisierung untersagten. Dieses Argument wurde dadurch möglich, dass »Terrorismus« nach dem 11. September 2001 nicht mehr als Frage von »Kriminalität«, sondern als Frage von »Krieg« und »nationaler Sicherheit« definiert wurde. Das bedeutet, dass mit Terrorismusfällen befasste Bundesanwälte jetzt als Kombattanten im Krieg und nicht mehr als Justizbeamte behandelt werden, die herausfinden müssen, wer eine Straftat begangen hat. Nach dem HSA unterliegen auch noch die harmlosesten Tätigkeiten von BibliothekarInnen, die Bücher verleihen, bis zu Hausmeistern, die in Regierungsgebäuden die Heizung reparieren, der »nationalen Sicherheit«.

Ein noch klareres Beispiel dafür, wie der *Homeland Security Act* die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes untergräbt, ist das, was mit den Gepäckkontrolleuren auf den Flughäfen geschehen ist. Im Jahr 2000 war es den bei privaten Dienstleistern beschäftigten Gepäckkontrolleuren gelungen, sich zu organisieren und Betriebsgruppen der *Service Employees International Union* (SEIU) zu gründen. Aber einen Monat nach dem 11. September 2001 entschied der Kongress, dass die Kontrolleure Bundesbeschäftigte und US-BürgerInnen sein müssten, wodurch viele ArbeitsimmigrantInnen auf den Flughäfen ihren Job verloren und viele SEIU-Betriebsgruppen sich auflösten, da die neuen Bundesbeschäftigen ihre bisherige Gewerkschaftszugehörigkeit nicht mitnehmen durften. Dann versuchten die Kontrolleure, eine Gewerkschaft der Bundesbeschäftigten zu organisieren, wurden daran aber durch einen Präsidentenerlass gehindert, der ihnen die gewerkschaftliche Organisierung untersagte, wiederum im Namen der »nationalen Sicherheit«.

Ein ähnliches Beispiel dafür, wie der »Terrorismus« benutzt wird, um die ArbeiterInnenrechte auszuhöhlen, ist der von Verteidigungsminister Rumsfeld vorgeschlagene Plan, den 640.000 Beschäftigten des Verteidigungsministeriums (von denen 44 Prozent schon in Gewerkschaften organisiert sind) ihre kollektiven Verhandlungsrechte zu verweigern. Der Plan wird zur Zeit im Kongress debattiert. Wie auch immer die Debatte ausgeht, ist er ein wichtiger Schritt in der Kampagne der Bush-Administration, den öffentlichen Dienst zu privatisieren und dort nicht gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen einzusetzen, die im November 2002 mit derEntscheidung begann, 15 Prozent der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst des Bundes, die als »kommerziell« eingestuft wurden, zum Wettbewerb zwischen Bundesbehörden und Privatkonzernen auszuschreiben.

Vom Erfolg dieser Operation hängt viel ab. Die Privatisierung des öffentlichen Dienstes würde dafür sorgen, dass die Aufstockung des Bundeshaus-

halts um mehrere hundert Milliarden Dollar seit dem 11. September 2001 nicht zu einer Zunahme der überwiegend gewerkschaftlich organisierten Beschäftigung im öffentlichen Dienst führen, sondern die Einstellungspraxis privaten Dienstleistern (von Reinigungsfirmen bis zu »Rent a soldier«-Unternehmen) überlassen würde, die ganz überwiegend nicht gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen einstellen würden. Diese gewerkschaftsfeindliche Privatisierung wäre die Lösung des Rätsels der Sphinx, das die Rückkehr der Bush-Administration zum Militärkeynesianismus aufgeworfen hat und das Kalecki in den 1940er Jahren so formuliert hatte: Wie kann der Staat in die gesellschaftliche Reproduktion investieren, ohne dass er damit die Arbeiterklasse stärkt? Ganz allgemein natürlich, indem er in »disziplinarische« Bereiche wie Polizei und Militär statt in Wohnungsbau, Gesundheitswesen oder Bildung investiert. Aber auch

Militärausgaben schaffen eine garantierte Beschäftigungssphäre für Millionen von Schlossern, Sekretärinnen, Hausmeistern und Putzfrauen. Der massenhafte Einsatz von gewerkschaftsfreien Privatfirmen, die ArbeiterInnen mit US-Staatsbürgerschaft garantierte Jobs in der »nationalen Sicherheit« anbieten, könnte das Problem für Bush lösen. Letztlich propagiert die Bush-Administration eine subtile Mischung aus Neoliberalismus (Privatisierung) und keynesianischem *Deficit Spending*, um das US-Kapital in der nahen Zukunft aus der Krise zu steuern und zu halten. Diese Strategie verspricht ArbeiterInnen mit US-Staatsbürgerschaft gewerkschaftsfreie Jobs in einem stark ausgeweiteten und privatisierten »nationalen Sicherheits-« Sektor, während sie die ArbeitsimmigrantInnen noch tiefer in die Illegalität und Lohnsklaverei treibt.

Die Reaktion der Arbeiterklasse auf den Krieg gegen den Terror

Zusammengenommen haben der *Patriot Act*, der *Homeland Security Act* und die anderen Aspekte des »Kriegs gegen den Terror« schon jetzt (Januar 2005) die beabsichtigte Wirkung. Seit dem 11. September 2001 sind Lohnerhöhungen gedämpft, Profite gestiegen und Streiks in den USA fast auf null zurückgegangen. Außerdem scheinen sich die Zeichen einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, die in Seattle im November 1999 zu erkennen waren, wieder abzuschwächen. In der Kampagne zur Organisierung der Anti-WTO-Demonstration in Seattle entstand ein neues Bündnis zwischen gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, StudentInnen, Feministinnen und verschiedensten NGOs. Das war eine historische Veränderung gegenüber der traditionellen Gewerkschaftspolitik, die über lange Zeit mit der CIA und den imperialen Bestrebungen der US-Regierung verbündet gewesen war. Ein besonders wichtiges Feld der Neuzusammensetzung war die »Bewegung gegen Sweatshops«, an der sich sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch StudentInnen in großer Zahl beteiligten. Letztere hatten an vielen Universitäten kritisiert, dass die von ihren Institutionen verkauften Produkte in Sweatshops hergestellt wurden. Sie reisten häufig in die Länder, in denen diese Artikel produziert wurden, um die ArbeiterInnen zu unterstützen. PraktikantInnen bei UNITE (der TextilarbeiterInnengewerkschaft) entwarfen tatsächlich das erste Organisierungshandbuch für die Bewegung gegen Sweatshops (Clawson 2003: 175-179).

Der Krieg gegen den Terror nach dem 11. September (von den Heimatschutzgesetzen bis zu den Kriegen in Irak und Afghanistan) trieb einen Spalt in die »Bewegung von Seattle«. Das Ende der 1990er Jahre entstandene und mit dem Slogan »Teamsters and Turtles together« beschriebene Bündnis zwischen gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen und der Ökobewegung zerfiel. Schon im Herbst 2001 war die »Bewegung von Seattle« auf dem Rückzug und die Bemühungen gegen Sweatshops verloren an Boden. Zum Beispiel wurde die geplante Demo, die die Konferenz von Weltbank und IWF in Washington Ende September 2001 verhindern wollte, abgesagt und seitdem waren die Teilnehmerzahlen bei ähnlichen Events eher niedrig.

In den USA lassen sich also im Hinblick auf Bushs oben erwähnten »Krieg-gegen-den-Terror-Deal« zwei einander widersprechende Tendenzen beobachten: Einerseits gibt es eine wachsende gesellschaftliche Bewegung, die sich weigert, mit dem *Patriot Act* und dem Polizeistaatsapparat des Kriegs gegen den Terror zusammenzusarbeiten, auf der anderen Seite unterstützt ein Teil der Arbeiterklasse die Ziele des Kriegs gegen den Terror enthusiastisch. Es gibt viele Beschreibungen und breite Diskussionen über die Kluft innerhalb der US-Arbeiterklasse. Oft wird sie geografisch als Spaltung zwischen einem Amerika der »blauen« Staaten an den Küsten und der »roten« Staaten auf dem Land oder psychologisch als »nach außen gerichtetes weltliches« gegenüber einem »nach innen gerichteten geistlichen Amerika« oder journalistisch als »christlich-rechte, konservative, republikanische Arbeiter aus Kansas, die mit ihren Klassenfeinden, den Konzernmanagern verbündet« und von irrationalem Hass gegen die »gewerkschafts-, bürgerrechts-, feminismus-, schwulen- und einwandererfreundlichen elitären Demokraten« erfüllt sind, oder ideologisch als ArbeiterInnen, denen es um »Familienwerte« geht, gegenüber ArbeiterInnen, denen es um »ökonomische Interessen« geht, beschrieben.

Dabei sollten wir bedenken, dass schon oft in der Geschichte die US-ProletarierInnen politisch ganz anders geredet und die Kommentatoren ganz anders geschrieben als gedacht haben. Folglich wird man gar nichts begreifen, wenn man angebliche Selbstbeschreibungen wörtlich nimmt. Es gibt Millionen von rechten, ländlichen, Bush-freundlichen ProletarierInnen, aber sie sind weder irrational noch besonders selbstmörderisch. Sie bewerten das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen einfach extrem kühl, berechnend und – aus antikapitalistischer Sicht – pessimistisch. So erscheint ihnen die Vorstellung, sie könnten sich mit schwarzen, eingewanderten und großstädtischen ArbeiterInnen im Kampf gegen die mächtigste herrschende Klasse der Welt vereinigen, irrational und selbstmörderisch. Diese Sicht lässt sich nachvollziehen, auch

Literatur:

Bales, Kevin:
Disposable People: New Slavery in the Global Economy.
Berkeley 2000 (University of California Press).

Caffentzis, George:
From Capitalist Crisis to Proletarian Slavery: An Introduction to the US Class Struggle,
In: Midnight Notes 2001.

Clawson, Dan:
The Next Upsurge: Labor and the New Social Movements.
Ithaca, NY 2003 (Cornell University Press).

Chang, Nancy:
Silencing Political Dissent: How Post-September 11 Anti-Terrorism Measures Threaten Our Civil Liberties.
New York 2002 (Seven Stories Press).

Cole, David:
Enemy Aliens: Double Standards and Constitutional Freedoms in the War on Terrorism.
New York 2003 (New Press).

Collins, Chuck und Felice Yeskel,
Economic Apartheid in America: A Primer on Economic Inequality and Insecurity.
New York 2000 (New Press)

Dash, Eric,
Riggs Pleads Guilty in Money-Laundering Case.
New York Times, January 28, 2005.

DeFreitas, Gregory:
»Unionization among Racial and Ethnic Minorities«, in: *Industrial and Labor Relations Review 46, 1993, 284-301.*

Dow, Mark:
American Gulag: Inside US Immigration Prisons.
Berkeley 2004 (University of California Press).

Federici, Silvia
Caliban and the Witch: Women, the Body and Primitive Accumulation.
New York 2004 (Autonomedia).

Fromm, Erich:
»Freedom in the Work Situation.« In: Harrington und Jacobs 1960).

Hardt, Michael und Antonio Negri:
Empire,
Cambridge, MA 2000 (Harvard University Press).

Harrington, Michael und Paul Jacobs (eds.)
Labor in a Free Society;
Berkeley 1960 (University of California Press).

Kelleher, Ellen:
»The law that outlaws banks«, in:
Financial Times (July 9, 2004).

Linebaugh, Peter:
The London Hanged: Crime and Civil Society in the Eighteenth Century,
London 2nd Edition 2002 (Verso).

Lukas, J. Anthony:
Big Trouble: A Murder in a Small Western Town Sets Off a Struggle for the Soul of America.
New York 1997 (Simon and Shuster.)

Midnight Notes (eds.)
Midnight Oil: Work, Energy, War 1973-1992.
New York 1992 (Autonomedia).

Midnight Notes (eds.)
Auroras of the Zapatistas: Local and Global Struggles in the Fourth World War.
New York 2001 (Autonomedia).

Prashad, Vijay:
Keeping Up with the Dow Joneses: Debt, Prison, Workfare.
Boston 2003 (South End Press).

The Public Health and Labor Institutes
Corporate Power and the American Dream: Toward an Economic Agenda for Working People,
New York 1997 (The Apex Press).

Yates, Michael D.:
Longer Hours, Fewer Jobs: Employment and Unemployment in the United States,
New York 1994 (Monthly Review Press).

Wolman, William und Anne Colamosca
The Judas Economy: The Triumph of Capital and the Betrayal of Work,
Reading, MA 1997 (Addison-Wesley Publishing Co).

wenn man sie nicht teilt. Betrachten wir kurz die beiden Gesichter der US-Arbeiterklasse.

Die offizielle AFL-CIO steht der Antiterror-Gesetzgebung zwar nominell kritisch gegenüber, aber bisher unternimmt sie keine konsequente Kampagne dagegen. Selbst der bittere Kampf um die gewerkschaftliche Organisierung im Heimatschutz- und im Verteidigungsministerium wird im wesentlichen »hinter den Kulissen« ausgefochten. Aus offenen Arbeiterkämpfen gegen den neuen staatlichen Polizeiapparat sind örtliche Bürgerkämpfe geworden. Seit dem 11. September 2001 haben die EinwohnerInnen von 300 Gemeinden und der Senat des Staates Oregon Resolutionen zur Verteidigung der Bürgerrechte ihrer Einwohner gegen die Gefahr verabschiedet, die vom *Patriot Act*, dem *Homeland Security Act* und der Gesetzgebung gegen den »Krieg gegen den Terror« ausgeht. In vielen Fällen sind diese Resolutionen rein symbolisch, da Bundesrecht normalerweise Staatsrecht und lokales Recht bricht. Trotzdem sind diese Gesetze Stachel, da sie das materielle Interesse der ArbeiterInnen und selbst der örtlichen Kapitalisten ausdrücken, die Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu verteidigen gegen das »Sklavenfänger«-Ethos des »Kriegs gegen den Terror«.

Den politischen Kontext dieser Gesetze gegen den *Patriot Act* sollten wir uns genauer ansehen. Ein gutes Beispiel ist die Verabschiedung eines solchen Gesetzes in Portland, Maine im März 2004. Ausgelöst wurde sie vom überraschenden Einfall der *Border Patrol* [Grenzschutz] in die (etwa hundertsechzig Kilometer von der kanadischen Grenze entfernte) Stadt im Winter 2004. Die Beamten der *Border Patrol* gingen zu den Märkten, wo die EinwandererInnen aus Afrika und Südamerika einkaufen, und verlangten von den PassantInnen ihre Aufenthaltspapiere. Innerhalb weniger Stunden war die Einwanderergemeinschaft wie gelähmt: Niemand ging zur Arbeit oder zum Einkaufen, Kinder gingen nicht in die Schule, die Kranken gingen nicht ins Krankenhaus. Diese Lähmung hielt mehrere Tage an, bis die lokale Polizei, die Sozialbehörden und Kirchengruppen schließlich verlangten, die Beamten der *Border Patrol* sollten die Stadt verlassen.

Das Gemeindegesetz gegen den *Patriot Act* wurde unmittelbar nach diesem Vorfall von einem Bündnis lokaler Einwandererrechtsgruppen und ihren UnterstützerInnen entworfen. Unterstützt wurde es sogar von der örtlichen Polizeiführung. Das Gesetz sanktionierte den Widerstand der lokalen Beamten gegen die »Fischzüge« der Bundesregierung in der Einwanderergemeinschaft von Portland. Das Gesetz wurde mit klarer Mehrheit im Stadtrat verabschiedet, weil klar wurde, dass die wortwörtliche Anwendung der Vorschriften des *Patriot Act* den ArbeitsimmigrantInnen von Portland das Leben unmöglich machen und die Wirtschaft der Stadt in Gefahr bringen würde, die schlecht bezahlte Jobs (besonders in der Tourismusbranche) vorwiegend mit EinwandererInnen besetzt. Das Gesetz ist Ausdruck von ArbeiterInnensolidarität, aber es konnte zweifellos nur verabschiedet werden, weil die vielen Hotel- und Restaurantbesitzer in Portland dagegen keinen Widerstand leisteten. Für sie ist der größte Terror nicht Osama bin Laden, sondern die Ankunft der *Border Patrol* in der Stadt mitten in der Touristensaison!

Außerdem weigern sich die ArbeitsimmigrantInnen, unsichtbar zu werden. Trotz enormer Einschüchterung unternahmen Hunderte von ArbeitsimmigrantInnen im Herbst 2003 einen *Freedom Ride* durch das ganze Land von Los Angeles nach Washington, auf dem sie in zig kleinen und großen Städten Halt machten und ihren Protest gegen die Vorschriften des *Patriot Act* und ähnlicher einwandererfeindlicher Gesetze öffentlich machten.

Auf der anderen Seite ist der Krieg gegen den Terror bei vielen ArbeiterInnen in den USA auf große Zustimmung gestoßen. Am verständlichsten ist das natürlich bei den Zehntausenden von VertragsarbeiterInnen aus den USA, die zur Zeit im Irak und in Afghanistan sind und als BuchhalterInnen, KöchInnen und auf dem Bau, vor allem aber in Sicherheitsjobs arbeiten. Etliche Amerikaner mit Erfahrungen bei den Special Forces sind für Aufgaben von der Flughafensicherheit bis zum Schutz von Paul Bremer, dem Chef der *Coalition Provisional Authority* eingestellt worden. Ihre Gehälter liegen bei bis zu 1000 Dollar am Tag, wie die Nachrichtenagentur AFP kürzlich berichtete. Zum Beispiel erzählte Erwin, ein 28jähriger ehemaliger Sergeant der US Army, der im Irak arbeitet, AFP: »Dieses Land ist eine Goldgrube. Man braucht bloß fünf Jahre beim Militär, und dann kommt man her und macht Kasse.« Aber auch ein LKW-Fahrer oder ein Feuerwehrmann kann mehr als das Dreifache von dem verdienen, was er in den USA verdient. Für diese ArbeiterInnen stellt der Krieg gegen den Terror die Möglichkeit dar, bei großem persönlichen Risiko der Schuldenspirale zu entkommen, in der sie und ihre Familien gefangen sind.

Der Krieg gegen den Terror schafft auch viele weniger gefährliche (wenn auch viel schlechter als der Dienst im Irak bezahlte) Arbeitsplätze für ArbeiterInnen mit US-Staatsbürgerschaft. Die meisten neuen Arbeitsplätze wurden und werden auch in Zukunft für Knastwärter (ihre Zahl stieg von 146.000 im Jahr 1983 auf 328.000 im Jahr 2002), Polizisten und Wachleute geschaffen. Aber auch ein Großteil der Dienstleistungen im Bereich

»Computer und Datenverarbeitung« – dem Sektor mit dem schnellsten Arbeitsplatzwachstum in den USA (vgl. Statistical Abstract of the US 2003: Table No. 620) – wird auf das Konto der Datenverarbeitung für den Überwachungsstaat gehen.

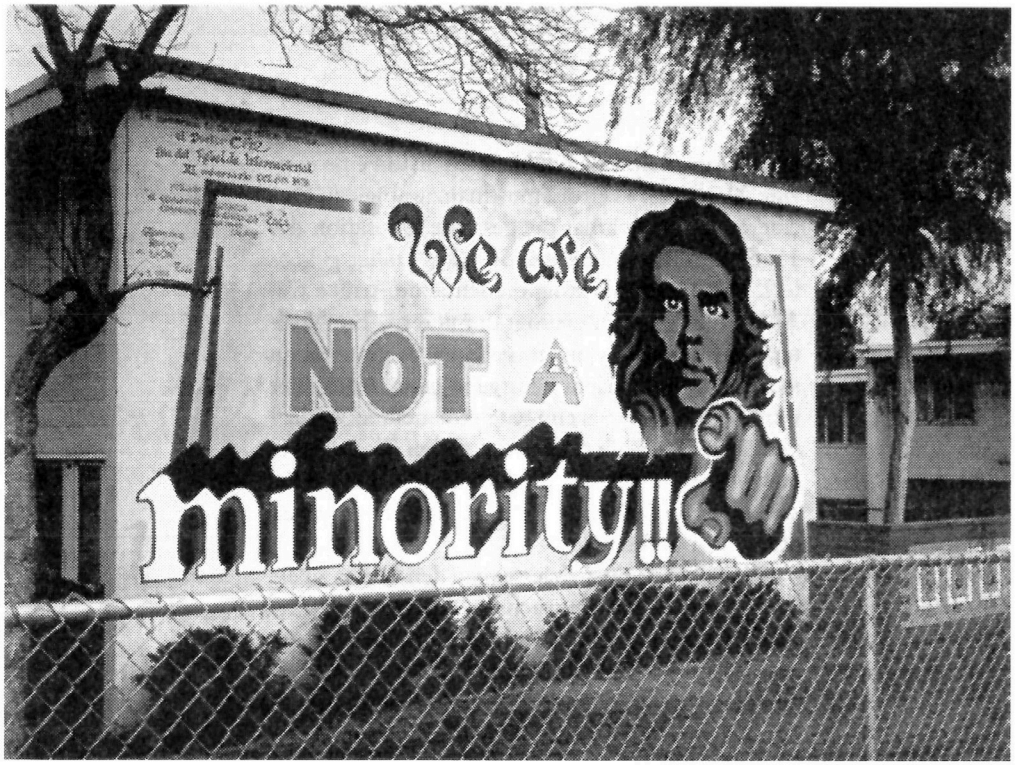
Die Zunahme der Überwachungsarbeit, die der *Patriot Act* und der davon abgeleitete *Bank Security Act* fordern, hat schon eine Krise im Bankensystem ausgelöst. Laut *Patriot Act* müssen Banken, Versicherungsgesellschaften, Hedge Fonds und Pensionsfonds der Regierung »Berichte über verdächtige Aktivitäten« (SARs) liefern, wenn sie Geldwäsche oder Finanzierung von Terrorismus feststellen (Kelleher 2004). So wurde gegen die Riggs Bank, eine der ältesten Banken in den USA, in einem zivilrechtlichen Verfahren im Mai 2004 eine Geld-

strafe von 25 Millionen Dollar verhängt, weil sie verdächtige Aktivitäten auf Konten, die von Teodoro Obiang, dem Präsidenten von Äquatorialguinea, und Prince Bandar bin Sultan, dem saudi-arabischen Botschafter in den USA, kontrolliert wurden, nicht berichtet hatte. Zusätzlich war ein Strafverfahren wegen Geldwäsche nach dem *Bank Security Act* anhängig, das am 27. Januar 2005 gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von weiteren 16 Millionen Dollar eingestellt wurde, nachdem sich die Riggs Bank schuldig bekannt hatte. Nach Aussage eines Experten für die Aufdeckung von Geldwäsche ist die Riggs Bank »ein Schulbeispiel für die meisten Geldwäschefragen, die seit dem *Patriot Act* aufgetaucht sind«. Auch andere Banken sind von Sanktionen betroffen: so bezahlte die AmSouth Bank of Alabama im Oktober 2004 eine ähnliche Geldbuße in Höhe von 10 Millionen Dollar und noch einmal 40 Millionen Dollar in einer Einstellungsvereinbarung wegen mangelnder Geldwäschekontrollen.

Das Problem ist aber, was als verdächtig gilt, oder wie John Byrne, ein leitender Jurist bei der *American Bankers Association*, fragte: »Wie weit geht die Sorgfaltspflicht?« Der Wirtschaft, die die Triebkraft hinter dem exponentiellen Wachstum der globalisierten finanziellen Transaktionen ist, wird die Verantwortung dafür aufgebürdet, diesen riesigen weltweiten Geldfluss zu überwachen, um eine winzige Menge an »Terrorismusfinanzierung« zu blockieren (angeblich hat die gesamte Operation des 11. September gerade mal 500.000 Dollar gekostet). Diese Überwachung braucht eine Armee von Analysten, Computerprogrammierern, Buchhaltern und Juristen – umso mehr, als es um eine an sich schon ambivalente Aufgabe geht. Auch hier werden sicher (neben einigen permanenten Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse!) Arbeitsplätze ohne Ende für eine sich selbst reproduzierende Klientel entstehen, die den Krieg gegen den Terror unterstützt.

Natürlich hat der Krieg gegen den Terror zu einem gigantischen Anwachsen des US-Verteidigungshaushalts geführt: Im Haushaltsjahr 2004/05 betrug er etwa 500 Milliarden Dollar (wenn man die Kosten der Besatzung im Irak ausdrücklich ausnimmt) gegenüber etwa 300 Milliarden Dollar im Jahr 2000/01.

Diese beiden Gesichter der Arbeiterklasse in den USA (das der EinwandererInnen oder UnterstützerInnen ihrer Kämpfe und das andere, das seine Zukunft als Bewacher der Rolle der USA als hegemonialer Kontrolleur und Bestimmer des Weltmarkts und Unterdrücker antikapitalistischer Bestrebungen an allen Fronten in den USA und auf der ganzen Welt sieht) bekämpfen sich im Augenblick. Dieser Kampf wurde im Präsidentschaftswahlkampf nicht offen ausgetragen, da sowohl Bush als auch Kerry den Krieg im Irak und den Krieg gegen den Terror in In- und Ausland unterstützen (auch wenn über die Hälfte der US-Bevölkerung laut Umfragen angeblich sagt, dass der Krieg im Irak ein Fehler war!). Die wichtigste Trennlinie innerhalb der herrschenden Klasse der USA drückte sich in der Debatte darüber aus, mit welcher militärischen und politischen Strategie sich das reibungslose Funktionieren des Weltmarkts garantieren ließe. Kerry schlug wieder den von Clinton betriebenen Multilateralismus vor, während Bushs Partei meint, das Kommando müsse allein bei den USA liegen. Das ist *ihre* Debatte, auch wenn es in der politischen Arena so dargestellt wird, als gehe es alle an. Viel wichtiger für die Zukunft der Klassenbeziehungen innerhalb und außerhalb der USA wird der Ausgang der Debatte innerhalb der Arbeiterklasse sein. Diese Debatte wird sicherlich viel heftiger sein als die Kabbelei zwischen zwei ehemaligen Mitgliedern der Studentenverbindung »Skull and Bones«, und wir können sicher sein, dass sie nicht im Fernsehen übertragen wird. ■



»Wir kämpfen nicht unbedingt für höhere Löhne. Wir wollen, dass anerkannt wird, dass wir Rechte haben. Sonst sind wir nur gutbezahlte Sklaven.«

Troqueros in L.A.

Interview mit einem Aktivisten

Seit dem Jahr 2000 haben wir mehrfach Artikel zu den Kämpfen der Trucker (oder spanisch Troqueros) in den US-Häfen veröffentlicht. Die Informationen über die Arbeitsbedingungen und die Ziele der Bewegung stammten oft von Gewerkschaftsaktivisten und gaben deren Einschätzung wieder, dass die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Ersetzung der alten Arbeiterschichten durch Immigranten zu einem »Wettlauf nach unten« bei den Arbeitsbedingungen und Löhnen geführt habe.

Ernesto Nevarez, ein bei den Wobblies organisierter Aktivist der Troquero-Bewegung in Los Angeles, vertritt dagegen die Meinung, die Nettolöhne seien nicht gesunken. Insofern seien die großen politischen Mobilisierungen der letzten Jahre auch keine Lohnkämpfe gewesen. Die Troqueros sind bereits so gut organisiert, dass sie in permanenten betrieblichen Auseinandersetzungen eine faktische Lohngrenze festsetzen konnten, die sie nicht unterschreiten. Dabei kommt ihnen natürlich auch der Boom der letzten Jahre im Güterumschlag zugute, durch den ein ständiger Arbeitskräftemangel herrscht.

Für die Firmen lohnt sich der Einsatz junger Immigranten vor allem, weil die Fahrer offiziell selbständig sind und praktisch keine Steuern und Sozialbeiträge anfallen. Die (minimale) staatliche Absicherung gegen Krankheit und Invalidität können die Arbeiter nur in Anspruch nehmen, wenn sie permanent tricksen. Gegen diesen Zwang zur ständigen Trickserei und zur Illegalität richtet sich der Kampf um »Würde«, der nach Ernies Meinung entscheidend zu den großen Mobilisierungen beiträgt.

Im Gegensatz zur klassischen juristischen Strategie der US-Gewerkschaften wollen die Troqueros nicht vom National Labor Relations Board[1] als Gewerkschaft mit einem Vertretungsanspruch anerkannt werden, sondern versuchen durch das Finanzamt (IRS)[2] als Arbeitnehmer anerkannt zu werden. Laut Interview gibt es diese Anerkennung seit 1996 im Prinzip. Tatsächlich aber werden die Arbeitgeberbeiträge vom Finanzamt nach wie vor nicht eingetrieben. Damit bekommt die Sozialversicherungsbehörde (SSA)[3] auch nur die Hälfte der fälligen Beiträge und lehnt mit der Begründung Ansprüche der Troqueros ab, obwohl auch diese Behörde den selbständigen Truckern im Prinzip zubilligt, in Wirklichkeit angestellt zu sein.

Insofern überrascht es auch nicht, dass die Troqueros laut Ernie nicht militant für eine neue Basisgewerkschaft kämpfen, sei es innerhalb der traditionellen Gewerkschaft der Teamsters oder im Rahmen anarchistischer Gewerkschaften wie der IWW oder einer komplett neuen Gewerkschaft.

Das nachfolgende Interview wurde Ende letzten Jahres von Lucas geführt, einem Mitglied der *Anarchist-Communist Union* aus Seattle, die der *Federation of Northwest Anarchist-Communists* (FNAC) angehört.

[1] NLRB: National Labor Relation Board. Eine Bundesbehörde, die Wahlen durchführt, bei denen Belegschaften abstimmen, ob sie von einer Gewerkschaft vertreten werden wollen, und Verstöße gegen das Arbeitsrecht verfolgt.

[2] Finanzamt: Internal Revenue Service (IRS). Eine Bundesbehörde, die die Einkommenssteuer (zwischen 15 und 38 Prozent je nach Einkommen) und weitere Steuern und Abgaben einzieht.

[3] Sozialversicherungsbehörde: Social Security Administration (SSA). Eine Bundesbehörde, die Social Security (Alters-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten) und Medicare (die staatliche Krankenversicherung) verwaltet.

1980 wurde der Stagger's Act erlassen, ein nationales Gesetz, das die Transportindustrie *enttarifiert* hat. Es hat die Branche nicht *dereguliert*, wie viele gern behaupten und alle angeblich verstehen und glauben. Die Branche war schon immer sehr gut reguliert, aber seit der Enttarifierung hat sich niemand mehr um die Rechtslage gekümmert. Die wichtigen Speditionen sind nicht nur von festen Tarifen abgegangen, sondern haben auch angefangen, ihre LKWs an die Fahrer abzustoßen. In den ersten paar Jahren konnte ein LKW-Fahrer mehr verdienen, wenn er den LKW von der Firma kaufte und als »selbständiger Subunternehmer« fuhr. Für die Fahrer bestand der Vorteil darin, dass sie dem IRS nur einen winzigen Teil ihrer Einkünfte meldeten, während die gewerkschaftlich organisierten Fahrer hohe Steuern zahlen mussten. Der Vorteil für die Unternehmer war, dass sie keine Sozialversicherungs-[4] und Berufsgenossenschaftsbeiträge[5] zahlen mussten und gleichzeitig die Gewerkschaft los wurden. Schließlich war die Gewerkschaft am Ende und die neuen »Selbstfahrer«, wie sie sich nannten, fingen an, sich in einem Wettlauf nach unten gegenseitig zu unterbieten. Viele stiegen bald aus und verkauften ihre LKWs an die neuen Immigranten aus den Bürgerkriegen in Mittelamerika, El Salvador, Nicaragua, Guatemala usw. usw.. 1984 waren schon 90 Prozent der Hafenfahrer Selbständige und ebenso viele Immigranten aus Mittelamerika.

Durch das Amnestiegesetz von 1987 bekamen die meisten von ihnen einen legalen Aufenthalt. Jetzt hatten sie echte Sozialversicherungsausweise[6] und gingen den staatlichen Sozialleistungen aus dem Weg. Die *Teamsters* (IBT)[7] hatten schon 1985 vorschnell versucht, sie zu organisieren, das ging aber erwartungsgemäß total in die Hose. 1987 gründeten die Arbeiter ihre eigene Gewerkschaft, die WRTU – Waterfront Rail Truckers Union – und hatten auch schon eine »Assoziation« namens TUTA: *Troqueros Unidos en el Transporte Associados*. Die Gewerkschaft merkte bald, dass sie Probleme mit dem Kartellrecht bekam, da selbständige Arbeiter juristisch gesehen Unternehmer sind.

Um den 29. August 1988 herum wurde ich von meinen Schwägern und deren Freunden zu der Gewerkschaftsgruppe eingeladen. Mir wurde klar, dass sie in Wirklichkeit Arbeitnehmer waren, und ich machte mich mit Hilfe meiner Kenntnisse im Steuerrecht und meines Versicherungsjobs dran, langfristig ihren Status zu ändern.

Die Arbeit im Hafen wird von der Schattenwirtschaft am Laufen gehalten. Die meisten Fahrer geben nur 40 bis 70 Prozent ihres Einkommens an, damit sie keine Steuern bezahlen müssen und ihre Familien Anspruch auf staatliche Almosen haben. Die Frauen arbeiten meistens schwarz und lassen sich oft als Alleinerziehende registrieren. Und wenn die Troqueros legal arbeiten wollen, stellen sie bald fest, dass man im Hafen eigentlich legal kein Geld verdienen kann. Viele Troqueros lehnen die Schattenwirtschaft aber auch ab und wollen alles legal und richtig machen.

Eine ganz wichtige Motivation für die Organisierung im Hafen ist der Wunsch, in Würde zu arbeiten und nicht an die Schattenwirtschaft gebunden zu sein. Die von vielen wohlmeinenden Leuten verbreitete Propaganda, die Trucker würden kaum mehr als den Mindestlohn verdienen, ist völlig falsch. Viele der großen Speditionen im Hafen finden auch für den doppelten Mindestlohn kaum Fahrer. Bei 15 Dollar Stundenlohn verdient ein Fahrer z.B. 600 Dollar die Woche brutto und 500 Dollar netto. Derselbe Fahrer arbeitet lieber für 550 Dollar die Woche »bar auf die Hand«, wenn er so netto mehr bekommt. Fahrer mit eigenen LKWs verdienen nach Abzug der Kosten für den LKW zwischen netto 600 und 1000 Dollar die Woche, im Durchschnitt etwa 800. Dieses Geld müssen sie nicht gleich versteuern, und am Ende des Jahres geben sie nur ungefähr die Hälfte als Nettoeinkommen an. Zu behaupten, diese Arbeiter wären schlecht bezahlt, stimmt nicht und bringt nichts. Die meisten dieser Fahrer verdienen netto schon ungefähr dasselbe wie ein *Teamster*-Fahrer netto nach Steuern. Mit der Zeit wollen viele Troqueros aber lieber legal arbeiten, und dann wird ihnen klar, dass ihr Einkommen hauptsächlich von der Schattenwirtschaft abhängt.

»Die Unternehmen im Hafen von Los Angeles sind sehr vorsichtig mit dem Nichtzahlen von Lohn. Sie wissen, dass die meisten Troqueros ihren Arbeitnehmerstatus kennen und notfalls staatliche Stellen einschalten würden, was die Firmen unter Umständen die Zulassung kosten könnte. Wir helfen uns untereinander bei Anhörungen vor dem Labor Board, und es zirkulieren hunderte, wenn nicht tausende von Flugblättern mit einschlägigen Entscheidungen. (...) Die Teamsters gehen nicht mit zu Anhörungen, denn sie wollen nicht gern eine Firma ›angreifen‹, da sie ein gutes Verhältnis mit den Unternehmen und Kompromisse anstreben.«

[4] Sozialversicherungsbeiträge: payroll tax. Beiträge an die SSA in Höhe von insgesamt 15,3 Prozent vom Bruttolohn, die zu gleichen Teilen (jeweils 7,65 Prozent) von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezahlt werden müssen. Die payroll tax wird zusammen mit der Lohnsteuer vom IRS eingezogen und an die Social Security Administration (SSA) überwiesen.

[5] Berufsgenossenschaft: workers compensation (workers comp). Vom Arbeitgeber zu bezahlende Beiträge zur staatlichen Arbeitsunfallversicherung in Höhe von 28 Prozent des Bruttolohns.

[6] Sozialversicherungsausweis: Social Security Card. Von der SSA ausgegebener Ausweis, der die bundesweit eindeutige Sozialversicherungsnummer enthält. Von allen Ausweispapieren in den USA kommt die Social Security Card am ehesten dem deutschen Personalausweis nahe.

[7] International Brotherhood of Teamsters (IBT) – 1903 gegründete Transportarbeitergewerkschaft, die früher eng mit der Mafia verbunden war und in den letzten Jahren wieder versucht hat, sich als kämpferisch zu präsentieren. Die IBT haben u.a. eine »Hafenkampagne« durchgeführt, mit der alle im Hafen Beschäftigten gewerkschaftlich (bei den Teamsters) organisiert werden sollen.

Löhne:
Ein typischer IBT-Trucker verdient brutto etwa 50.000 Dollar im Jahr, netto etwa 40.000. Dabei muss man allerdings im Kopf behalten, dass die IBT inzwischen nur noch etwa 5 Prozent aller Trucker und 0,1 Prozent der Trucker in den Häfen vertreten. Die tatsächlichen Löhne für angestellte Fahrer liegen weit darunter. Lokale Hafenspeditionen in LA zahlen zwischen 12 und 15 Dollar die Stunde bei 40 Wochenstunden und 50 Wochen Arbeit im Jahr: Das ergibt ca. 25.000 bis 30.000 Dollar brutto im Jahr.
Die Troqueros verdienen etwa 50.000 bis 70.000 Dollar brutto im Jahr, und mindestens 50 bis 60 Prozent davon bleiben netto übrig. Der durchschnittliche Nettoverdienst von 25.000 bis 42.000 Dollar im Jahr liegt damit weit über dem, was Festangestellte verdienen, bzw. etwa auf dem Niveau der IBT-Tarife. Allerdings fehlt dafür die soziale Absicherung etwa im Krankheitsfall. Lohnfortzahlung gibt es nicht, wer krank wird, ist auf öffentliche Hilfe angewiesen. Die Renten werden – auch wenn eines Tages die Auseinandersetzungen mit den Steuer- und Sozialbehörden beendet sein sollten – prozentual nach dem Verdienst berechnet. Wer heute viel schummelt, kriegt später entsprechend weniger. Da ein Großteil der Fahrer aber relativ jung ist, scheint das für sie noch kein Thema zu sein.
Die Behauptung, die Troqueros würden weniger als den staatlichen Mindestlohn verdienen, ist falsch. Ernesto führt für diese Propagandabehauptungen zwei Gründe an: Die Teamsters hätten sich auf unhinterfragte Steuererklärungen an der Ostküste gestützt: Dort hatten die Trucker Jahreseinkommen zwischen 15.000 und 20.000 Dollar angegeben, was eine Unterschätzung um 50 Prozent bedeute.

Würde. Die wichtigste Motivation für unseren Kampf ist die Würde. Bei unserer hafenweiten Mobilisierung geht es eigentlich nicht um mehr Geld, so etwas läuft auf Firmenebene. Bei den Massenaktionen geht es um Veränderungen in der Branche, darum, das Transportsystem in Ordnung zu bringen. Wir werfen den Regierungsbehörden die selektive Nichtdurchsetzung von Bestimmungen vor, die die Branche legalisieren und ein ideales Organisierungsklima schaffen würden, wenn sie denn durchgesetzt würden. Der Feind, den wir bekämpfen, ist die Schattenwirtschaft, das hässliche kleine Geheimnis des kapitalistischen Amerika.

Welche Fortschritte haben die Troqueros in ihrem Kampf für bessere Bedingungen gemacht?

Fortschritte gibt es auf Firmenebene. 1988 haben wir Witze gemacht, dass eines Tages alle Trucker des Landes für ihre Arbeitnehmerrechte kämpfen würden und dass das alles von einer Gruppe von Immigranten im Hafen von Los Angeles ausgehen würde. Genau das ist geschehen. Die drei wichtigsten Mobilisierungen waren der Westküstenstreik im November 1993, der historische Gipfel in Charleston, South Carolina am 4. Dezember 1999 und zuletzt die vollständige Lahmlegung des kalifornischen Güterverkehrs am 30. April 2004. Ganz vielversprechend ist das Auftauchen der IWW. Juristisch war unser größter Erfolg die IRS-Entscheidung Nr. 522 von März 1989, mit der wir steuerrechtlich als Arbeitnehmer eingestuft wurden, und das Urteil des IRS Tax Court von 1996, mit dem diese Entscheidung bestätigt wurde. Zwei Verfahren sind noch anhängig und werden den Status quo total umkrempeln: eine vor kurzem gemachte Eingabe bei der *Social Security Administration* und die Sammelklagen wegen Versicherungsbetrug durch *Glicklegal.com*.

Das NLRB stuft die Port Troqueros juristisch als »selbständige Unternehmer« ein ...

Das ist falsch und zeigt, dass die Fehlinformationenen der Transportindustrie immer noch verbreitet werden, auch von unseren Verbündeten. Mal aus reiner Neugier: Woher hast du diese Aussage? So eine Einstufung gibt es nämlich nicht! Wir haben nicht die Absicht, vor das NLRB zu gehen, da wir gar nicht die Mittel dazu haben. Stattdessen sind wir vor den IRS gegangen und haben gewonnen. Jetzt wollen wir es wissen! Der IRS, das *State Labor Board* und das *State Workers Comp Board* erkennen uns als Arbeitnehmer an. Kurz gesagt wollen wir mit diesen Speditionen gar nicht vor dem NLRB verhandeln, da sie außerhalb der Schattenwirtschaft gar nicht existieren könnten. Viele von uns wollen diese illegalen Firmen beseitigen und sie von ihrem Elend erlösen. Jetzt, wo die illegalen Schweinespeditionen merken, dass wir nicht auf einen Kompromiss mit ihnen hinauswollen, sondern sie beseitigen wollen, halten ihre Vereinigungen, die CTA und ATA, Händchen mit den *Teamsters*. Das NLRB ist kein Thema für uns. In all unseren Aktionen machen wir klar, dass unsere Arbeitsniederlegungen *Streiks* gegen die Unternehmer sind, auch wenn wir Streikposten vor unseren indirekten Arbeitgebern, den Hafenterminals aufstellen. Die Polizei hat keine einzige unserer Aktionen je in Frage gestellt. Dagegen gründen sie an der Ostküste immer Assoziationen, gemeinnützige Vereine und fordern dann höhere Frachtraten und bringen sich damit juristisch in Schwierigkeiten. Die überwältigende Mehrheit der Troqueros von Los Angeles kennt sich sehr gut mit der juristischen Grundlage unseres Arbeitnehmerstatus aus, und die Unternehmer und die Regierung wissen das.

»Wenn ein Troquero sich auf ein Gerichtsverfahren einlässt, weiß er, dass es langwierig und riskant wird und dass der finanzielle Aufwand meist das Ergebnis übersteigt. Aber, es geht um das verdammte Recht. Wenn du ein Verfahren vor einer Regierungsstelle gewonnen hast, bist du unsterblich! Dein Name steht auf der Entscheidung, und du kannst das Papier vor dem Firmentor hochhalten, und deinen Kollegen werden die Freudentränen runterlaufen. Sie spüren ihre Macht, reden miteinander und werden sich noch am selben Abend auf dem Parkplatz treffen und eine Liste mit Forderungen an ihren Chef schreiben.«

Das NLRB ist kein Thema, denn wir haben nicht vor, Klage gegen irgendeine der jetzigen Speditionen einzureichen, da es diese außerhalb der Schattenwirtschaft gar nicht mehr geben wird. Unser Ziel ist die Säuberung der Branche, und unsere Waffe dafür sind IRS und SSA und die Versicherungsklagen. Diese Aktionen sorgen für Aufregung und dienen als Riesenanreiz zur Organisierung.

Was ist im April und im Juni passiert?

Seit Anfang des Jahres hatten wir vor, am 1. Mai einen Konvoi oder einen flächendeckenden Streik durchzuführen. Ein wichtiger Auslöser war der Anstieg der Dieselpreise. Wir haben den ganzen verdammten Staat lahmgelegt. Das war nicht »organisiert«, und es gab keine Führer – aber jeder Einzelne wusste, was er tun musste. Das zeigte, welche Macht vorhanden ist. Danach gab es auch Kritik, es wäre »alles falsch gemacht« worden. Daraufhin haben wir gesagt: »Sagt uns doch bitte, was wir getan haben, damit wir es noch mal tun können!«

Was hat den wilden Streik in Kalifornien ausgelöst?

Der Auslöser war der Anstieg der Dieselpreise. Aber der wirkliche Grund war, dass ein Haufen alter Freunde und ihre Freunde die Möglichkeit gesehen haben, ein großes öffentliches Statement abzugeben, und sich mit aller Kraft dafür eingesetzt haben, dass es ein Erfolg wird.

War der Streik ein Erfolg, was die Veränderung der Bedingungen angeht?

Ja, die Industrie und die Regierung haben sich vor Angst in die Hosen gemacht. Es ist deutlich geworden, dass sie uns in Zukunft nicht mehr aufhalten können. In anderen Häfen können sie sich »Vertreter« suchen, mit denen sie reden oder denen sie mit kartellrechtlichen Verfahren und/ oder Zivilklagen drohen können. In Los Angeles ist uns das scheißegal. Wenn irgendeiner von uns in den Knast geht, streikt der Rest weiter. Ich erinnere mich an einen Streik im Jahr 2001 an den CaliforniaUnited-Terminals. Der Terminalmanager rief mich an und drohte mir. Ich sollte meinen Leuten sagen, sie sollten wieder an die Arbeit gehen. Er wollte mir vor meinen Brüdern Angst einjagen, indem er darauf hinwies, wie viele Rechtsanwälte er bei Fuß stehen hätte. Ich habe ihn gefragt: »Aber können sie auch LKW fahren?!« Jedesmal wenn die Troqueros in Los Angeles auch nur anfangen, sich zu mobilisieren, reagiert die Industrie sofort mit Angeboten, mit mehr Geld.

Welche Position vertreten die Teamsters in Bezug auf die Organisierung der Port Troqueros?

Die *Teamsters* bestreiten, dass sie irgendwelche Organisierungsarbeit leisten, und das stimmt: Sie leisten keinerlei Organisierungsarbeit. Die *Teamsters* haben nichts zu den Zielen oder der Ausrichtung der Hafenkampagne gesagt. Die *Teamsters* wollen nicht am Status quo rühren und haben keine Probleme damit, Bündnisse mit den Vereinigungen der Schweinespeditionen zu schließen, mit unseren Feinden.

Welchen Ruf haben sie bei den Port Troqueros?

Der Ruf der *Teamsters* hat sich nie wieder von dem Fiasko von 1985 erholt. Der Anfang der Hafenkampagne von 2000 bis 2002 unter der Führung von George Cashman galt als anständig. Es gibt ein großes Misstrauen, da die IBT sich um die zentrale Frage des Arbeitnehmerstatus und um die Verletzung wichtiger Regelungen durch die Industrie herumdrückt. Die meisten Aktivitäten im Rahmen der Hafenkampagne der *Teamsters* in der letzten Zeit hatten kaum Teilnehmer und wurden daher auch nicht veröffentlicht. Die bezahlten *Teamster-Organizer* leben in einer anderen Welt als die Troqueros.

Gibt es bei den Port Troqueros Interesse, sich bei den Industrial Workers of the World zu organisieren?

Im letzten Jahr hat sich herumgesprochen, dass es die IWW gibt. Die Solidarität an der Westküste war inspirierend, und die Website von Local 530 entwickelt sich zu so etwas wie der »inoffiziellen« Website für die Organisierung in den Häfen.

Die Troqueros werden aber weder den IBT noch der IWW »beitreten«. Es ist eher so, dass die IWW sich dem Kampf der Arbeiter angeschlossen hat, während die IBT weiter in ihrer eigenen Welt lebt und sich nicht den Arbeitern anschließt.

Welches Interesse gibt es, eine unabhängige Truckergewerkschaft zu gründen?

Alles schon dagewesen, vergiss es! In Los Angeles gibt es kein Interesse mehr, unabhängige Gewerkschaften als Ersatz für die mangelnde Präsenz der traditionellen Gewerkschaften aufzubauen. Das ist dasselbe Fiasko, das NLRB und die Macht des Kapitals. Es wäre kein Unterschied. Stattdessen konzentriert sich alles auf die Frage der zukünftigen Neudefinition der Beziehung zwischen Arbeitern und Management.

> »Troqueros arbeiten immer, ob sie krank sind oder nicht. Wenn sie ernsthaft krank sind, werden sie von Sozialleistungen abhängig.«

Was können wir tun, um die Trucker im Nordwesten zu mobilisieren?

Kommunikation!!! Sagt ihnen, was in den anderen Häfen los ist. Der Nordwesten ist bisher unser schwächstes Glied. Ich schlage dringend vor, dass alle Wobs, die den Troqueros helfen wollen, sich Nextel Radios/Telefone besorgen. Wir benutzen alle das landesweite Walkie Talkie zur Kommunikation. Mit Nextel kann die IWW auch an alle Troqueros, deren Telefonnummern sie kennt, SMS schicken. ■

grenze von etwa 7 Dollar die Stunde ergäbe. Der IRS prüft nur 5 Prozent der Steuererklärungen nach, und die auch nur sehr oberflächlich. Tatsächlich bewegen sich die Löhne zwischen 12 und 18 Dollar die Stunde für Festangestellte. Als Selbständiger würde kein Troquero würde für unter 18 Dollar die Stunde arbeiten. Dadurch, dass sie weniger angeben, haben die Troqueros Anspruch auf Sozialleistungen wie freie medizinische Versorgung, kostenlose Schulspeisungen, Sozialmieten, Erlass von Schulgeld usw.
Die Teamsters haben versucht, für ihre Kampagne öffentliche Sympathie zu erlangen, indem sie die Troqueros als Opfer darstellen.

Polizeikontrollen
Troqueros geben so wenig Geld wie möglich für ihre Trucks aus. Strafen wegen Mängeln an den Fahrzeugen können sehr teuer werden. Dagegen spielt die Angst vor Polizeirazzien wegen des Aufenthaltsstatus keine Rolle: Ohne Aufenthalts- und Arbeitspapiere bekommt man sowieso keine Fahrerlizenz.

Arbeitssicherheit
Oft wissen die Fahrer gar nicht, was in den Containern ist, die sie geladen haben. Bei Unfällen mit Gefahrgut sind sie selbst am meisten gefährdet. Ein weiterer Punkt der Auseinandersetzung ist zur Zeit die obligatorische Durchleuchtung aller Container an den Terminalausgängen. Die dabei verwendete Hochenergiestrahlung ist offiziell ungefährlich, aber das liegt vor allem daran, dass die gesundheitlichen Folgen noch gar nicht erforscht sind. Viele Fahrer haben keine Ahnung von den Gefahren und bleiben manchmal sogar während der Durchleuchtung im Wagen sitzen.

»We Gotta Get Out Of This Place«

Meutereien in der US-Armee

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs: Das »Back Home Movement«

Nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands und Japans 1945 standen in der US-Armee Millionen Soldaten unter Waffen, ein großer Teil von ihnen als Besatzungssoldaten in den befreiten Ländern. Jetzt, wo sie den Krieg heil überstanden hatten, wollten sie nur noch eines: so schnell wie möglich zurück nach Hause zu ihren Familien und zurück in ihr früheres ziviles Leben. Aber bei den Planern im Verteidigungsministerium der USA spielte dieses Massenbedürfnis der einfachen Soldaten nur eine untergeordnete Rolle. Die kapitalistische Nachkriegsordnung war gefährdet durch den vergrößerten Einflussbereich der Sowjetunion, kommunistische Bewegungen in Südeuropa, die erfolgreich den Widerstandskampf gegen die Nazi-Besetzung geführt hatten, und die nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien. Unter diesen Umständen erschien es den Strategen des kommenden Kalten Krieges zwingend geboten, einen erheblichen Teil der US-Streitkräfte als Besatzungsmacht und potentielle Interventionsarmee gegen diese anti-kapitalistischen Bewegungen in ihren Stationierungsländern in Europa und Asien zu belassen. Die Erwartung der Soldaten, nach dem Ende der Feindseligkeiten schnell nach Hause zurückkehren zu können, wurde enttäuscht.

Doch die Weigerung Präsident Trumans und der US-Militärführung, eine schnelle Demobilisierung einzuleiten, führte – für sie völlig überraschend – Ende 1945 und Anfang 1946 zu einer der größten spontanen Truppenrevolten, die es je in einer siegreichen Armee gegeben hat. Es begann mit Protesten von Angehörigen der 95. und 97. Armeedivision, die von Europa aus zurück in die USA transportiert worden waren, nur um dort zu erfahren, dass sie von der Westküste aus mit Schiffen für Besatzungsaufgaben nach Asien gebracht werden sollten. Sie versahen die Züge, die sie quer durch die USA nach Kalifornien brachten, mit Parolen und Transparenten. Der General, der ihnen eine Rede über ihren neuen Einsatzbefehl hielt, brauchte – laut Washington Post vom nächsten Tag – für seine fünfzehnminütige Ansprache 40 Minuten, so oft wurde er durch Buhrufe und Zwischenrufe unterbrochen. Das Ereignis war symptomatisch. Überall in Übersee, wo amerikanische Soldaten ungeduldig auf ihre Heimreise warteten, breitete sich Unzufriedenheit und Unruhe aus. In einer beispiellosen Welle von Massenversammlungen und Protestkundgebungen in Manila, Tokio, auf Guam, aber auch auf den Straßen von London, Paris, Berlin, Frankfurt und München forderten US-Soldaten ihre sofortige Demobilisierung, den schnellstmöglichen Rücktransport in die Vereinigten Staaten. In Manila zum Beispiel demonstrierten Tausende von Soldaten hinter Transparenten mit der Forderung: »Wir wollen Schiffe!«. Schließlich wählten die 139.000 dort stationierten Soldaten und Matrosen ein Soldatenkomitee, das in ihrem Namen sprach und mit dem lokalen Hauptquartier der US-Armee in Verhandlungen trat. Die spontane Massenbewegung, die sich immer mehr ausweitete und immer mehr Truppenteile erfasste, führte schließlich dazu, dass US-Regierung und Armeeführung gezwungen waren, den Wünschen

Zur Meuterei in der Royal Air Force: www.socialisthistorysociety.co.uk/duncancontents.htm

der GIs nach Demobilisierung weitgehend nachzugeben. Eine ähnliche Bewegung mit Massenstreiks für die Demobilisierung entwickelte sich 1946 auf den Stützpunkten der britischen Luftwaffe in Asien. Es waren die größten Meutereien in der Geschichte der *Royal Air Force*. Diese spontanen, schließlich erfolgreichen Massenbewegungen von Soldaten sind in der Nachkriegszeit schnell wieder vergessen worden, aber es lohnt sich, sich auch heute mit ihnen zu beschäftigen, da Krieg und Besatzung leider keine Angelegenheit der Vergangenheit geblieben sind.

Irak: Nach Vietnam ein neues militärisches Desaster?

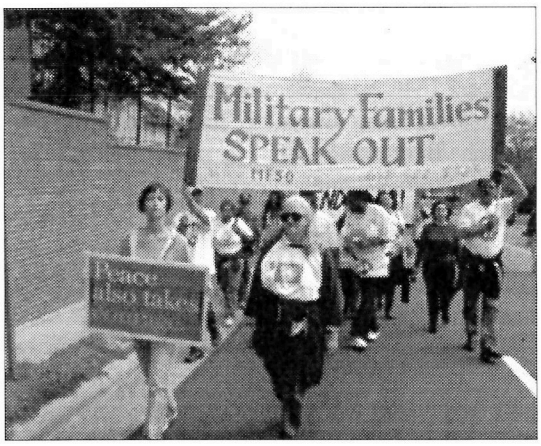
Die ursprünglichen Pläne des Pentagons für den Krieg gegen den Irak sahen vor, den Hauptteil der Streitkräfte bereits nach etwa einem halben Jahr, im September 2003, wieder abzuziehen. Für die Gewährleistung der Sicherheit im Land sollte eine kleine Besatzungstruppe ausreichen. Heute, im März 2005, sind annähernd 150.000 GIs im Irak eingesetzt und ein realistischer Zeitplan für den Abzug der Truppen ist nicht in Sicht, stattdessen werden dauerhafte Stützpunkte errichtet. Truppenabzüge gibt es nur bei den Verbündeten der amerikanischen Administration. Zu der von Oberbefehlshaber George W. Bush sogenannten »Koalition der Willigen«, den Befürwortern des Angriffskrieges, gehörten ursprünglich mehr als 50 Staaten. Jetzt sind noch etwa 20 Länder mit Truppen im Irak vertreten und ihre Anzahl nimmt weiter ab. Jeden einzelnen Monat kostet der Einsatz das Pentagon 4,5 Milliarden Dollar, die Gesamtkosten bisher: über 150 Milliarden Dollar. Eigentlich war ja geplant, dass der Irak seine Besatzung durch milliardenschwere Einnahmen aus dem Ölgeschäft selbst finanziert.

Die Zahl der gefallenen und verletzten GIs steigt täglich an. Laut *Associated Press* vom 19. Februar 2005 beläuft sich die Zahl der Toten in den Reihen der US-Streitkräfte seit Beginn des Krieges im März 2003 inzwischen auf 1.478. Davon fielen laut Angaben des Verteidigungsministeriums mindestens 1.116 durch feindliche Kampfhandlungen. Seit dem Vietnamkrieg hat es in der US-Armee solche Verluste nicht mehr gegeben. (Die Verluste in der »Koalition der Willigen« im Irak sind folgendermaßen: Großbritannien 86; Italien 20; Ukraine 18; Polen 16; Spanien 11; Bulgarien 7; Slowakei 3; Estland, Thailand und die Niederlande jeweils 2; und Dänemark, El Salvador, Ungarn, Lettland und Kasachstan jeweils 1 Toter.)

Über diese Verluste soll so wenig wie möglich geredet werden, die Angehörigen der toten Soldaten werden geradezu zum Schweigen verdonnert. In der Öffentlichkeit präsenter sind die geschätzten 15000 Verletzten: gut ausgestattete Sanitätseinheiten tragen dazu bei, dass die Zahl der Toten nicht höher ist – und erhöhen damit die Sichtbarkeit des Krieges in den USA. Im November 2004, nach dem Angriff auf Falluja, lagen im Militärkrankenhaus Landstuhl fast 400 US Soldaten.

»Support Our Troops: Bring Them Home«

Auf den Protestkundgebungen gegen die Politik Bushs in den USA sieht man immer mehr Familienangehörige von im Irak eingesetzten Soldaten und Soldatinnen. Sie halten Plakate und Transparente in die Fernsehkameras mit einem Slogan, der an die Forderungen des früheren *Back Home Movement* erinnert: »Unterstützt unsere Truppen: Bringt sie nach Hause.« Verzweifelte Mütter und Väter halten die Fotos ihrer im Irak als Soldaten



und Soldatinnen getöteten Kinder hoch und klagen ihre Regierung an. Immer mehr Angehörige von Militärfamilien und Veteranen des Irak-Krieges organisieren sich und stehen öffentlich gegen den Krieg auf. Sie haben sich zusammengeschlossen in Organisationen wie *Military Families Speak Out* oder *Bring Them Home Now*. Die bedeutende Rolle, die desillusionierte Veteranen im Widerstand gegen den Vietnamkrieg spielten, ist nicht in Vergessenheit geraten.

Nachdem der Präsidentschaftswahlkampf monatelang die politische Auseinandersetzung in den USA bestimmt und den Widerstand gegen den Krieg gelähmt hat, wird es im März 2005 wieder größere Protestmärsche geben. Eine besondere Bedeutung wird ab jetzt der wachsenden Beteiligung von Familienangehörigen von Soldaten und Soldatinnen und Veteranen des Irakkrieges zukommen.

Für den 19. März sind Massenproteste bei großen Militärstützpunkten in den USA geplant, so u. a. in Fayetteville, North Carolina, bei Fort Bragg (82. Luftlande-Division) und Camp Pendleton, ei-

Desertionen und AWOLs

Seit Mitte der 90er Jahre wird bei der US-Army ein Personalmangel beklagt. Seit 1995 steigt die Zahl der Desertionen, was allein den Mangel an Personal nicht erklären kann, diesen aber verschärft. 1995 haben 1500 Leute der Army den Rücken gekehrt, 2001 waren es fast 5000. Diese Desertionen oder AWOLs (*Absent without Leave*: ohne Genehmigung der Truppe fernbleiben, nach 30 Tagen wird man zum Deserteur) sind bis 2001 meist folgenlos geblieben, die Soldaten wurden lediglich unehrenhaft entlassen. Das hat sich kurz nach dem 11.9.2001 geändert: die Leute sollten gefunden und »reintegriert« werden. Dadurch sind nicht weniger Soldaten gegangen, aber weniger konnten »draußen bleiben«. Mit Beginn des Irakkriegs wurden fast alle Möglichkeiten dicht gemacht, legal den Dienst zu quittieren. Ende 2004 wurde offiziell von 5500 AWOLs/Desertionen seit Beginn des Irakkriegs gesprochen – Soldaten, die sich der Einberufung entziehen, sich vor der Verlegung in den Irak absetzen, oder in Kanada Asyl beantragen (während des Vietnamkriegs waren über 50000 Wehrpflichtige nach Kanada gegangen; inzwischen wurden die Gesetze geändert, und es ist für desertierte US Soldaten fast unmöglich, dort einen legalen Status zu haben, siehe http://www.jeremyhinzman.net/. Gleichzeitig haben ungefähr 5000 US Soldaten einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt. (nach: When Desertion is the Only Option, Kathy Dobie / Harper's Magazine v.310)

Military Families Speak Out, http://www.mfso.org/

Bring Them Home Now, http://www.bringthemhomenow.org/

GI Rights Hotline: http://girights.objector.org/

Military Counseling Network http://girights.objector.org/

nem der größten Stützpunkt der US-Marines, in Kalifornien. Bei den Einheiten beider Stützpunkte hat es im Krieg gegen den Irak und der folgenden Besatzung eine große Zahl von Opfern geben. Aber auf beiden Stützpunkten hat es während des Vietnamkrieges aktiven Widerstand gegen den Krieg von aktiven Soldaten gegeben. Die Proteste am 19. März sind zur Unterstützung des Widerstands innerhalb der Armee gedacht und betonen die besondere Bedeutung der politischen Arbeit mit Angehörigen von Militärfamilien und aktiv dienenden Soldaten.

Eine dieser Möglichkeiten besteht in der Beratung von unzufriedenen Soldaten. Die *GI Rights Hotline*, eine bundesweite telefonische Beratungshotline in den USA, erhält Tausende von Anfragen von GIs, die die Armee verlassen wollen oder schon auf eigene Faust verlassen haben. Die Mitarbeiter der Hotline berichten, dass die Telefone nicht aufhören zu klingeln. Friedensgruppen bieten Schnellkurse an, in denen neue freiwillige Militärberater ausgebildet werden. Auch in Deutschland gibt es solch eine Beratungsstelle. Das *Military Counseling Network* (MCN) in Bammental in der Nähe von Heidelberg bietet kostenlose telefonische und persönliche Beratung für GIs, die in Deutschland stationiert sind und einen Weg suchen, aus der Armee rauszukommen. Sie kennen sich aus, wie man einen Antrag auf »Conscientious Objection« (KDV-Antrag) stellt und kennen auch die anderen, meist medizinischen und psychologischen Gründe, die es einem unzufriedenen Soldaten möglich machen, vorzeitig aus der Armee entlassen zu werden. Es gibt steigenden Bedarf für die vertrauliche Beratung. Deutschland ist eine wichtige Drehscheibe für den Krieg im Irak. Der Militärflugplatz Ramstein ist die größte US-Basis in Europa. Das nahe gelegene US-Militärhospital in Landstuhl ist das größte Militärhospital außerhalb der USA. Im März 2003 wurde fast die gesamte die *1. Armored Division* (Panzerdivision) aus Wiesbaden, ein Elite-Kampfverband der US-Armee, in den Irak verlegt. Im November 2003 hatten sie die Gelegenheit, ihren Oberbefehlshaber George W. Bush persönlich kennenzulernen, als er ihnen – zu einem Blitzbesuch in Bagdad eingeflogen – zum Erntedankfest einen Gummi-Truthahn servierte. Inzwischen wurden bei den Kämpfen im Irak bisher 133 Soldaten der *1. Armored Division* getötet und 1111 verwundet.

Traveling Soldier:
http://www.traveling-soldier.org/

SNAFU
http://www.join-snafu.org/

GI Special
kostenloses Email-Abo:
thomasfbarton@earthlink.net
Alle bisher erschienen Ausgaben auf:
http://
www.militaryproject.org/

Die GI-Revolte während des Vietnamkriegs und des 2. Golfkriegs (1991) ist dokumentiert in dem Buch *Widerstand in der US-Armee. Vom Krieg in Vietnam bis zum Golf...*
231 Seiten – 14 Euro,
ISBN 3-927170-13-5
Bezug: Harald-Kater-Verlag, Görlitzer Str. 39, 10997 Berlin,
harald.kater@goerl39.de

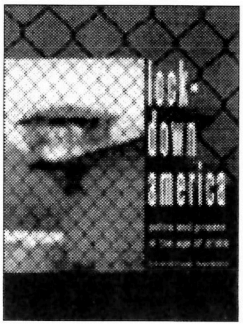
Just Say No! Eine neue GI-Bewegung?

Während des Vietnamkrieges entstand in den unteren Rängen der US-Armee eine militante Rebellion gegen den Krieg und die Armee. Die Aktivitäten reichten von der Herausgabe von Untergrundzeitungen über unerlaubte Entfernung von der Truppe, Befehlsverweigerung, Streiks und Demonstrationen, bis hin zu Meutereien, »fragging« (Ermordung von Offizieren) und Sabotage. An die Erfahrungen dieser damaligen GI-Bewegung versuchen einige Gruppen heute anzuknüpfen, zum Beispiel *SNAFU*. Am aktivsten aber ist die Gruppe, die *Traveling Soldier* und *GI Special* herausgibt. Beides sind online-Publikationen. Die Redaktion von *Traveling Soldier* schreibt, dass sie über den Widerstand berichten will, egal »ob er in den Straßen Bagdads, New Yorks oder innerhalb der US-Streitkräfte stattfindet (...) Wir wollen, dass dieser Rundbrief eine Waffe wird, die euch dabei hilft, den Widerstand innerhalb der Bewaffneten Streitkräfte zu organisieren.« Von *GI Special* wurden seit Anfang des Erscheinens im Februar 2003 bereits etwa 500 !!! verschiedene Ausgaben verbreitet. Man kann es kostenlos per email abonnieren. *GI Special* ist ein regelmäßiger – fast täglicher – antimilitaristischer Rundbrief mit Informationen über den Krieg und die Besatzung aus der Sicht der einfachen GIs und ihrer Angehörigen. Wer den Widerstand gegen den Krieg unterstützen will und Kontakt zu US-Militärangehörigen hat, sollte *Traveling Soldier* und *GI Special* an sie weitergeben.

Kater

»Der Knast dient zur Terrorisierung der Armen«

Polizei, Knast und Krise in den USA



Christian Parenti
Lockdown America: Police and Prisons in the Age of Crisis
London/New York 1999 (Verso)
290 Seiten

(bei www.missing-link.de 15.66 Euro)

Das Buch Lockdown America: Police and Prisons in the Age of Crisis von Christian Parenti ist bereits 1999, d.h. vor dem 11. September 2001 erschienen (schade, dass es bis heute keinen deutschen Verlag gefunden hat). Das relative Alter des Buchs ist in diesem Fall ganz nützlich, denn es erinnert uns daran, dass die repressiven Entwicklungen, die etwa George Caffentzis beschreibt, nicht erst seitdem eingesetzt haben.

Bekanntlich sitzen in keinem Land der Welt prozentual so viele Menschen im Knast wie in den USA: Als Parentis Buch erschien, waren es 1,8 von 280 Millionen EinwohnerInnen, weitere 3 Millionen waren auf Bewährung draußen. Inzwischen sitzen über 2 Millionen.[1] Die Vorfälle in amerikanischen Kriegsknästen in Kuba, Irak und anderswo haben auch Knäste in den USA wieder in die Diskussion gebracht – nicht zuletzt, weil einige Folterer von Abu Ghoraib schon im »Zivilberuf« Schließer waren. Das Buch beschreibt im Detail die Ausweitung des Knastsystems, das Management der Knäste über Terrormethoden und die Diskussion um einen entstehenden Prison Industrial Complex.

Im ersten Teil des Buches – »Krise« – leitet Parenti die Entwicklung zum Polizei- und Gefängnisstaat aus der gesellschaftlichen Krise der 60er Jahre her: »Wie hoffnungslos muss die Welt für die politisch und wirtschaftlich Mächtigen ausgesehen haben. Amerikas gesamte soziale Ordnung schien zu zerfallen. Autorität und Gehorsam brachen völlig zusammen. Die Krise der späten 60er und frühen 70er Jahre war ernster, als viele glauben: Das Land steckte mitten in einer planlosen, aber tödlichen sozialen Revolution.« Das Buch gibt einen plastischen Überblick über die Erscheinungsformen dieser Revolution: eine riesige Anti-Kriegs-Bewegung unter den Soldaten in Vietnam und zuhause in den USA[2], eine allgemeine Kulturrevolte unter der Jugend, eine radikalisierte Bürgerrechtsbewegung, blutige Aufstände in den Städten, die Entstehung von bewaffneten revolutionären Gruppen.

Der Staat reagierte auf die revolutionäre Situation mit heftigen Repressionen. Diese hätten aber nicht gegriffen, weil die Polizei unkoordiniert, korrupt und unfähig gewesen sei. Mit viel Geld aus Washington seien daraufhin die lokalen Polizeibehörden vereinheitlicht, vernetzt und aufgerüstet worden. Parallel wurde das Strafrecht in immer neuen Crime Bills verschärft.

Die Revolution fand aber auch im Betrieb statt: »So wie das ›Fragging‹[3] in Vietnam griffen in den Fabriken Sabotage, Bummelstreik und wilde Streiks um sich – und viele der wütenden jungen Arbeiter hatten den Ungehorsam sicherlich erstmals in Vietnam gelernt. Die Macht der Arbeiterklasse übersetzte sich in einen informellen Bummelstreik, der die gesamte Wirtschaft erfasste und zu einem messbaren Produktivitätsrückgang führte.« Trotz sinkender Profitraten und ab 1966 stetig steigender Arbeitslosigkeit seien die Löhne von Jahr zu Jahr weiter gestiegen. Die Arbeitslosigkeit habe immer weniger als Drohung funktioniert, da die Arbeitslosen gleichzeitig steigende Sozialleistungen durchgesetzt hätten. In der »Stagflation« schien der bisherige kapitalistische Krisenzyklus, in dem die Reallöhne in Boomphasen stiegen und in Rezessionen wieder fielen, außer Kraft gesetzt zu sein. Parenti stellt ausdrücklich den Zusammenhang zwischen »Profitklemme« und dem Klassenkampf her.

Entscheidend für die Konterrevolution sei der neoliberale Krisenangriff gewesen: 1979 löste der neue US-Notenbankchef Volcker mit drastischen Leitzinserhöhungen die größte Rezession seit den 30er Jahren aus. Sie funktionierte wie gewünscht »als kaltes Bad zur Einschüchterung und Disziplinierung der ArbeiterInnen«. Von 1979 bis 1982 sanken die Reallöhne um über 8 Prozent. Gleichzeitig verarmten und verödeten innerhalb weniger Jahre die industriellen Zentren des Nordostens.

Nebeneffekt dieses erfolgreichen Angriffs waren zunehmende Armut und gesellschaftlicher Zerfall. Hier setzt Parentis zentrale These an: Die Aufrüstung des Polizeistaats, die Füllung der Knäste seit den 80er Jahren war keine Reaktion auf Auf-

[1] Quelle: Die Bürgerrechtsorganisation American Civil Liberties Union (http://www.aclu.org/Prisons/PrisonsMain.cfm).

[2] Vergleiche Zerowork, Thekla 10, siehe S. 40 des Dossiers

[3] Vergleiche die Rezension von Jonathan Neales Buch *Der amerikanische Krieg 1960-1975* in Wildcat 72.

stände, sondern auf die Folgen der Konterrevolution: »Der gesellschaftliche Zusammenbruch, die Unordnung und die entwurzelten Menschen, die die neoliberale Umstrukturierung der Wirtschaft hervorgerufen hatten, musste mit etwas anderem als sozialdemokratischen Reformen gemanagt werden«, die den Armen zuviel Mitsprache und zuviel vom Kuchen gegeben hatten.

Der Knast soll die vom Kapital nicht mehr verwertete Überschussbevölkerung aufnehmen. Vor allem aber soll er sie terrorisieren. Parenti setzt sich kritisch mit Foucaults These (in Überwachen und Strafen) von der historischen Entwicklung weg von der spektakulären strafenden Gewalt gegen den Körper und hin zu verinnerlichten »disziplinierenden« Kontrollmechanismen auseinander. Sie sei überholt durch die materielle und politische Spaltung des US-Proletariats: »Die Mittelschichten sperren sich immer noch in die diskursiven Gefängnisse von ›Selbsthilfe‹ und Selbstverwirklichung ein; ihr abweichendes Verhalten ist ›Krankheit‹, ihr Heilmittel ist ein Versuch, besser zu funktionieren. Aber auf der anderen Seite der Klassenspaltung wird die Energie der Körper und Seelen kaum gebraucht. Hier wird abweichendes Verhalten nicht mehr als individuelle Krankheit gesehen wie in den Hochzeiten der Resozialisierung, sondern die überflüssigen Klassen sind einfach böse Menschen.«

Der Angriff auf die Armen kommt also als Krieg gegen die »Kriminalität« daher, und zum bevorzugten Vehikel wird dabei die Drogenbekämpfung. Die Zahlen der Festnahmen und Verurteilungen wegen Drogen vervielfachen sich. Betroffen sind in erster Linie Schwarze: 60 Prozent der wegen Drogendelikten Verurteilten waren 1990 schwarz (bei 12 Prozent Bevölkerungsanteil).

Für diesen Krieg wird die Polizei vom Militär kostenlos mit Waffen ausgerüstet und darf ihr Budget aus »Drogengeldern« decken, die in wahllosen Straßenkontrollen beschlagnahmt werden. Im zweiten Teil des Buchs beleuchtet Parenti einige Aspekte des Polizeistaats genauer: Die *Zero Tolerance*-Politik propagiert ein massives Vorgehen gegen kleinste Ordnungswidrigkeiten, um der »Gewalt« das Wasser abzugraben. Sie richtete sich in New York, wo sie aufkam, tatsächlich in dieser Reihenfolge gegen Scheibenputzer an Ampeln, gegen Schulschwänzer und schließlich gegen Sexshops. Polizei und boomende private Sicherheitsdienste vertreiben die Armen aus den für die Yuppies hergerichteten Innnenstädten. Der »Krieg gegen Gangs« wird von über 30000 SWAT-Teams (SEKs) mit Hubschraubern, automatischen Waffen und Hundestaffeln geführt. Millionen von Jugendlichen werden in Gang-Datenbanken eingespeist (um als »Gangmitglied« eingestuft und später entsprechend höher verurteilt zu werden, reicht es, drei von zehn Kriterien wie »Gang-Tattoos«, »Gang-Handzeichen« oder Umgang mit anderen »bekannten Gangmitgliedern« zu erfüllen).

Im dritten Teil beschreibt Parenti neben einem Überblick über die Ausweitung des »amerikanischen Gulag« die Brutalisierung des Gefängnisses durch Demütigungen und Terror und den geplanten Einsatz von Vergewaltigungen, Gangs und Rassismus zur Verwaltung der Gefangenen.

Den Prison Industrial Complex hält Parenti in mehrerer Hinsicht für einen Mythos: Der Bau von Knästen tauge nicht als keynesianischer Ersatz für die militärische Industriepolitik (das Militärbudget in den USA war übrigens bereits vor dem 11. September immer noch zehnmal so hoch wie das Knastbudget). Selbst die Hoffnungen der Lokalpolitiker auf wirtschaftliche Belebung durch Gefängnisneubauten erfüllten sich oft nicht. Auch die Knastarbeit bringe keine großen Profite: »Wenn ihr bei Stundenlöhne von 50 Cent nicht konkurrenzfähig seid, weiß ich auch nicht!«, wird ein von der schlechten Qualität und den hohen Kosten enttäuschter Kunde zitiert. »Knastarbeit – von der Linken als Sklaverei verschrien, von der Rechten als supereffektive Erziehungsmaßnahme gepriesen und von beiden in ihren Ausmaßen übertrieben – ist in Wirklichkeit ein kleiner und nicht sehr profitabler Teil des amerikanischen Gulag.« Am Ende des Buchs wiederholt Parenti noch einmal seine These: »Egal was die Politiker sagen oder glauben: Die Hauptfunktion des Gefängnisses ist die Terrorisierung der Armen, die Lagerung des sozialen Sprengstoffs und des sozialen Mülls, und die Reproduktion von apolitischen Formen von kriminellem ›abweichenden Verhalten‹.«

Zum Schluss noch ein Wort zum Stil: In der Recherche und Präsentation der vielen Details merkt man Parenti seine journalistische Erfahrung an. Bei allem theoretischen Anspruch ist das Buch spannend und lesbar geschrieben und kann Leuten, die englisch lesen können, nur empfohlen werden.

Phil

Politisches Engagement in schwieriger Zeit

Studs Terkel, der legendäre amerikanische Interviewer, ist inzwischen 93. Im September 2004 hat der Kunstmann-Verlag seinen dreizehnten Interviewband auf Deutsch herausgebracht: *Die Hoffnung stirbt zuletzt. Politisches Engagement in schwieriger Zeit.* Enthalten sind 40 Interviews, die Studs Terkel zwischen 1994 (ein Nachdruck aus seinem Buch von 1995) und 2002 führte – leider sind die Daten nicht vermerkt, oft kann man sie sich errechnen. Drei der Interviews sind mit »jungen Menschen«, viele mit Leuten über 70, die dann im Vorübergehen mal eben historische Ereignisse biographisch verorten: »Und dann natürlich 1963 der große Marsch nach Washington, wo Dr. [Martin Luther] King zum Anführer erkoren wurde. Zweihunderttausend jubelten. Ein großer Augenblick der Hoffnung. Ich war für die Leute in diesem Zug verantwortlich, wie Sie vielleicht erinnern (Fußnote: Der Zug brachte Marschteilnehmer von Chicago nach Washington, D.C. Ich fuhr auch mit; damals habe ich Tim Black kennengelernt.«) (164)

Dieser Blick über die Jahrzehnte, in denen man selber aktiv war, liefert Erfahrungen und qualitative Einschätzungen, Geschichte ist umkämpft – und offen. Die prägenden Ereignisse des 20. Jahrhunderts erstehen noch einmal beim Lesen, wie mühelos und nebenbei, doch scharf gezeichnet. Die Depression zu Beginn der 30er Jahre, die vielfältigen Klassenkämpfe, die die amerikanische Gesellschaft von Mitte der 30er Jahre (*sit-down strikes*) bis Anfang der 70er vorangetrieben haben, die absolut gegensätzliche Sicht auf die atomare Bedrohung, die einen wesentlichen Anteil an den Mobilisierungen der 60 Jahre hatte, das Ende der Kämpfe, der Abschwung seither, Verfall, Habgier, Egomanen an der Regierung... Und immer wieder aus dem eigenen Engagement heraus Scheinwerfer auf die Entwicklung der Gesellschaft, die grell deren wirklichen Zustand zeigen: »In den Achtzigerjahren, als die Coalition ihre Arbeit aufnahm, war der typische Obdachlose ein Mann. In den Neunzigern war es eine farbige Frau. Im neuen Jahrtausend sind es Kinder, so wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Im neuen Jahrtausend beträgt das Durchschnittsalter eines Obdachlosen neun Jahre.« (243)

Hoffnung

Studs Terkels roter Faden ist die Frage nach der Hoffnung, die die Leute antreibt:

»Einige Leute, denen es gut geht, leisten sich den Luxus, die Hoffnung zu verlieren. Aber arme Leute verlieren nie ihre Hoffnung. Das können sie sich nicht leisten. Es ist das einzige, woran sie sich halten können, und deshalb versiegt die Hoffnung nie. Ich höre manchmal: ‚Wie können Sie bloß immer noch mit den Obdachlosen und den Armen arbeiten?' Daraus schöpfe ich meine Kraft, weil sie niemals die Hoffnung aufgeben.« (238)

Manchmal könnte man fast meinen, die Interviewten unterhalten sich und streiten miteinander, so sagt ein pensionierter Konteradmiral: »Meiner Ansicht nach ist Hoffnung die reinste Gefühlsverschwendung. Die Leute hoffen in der Lotterie zu gewinnen, wenn sie ein Los kaufen. Sie hoffen zu gewinnen, weil sie keine Chance haben... Hoffnung ist eine vergebliche Geistesübung.« (62 f.) Dem würde sicherlich auch Brigadegeneral Paul Tibbets zustimmen, das Interview mit ihm (S. 68 ff.) sticht in vieler Hinsicht aus den anderen Interviews heraus. Studs Terkel leitet es so ein: »Wir sitzen in einer Nische eines Esslokals um die Ecke, gutes Bier und ausgezeichnete Sandwiches. Zwei alte Opas. Ich, neunzig Jahre alt, und Paul Tibbets, fünfundachtzig, pensionierter Brigadegeneral, in seiner Heimatstadt Columbus, Ohio, wo er viele Jahre gelebt hat. – Ich eröffne das Gespräch: ‚Mir ist in die-

Studs Terkel
Die Hoffung stirbt zuletzt – Politisches Engagement in schwieriger Zeit
München 2004
(Kunstmann)
320 Seiten gebunden
22.00 Euro
ISBN 3-88897-368-6

sem Restaurant aufgefallen, dass die Leute Sie nicht erkannt haben. Sie waren mal Pilot eines Flugzeuges, das *Enola Gay* hieß und über die japanische Stadt Hiroshima flog – an einem Sonntagmorgen, dem 6. August 1945 – und eine Bombe abwarf. Es war die Atombombe, die erste überhaupt. Dieser Augenblick hat die Welt verändert.« – Und Tibbets antwortet: »Das Flugzeug war auf den Namen meiner Mutter getauft. Sie hieß Enola Gay Haggard...«

Als Studs Terkel viel später noch einmal nachhakt: »Hatten Sie jemals irgendwelche Zweifel hinsichtlich der Bombe?«, antwortet Tibbets: »Zweifel? Nein. ... Nein, ich hatte keine Gewissensbisse. Ich wusste, dass wir richtig handelten. ...« (er warf auch die zweite Bombe über Nagasaki ab.) Selbst als Studs Terkel später auf heute zu sprechen kommt: »Wie sehen Ihre Gedanken seit dem 11. September aus? Man spricht von Atombomben, der Wasserstoffbombe«, antwortet Tibbets: »Sagen wir mal so. Ich weiß über diese Terroristen auch nicht mehr als Sie; ich weiß nichts. ... Wir müssen in der Lage sein, diese Hunde zu töten. Nicht dieser Quatsch, von wegen ihnen den Prozess machen. Zum Teufel damit. Ich würden keine fünf Sekunden auf sie verschwenden.« [...] Terkel: »Wenn Sie die Leute sagen hören: ‚Lasst uns sie mit Kernwaffen angreifen, lasst uns diese Leute mit Kernwaffen vernichten', was denken Sie dann?« – »Oh, ich würde nicht zögern, wenn es nach mir ginge. Ich würde sie auslöschen. Man würde gleichzeitig unschuldige Menschen töten, aber wir haben nie einen verdammten Krieg irgendwo in der Welt ausgefochten, in dem keine unschuldigen Menschen getötet wurden. Wenn die Zeitungen bloß mit dieser Scheiße aufhören würden: ‚Ihr habt so viel Zivilisten getötet.' Die haben eben Pech gehabt, wenn sie gerade dort waren.«

Neuanfang?

Ein Abschnitt im Buch ist überschrieben »Stimmen der Sechziger«. Hier kommen u.a. Tom Hayden und Arlo Guthrie zu Wort. Tom Hayden, Autor des legendären *Port Huron Statement* des amerikanischen SDS (1962) macht ziemlich genau 40 Jahre später darauf aufmerksam, dass sich mit »Seattle« »kurz vor dem 11. September eine Bewegung [formierte], die auf dem Niveau der Sechziger war. Ich war damals die ganze Zeit in Seattle. Ich war begeistert, ich war mittendrin... Das Rückgrat der Demonstrationen waren junge Menschen, aber die Koalition in Seattle war ein Traum, den man in den Sechzigern niemals hätte verwirklichen können: junge Menschen, Umweltschützer und Arbeiter traten gemeinsam auf... Dann, bumm, der 11. September... Der 11. September hat die Erinnerung an eine gestohlene Wahl in den Schatten gestellt und nebensächlich gemacht.« Er ist der Ansicht, dass Bush vor allem deshalb an der Macht ist, weil »die Konservativen mehr Wut [haben]... Man konnte es den Gesichtern dieser Typen ansehen, die nach Florida flogen und die Stimmauszählung buchstäblich stoppten, stoppten. Sie haben die Demokratie mit Körpergewalt gestoppt. Das sind die Leute, die das Land regieren. Mir scheint, dass eine neue Gelegenheit nicht fern ist, eine neue Ära der Hoffnung jenseits der gegenwärtigen Düsterkeit, aber nur wenn die Fortschrittlichen ihre Wut wiedergewinnen. Ich meine eine alttestamentarische Wut: eine Wut auf Ungerechtigkeit... die Wut des Gerechten. Heilige Wut, das fehlt. Wenn du über heilige Wut verfügst, kannst du ein paar Jahre ein einsamer Rufer in der Wüste sein, aber du wirst nie aufhören zu versuchen, das Land zurückzuerobern.« (93 f.)

Wie bei fast allen Interviewten fällt auch bei Arlo Guthrie dieser amerikanische, scheinbar völlig selbstverständliche, Patriotismus auf. Er äußert sich unter anderem zum Ende des *movement*: »Ich kann mich noch an den Tag erinnern, an dem alles vorbei war. Wir demonstrierten gegen den Bau des Atomkraftwerks in Seabrook, New Hampshire. Wir hatten im vergangenen Jahrzehnt oft solche Demonstrationen gemacht – für die Bürgerrechte, gegen die Atombombe, gegen den Krieg, gegen die Verschmutzung der Gewässer und so weiter –, und wir sind stets die Straßen und Boulevards entlangmarschiert und haben die üblichen Lieder gesungen... Plötzlich sah ich, wie jemand ein Transparent hochhielt, auf dem stand: Lesbische Klempnerinnen aus Alabama, New York, gegen Kernkraft. Obwohl das sehr komisch und irgendwie wunderbar war, merkte ich, dass es nun zu Ende war. Auf einmal nutzten Leute diese Ereignisse, um sich selbst zu rechtfertigen und nicht einfach, um die atomare Bedrohung in dieser Gegend zu unterbinden. Und ich glaube, ich hatte Recht.

Ich weiß noch, wie der Aids-Quilt zum letzten Mal auseinander gerollt wurde, und zwar in Washington D.C. [am 11. Oktober 1987]. Ich war da, ich hielt eine Rede, ich ging die Straße hinunter, und sie spielten Musik aus der Konserve. Ich sagte mir: Ist das nicht interessant? Undenkbar, dass jemand von denen bei einer Bürgerrechtsdemonstration oder sonst wo war, wo Live-Musik eine so bedeutende Rolle gespielt hat. Wären sie dabei gewesen, wüssten sie um die Macht unserer selbst gespielten Musik... Ich dachte: Was für eine Schande! Ich spürte, dass meine Welt in mancher Hin-

sicht untergegangen war, dass die Sechziger endgültig vorbei waren. Die große Tragödie unserer Zeit ist, dass wir die Stimme des kleinen Mannes verbannt haben und jetzt auf die Leute hören, die Profit aus Konservenzeugs schlagen.« (111 f.)

Arbeiterkämpfe

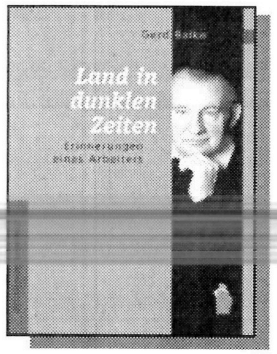
Das oben erwähnte, aus einem früheren Buch von Studs Terkel nachgedruckte Interview ist mit Genora Johnson Dollinger: »Wir fingen den Sitzstreik im Dezember 1936 an und kamen erst Ende Januar 1937 wieder raus. Ich war dreiundzwanzig.« Als sie von den Ereignissen erzählte, war sie achtzig und durchlitt die letzten Tage ihrer Krankheit; doch während sie sprach, klang ihre Stimme wie die einer leidenschaftlichen jungen Frau. (...) Als der Kampf auf dem Höhepunkt war [und zu kippen drohte, stieg sie in einen Lautsprecherwagen]. Also setzte ich mich rein und versuchte es mit einer neuen Taktik – einem Appell an die Frauen. Irgendwie drang der Lautsprecher zu ihnen durch. Ich sprach oben vom Wagen über Megaphon zu den Frauen auf beiden Seiten der Barrikaden. Ich flehte sie an, die Polizeiabsperrung zu durchbrechen und sich uns hier unten anzuschließen. Eine Frau stürmte vor, und ein Polizist hielt sie am Mantel fest. Sie schlüpfte heraus und reihte sich bei uns ein. Danach kamen andere Frauen. Die Frauen strömten herbei, und das entschied die Schlacht. Ich war mittendrin. Wir haben gesiegt. ...« (131 f.)

Studs Terkel nimmt den Faden auf (das entsprechende Kapital ist »Brot und Rosen« betitelt) und interviewt Carole Travis: »Ich sagte: ‚Ich entsinne mich, dass Ihr Vater, der wie ein Zwillingsbruder von Robert Redford aussah, einen der bedeutendsten Streiks der amerikanischen Arbeiterbewegung anführte: den vierundvierzigtägigen Sitzstreik in Flint, Michigan. Das war vor siebenundsechzig Jahren.‘ ‚Tatsächlich?‘ lachte Carol. ‚Ich wurde 1942 geboren, fünf Jahre danach.‘ Sie ist Funktionärin der Service Employees International Union [Gewerkschaft der DienstleistungsarbeiterInnen], inzwischen mit ihren 1,4 Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft der Vereinigten Staaten. ‚Als Twen in den Sechzigerjahren war ich eine ziemliche Draufgängerin. Ich gehörte der studentischen Antikriegsbewegung an. Einige von uns meinten, man könnte die Gesellschaft nur ändern, wenn man sich der Arbeiterklasse anschlösse. [Leises Lachen] Also ging ich vom College zur Arbeiterklasse. Ich arbeitete an Fließbändern bei Motorola, bei Zenith, in Bilderrahmenfabriken. Ja, ich führte mit einer Puerto-Ricanerin einen Sitzstreik in einer Bilderrahmenfabrik durch. Dann arbeitete ich neunzehn Jahre lang am Fließband bei General Motors. Ich wurde [1986] Ortsgruppenvorsitzende der UAW, versah zwölf Jahre meinen Dienst. Während dieser Jahre besuchte ich die Abendschule und wurde Anwältin....‘«(135) Carole Travis erzählt aus dem Leben ihres militanten Vaters, aus der Kommunistenjagd in der Mc Carthy-Zeit. Für heute macht sie sich »große Sorgen«, »ich glaube, wir sind an einem Wendepunkt angelangt... die Menschen, der Planet, die Zukunft, alles steht auf dem Spiel. Wir sollten uns um die großen Fragen kümmern.« (141) *jaa*

Verlag
WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Hans Jürgen Krysmanski
Hirten & Wölfe

Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research
2004 - 205 Seiten - € 15,30
ISBN 3-89691-602-5



Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
www.dampfboot-verlag.de

ZEROWORK

Zwei der Autoren in diesem Dossier, Peter Linebaugh und George Caffentzis, haben schon vor 30 Jahren über die Klassenzusammensetzung in den USA geschrieben. Zusammen mit anderen GenossInnen brachten sie die Zeitschrift Zerowork heraus, von der nur zwei Nummern erschienen: 1975 und 1977.
Beide Hefte haben wir 1988 ins Deutsche übersetzt und als TheKla 10 veröffentlicht – und das beste: sie sind noch erhältlich! Auf 288 Seiten mit das Fundierteste, was in deutscher Sprache über den Klassenkampf in den USA der 70er Jahre vorliegt. Untersucht wird der Klassenkampf in seiner ganzen Breite: in der Fabrik wie im Ghetto, auf den Sozialämtern wie im Haushalt, in Schule und Bergwerk; es ist nicht die Suche nach einer »besonderen Branche«, sondern der Anspruch auf revolutionäre Totalität.
Das Projekt Zerowork hat sich an der Frage zerstritten, ob das Wertgesetz nach wie vor Gültigkeit habe. Leute wie George Caffentzis, die diese Frage positiv beantworte(te)n, haben danach die Zeitschrift Midnight Notes gemacht, aus der wir auch viele Texte ins Deutsche übersetzt haben.
Aber das ist eine weitere Geschichte ...

Zerowork 1 (1975)

- Paolo Carpignano: Die Klassenzusammensetzung in den USA der 60er Jahre. Des Kapitals »Neue Dimensionen«: Die Initiative Kennedys
- Mario Montano: Bemerkungen zur internationalen Krise
- Peter Linebaugh & Bruno Ramirez: Krise in der Automobilindustrie.
- Peter Taylor: Postarbeiter gegen den Staat. »Diese Hurensöhne arbeiten einfach nicht«
- William Cleaver: Wildcats im Kohlerevier der Appalachen.
- George Caffentzis: Weg mit der Karriereleiter: Universitäten in der Krise
- Bruno Ramirez: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Krise. Die eigenmächtige Herabsetzung der Preise in Italien

Zerowork 2 (1977)

- Harry Cleaver: Nahrungsmittel, Hunger und die internationale Krise
- Philip Mattera: Nationale Befreiung, Sozialismus und der Kampf gegen die Arbeit: Der Fall Vietnam
- Christian Marazzi: Das Geld in der Weltkrise. Die neue Basis der kapitalistischen Macht
- Donna Demac & Philip Mattera: New York entwickeln und unterentwickeln. Die »Haushaltskrise« und die Durchsetzung der Austerität

»Die Tendenz zur Vereigenbrötlerung muss gestoppt werden!«

In der *Wildcat* 71 hatten wir Interviews zu »Lebensentwürfen« gegen und in einem prekarisierten Arbeitsmarkt. In ihnen wurde mehrfach auf die Bedeutung von (Wohn-)Kollektiv und Reproduktionszusammenhang verwiesen. In Zeiten, wo die Klage über Vereinzelung allgemein wird und *arte* über Frauen-WGs jenseits der 60 berichtet, drängte es sich also auf, die Interviews mit einem Teil II zu kollektiven Wohnformen fortzusetzen. Reicht das Zusammen Wohnen als Strategie gegen Vereinzelung und »Prekarisierung« aus? Überwiegt die Angst vor sozialen Unsicherheiten, die Neugierde auf andere Menschen, oder der Wunsch, sich politisch einzumischen? Könnten solche Kollektive heute eine ähnlich sprengende Wirkung kriegen wie in den (durch die) Jugendbewegungen der 70er und 80er Jahre?

Mit unseren Interviews wollten wir Diskussionen über solche Fragen anstoßen. Wir haben mit Wohnprojekten angefangen, die wir gut kennen und uns dann »weitergefragt«. (Am Ende haben wir nicht alle Interviews veröffentlicht; die meisten sind aus mehreren Gesprächen zusammengesetzt.)

Von den folgenden sechs Interviews sind drei mit Hausprojekten, zwei mit Landkommunen und eins mit dem SSK, der eine Sonderrolle als politisches Projekt einnimmt.

»Häuser«

und WGs haben in Bewegungszeiten immer eine wichtige Rolle gespielt. Für Linksradikale, die sich nicht traditionellen Organisationen anschließen wollten, war die alltägliche Auseinandersetzung und »Organisierung am Küchentisch« von zentraler Bedeutung. »Die Häuser« waren »organisatorische Kerne« für den Straßenkampf genauso wie für Kampagnen, kulturelle Entwicklungen und politische Diskussionen. Wir haben mit sechs Menschen aus zwei »Häusern« in einer Kleinstadt gesprochen. Sie sind in ihrer Zielrichtung unterschiedlich, in ihrer Problematik aber ähnlich: einigermaßen gemeinsam macht man im einen Fall eine Kneipe mit Konzerten, im anderen Fall eine politische Bibliothek, ansonsten läuft wenig zusammen.

Die Leute merken, dass ihr Haus zu einem Treffpunkt wird und dass sie als Hausprojekt auch »kommunalpolitisch mitmischen« können. Doch sie wissen nichts *gemeinsam* damit anzufangen – das Haus hängt wie eine Last an ihnen. Sie können oder wollen die Vereinzelung im Haus nicht aufheben und zahlen teilweise einen hohen Preis dafür (bis hin zum Selbstmord). Alle gehen ihren individuellen Interessen oder dem Broterwerb nach, während die gemeinsame Ökonomie symbolisch bleibt – Haushaltskassen von fünf oder zehn Euro die Woche sind keine gemeinsamen Kassen sondern eine Karikatur davon! Solche Beträge setzen eine gemeinsame Aneignungsökonomie voraus – klauen gehen z.B. –, die Gefragten verneinen aber, dass das bei ihnen noch eine Rolle spielt. Da gilt die Nachfrage aus dem Tuntenhaus: »hey Leute, warum wohnt Ihr eigentlich zusammen?« Allerdings zieht im Tuntenhaus jemand Bilanz, der schon länger in WGs wohnt, als die Leute der ersten beiden Gespräche alt sind. Das Tuntenhaus ist immer noch ein wichtiger Bestandteil der Berliner linksradikalen Infrastruktur. Die Selbstdarstellung im Internet ironisiert treffend den Wohnstandard zwischen Ofenheizung und Flatrate: »Dem einen einsamen Duschkopf stehen immerhin 12 Computer im Haus gegenüber...« (www.tuntenhaus.squat.net)

Es wäre absolut daneben, den jüngeren Leuten vorzuwerfen, dass sie so etwas überhaupt probieren. Immerhin sind es neue Anläufe, in anderen Städten hat es das lange nicht mehr gegeben. Verarmung und der Druck, sein Studium abzuschließen, einen Beruf zu ergreifen usw. nehmen in der Gesellschaft zu. Vor diesem Hintergrund haben Hausprojekte Schwierigkeiten, ihre – wie es in einem anderen Interview genannt wird – »Starteroption« wahrzunehmen. Wenn es ihnen aber nicht gelingt, einen Raum zu schaffen, in dem unterschiedlichste Lebensplanungen zusammenfließen können und ein gemeinsames Vorhaben entsteht, geraten sie in die Zange zwischen ökonomischen Zwängen und ihren »politischen Ansprüchen«. Wenn es ganz doof läuft – und das scheint eher die Regel zu sein –, treiben sie sich an beiden Polen in die Individualisierung. Denn im Gegensatz zum »gemeinsam Arbeiten gehen«, das in einem der beiden Häuser als Idee umhergeistert, fällt es beim Aufspüren von Finanzhilfen schwer, kollektive Momente zu entwickeln.

Das einzige gemeinsame Problem scheinen die Personen zu sein, die eigentlich ausziehen sollten und nicht gehen. Die Chance, die in solchen Auseinandersetzungen auch steckt (Diskussionen über Rausschmiß können zu einer Debatte über Bedürfnisse führen), wird natürlich nicht ergriffen, wenn man sich die Lösung von »Supervision« erhofft. Kollektive ent-

wickeln gerade aus der Bewältigung von Problemen ihre Stärke, kollektive Erfahrungen machen setzt voraus, sich gemeinsam gegen etwas durchzusetzen – *nicht* den Weg des individuell geringsten Widerstands zu gehen.

Landkommunen

Eine Kommune wollte anonym bleiben – deswegen die Bezeichnung ‚X'. Auch hier haben wir viel über Geld und woher es kommt diskutiert. Dieses Projekt ist – wie die meisten anderen auch – auf staatliche oder private Geldzuflüsse (Spenden, Fördergelder, ...) angewiesen. Eine öffentliche Diskussion über »Fördergelder« ist aber schwierig bis unmöglich. Noch schwieriger zu entwirren wird die Sache, wenn die Projekte Dinge, die sie *politisch* tun, bezuschussen oder bezahlen lassen – wie eins der Hausprojekte.

Niederkaufungen ist die größte Kommune in Deutschland und versteht sich als ein Versuch und Vorzeigeprojekt, der individualisierten und am Kapital ausgerichteten Lebensweise zu entrinnen. Die KommunardInnen bestreiten ihren Lebensunterhalt gemeinsam und entscheiden im Konsens. Abbau von Hierarchien und geschlechtsspezifischen Machtstrukturen, eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise und ein linkes Politikverständnis sind die weiteren Grundlagen ihres gemeinsamen Lebens. Den SSK gibt es seit 1968. Begonnen als »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« – ein Sozialarbeiterprojekt für obdachlose Jugendliche – benannte man sich 1975 nach einem Krach mit der Stadt und Verbot des SSK in »Sozialistische Selbsthilfe Köln« um. Das war ein bewusster Schritt raus aus dem Sozialstaat, aus der Entmündigung und Gängelung, die staatliche Gelder für den Einzelnen und für Projekte bedeuten. Der SSK hat sich nie als Teil der Kommunebewegung verstanden, sondern eher als Teil der »anderen Arbeiterbewegung«.

Für die in den 70ern entstandene Kommunebewegung war das Unabhängigwerden von staatlichen Geldern konstitutiv. Die Leute in Niederkaufungen haben dieses Ziel zielstrebig in Angriff genommen und eine ökonomische Basis aufgebaut, von der aus sie nicht mehr von staatlichen Geldern abhängig sind. Dennoch haben für sie – wie für die ganze berühmte Alternativökonomie in den 70er und 80er Jahre – im Laufe ihrer Geschichte staatliche »Transferzahlungen« immer eine Rolle gespielt (Arbeitslosengeld, Bafög, Projektgelder ...). Vor dem Hintergrund scharfer Kürzungen wird die Geldfrage immer mehr zur Achillesferse der Kollektive, zuweilen ist unklar, ob Gelder aufgerissen werden, weil man politische Vorhaben anders nicht finanzieren kann, oder ob Projekte nur des Geldes wegen weiter betrieben werden.

Aktuell steigen linke Projekte in den Ein-Euro-Zirkus der Hartz-IV-Reform ein – auch solche, die den Widerstand gegen Hartz IV mit auf die Straße getragen haben – eine Diskussion darüber findet kaum statt. Die eigene Arbeit im Projekt als Ein-Euro-Job zu »verkaufen«, ist natürlich verlockend: die Leute werden vom Arbeitsamt in Ruhe gelassen und kommen insgesamt auf einen erträglichen Lohn (ALG2 plus Miete plus 160 Euro im Monat). Und das Projekt kriegt für jeden Ein-Euro-Job bis zu 500 Euro im Monat »für Verwaltungsaufwand«. Noch besser, wenn beides in dieselbe Kasse fließt! Genau so hat in den letzten 25 Jahren die Mitwirkung der linken und linksradikalen Szene beim Umbau des Sozialstaats funktioniert. Man stelle sich vor, die radikale Linke wäre Anfang der 80er geschlossen gegen ABM vorgegangen – dann hätte der Staat diese Maßnahmen nach kurzer Zeit wieder einstellen müssen. Stattdessen haben viele linke Projekte entdeckt, dass sie sich darüber finanzieren können – dieselben Leute beklagen sich heute, dass die Qualifikationen, die sie auf dem Arbeitsmarkt anzubieten haben, nicht mehr gut bezahlt werden. Dasselbe passiert gerade mit den EinEuroJobs. Deswegen ist es im Moment schwierig, eine gemeinsame Diskussion und Praxis in der linksradikalen Szene dazu hinzukriegen. Wenn wir uns in den Verhältnissen einrichten, »so lange es keine Bewegung gibt, die solche Projekte kippen kann «, vergessen wir, dass das gerade der Grund dafür sein könnte, dass es diese Bewegung nicht gibt.

Zwischenresümee: Wir haben kein »Kollektiv« gefunden.

Wenn wir unter »Kollektiv« etwas verstehen, wo die auf die Veränderung der Gesellschaft gerichteten Aktivitäten (ob man die jetzt politisch oder antipolitisch nennt), gemeinsam angegangen werden, dann haben wir kein Kollektiv gefunden. In allen Projekten haben Einzelpersonen mit uns geredet, die nur die »eigene Meinung« vertreten wollten. Mit einer Ausnahme waren immer nur ein oder zwei Leute bei den Gesprächen anwesend. Wenn Leute sich politisch engagieren, ist das ihr individuelles Hobby – für das sie wesentlich bessere Voraussetzungen haben als Leute in kleinen Wohnungen und Zweierbeziehungen: das Projekt, die Kommune, das Haus hält ihnen den Rücken frei. Manchmal wird aber genau das auch zum Problem: das »Pendeln« zwischen dem unpolitischen Gemeinschaftsterrain und dem eigenen politischen Engagement wird zur zusätzlichen Last. Das muss vielleicht nicht so bleiben, immerhin haben diese Projekte gute Möglichkeiten: denn wo liegen gesellschaftskritische Ansätze, wenn nicht dort, wo sich Menschen zusammentun und austauschen? ■

»wir befinden uns gerade in einer Umbruchphase«

(K., N. und R. wohnen da – A. hat mal da gewohnt)

K: Wir wohnen hier zu neunt, waren aber auch schon mal dreizehn. Wir haben nicht sehr viel Platz. Die Zimmer sind so von acht bis zwanzig Quadratmeter. Eine Etage öffentlich und zwei Etagen privat. Wir sind Lernende, Auszubildende..., von achtzehn bis siebenundzwanzig.

N: Offiziell studiert knapp die Hälfte, aber das ist nicht unsere Hauptbeschäftigung.

K: Miete rechnet sich nach der Zimmergröße. Die Gemeinschaftsräume haben wir durch alle geteilt. Auch andere Sachen müssen manchmal gemeinsam bezahlt werden, wenn z.B. Leute ihre Mieten nicht zahlen können usw..

R: Ich fand es reizvoll, dass sich Leute aus unterschiedlichen Zusammenhängen treffen und was zusammen machen. Wenn wir in Klischees sprechen, gab es Antideutsche, Ökos, Punker... Das ist nicht das, was sie hauptsächlich machen, aber so die Schubladen. Betätigungsfelder sind Geschichte, Faschismusaufarbeitung und Gedenkstättenpolitik bis zu Psychologie, Konfliktforschung und KDV-Beratung, Kleingruppenarbeit, Studierendenpolitik im Studierendenparlament.

N: Wir haben eine Küche zusammen, zwei Bäder, Rotationsprinzip beim Abwaschen und sauber machen, was sowieso nicht funktioniert. Wir haben ne gemeinsame Baukasse...

R: ... und kaufen das Essen zusammen ein, bis auf spezielle Sachen.

K: Essen ist für jeden vierzig im Monat, und wir versuchen unser Brot selbst zu backen.

N: Es gibt einmal die Woche ein Plenum, und in der Regel kommen alle.

K: Da sprechen wir Küchenplanung bis Bau an, Mietausfälle, Veranstaltungen bei uns im Haus: wer soll eine machen, wer nicht. Ansonsten gestalten wir unseren Tag mehr oder weniger individuell und sind in den unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen beschäftigt.

Wie finanziert Ihr Euch?

K: Sehr unterschiedlich. Muttis, Kindergeld und arbeiten gehen.

Gibt es Unterschiede?

R: ...wissen wir gar nicht voneinander.

K: So von null bis 500 im Monat. Ich kann auch mal was mit dazugeben, weil ich mehr habe, und will es auch nicht zurück haben.

N: Die Ansprüche sind auch sehr verschieden. Aber die Überlegungen gehen nicht dahin, die Zahlungen verschieden zu machen, sondern sich gemeinsam was aufzubauen...

R: ... gemeinsam Geld ran zu schaffen zum Beispiel, um dann Zeit zu haben, uns zu »bilden«.

Warum seid ihr zusammengezogen, ist es leichter?

R: Ist es ...

K: Alleine eine Wohnung zu nehmen, könnte sich hier keiner leisten, hat auch keiner drüber nachgedacht.

N: Bei mir spielt der finanzielle Faktor keine so große Rolle. Ich habe keine Angst, dass ich nicht über die Runden komme. Einige haben die Idee, durch die Gemeinschaft uns unsere Leben leichter zu machen und uns dann von da aus in die Gesellschaft einzumischen. Aber es ist eher schwieriger, als einfach irgendwo in einer WG zu wohnen. Momentan machen wir uns leider weder das Leben leichter, noch bringen wir uns in gesellschaftliche Prozesse ein.

Wer hat das Projekt gestartet? Wer ist davon noch hier?

K: 2001 haben wir begonnen, ein Haus zu suchen. Als das Haus feststand, waren die alten Leute schon gar nicht mehr da. Wir sind noch zu zweit aus dem ursprünglichen Kreis, das war ein Künstlerkreis, wir wollten Kunst und Politik zusammenbringen, z.B. Ateliers anbieten. Besetzen wollten wir nicht, deswegen dieses Pachtmodell. Unser Anspruch war schon, öffentlich zu sein und ein Anlaufpunkt in der Innenstadt zu sein.

N: Den ursprünglichen Kreis gibt es nicht mehr. Weil wir alle im Abi waren und danach verschiedene Pläne hatten, hat sich das schnell aufgelöst. Unsere Grundidee war, uns selbst Raum zu schaffen und den auch anderen zur Verfügung zu stellen...

K: ... und Sachen, die man produziert, auch selber ausstellen zu können. Und von Anfang an hatten wir auch an Veranstaltungen und so gedacht, welche zu initiieren, aber auch selber welche zu machen.

N: Es sollte auch ein Anlaufpunkt für Leute sein, die sich kritisch mit gesellschaftlichen Prozessen auseinandersetzen wollen.

R: Für mich war es toll, wenn sich die Gruppen, mit denen wir diskutiert haben, dann hier getroffen haben. Die Unihochschulgruppe, Jugend-Antifas, tierra unida, Initiative für Begegnungen, verschiedene no name Politgruppen... Wir vom Haus aus haben bisher vier Veranstaltungsreihen gemacht. Ich fand es eine nette Verbindung von Leben und Wohnen und Diskutieren und Machen.

N: Dann gibt es ja noch die Bibliothek, daran sind fast alle Leute aus dem Haus beteiligt, es gibt aber ein eigenes Plenum.

Was war die Idee mit der Bibliothek?

A: Es gab zwar den Infoladen, den Buchladen und die Landesbibliothek, aber ein breites Angebot kritischer Bücher für ohne Geld nicht.

N: Bis jetzt sind die Besucher noch eher Leute aus dem Bekanntenkreis, das ändert sich hoffentlich noch.

K: Die Leute kommen mit unterschiedlicher Motivation, sicherlich auch fürs Studium, aber auch für die Alternativuni und einfach so.

R: Es gibt auch die Idee, alle Medienangebote der Stadt zu vernetzen. Aber wir

selber befinden uns gerade in einer Umbruchphase. Wir planen eine Supervision ...

Warum?

N: Einige haben Depressionen, sind suizidgefährdet. Es ist für uns schwer, damit umzugehen. Aber es sind auch im Allgemeinen alle unzufrieden mit unserem Zusammenleben hier.

K: Persönliche Dinge und politisches Engagement knallen völlig gegeneinander, und das Zusammenspiel ist bisher eine ungelöste Sache.

R: Zum Teil leben wir einfach nebeneinander her. Einige kennen sich nicht richtig... Wir müssen überhaupt erstmal versuchen zu verstehen, mit welcher Motivation die Leute hier wohnen wollen. Momentan gibt es noch kein ‚wir', und deswegen ist es wichtig, drüber zu reden, das ist für mich auch politisch oder kann es werden. Wenn wir uns im klaren sind, was wir hier wollen, was wir vorhaben und wie sich jedeR hier zuhause und gesellschaftlich Einmischung gemeinsam vorstellen will.

K: Es ist momentan schwierig, uns als Gruppe zu verstehen, da das nicht alle mittragen. Das haben wir aber vor zu entwickeln. Wir wollen klären, was wir uns als ganzes vorstellen und uns dadurch klarer werden, inwieweit wir dann gemeinsam Politik machen. Oder es eben nicht machen. Ich find es gut, wenn wir breitgefächert politisch interessiert bleiben, aber es soll hier keine Einzelkämpfermentalität entstehen. Es braucht eine Gemeinschaft, und ich will das auch nicht in Frage stellen.

N: Ich fände es gut, als Gemeinschaft aktiv zu werden, denn es geht doch alles in Richtung ‚schnell, Spaß, Selbstinszenierung...', auch in der Politik. Es ist einfach eine riesengroße Imagescheiße und ich denke, die Leute, die hier wohnen, haben damit ein Problem. ■

... z.B. gab es die Idee, sich gemeinsam ein Taxi zu kaufen ...

St: Wir leben hier im Haus zu dreizehnt, davon nur drei Frauen. Wir sind Anfang bis Ende 20.

Sa: Anfangs hatten wir zu siebt ein Haus besetzt. Seitdem wir das Ausweichobjekt haben, sind Leute dazugekommen, jetzt sind wir 13. Davon nehmen 9 aktiv an den Prozessen teil und übernehmen Verantwortung. Aber den Begriff ‚Kollektiv' benutzen wir untereinander nicht. Wir treten nach außen nicht als Gruppe auf.

St: Wir machen ein wöchentliches Plenum. Das geht zwei Monate, dann schläft es wieder ein... Jede/r hat ein Zimmer für sich, und eine Etage haben wir komplett als Gemeinschaftsräume ausgebaut: Küche, Essraum, Fernsehen, Computer, Bad usw..

Sa: Wir haben ne Essenkasse und ne Baukasse, Miete und Nebenkosten sind für alle gleich. In die Essenkasse tun wir 5 Euro die Woche, in die Kasse für andere Ausgaben 10 Euro im Monat. Im Jahreseinkommen gibt es nicht so große Unterschiede. Jeder versucht so wenig wie möglich zu arbeiten oder studiert. Wir haben sehr verschiedene Wege, wie wir an Geld rankommen, das geht von Bafög, Schwarzjobs auf dem Bau, Selbstständigkeit bis festangestellt im Pflegebereich.

St: Real läuft's so, dass jeder, der Einkaufen geht, was dazu tut wenn sie/er es sich leisten kann, weil in der Kasse meistens zu wenig ist. Früher war auch mehr Mülltonnen gucken und Einklauen angesagt, aber das machen wir kaum noch.

Sa: Leuten, die ihre Lehre oder ihr Studium machen und sich ihre Qualifizierung mitfinanzieren lassen, halten wir den Rücken frei, dass sie nix machen müssen - aber wenn sich jemand für eine Karriere entscheidet, so gut wie nie da ist und nur ein billiges Zimmer haben will, dann ist irgendwann Schluss mit Rücken frei halten.

St: Für Leute mit wenig Geld ist es auch okay, wenn sie (ne Zeitlang) weniger bezahlen. Jeder zahlt ein bißchen mehr, dadurch funktioniert das. Blöd ist, dass einzelne Personen dieses System schon ganz für sich aufbrauchen und (Miet-)Schulden von paar tausend Euro haben.

Sa: Aber die Leute sagen nicht ‚ich hab grad kein Geld und wie gehen wir damit um?'

St: Solche Sachen werden schon angesprochen, aber es gibt keine Lösungsform. Man sagt ‚So kann es nicht laufen, das ist Scheiße!' Trotzdem ändert sich nichts.

Sa: Wir haben viel Zeit, Geld, Enthusiasmus in ein ziemlich abgewracktes Haus gesteckt. Aber mit den Jahren haben wir alles, was wir brauchen, von fließend Warmwasser bis zur Flatrate, alles zugänglich für jeden. Und der Kühlschrank ist halt so voll, wie wir ihn vollpacken.

St: Wir haben auch einen extra Rechner, den wir anderen Leuten zur Verfügung stellen können, also Bands, die bei uns spielen oder Nachbars, die keinen Computer haben... Wir haben einen Abwasch-

plan, da kommst du dran und es ist dir überlassen, wann du es machst. Beim Putzplan kommt reihum in wöchentlichem Rhythmus jeder mal dran. Ich würde ja behaupten, dass wir ein ganz schön fauler Haufen sind und dass die Grundsachen trotzdem gut funktionieren.

Sa: Wir ecken nie so richtig aneinander, lieber zurückstecken, weil die Freundschaft ganz wichtig ist. Das hält uns zusammen und ist auch der Grund, warum ich hier bin: weil das mein gefühlsmäßiger Lebensmittelpunkt ist. Und mein Zwiespalt ist, dass mein politischer Mittelpunkt hier nicht ist, und die Energie zum Pendeln immer wieder aufzubringen, das zehrt.

St: Zu dritt oder zu viert unterhalten wir uns schon über politische Sachen, aber gemeinschaftlich haben wir speziell politische Sachen noch nie diskutiert.

Sa: Die letzten drei Jahre funktionierte das nur deshalb so relativ reibungslos, weil wir Sachen wie die Baustelle oder den Vereinskram zu organisieren hatten und da wenig politisch diskutiert haben. Z.B. die Geldebene, das regeln wir auf ne ganz komische Weise. Offiziell gibt es ne Gleichmacherei, aber jeder muss individuell sehen, wie er das Geld auf den Tisch bringt. Dabei könnten wir doch zusammen arbeiten gehen. und von dem Geld nicht nur die Miete zahlen, sondern auch gemeinsam in Urlaub fahren.

St: Wir haben mal einen Arbeitseinsatz gemacht: Abrißarbeiten. Wer nicht was ganz wichtiges zu tun hatte, sollte mitmachen, weil die Kohle dafür da war, am Haus weiterbauen zu können. Das war ne geile Zeit! Und die Leute, die nicht so viel Zeit hatten, mit auf Arbeit zu kommen, haben gekocht. Es wäre toll, wenn so was dauerhaft laufen würde, aber dazu fehlt uns die Organisation, da müßte sich einer drum kümmern... Wir haben manchmal schon rumgesponnen, was wir zusammen machen könnten...

Sa: ... z.B. gab es die Idee, sich gemeinsam ein Taxi zu kaufen und dann abwechselnd damit zu fahren...

St: Aber das kann man nicht aus dem Boden stampfen. Ich kann mir total schwer vorstellen, dass es aus der ganzen Gruppe rauskommt: »wir« machen das jetzt zusammen! Das müsste erstmal ne kleine Gruppe in Angriff nehmen...

Sa: Ich würde es halt so angehen: alles Geld, was ich zum Leben brauche, ziehe ich aus dem Taxikollektiv und sonst geh ich nicht arbeiten. Außerdem würden wir das gemeinsam machen und nicht mehr so wie jetzt, wo man allein oder bestenfalls zu zweit oder dritt arbeiten geht. Wir würden doch anders zusammen leben, wenn nicht jeder sein Leben allein finanziert...

St: Es ist schwierig, ne Arbeit zu finden, womit sich jeder anfreunden kann. Die Leute machen ganz unterschiedliche Sachen, von Ingenieur im Landschaftsbau bis zu nem anderen, der gerade ne Lehre als Konditor angefangen hat. Leute, die im Studium sind, würden so ne gemeinsame Arbeit wahrscheinlich auch nur so lange machen, bis sie ihre Ausbildung fertig haben, dann sind sie wahrscheinlich nicht mehr drauf angewiesen, kollektiv Taxi zu fahren. Sie werden andere Möglichkeiten haben...

Sa: Das ist wahrscheinlich auch ein Grund dafür, dass so was nicht klappt, da die meisten Leute darauf hoffen, eine individuelle Lösung zu finden.

St: Ich hab hier aber nur einmal mitbekommen, dass jemand straight an seiner persönlichen Karriere arbeitet. Ich hab eher deshalb wieder ein Studium angefangen, damit ich nicht den ganzen Tag im Zimmer sitze, sondern auch was mit dem Kopf mache.

Sa: Vor ein paar Tagen kam es zu ner Diskussion, wo ich nie gedacht hätte, dass wir die nochmal so führen würden. Das bricht jetzt so langsam auf, dass die Diskussion um unsere verschiedenen Lebensentwürfe halt doch zur Debatte um uns als Kollektiv wird. Mal schauen, wo uns das hinführt... ■

... dass alle in die Lage versetzt werden, die Verantwortung für sich und für ihre Gruppe zu übernehmen...

Als am 1.Mai 1990 die Mainzer Straße besetzt wurde, haben ein paar Schwule gesagt, wir besetzen dort ein Tuntenhaus. Nach der Räumung der Mainzer sind etwa die Hälfte hierher gezogen. Das war Ende 1990. Kurz danach bin ich eingezogen. Von damals wohnen noch vier hier. Zur Zeit wohnen im Tuntenhaus 17 Leute zwischen 21 und 45 Jahren, ein Drittel davon seit fünf bis sechs Jahren, ein Drittel bis zu einem Jahr.

Wir haben vier Küchen, zwei mit sechs Leuten, eine mit drei und eine mit zwei. Die Küchen funktionieren als soziale Ordnungspunkte, das sind Wohngemeinschaften, und jeder im Haus ordnet sich einer Küche zu, egal wo sein Zimmer ist.

Wir wohnen in einem unsanierten Hinterhaus mit Toiletten auf halber Treppe, das einzige Bad im Haus haben wir selbst auf den Dachboden eingebaut, die Zimmer haben Ofenheizung, wir haben ein gemeinsames Wohnzimmer und Büro. Wir haben eine Kopfpauschale – jede WG zahlt pro Kopf 150 Euro an die Hauskasse. Davon werden Miete, Strom, Gas, Kohle, Internet und kleinere Reparaturen bezahlt. Den Rest, Essen, Telefon, Zeitungen regelt jede WG für sich. In meiner WG haben wir es so geregelt, dass jeder 180 Euro zahlt und wir davon noch Telefon und Zeitungen bezahlen, ansonsten kauft jeder soviel ein, wie er für angemessen hält.

Im Moment sind zwar alle Zimmer belegt, aber wir haben immer wieder das Problem, das Haus voll zu kriegen, gerade weil wir linke Schwule suchen. Es gibt leider nur wenige Menschen, die sich das vorstellen können, so zu leben und die das auch noch

mit Anfang oder Ende 30 wollen. Zum einen sind da sicher die miesen baulichen Standards in unserem dunklem Hinterhaus, andererseits ist es den Politnix hier sicher auch zu unpolitisch, was ich persönlich auch nicht schlimm finde. Auf hyperaktive Politmacker kann ich gut verzichten, zumindest mit denen, die ich kenne, möchte ich nicht zusammen wohnen.

Damals in der Mainzer habe ich das politische Agieren von ein paar Leuten als sehr straight und aufgesetzt empfunden. Zwanghafte politische Aktionen, die jedeR mittragen muss, das fand ich gruselig. Es wurde zwar auf dem Plenum debattiert, aber man musste sich einer Art Gruppenzwang unterwerfen, um dazu zu gehören. Gewisse Dogmen wurden nicht hinterfragt. Ein paar Leute hatten die Meinungsführerschaft und die anderen wollten da nicht anecken. Das fand ich falsch.

Trotzdem fehlt mir heute oft eine politischere Diskussion oder Einstellung zum Leben, die ich mit anderen Bekannten außerhalb vom Haus mehr habe. Es ist die Fragestellung oder die Art, sich Gedanken zu machen. Im Haus sind das eher wenige. Es müssen auch gar nicht immer nach außen wirkende politische Sachen sein. Es gibt eine Menge Interna, wie z.B. die Arbeit die im Haus anfällt. Konflikte darüber werden bei uns oft nicht offen ausgetragen. Da würde ich mir ein solidarischeres Tun und Wahrnehmen wünschen. Aber da weiß ich nichts anderes, als das so zu formulieren und zu tun und sich möglichst nicht zu sehr vom Ärger über andere beeinflussen zu lassen und nicht aus Trotz dann auch selber weniger zu machen. Dass man bei sich selbst bleibt und das tut was man für richtig und angemessen hält, find ich wichtig, egal ob es die anderen auch tun oder nicht.

Für mich gibt es keine verlockende Alternative, ein kollektives Wohnen, das mehr meinen Vorstellungen entspräche. Dafür müsste ich das Zusammenleben mit Schwulen aufgeben. Mein Schwulsein verstanden zu wissen, möchte ich nicht mehr missen. Ich habe jahrelang in gemischten WGs gewohnt, aber letztendlich bin ich da mit meinen Gefühlen alleine geblieben und das geht mir hier zum Glück meistens anders. In anderen Gruppen sind es nur andere Probleme. M. E. ist einer der wichtigsten Punkte für funktionierende Gruppenstrukturen, dass alle wenigstens einige davon gerne mögen. Meine Erfahrung ist, dass sobald ein unbeliebter Mitbewohner ausgezogen ist, es keine zwei Wochen dauert, bis jemand anderes die Rolle des individuellen Prügelknaben übernommen bekommt. Und mit diesem Wissen kann man manche ätzende Situation oder Mitbewohner ganz gut aushalten.

Es gibt sicherlich Leute die hier leben, weil es bequem ist. Und weil es relativ billig ist. Es gibt schon welche, bei denen ich mich frage, 'hallo, warum lebt ihr zusammen? warum nicht eine 1-Zimmerwohnung? Da hättet ihr euer eigenes Bad und nicht mehr eins mit 17 Leuten zusammen.' Manche beteiligen sich an den Gruppenprozessen nur mit Mühe und Not. Wir haben auch mal versucht, Leute raus zu schmeißen, was aber letztlich daran gescheitert ist, dass daran das Tuntenhaus auseinander zu brechen drohte.

Die Diskussion über die Bedürfnisse des Einzelnen finde ich interessant. Da stellen sich Fragen über Gerechtigkeit und Verteilung. Was für eine Berechtigung hat eigentlich diese Kopfpauschale für die Miete? Das ist doch eine vollkommen willkürliche Festlegung, weder daran orientiert, wer was verbraucht, noch daran, wer was an materiellen Mitteln zur Verfügung hat, oder mit welchem Aufwand er seinen Lebensunterhalt bestreiten muss. *Darüber* würde ich gerne diskutieren, zum Beispiel, wenn es um zusätzliche Zimmer geht. Es geht um die Verantwortung für eine Gruppe. Ich könnte mir vorstellen, dass jeder das bezahlt, was er für richtig hält - solche Experimente fände ich toll. Das habe ich in meinen 24 Jahren WG-Leben nicht erlebt.

Bei uns im Haus gibt es bestimmte Ressorts, in die die anfallende Hausarbeit, soweit sie nicht nur die einzelnen Küchen betrifft, aufgeteilt ist. Aber das funktioniert nur leidlich. Ich habe oft den Eindruck, dass die meisten, die was tun, ihren Anteil auch ohne Plan machen würden und es eher um das zu produzierende Gefühl geht, dass man nicht von den anderen ausgenutzt wird. Die Einteilung in Ressorts ist ein arges Stützrad und hat mit meiner Idee von kollektivem Wohnen/Leben recht wenig zu tun. Meine Idee geht dahin, dass alle das Bedürfnis haben, sich nicht bedienen zu lassen und einen Blick dafür bekommen, was getan werden muss und daran ihren Anteil machen. Dass alle in die Lage versetzt werden, die Verantwortung für sich, für ihre Gruppe und letztlich für alle Menschen zu übernehmen. O.K., ich bin Workaholic und es macht mir mehr Spass, mit anderen zusammen die Kohlen in den Keller zu schleppen, als hinterher Saufen zu gehen. Aber warum dieses gemeinsame, nicht auf Konkurrenz ausgerichtete Arbeiten so vielen Menschen keinen Lustgewinn bringt, finde ich traurig und bleibt mir unverständlich. ■

Kommune X:

»Wir sind kein utopisches Projekt«

Versteht Ihr Euch als politisches Kollektiv?

Es gibt kollektive Aspekte, z.B. werden wesentliche Aspekte unserer Existenz noch gemeinsam diskutiert und organisiert, vor allem finanzielle Sachen. Die ganze Kohle fließt auf ein Konto, und von diesem Konto werden dann die Rechnungen bezahlt, Essen gekauft und ein kleines Taschengeld bezahlt. Keiner hat privates Geld, von dem er dem Projekt was abgibt, sondern umgekehrt. Außerdem sind alle – zumindest vom Anspruch her – in die reproduktiven Tätigkeiten eingebunden. Klar ist, dass zuerst die Sachen kommen müssen, die alle gemeinsam betreffen, das Haus in Schuss halten, die Küche muss mal wieder renoviert werden...

Es gibt bei uns kein einklagbares Konsensprinzip und kein Vetorecht, den ganzen formellen Demokratiekram haben wir uns geknickt. Es funktioniert eher so, dass du selbst gefragt bist, die Leute anzuscheißen, wenn du die Schnauze voll hast. Es gibt ein wöchentliches Plenum, da werden die wichtigen Sachen besprochen. Es hat Verschiebungen gegeben, weil wir umso mehr über Finanzielles reden müssen, je enger der Rahmen wird. Ursprünglich war das hier viel kollektiver bestimmt.

Und *politisch*? Im Kontext der Wertabspaltungskritik verstehen wir uns ja eher als 'antipolitisch'. Wertabspaltungskritik ist ein Schwerpunkt, aber man kann nicht sagen, dass da das ganze Kollektiv gleichermaßen dahinter steht. Ein Kollektiv, das identitär irgendwelche Sachen vertritt, finde ich auch problematisch, das wird oft zu einer Zwangsidentität. Wir sind kein utopisches Projekt, und im Vergleich zu anderen Lebenszusammenhängen haben wir auch in emanzipatorischer Hinsicht keinen wesentlichen Schritt vorangetan. Das wäre ja auch absurd. Da kommen Leute hierher, die durch und durch von dieser Gesellschaft durchformt sind und plötzlich sollen die Tätigkeiten, die sie hier machen, total emanzipatorische sein. Das ist schon deswegen Quatsch, weil wir z.B. von Geldern abhängig sind. Und wir kaufen die meisten unserer Klamotten, das Essen und die Maschinen, die wir benutzen. Sicher ist es schön, selbst produzierte Lebensmittel zu essen und »selbstbestimmt« Dinge tun zu können. Aber die Subsistenzoption ist letztlich mangelhaft, weil sie mit den beschränkten Mitteln des Projekts auskommen muss, und da fehlen oft Maschinen, die manches besser und schneller machen könnten. Insofern steht die Subsistenzwirtschaft im Schatten des Systems der Arbeit und ist ihr armer Verwandter.

Am Anfang stehen immer die großen Ideale, das erzeugt die kollektive Identität, hinter der die einzelnen Leute auch für 'ne bestimmte Zeit ihre persönlichen Neigungen hintenanstellen. Wenn du in einem Kollektiv leben willst, brauchst du als Starteroption eine etwas übersteigerte kollektive Identität, der sich alle irgendwie unterordnen. Das ist heute nicht mehr so, und es ist auch nicht mehr notwendig, so dass wir da auch viel entspannter sein können.

Wie hat sich Eure Kommune entwickelt?

Als wir hergekommen sind, waren wir 25 Leute, größtenteils Erwachsene. Jetzt sind wir auch noch ungefähr so viele, nur dass mehr Kinder da sind. Die Erwachsenen sind zwischen Anfang und Ende Dreißig. Die Hälfte der Leute ist von Anfang an da. Das Motiv, sich gesellschaftlich einzumischen, ist nach wie vor vorhanden. Allerdings hat sich durch die vielen Kinder und den Weggang einiger Erwachsener die Vehemenz etwas verringert.

Woher kommt das Geld?

Einer hat eine halbe Stelle außerhalb, ansonsten ist das einer der wenigen Eckpfeiler unseres Projektes, dass wir weitestgehend nicht außerhalb arbeiten gehen. Sonst verkäme es zu einer WG, das würde den Laden hier früher oder später zerreißen. Wir müssen also Möglichkeiten finden, vor Ort an Lebensmittel und Geld zu kommen. So führen wir hier eine Reihe von bezuschussten Projekten zu praktischen und theoretischen Inhalten durch. Das wird immer schwieriger, weil überall Mittel gekürzt werden. Einige kriegen außerdem Arbeitslosengeld oder -hilfe, jetzt ALGII. Ein paar Leute von uns machen auch Ein-Euro-Jobs im Projekt als »ehrenamtliche Mitarbeiter« des Vereins. Damit kommt Kohle rein, und solange das im Rahmen des Projektes läuft, sehe ich da kein Problem, weil sich für die betroffenen Leute nur ihr externer Status gegenüber dem Arbeitsamt verbessert, da sie zumindest für eine Weile in Ruhe gelassen werden, weil sie ihre »Arbeitsbereitschaft« demonstrieren. Es geht ganz pragmatisch darum, die engen Spielräume auszunutzen und die Leute bzw. uns zu schützen. Für mich steht das nicht im Widerspruch zu Protesten gegen diese arbeitsterroristische Reform. Wenn man nur kritisieren dürfte, was man nicht selber macht, dann wäre eine Kritik von Warengesellschaft, Arbeit, Markt, Staat ausgeschlossen, weil es niemanden gibt, der sich diesem Rahmen unmittelbar entziehen kann. – Wesentlich problematischer finde ich es, wenn Vereine die Leute tatsächlich für den Ein-Euro-Job antreten lassen, um irgendwelchen Vereinsmist zu erledigen. Linke bzw. kritische Vereine könnten sich absprechen und Leuten Ein-Euro-Jobs zukommen lassen, damit die wieder ein wenig Luft bekommen und ein wenig mehr Kohle. Solang es keine soziale Bewegung gibt, die die Power und Perspektive hat, ein solches Programm zu kippen, müssen wir uns in diesem Rahmen bewegen.

Gibt es ein neues Interesse für kollektive Lebensentwürfe?

Ich stelle da keine Schwankungen fest. Es gibt immer nach größeren alternativen Kongressen so eine Phase, wo eine bestimmte Art junger Menschen rum läuft und guckt, wo sie in die Kommunen reinkommen können. Da sind wir nicht immer glücklich darüber, wenn Leute kommen, die sich Kommunen ansehen wie andere 'ne tolle Wohnung. Die Leute, die gesellschaftskritisch unterwegs sind, sind doch sehr stark an die Städte gebunden. Die meisten verbinden mit ihrem Landgang keine gesellschaftskritische Perspektive, ihre Ideen beziehen sich mehr auf ihren eigenen Lebensentwurf, dass

sie die Stadt nicht mögen, keine Tiere essen wollen, was weiß ich... die wollen dann mal eben anders leben. Das ist ja auch in Ordnung, aber das interessiert mich jetzt erst mal nicht so fürchterlich.

Klar suchen auch bei uns viele Leute eher den Mikrokosmos der Kommune, aber hier gibt es eben auch den aufs Ganze gerichteten Ansatz. Wir sind ganz verschiedene Leute, die auch unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben haben, von daher gibt es kein klares Anforderungsprofil an neue Leute. Wir legen es auch nicht unbedingt darauf an, mehr Leute zu werden; wenn es passiert ist gut, wenn nicht, dann eben nicht.

Hält Dir die Kommune den Rücken frei, um Dich an anderen Stellen in die Gesellschaft einzumischen – oder ist das Projekt selbst schon diese Einmischung?

Nein, das Projekt ist auf keinen Fall schon diese Einmischung. Wenn ich die Leute, die hierherkommen und mit denen wir Beziehungen pflegen, betrachte, schon eher. Aber für mich macht diese Art zu leben die Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaft leichter. Wenn ich in der Stadt leben müsste, normale Zweierbeziehung, arbeiten und dann drüber hinaus noch die Kraft finden müsste, was anderes zu machen, ich glaube, das würde nicht klappen. Obwohl hier das Geld chronisch knapp ist, habe ich trotzdem mehr Zeit als in anderen Zusammenhängen. ■

»Unser Projektansatz macht nur Sinn, wenn die Gruppe wächst.«

Kommune Niederkaufungen

siehe die Website von *Los geht's:*

www.losgehts2005.de

und der Kommune:

www.kommune-niederkaufungen.de

Was ist die Kommune Niederkaufungen?

Wir sind zur Zeit 75 Personen, davon 56 Erwachsene.

An Arbeitsbereichen gibt es eine Schreinerei, eine Schlosserei und einen Baubetrieb. Wir haben eine Kindertagesstätte mit drei Integrationsplätzen. Es gibt ein Tagungshaus. Das können Gruppen für ihre Veranstaltungen mieten. Wir bieten die Räumlichkeiten und die Verpflegung an. Da arbeiten aber auch Leute von uns, die dort Bildungsangebote machen. Das Beispiel macht auch einen anderen Aspekt unserer Arbeitsorganisation klar: Wir versuchen, die strukturelle Trennung von Hand- und Kopfarbeit aufzuheben. Die KommunardInnen, die die Bildungsarbeit machen, putzen da auch.

Dann gibt es den Landwirtschaftsbereich. Gemüse und Tierhaltung. 2/3 des Gemüses verkaufen wir, den Rest konsumieren wir selbst. Die Küche ist, wie die Handwerksbetriebe, ein Arbeitsbereich. Es ist uns wichtig, die Reproduktionsarbeit nicht von der anderen Arbeit zu trennen. Die Küche kocht für uns, für die Kita, das Tagungshaus und teilweise auch für Cateringaufträge. Weiterhin haben wir einen Architekten, eine Näh- und Lederwerkstatt und die Verwaltung als Arbeitsbereich. 3-4 Leute arbeiten außerhalb der Kommune. Im Aufbau ist eine Tagespflege für Demenzkranken. Alle Arbeitsbereiche sind im Kollektiveigentum der Kommune. In unseren Betrieben arbeiten nur KommunardInnen, keine ArbeitnehmerInnen.

Versteht Ihr Euch als Kollektiv?

Mein Begriff von Kollektiv ist ein Arbeitsbegriff, mein Begriff von Kommune geht darüber hinaus, schließt gemeinsam arbeiten und zusammen leben ein. Wir haben 10 verschiedene Arbeitsbereiche, die jeweils kollektiv miteinander arbeiten. Das Dach ist die Kommune.

Wir haben uns zusammen gefunden unter fünf Grundsätzen, die immer zentral für uns waren: Gemeinsame Ökonomie und Konsensprinzip sind die wichtigsten. Dann gibt es den Grundsatz »linkes Politikverständnis«, das schließt ein breites Spektrum ein, wir haben keine klare gemeinsame politische Linie, sondern sind »irgendwie links«.

Du hast von einem Grundsatzpapier erzählt, das heute noch gültig ist, wie ist das entstanden?

Ich habe das Grundsatzpapier nicht mitgeschrieben. Ich bin dazu gekommen, als die Leute das erste Mal damit an die Öffentlichkeit gegangen sind. Von den Leuten, die damals mitgeschrieben haben, sind nur

noch zwei da. Die meisten, die dieses Papier geschrieben haben, sind schon lange bevor wir das in die Praxis umgesetzt haben, ausgestiegen.

Das Papier ist immer noch aktuell und wir verschicken es noch in derselben Fassung und im Layout von ‚83. Ich denke , dass es von vielen hier aus der Gruppe auch noch so getragen wird; vielleicht nicht jeder Satz, aber in den wesentlichen Grundsätzen ist es noch so gültig.

Das gemeinsam Politische ist zunächst unsere Alternative zu leben. Sehr deutlich wird das im Bezug auf die Besitz- und Eigentumsverhältnisse und auf die Alltagsökonomie. Wir haben gemeinsames Eigentum an Grund und Boden, Gebäude und den Produktionsmitteln. Es gibt keine Herrschaftsverhältnisse, die sich aus Eigentumsverhältnissen ableiten. Das Zugriffsrecht auf die gemeinsame Kasse ist vollkommen unabhängig von jeder, wie auch immer definierten Leistung.

Klappt das?

Wir leben seit achtzehn Jahren eine gemeinsame Ökonomie nach dem Bedürfnisprinzip, wo die Leute sich sehr unterschiedlich aus der gemeinsamen Kasse bedienen. Das klappt gut, es gibt aber auch negative Gefühle, wenn man meint, die eine Person nimmt sich ein bisschen zu viel raus, oder arbeitet zu wenig. Es sind auch schon einige Leute ausgestiegen und bei einigen hat dabei sicher auch die Ökonomie eine Rolle gespielt.

Ein anderer Grundsatz ist die Auflösung kleinfamiliärer Strukturen. Wenn man darunter eine vollkommen freie Liebe versteht, wenn man das daran messen würde, klappt es nicht. Im Bezug auf Liebesbeziehungen ist es hier sehr ähnlich wie es gesamtgesellschaftlich auch ist. Es gibt in der Regel Zweierbeziehungen, und die funktionieren dann mehr oder weniger lange. Die Bedeutung der Paarbeziehungen ist nicht aufgehoben. Aber die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse, die in der Kleinfamilie existieren, sind aufgehoben. Daneben sind auch andere Abhängigkeiten weniger eng als in der traditionellen Kleinfamilie. Die Kinder haben mehr Bezugspersonen und erleben ihre Eltern nicht nur in dem hierarchischen Eltern-Kind Verhältnis, sondern auch in anderen Zusammenhängen, was einiges aufbrechen kann.

Was war dieses Jahr die Kommune Info Tour, wie hat sich das über die Jahre gewandelt und warum kommen die Leute dorthin?

P: Die Idee der Kommune Info Tour, die wir zusammen mit fünf anderen Kommunen veranstalten, ist , die Kommune (an sich) vorzustellen und Alternativen aufzuzeigen. Mir geht es nicht darum, dass alle Menschen so leben sollen wie wir, sondern ich will eher Anregungen geben. Die Resonanz finde ich gut. Das Altersspektrum ist breit. Es kommen auch Ältere, aber dieses Jahr kamen auffällig viele junge Leute, d.h. SchülerInnen und welche, die gerade fertig mit der Schule sind. Sie haben großes Interesse, sich andere Sachen anzugucken, sind suchend, offen, fragen – haben aber weniger konkrete Ideen. Es war eher selten, dass junge Leute ihre Ideen mit politischen Inhalten verbinden.

U: Zusammen mit zwei anderen Kommunen veranstalten wir an Pfingsten das fünfte *Los geht's*. Ziel dieses Treffens ist es, Menschen bei der Gruppengründung zu unterstützen. Einerseits geben wir Tipps und Anregungen, andererseits können die TeilnehmerInnen bei dem Treffen Menschen finden, mit denen sie sich eine Kommunegründung vorstellen können.

Gibt es ein neues Interesse an kollektiven Lebensentwürfen?

Ich tu mich da ziemlich schwer, klare Aussagen zu machen. Interesse an dem, wie wir hier leben, hat es schon immer gegeben. Es sind auch immer Leute gekommen, die ernsthaftes Einstiegsinteresse hatten. Ich sehe aber nicht, dass es momentan einen Gründungsboom gibt.

Was ist die Motivation der Leute?

Die gesellschaftliche Situation spielt sicher eine Rolle. Sozialabbau, schlechte Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sprechen dafür, sich zusammenzuschließen, um gemeinsam etwas zu unternehmen. Nicht umsonst kommen häufig Menschen mit Kindern. - Aus einem politischen Motiv heraus, also um besser politisch arbeiten zu können, kommen wenige. Die Leute, die jetzt hier sind und die dazu gekommen sind, sehen das nicht mehr als das zentrale. Bei uns ist politisch, dass man ein anderes Modell an verschiedenen Punkten lebt und das dann auch nach außen trägt. Sei es die *Kommune Info-Tour*, das *Los geht's*-Treffen, Seminare im Tagungshaus, Führungen über unser Gelände, oder mal einen Artikel zu schreiben, an Schulen und in ganz verschiedenen Zusammenhängen unsere Lebensform vorzustellen.

Geht es um die Diskussion von einer anderen Gesellschaft oder geht es um momentan mögliche Alternativen, es sich gemütlich zu machen?

Wenn jedeR für sich eine andere Lebensform wählen würde, dann hätte das auch eine politische Wirkung und würde auch gesamtgesellschaftlich etwas ändern, selbst wenn erst mal nur die Motivation ist – ich mach mir selbst ein besseres, schöneres, bequemeres wie auch immer Leben. Ich selber würde schon gerne außerdem aktiver die Gesellschaft verändern und gucken, wie das möglich ist. Das geht über den Punkt ‚wir zeigen wie es anders geht' hinaus. Wir machen keine politische Arbeit als gesamte Gruppe, sondern einzelne Leute machen in Initiativen und Gruppen mit. Einige sind in der FAU aktiv, oder machen Flüchtlingsarbeit, arbeiten in politischen Fraueninitiativen, beim Freien Radio Kassel, oder haben am Aufbau der Freien Schule in Kassel mit gewirkt. Teilweise sind Leute in lokalen Bürgerinitiativen aktiv, teilweise engagieren sich KommunardInnen bei Protesten gegen den Castor-Transport oder gegen Kriege

Hält Dir persönlich das Projekt den Rücken frei, oder ist es das Projekt selbst schon?

Das Projekt hält auf jeden Fall den Rücken frei. Ich kann viel außerhalb tun. Ich bin heute zur Bush-Demo nach Mainz gefahren - an einem normalen Arbeitstag. Ich denke, das können die meisten Leute in ihrem Arbeitszusammenhang nicht. Politisches Engagement ist sehr weitgehend akzeptiert und wird ökonomisch mitgetragen. Auf mich bezogen habe ich schon immer einen Teil meiner Arbeitszeit – obwohl wir darüber reden müssten was das begrifflich eigentlich ist – für politische Arbeit verwendet. Mal war es ein halber oder ein ganzer Tag in der Woche, den ich an der Freien Schule ehrenamtlich mitgewirkt habe. Heute mache ich bei Attac mit. - Auf der einen Seite ist mir die Kommune ja viel zu unpolitisch, aber andererseits, wenn jemand Zeit dafür einfordert, gibt es keinen Widerspruch. Es ist anerkannt und wird getragen. Dass das möglich ist liegt bestimmt auch an der Größe unserer Kommune.

Eure Größe ist ein wichtiger Punkt. Kann man den ökonomischen Background überhaupt wegdenken?

Zumindest in der Gründungsphase absorbiert die Gruppe selbst Energie, auf vielen Ebenen muss Energie rein gesteckt werden, sei es Geld zu verdienen, um etwas aufzubauen und zu renovieren, oder die Strukturen für die Gruppe zu entwickeln, die Zwistigkeiten und Konflikte in den Griff zu kriegen. Da geht schon Energie für politische Arbeit verloren. Wir hatten an vielen Punkten viel Glück, günstige Bedingungen oder die »richtigen« Strukturen geschaffen. Ein wichtiger Punkt ist die gemeinsame Vermögensökonomie. Wir waren bestimmt nicht superreich, aber die GründerInnen hatten ein gewisses Grundkapital zusammen gebracht. Uns war klar, wir wollen wachsen. Unser Projektansatz macht nur Sinn, wenn die Gruppe wächst. Wir sind in den ersten Jahre sehr stark gewachsen, so dass die Belastungen auch tragbar waren. Einige hatten Ansprüche ans Arbeitsamt. Zeitweise hatten wir ABM-Stellen. Seit Jahren nehmen diese Einnahmen infolge des Sozialabbaus ab.

Wie wirkt sich dieser Abbau aus, z.B. auf die Arbeitsintensität in den Arbeitskollektiven?

Wir haben da viel Spielraum. Es ist was anderes, als wenn man so seine private oder zwei Personen Ökonomie hat. Eine Frage ist, wieviel arbeiten wir intern und wieviel arbeiten wir außen. Wenn wir genug Geld haben, können wir es uns leisten, intern für uns zu arbeiten - wenn nicht, müssen wir vermehrt Aufträge annehmen. Es gibt keine Existenzängste.

Wie unabhängig seid Ihr von der Außenarbeit? Und ist es Euch wichtig?

Es gab nie den Anspruch, nur für uns selber zu arbeiten, das ist auch nicht möglich. Wir haben jede Menge Bedürfnisse, die wir nur mit Geld erfüllen können. Wir leben schon auf einem relativ hohen Standard zum Beispiel was die Mobilität anbelangt. Wir wollen den wirtschaftlichen Bezug nach außen auch, um mit den Realitäten in dieser Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Wir wollen keine heile Welt, die mit dem Anderen da draußen nichts mehr zu tun hat. ■

»Ich bin im SSK, weil ich Kollektivität will...«

Wir hatten 1988 zwei Artikel zur damaligen Psychiatriekampagne des SSK in der Wildcat:

Beschwerdezentren - 10 Jahre gegen die Psychiatrie

Teil I in Wildcat 44 - April 1988
www.wildcat-www.de/wildcat/44/w44sskb1.htm

Teil II in Wildcat 45 - Sommer 1988
www.wildcat-www.de/wildcat/45/w45sskb2.htm

einen kurzen Abriss zur Geschichte des SSK findet Ihr auf www.ssk-bleibt.de

Wo kommt Ihr her, warum seid Ihr im SSK?

Th: Ich bin 31 Jahre alt und seit vier, fünf Jahren im SSK. In der linken Szene bewege ich mich seit Anfang der 90er Jahre. Angefangen hatte das mit Protesten gegen die Reps, dazu kamen dann Hausbesetzungen. Von da aus bin ich dann auf einen Wagenplatz gezogen und hab sieben, acht Jahre »Wagenpolitik« gemacht. Den SSK kenne ich seit meiner frühen Kindheit - ich komm aus Köln. Da waren immer diese ungepflegten Häuser, wo komische Gestalten rumhingen, und meine Eltern konnten oder wollten mir nie erklären, was das eigentlich ist. Als autonomer Jungspund war mir das immer suspekt - die Leute und ihre damals sehr hohe Moral...

Was meinst Du mit »hoher Moral«?

Es gab Standards wie ein striktes Drogenverbot, am vehementesten vertreten oft durch Leute, die sich jeden Abend zugesoffen haben. Oder halt dieses: »Ein SSKler klaut nicht!« Irgendwann hab ich mich in eine Frau des SSK Ehrenfeld verliebt. Deshalb war ich oft dort und hab die Leute näher kennengelernt. So ergab es sich nach und nach, dass ich im SSK Saliering eingezogen bin.

Eine explizit politische Entscheidung war es also nicht, genau da einzusteigen?

Th: Ich hab das nie ausschließlich so betrachtet- aber als es soweit war, ist es durchaus auch eine politische Entscheidung gewesen. Mir ging es darum, was zu verändern, und Dinge, die mir auf dem Bauwagenplatz fehlten, woanders zu finden. Ob ich das hier gefunden habe? Teilweise schon. Immerhin sind alle, was die finanzielle Situation betrifft, halbwegs gleich. Man arbeitet zusammen, macht, wo's geht, auch zusammen Politik. Ich bin im SSK, weil ich Kollektivität will, auch in der politischen Auseinandersetzung.

Al: Ich bin 49 Jahre alt und seit fast zehn Jahren im SSK Ehrenfeld. Kennengelernt hab ich den Verein 1978. Ich hab damals in einer anderen Stadt studiert, zwischen dieser Zeit und meinem Einstieg lagen geänderte berufliche Perspektiven, ein Umzug nach Köln, mehr als zehn Jahre Jobben in irgendwelchen Betrieben, eine gescheiterte Wohngemeinschaft, gescheiterte Besetzungsversuche, acht Jahre alleine wohnen. Als ich davon und vom letzten Betrieb endgültig die Schnauze voll hatte, hab ich mir eine Auszeit vom Arbeitsamt genommen, mir den Laden noch mal genau angeguckt – und bin dann hier eingestiegen.

Was mich am SSK total faszinierte – und was es heute so nicht mehr gibt –, war diese Mischung von Leuten, die von der Uni kamen, nicht mehr so leben wollten, wie es vorgegeben war, und Leuten, die aus Heimen und von der Straße kamen, nicht mehr so leben *konnten*. Zu der Zeit waren im SSK die Jugendlichen von der Straße nicht mehr so zahlreich, es kamen mehr Leute aus der Psychiatrie. Die Mischung hat eine unglaubliche Kraft geschaffen, sich gegenseitig zu entwickeln, wie es in anderen Situationen nur schwer möglich gewesen wäre: Leute, die zugedröhnt mit Medikamenten und total eingeschüchtert aus der Klapse kamen, haben wenige Wochen später mit Megaphon vor der Klinik gestanden und ihre Forderungen vertreten. Umgekehrt haben aber auch wir »Bürgerlichen«, wie das damals hieß, sehr viel von den »Anderen« gelernt - z.B. eine gewisse Frechheit. Einfach in ein Büro reintrampeln ohne anzuklopfen und dabei laut werden. Oder Flugblattschreiben: Für mein erstes Flugblatt zur Psychiatrie hab ich lange gebraucht, war sehr stolz auf mich, aber die Leute aus der Klapse meinten: »Ey Studi – das versteht doch kein Mensch! Schreib doch mal deutsch!«

Allerdings war es auch anstrengend, hier zu leben. Damals wohnten hier mehr als 30 Leute, doppelt soviel wie jetzt. Es war ein ständiges Kommen und Gehen. JedeR aus der Klapse wurde aufgenommen, und dann gab es eine Probezeit. Manche sind geblieben, manche rausgeflogen, andere gegangen, weil es ihnen nicht gepasst hat...

Auch bei Dir war ein Grund für den Einstieg, nicht mehr alleine leben zu wollen?

Al: In »meinem« Betrieb hätte ich bis zur Rente eine ruhige Kugel schieben können, das wollte ich aber nicht. Zuerst hab ich versucht, einen Betrieb zu finden, in dem mehr los war. Aber aus der Mischung, keinen zu finden, sowieso schon viel mit den Ehrenfeldern zu machen, und nicht mehr alleine leben zu wollen, bin ich schließlich hier eingezogen.

Th: Seit ich bei meinen Eltern ausgezogen bin, hab ich nie mit weniger als 12 Leuten gewohnt. Der SSK Salierring ist bis jetzt die kleinste Gruppe. Für mich war immer klar: Ich will Gruppe, und am liebsten Kollektiv. Zusammen wohnen, zusammen arbeiten, zusammen Politik machen.

Al: Geht mir ähnlich. Wenn du zulange alleine wohnst, wirst du komisch. Nicht so wichtig war für mich dieses »Zusammen arbeiten«. Ich hab zwar verstanden, warum das hier im SSK so war: Um sich die Unabhängigkeit gegenüber der Stadt zu bewahren – aber ich hab nie gedacht »Oh prima – dann kann ich ja ohne Chef arbeiten!« Im Gegenteil – wenn mal wieder irgendwas Scheiße läuft, oder wenn die Arbeit organisiert werden muss, obwohl vielleicht gerade vorher noch ein Streit ablief, hab ich mir oft schon einen blöden Chef gewünscht, dem du einfach einen Krankenschein rüberschieben oder anbrüllen kannst.

Th: Aber andererseits ist dieses »Eigentum und Verantwortung teilen« auch Motivation. Was ich besonders nett finde, ist das gemeinsame Kochen und Essen – keine Volksküche, aber es sind immer Gäste da. Es gibt Leute, die bei uns essen, dann auch kochen, die sagen es wiederum anderen, usw.. Das ist für mich auch politisch, oder meinetwegen gesellschaftlich.

Ein tägliches Plenum gibt es nicht mehr. Wieviel macht Ihr mit anderen Leuten, wie ist die Aufteilung zwischen dem, was Du als privat bezeichnen würdest, und dem kollektiven Raum?

Th: Da unterscheiden sich die beiden SSKs voneinander. Das liegt auch viel an der räumlichen Struktur. Das Haus, in dem ich wohne, ist ein ehemaliges Hotel, da gibt's nur einzelne Zimmer, mit Ausnahme der Gemeinschaftsküche im Erdgeschoß. Am Wochenende, wenn der »Trödelladen« dicht ist, findet das soziale Leben auf den Etagen statt. Werktags, wenn ich vom LKW komme, muss ich durch das Trödelcafé gehen, und da ist immer irgendwer zugange. Das schafft dann durch die räumliche Struktur schon »Kollektivität« - es ist geheizt, es gibt Kuchen, oder Essen aus der Küche... was ich sehr genieße. Obwohl mir auch einiges fehlt. Z. B. wünsche ich mir, mit mehr Leuten auf Demos oder auch auf Parties zu gehen.

Al: Bei uns in Ehrenfeld ist der Hauptkommunikationsort unser Möbellager. Eine Person ist eh immer »zuständig« anwesend, aber meist kommen da viel mehr Leute zusammen. Regelmäßig treffen wir uns nach dem Mittagessen, da hat das Lager geschlossen, und trinken Kaffee. Leider ist das Lager total ungemütlich und unbeheizt, trotzdem hängen da auch im Winter Leute rum. Abends läuft es eher getrennt, die Leute machen einzeln was.

Wie macht Ihr das mit der Kohle? Wo kommt Euer Einkommen her, wie verteilt Ihr das untereinander?

Th: Die Kohle kommt über die Arbeitsbereiche Umzüge, Entrümpelungen und Verkauf rein. Teilweise auch durch Spenden. Was wir einnehmen, kommt in eine gemeinsame Kasse, daraus werden Mieten, Stromkosten etc. bezahlt. Arbeitsschuhe, gemeinsame Fahrzeuge, Arztkosten, welche die Kasse nicht übernimmt, Fahrtkosten zu Demos... Ansonsten bekommt jeder seine Auszahlung, 70 Euro pro Woche.

Al: Was noch wichtig ist: Wir haben eine Sozialversicherung. Zu Beginn gab es die »Ambulanz im SSK«, betrieben durch solidarische Ärzte. Aber dazu kamen halt solche Probleme wie Krankenhausaufenthalte. Also ist der SSK zur Stadt und hat gesagt: Ihr habt die Wahl, entweder ihr bezahlt für die (damals 100) Leute die Krankenversicherung, oder wir beantragen alle Sozialhilfe. Die Stadt kam zu dem Ergebnis, dass die Krankenversicherung wesentlich billiger für sie ist. Seitdem kann man sich im SSK auf niedrigstem Niveau sozialversichern.

Th: Und dann gibt's noch die »besonderen Ausgaben«. Es steht jedem frei, sich im Plenum zu melden und zu sagen: »Ich hab dies und jenes bezahlt, bekomm ich das erstattet?« - Außerdem: 70 Euro die Woche hört sich erstmal lächerlich an. Du mußt aber bedenken, dass uns eine Menge Anschaffungen erspart bleiben. Durch die Entrümpelungen kommt wirklich alles rein, bis hin zu Computern, Elektrogeräten, Putzmitteln... Materiell bin ich im SSK auf einem höheren Standard als jemals zuvor. Man kann sich, wie ich das nenne, »dem Bruttosozialprodukt verweigern«, verfügt aber über Dinge, die ich mir privat niemals anschaffen würde.

Al: Aber dass es so funktioniert, hat damit zu tun, dass wir diese Häuser aus früheren Kämpfen »geerbt« haben. Auf dem freien Markt würdest du diesen Standard niemals kriegen. Viele Gruppen fanden die Idee gut und wollten etwas ähnliches aufziehen. Aber mit dem Besetzen klappt es nicht mehr. Und wenn du so was mieten willst, sind schon die Mietkosten dermaßen hoch, dass allein dafür der LKW Tag und

Nacht laufen müsste. Es funktioniert nur auf Grundlage unserer »politischen Erbschaft«. Eins der Häuser in Ehrenfeld gehört dem Verein, damals ein Geschenk von Heinrich Böll – auch so ein Ergebnis früherer Kämpfe.

Th: Stimmt. Ohne die Durchsetzung vieler Sachen in den 70er und 80er Jahren könnten wir uns dieses Leben nicht leisten. Alleine 30 Krankenversicherungen zu zahlen, wäre unmöglich.

In den 70er und auch in den 80er Jahren waren solche Ansätze wie Eurer viel verbreiteter: Kollektiv arbeiten, kollektiv leben... Viele dieser Projekte sind verbürgerlicht, viele gibt's gar nicht mehr. Wie schafft Ihr das, trotzdem weiterzumachen?

Th: Wichtig sind ein paar Grundregeln, die relativ streng gehandhabt werden. Keine Lohnarbeit außerhalb, kein Studieren. Ich glaub, dass viele ähnliche Projekte kaputtgegangen sind, weil die das nicht so streng gesehen haben. Bei uns gilt: Wer im SSK lebt, ist verantwortlich, und macht halt auch SSK. Und keine Karriere. Wer das will, muss rausgehen. Für mich ist das okay, obwohl es mich vielleicht auch irgendwann mal betrifft Aber den SSK gibt es eben auch aufgrund dieser Regel noch. Und solange ich hier bin, muss der SSK mein Hauptding bleiben.

Ihr habt einen recht hohen Altersdurchschnitt. Ist das unter Euch Thema: Perspektiven für das Älterwerden?

Al: Beim SSK gibt es keine Altersvorsorge. Wenn du also mit fünfzig hier rausgehst, stehst du wieder vor der Frage, wie geht's weiter? Hier wird zwar niemand wegen Alter gehen müssen, aber trotzdem. Über die Arbeit kriegen wir ja das ganze Alterselend in dieser Gesellschaft mit, und wir müssen anfangen zu überlegen, wie wir auch diese Frage kollektiv angehen können. Gemeinsam alt werden können wir mit unserem Konzept nicht. Aber es betrifft auch nicht nur uns. Viele Leute haben ja auf die Revolution gesetzt und sich nicht um eine Altersvorsorge gekümmert...

Gibt es noch Felder, die ihr gemeinsam beackert? Oder habt Ihr den Eindruck, lediglich diese Struktur am Leben zu halten und darüber hinaus nicht mehr zu anderen Sachen zu kommen?

Al: Das gemeinsame politische Projekt gibt es nicht mehr. Früher gab's jenseits des Alltags Extratreffen, wo auch Leute von außen dazukamen - zum Häuserkampf, zur Psychiatrie, zur Sanierung. Im Moment halten wir eine Struktur aufrecht, auf welche die gesamte Kölner Szene gerne zurückgreift. Unser LKW ist der Kölner Demo-Lautsprecherwagen, wir haben alles, um Transparente zu machen, unsere Räume stehen für Treffen zur Verfügung...

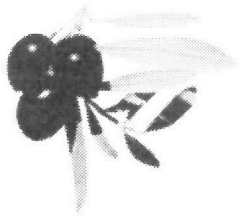
Th: Der SSK ist auch so was wie »die gute Mutter der Szene«. Ziemlich jedeR, die ich kenne, hat schon mal eine Zeitlang hier gewohnt, du kannst hier duschen, Wäsche waschen etc. - Aber irgendwie stört mich das auch am SSK. Wir haben diese Wahnsinns-Möglichkeiten, nutzen sie aber gar nicht richtig.

Al: Tja. Gerade in dieser Zeit, wo alle damit beschäftigt sind, zu rennen und ihren Alltag auf die Reihe zu bekommen, haben wir aber immerhin noch die Möglichkeit, die Arbeit liegen zu lassen und uns an irgendwelchen Aktionen zu beteiligen. Im Moment ist es nur Infrastruktur, aber alleine die aufrecht zu erhalten, hat schon einen großen Wert. Wenn hier mal was losgehen sollte, was ich ja hoffe und im Zusammenhang mit Hartz IV usw. nicht für unwahrscheinlich halte, kann unser Projekt eine gute Rolle spielen. Die Leute kennen uns - auch wenn sie oft sehr krause Vorstellungen davon haben, was hinter den Toren passiert. Es gibt Nachbarn, die uns seit 20 Jahren hassen. Aber viele finden uns gut. Wir haben in Köln den Ruf, die zu sein, die sich wehren und sich nix bieten lassen.

■

Spanische Ernte, Januar 2005:

Olivenvibratoren, Straßenblockaden und streikende Gitanos

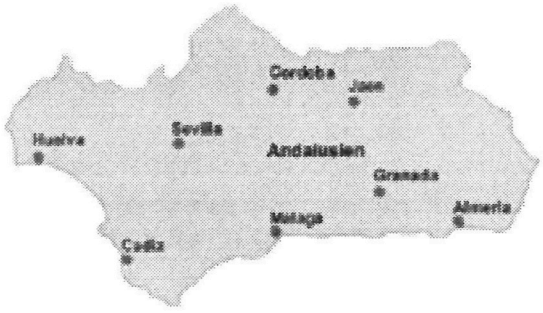


Seit den rassistischen Ausschreitungen gegen marokkanische ErntearbeiterInnen in El Ejido sind fünf Jahre vergangen. Seitdem ist viel über über die beschissenen Arbeits-und Lebensbedingungen der eingewanderten Arbeitskräfte in der südspanischen Lebensmittelindustrie geschrieben worden. Im folgenden deshalb nur ein kurzer Überblick über die momentane Situation, um dann darüber zu berichten, wie ein Dorf in der Olivenregion im Januar 2005 einen Monat lang von streikenden TagelöhnerInnen gebeutelt wurde. In diesem Jahr sind sehr viel mehr ‚EinwanderInnen' in der Ernteregion angekommen, obwohl die Ernte im Vergleich zum Vorjahr auch aufgrund der Kältewelle geringer ausfiel. Gleichzeitig gab es einige Auseinandersetzungen und Streiks der ansässigen ArbeiterInnen aufgrund des verstärkten Einsatzes von Erntemaschinen, der ihren Akkordlohn untergräbt und ihre Saisonarbeitsplätze gefährdet. Gewerkschaften, Staat und Unternehmer versuchen, diese Konflikte zu ökonomisieren, z.B. indem sie Mindestpreise für den Maschineneinsatz in Tarifverträgen festschreiben. Gleichzeitig verändern zwei Gesetzesvorhaben die Bedingungen der ArbeiterInnen: die Subventionierung des Agrarsektors wird umgestaltet, wobei auch das Arbeitslosengeld der SaisonarbeiterInnen auf dem Spiel steht; das Einwanderungsgesetz wird reformiert, einem Teil der MigrantInnen wird nun eine Aufenthaltserlaubnis versprochen, somit wird eine weitere Hierarchiestufe innerhalb des Arbeitsmarkts eingeführt. Ende Januar gab es mehrere größere Demos von MigrantInnen gegen diese Reform.

Die industrielle Agrarproduktion ist neben dem Tourismus der Hauptsektor im südlichen Spanien, der die gesamte Gesellschaft prägt. Die Verteilung der knappen Wasservorräte, die geplanten Stau- und Umleitungsvorhaben sind Grund für zahlreiche Konflikte. Bei der Olivenernte 2004/2005 zeigte sich, dass die Branche sich selbst das Wasser abgräbt: aufgrund des Wassermangels wird die Ernte um rund ein Viertel geringer ausfallen. Die Agrarproduktion ist eine der treibenden Kräfte bei der rapiden Urbanisierung des Landes. In den letzten zehn Jahren hat die asphaltierte und betonierte Fläche um rund 20 Prozent zugenommen – mehr als doppelt so schnell wie im restlichen Europa –, verursacht durch Hotels und Feriensiedlungen und vor allem durch die Landflucht. In der Region um Jaén sieht man das Land vor Olivenbäumen nicht, rund 50 Millionen liefern 20 Prozent des Weltbedarfs an Olivenöl. Die Region um Huelva ist nach den USA der zweitgrößte Erdbeerproduzent der Welt und beschäftigte 2001 rund 55000 Menschen, davon 10000 eingewanderte ArbeiterInnen. Der Sektor ist stark monopolisiert, rund 95 Prozent der Unternehmen gehören zur Gruppe *Freshhuelva*. Die Andalusische Landarbeitergewerkschaft SOC gibt an, dass die Hälfte des bebauten Landes rund zwei Prozent der Landbesitzer gehört und spricht von »lateinamerikanischen Verhältnissen«. Neben der Produktion ist auch der Handel stark monopolisiert: rund drei Viertel der Ernte geht in den europäischen Großhandel; Setzlinge kommen in erster Linie aus der kalifornischen Agrar-Industrie; Pestizide und Plastikplanen werden von wenigen Großunternehmen geliefert. Auch in der Agrikultur gibt es eine Tendenz zur Standortverlagerung bzw. -ausweitung: rund 80 Prozent der 800 Erdbeerplantagen in Marokko sind im Besitz von Unternehmern aus Huelva. In der Region um Huelva schrumpfte die Anbaufläche in den letzten fünf Jahren um rund 30 Prozent, was nicht heißt, dass 30 Prozent weniger Erdbeeren geerntet werden. Ein Hauptgrund für diese Standortverschiebung sind die Lohnkosten: in der Erdbeerernte betragen sie rund 70 Prozent.

Die Plastikplanen der Treibhäuser erstrecken sich über Hunderte von Quadratkilometern, unter-

Im Wildcat-Zirkular war die Situation der MigrantInnen in Südspanien mehrmals Thema:
In Wildcat-Zirkular 56/57 (Mai 2000) findet ihr unsere erste Einschätzung der Situation in El Ejido.
In Zirkular 59/60 (Juli/August 2001) haben wir diese Einschätzung ein Jahr später überprüft. Im selben Heft kommentiert ein spanischer Genosse das neue Einwanderungsgesetz.
Alle Artikel auch im Archiv auf www.wildcat-www.de.



brochen von Fabriken für Verpackung und Weiterverarbeitung, von Werkstätten für Landmaschinen und von den großen Verladestationen der Speditionen. Die Olivenbäume sind in Reihe gepflanzt für den Einsatz von Erntetraktoren und Rüttelmaschinen, alle zehn Kilometer stehen die großen Gebäudekomplexe der Olivenpressen. Wie in jeder Industrie ist der Einsatz von Maschinen zum einen vom Produkt, in erster Linie aber vom Preis der Arbeitskraft abhängig. Zumindest in der Olivenernte nimmt der Einsatz von Erntemaschinen (sogenannten Vibratoren) zu und setzt die ArbeiterInnen unter Druck.

Die Einwanderung

Die letzte Olivenernte war ohne die Arbeit von rund 8000 MigrantInnen nicht einzuholen. Dem wird von offizieller Seite immer entgegengestellt, dass 22000 SpanierInnen in der Region arbeitslos gemeldet sind, ein Grund für die Agrarreform (s.u.). Es ist schwer zu sagen, wie viele MigrantInnen tatsächlich im spanischen Agrarsektor arbeiten. Viele arbeiten ohne offizielle Verträge, die Gewerkschaft CC.OO geht von 30 Prozent aus. Zahlen beziehen sich meist nur auf eine bestimmte Ernte, ArbeiterInnen wandern aber oft mit den Ernten. Ihre Zusammensetzung hat sich in den letzten zwei, drei Jahren verändert, nach den Streiks und Konflikten der maghrebinischen ArbeiterInnen werden vermehrt Leute aus Osteuropa beschäftigt. Laut Zahlen der SOC sollen in der Region Huelva (Erdbeeren) im Jahr 2002 7000, im Jahr 2004 20000 OsteuropäerInnen mit Vertrag beschäftigt worden sein. Die SOC spricht von durchschnittlich 15 bezahlten Arbeitstagen pro Monat. Dadurch würden die Schlangen vor der Essensausgabe bei den NGOs immer länger. Die SOC weist auch darauf hin, dass es durch die vielen MigrantInnen in der Region zu spürbaren Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Mieten usw. gekommen sei, was auch die ansässige Bevölkerung beträfe. Die Unternehmer umgehen das Verbot der Akkordarbeit in der Erdbeerernte, indem sie z.B. 200 kg Erdbeeren pro Tag als Norm ansetzen und bei Nichteinhaltung mit Entlassung drohen. Die rumänischen ArbeiterInnen erzählen von verschiedensten Schikanen: bei der Einstellung wählt der Unternehmer aus 500 ArbeiterInnen 200 aus; er behält alle Papiere (Pass, Visum, medizinische Atteste) ein, Papiere, für die sie rund 300 Euro bezahlt haben, meist auf Kredit; Kontaktverbot zwischen Männern und Frauen auf der Farm; Alkoholkontrollen und Bettzeitvorschriften.

Bereits Anfang Dezember 2004, also vor Beginn der Ernte, sollen 5000 Migranten vor Ort gewesen sein. Viele sind obdachlos, leben in verlassenen Häusern oder auf der Straße. Die Herbergen durften erst mit Beginn der Ernte geöffnet werden, um den »Anziehungseffekt« nicht zu verstärken. Unter Druck von karitativen Organisationen und Gewerkschaften nahmen sie dann bereits Anfang Dezember Leute auf. Es gab allerdings nur 650 Plätze. In der Presse wurde von mehreren Räumungen »illegaler Wohnungen« rumänischer ArbeiterInnen berichtet.

Viele Arbeitssuchende kommen aus Ländern südlich der Sahara wie Ghana und Senegal. Falls sie den Mindestlohn bekommen, können sie auf zwei Monate Arbeit hoffen, rund 6-7 Stunden täglich, 39 Euro am Tag. Die SOC gibt an, viele Fälle von 12 Stunden Arbeit für 20 Euro zu kennen.

Das Einwanderungsgesetz

Eine im Januar 2005 veröffentlichte Statistik zeigt die wachsende Bedeutung der MigrantInnen nicht nur im Agrarsektor, sondern im gesamten spanischen Arbeitsmarkt: rund 34 Prozent aller neuen Arbeitsplätze wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2003 durch MigrantInnen besetzt, deren Beschäftigungsanteil insgesamt bei 4,9 Prozent liegt. Die meisten dieser Arbeitsplätze sind befristet und/oder bei Leihfirmen. Die MigrantInnen kommen hauptsächlich aus Marokko und Lateinamerika. Seit der »Regularisierung des Aufenthalts« im Januar 2005 können sich Leute, die vor August 2004 bei den Behörden registriert waren und einen Arbeitsvertrag über sechs Monate vorweisen können, legalisieren lassen. In der Landwirtschaft, der Gastronomie und im Hotelwesen reicht ein Dreimonatsvertrag. Die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis beantragen sie nicht selbst, sondern ihr Unternehmer. Ein Unterschied gegenüber den »Regularisierungen« der letzten Jahre, die Regierung kann so behaupten, sie würde bei den Unternehmern auf den Abschluss von Tarifverträgen drängen. Die Regierung geht von rund 800000 MigrantInnen aus, die ihren Aufenthalt »legalisieren« können – bei insgesamt 1,1 Millionen mit »irregulärem« Aufenthalt (was die illegalen MigrantInnen nicht mit einschließt). Am 17. Januar zeigt die Presse Bilder von »tausenden Migranten«, die vor den Konsulaten übernachten, um die benötigten Papiere (u.a. Vorstrafenregister) beantragen zu können. Am 7. Februar 2005, dem ersten Tag der »Regularisierung«, haben Unternehmer Anträge für die Aufenthaltserlaubnis von rund 1500 Migranten

Chronologie

21. Dezember 2004
Nach einer Versammlung von rund 600 SaisonarbeiterInnen beginnt der Streik, zu dem CC.OO und UGT gemeinsam aufrufen. Die Unternehmer erklären den Streik für illegal, da der Tarifvertrag noch bis Januar 2005 gültig sei.

8. Januar 2005
Die Presse berichtet von einer zunehmend aufgeheizten Stimmung im Dorf. Die CC.OO droht mit einem Generalstreik in Bujalance. Rund 800 SaisonarbeiterInnen nehmen an einer Versammlung teil.

12. Januar 2005
Generalstreik in Bujalance, die Unternehmer sprechen von 20 Prozent Beteiligung, die CC.OO von 40 Prozent, manche Zeitungen von 70. Die CC.OO hebt die Streikbeteiligung im Bausektor, besonders der Maurer hervor. Supermärkte bleiben weitgehend offen, LehrerInnen kommen zur Schule, aber nur die Hälfte der SchülerInnen. Zu diesem Zeitpunkt gehen die Unternehmer davon aus, dass in Bujalance nur 10 Prozent der Ernte eingeholt worden sei.

15. Januar 2005
Manolo Ramirez fängt seinen Hungerstreik an.

16. Januar 2005
Rund 50 Prozent der Ernte soll in manchen Feldern bereits verdorben sein. Die Bäume werden nicht gestutzt, was den Ertrag für die folgenden Ernten verringert. Laut El País demonstrieren rund 700 Unternehmer, Olivengroßbauern und Geschäftsleute, die Lokalpresse schreibt von 400 Teilnehmern. Sie beschweren sich, dass sie von den Streikenden bedroht werden, dass diese Arbeitswillige am Arbeiten hindern bzw. Olivenbäume ausreißen, wo gearbeitet wird, und die kleinen Unternehmen und Geschäfte im Ort Boykottaufrufe fürchten müssen, wenn sie ihre Läden öffnen. Die Gewerk-

eingereicht, die meisten wurden wegen fehlender Dokumente zurückgewiesen, in Malaga 80 Prozent!

In Almería kam es am 23. Januar 2005 zu einer erstaunlichen Demo gegen das neue alte Einwanderungsgesetz und für Papiere für alle. Es demonstrierten rund 3000 bis 4000 Leute, zwei Drittel Afrikaner, (bis auf eine handvoll SpanierInnen), der Rest Maghrebiner, rund 99,9 Prozent junge Männer. Es gab eine Dachorganisation »für Gleichheit«, die SOC und die CGT, aber bis auf die übliche Aufkleber- und Fahnenverteilerei hatten die nichts zu sagen. Die Forderung war klar und wurde in verschiedensten Gesangsformen präsentiert: »Papiere für alle, ohne Einschränkungen und Vorbedingungen!« Die Demo verlief ohne Zwischenfälle, es wurde großer Wert auf Ketten gelegt, und alle zweihundert Meter setzte man sich auf die Straße. Eine Vorbedingung für die Papiere schien zu bleiben, jedenfalls war die Parole, dass ein Passport genügen soll.

Die Agrarreform

bewegt sich im Subventionsregelwerk der EU und versucht, einen »erstaunlichen Widerspruch« aufzulösen: Die Landbevölkerung nimmt ab, die Anzahl der arbeitslos gemeldeten LandarbeiterInnen steigt rapide, gleichzeitig nehmen die Schwierigkeiten zu, spanische Arbeitskräfte für die Ernte zu finden. Zudem soll die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes an die geleisteten Arbeitstage pro Jahr gekoppelt werden (bisher bekam man sechs Monate Geld, egal ob man 35 Tage oder 180 Tage im letzten Jahr gearbeitet hatte).

Unter der konservativen Regierung hatte sich die sozialistische Partei im Jahr 2002 noch an den Protesten gegen die Reform beteiligt, vielleicht weil viele ihrer Hochburgen Subventionsgelder verloren hätten. Im Januar 2003 einigten sich CC.OO und UGT dann mit der Regierung auf einen Vorschlag, der die Zugangsbedingungen zum Arbeitslosengeld weiter erschwerte und für ArbeiterInnen unter 25 Jahren so gut wie unmöglich machte.

Die im März 2004 an die Regierung gekommene Sozialistische Partei nahm nur geringfügige Änderungen vor und nicht wie versprochen die ganze Reform zurück. Laut SOC haben vor allem jüngere ArbeiterInnen Probleme, die erforderlichen Arbeitstage zusammenzubekommen, und seien daher oft auf Sozialhilfe angewiesen. Die momentane Höhe dieses Geldes variiert zwischen 75 und 100 Prozent des Mindestlohns, rund 400 Euro bzw. etwas über 500 Euro im Monat. Die Unternehmer beziffern die Anzahl der LeistungsempfängerInnen in Andalusien auf 120000. Die SOC geht von 65000 aus, wovon rund 40000 auch in anderen Regionen in der Ernte arbeiteten.

Zwar wird im Unterschied zur »Anti-Immigranten-Haltung« der Mehrheitsgewerkschaften (CC.OO und UGT) die SOC als »immigrantenfreundlich« bezeichnet, ihre offizielle Politik sieht aber anders aus. Im November 2004 schlug der SOC-Generalsekretär die Etablierung von sogenannten »lokalen Beschäftigungskommissionen« vor, die den Arbeitskräftebedarf regulieren sollen. Demnach könnten nur eingeschriebene ArbeiterInnen Arbeit bekommen, was tausende von illegalen ProletarierInnen ausschließen würde.Er erklärte sich ausdrücklich damit einverstanden, »dass ein Arbeiter, der sich weigert, eine angebotene Arbeit in seiner Region anzunehmen, sein Arbeitslosengeld verliert.« (aus: *ABC Sevilla*, 25.11.2004) Wer den eigenen Mitgliedern verspricht, sie vor dem Dumping der MigrantInnen zu schützen, muss dann natürlich auch dafür sorgen, dass diese für ähnlich schlechte Bedingungen arbeiten gehen. Im übrigen eine unverhohlene Drohung gegen die vielen SüdspanierInnen, die in der Ernte und Industrie des Nordens arbeiten, während sie im Süden Arbeitslosengeld beziehen! Andererseits rief die SOC für den 28. Januar 2005 zu Aktionen gegen die Reform auf...

Der Streik

Bujalance ist ein Dorf mit 8000 Einwohnern an der Bundesstraße zwischen Jaén und Córdoba, es gibt keinen Tourismus, keine Sehenswürdigkeiten, aber jede Menge Oliven. Auf dem Marktplatz hängen zwei Transparente, eines sagt »Mach weiter, Manolo! Bujalance liebt dich!«. Die Tagelöhner der Olivenernte sind im Streik, Manolo ist der örtliche Boss der Gewerkschaft CC.OO und zur Zeit in Hungerstreik. Das andere Transparent ist von den Unternehmern und ruft dazu auf, die einzige Steuereinnahmequelle des Dorfs, die Oliven, zu schützen. Seit dem 21. Dezember 2004 versammeln sich täglich rund 600 bis 1000 Streikende, um sich auf den neuesten Stand zu bringen und über den weiteren Verlauf zu entscheiden. Sie streiken v.a. aus zwei Gründen: die zunehmende Mechanisierung macht ihren Akkordlohn kaputt und 200 von ihnen sind wegen einer neuen Subvertragsregelung gefeuert worden. Laut Tarifvertrag muss für das handgepflückte Kilo Oliven mehr gezahlt werden als für maschinell gerüttelte, das wird aber selten eingehalten. Die CC.OO fordert die Festschreibung eines Mindestpreises für die mit Vibratoren geernteten Oliven. Die streikenden Bujalancer@s zeigen sich von der Tatsache, dass sie inmitten einer Weltmarkt-Ölproduktion streiken, sie das eigentliche Ziel einer EU-weiten Agrarreform sind und laut Medien von tausenden umherziehenden und arbeitssuchenden Migranten umringt sind, relativ unbeeindruckt.

schaften dementieren, einige Streikenden sagen jedoch, dass sie auch ihre Kinder aus der Schule nehmen werden, falls die Unternehmer nicht einlenken. Die Zeitung schreibt von Flugblättern, die nach dem Generalstreik im Dorf zirkulierten, in denen streikbrechende Läden genannt werden.*

17. Januar 2005
Rund 100-150 junge streikende Bujalancer@s halten mit Einverständnis des Priesters Tag und Nacht die Kirche und ihren Hinterhof besetzt, in Solidarität mit dem hungerstreikenden Gewerkschafter.

18. Januar 2005
Die Anzahl der Guardia Civil im Dorf hat sich verdreifacht. Sie schützen Kleinbauern, die sich entschlossen haben, wieder auf die Felder zu gehen. Sie verlassen das Dorf zusammen von der größten Kooperative Jesus Nazarero aus. Die Großunternehmen kündigen an, Arbeitskräfte in anderen Regionen zu suchen, wo die Ernte bereits beendet ist. Der Bürgermeister fordert dagegen, Arbeitskräfte in der eigenen Region zu suchen, wie es im Tarifvertrag steht. Der Gewerkschaftsführer droht mit verschärften Maßnahmen, falls Arbeitskräfte von außerhalb angekarrt werden sollten.

19. Januar 2005
Zur Kundgebung kommen rund 1000 Streikende, allerdings gibt es keine Abstimmungen oder Debatten. Ramirez kündigt das Ende der Kirchenbesetzung an und ruft für den nächsten Tag zur Versammlung auf dem Marktplatz, statt vor der streikbrechenden Kooperative auf. Nach der Kundgebung wird die benachbarte Bundesstraße für rund eine Stunde besetzt.

21. Januar 2005
Manolo Ramirez gibt bekannt, dass die CC.OO einen Vertrag ausgehandelt hat: »Dies ist ein positiver Abschluss, nicht der, den wir wollten, aber einer, der diesen Konflikt beenden kann.« Er sieht er einen Mindestpreis bei Einsatz

von Rüttelmaschinen vor, 13 bzw. 14 Cents pro Kilo. Außerdem unterstreicht er den allgemeinen Tarifvertrag, nachdem bevorzugt Arbeitskräfte aus dem Dorf einzustellen sind. Manolo ruft die ArbeiterInnen auf, für das Ende des Streiks zu stimmen, »damit wieder Friede ins Dorf einkehrt.«

22. Januar 2005
Rund 1000 Tagelöhner stimmen für die Beendigung des Streiks. Ungeklärt sind noch ein paar rechtliche Fragen zum Vertrag, es wird nicht gesagt, ob die 200 Gekündigten wieder eingestellt werden.

*Gewalttätigkeiten sind bei spanischen Streiks kein Tabu – Meldungen vom Januar 2005:
– Die Staatsanwaltschaft fordert insgesamt acht Jahre Haft für vier Busfahrer, die während eines Streiks in der Region Vizcaya im März 2003 mit Zwillen auf bis auf den Fahrer unbesetzte Busse geschossen haben.
– Trotz der Verurteilung von mehreren baskischen Busfahrern wegen Sachbeschädigung gehen die Sabotageakte weiter: das Großunternehmen Arriva beschwert sich, dass bei einem Streik in der Nähe von Corunia rund 25 Busse wegen platter Vorderreifen nicht eingesetzt werden konnten.
– Anfang Februar streikten die Abschleppdienste für liegengebliebene oder verunglückte Fahrzeuge. In Valencia wurden streikbrechende Abschleppkräne abgefackelt.

Am 13.2.05 ist in El Ejido der 40-jährige Marokkaner Azzouz Hosni, als er aus einer Kaffeestube kam, von fünf Jugendlichen erstochen worden. Polizei und Medien wussten ohne Untersuchungen gleich, dass es dabei um Drogen gegangen sein musste, ein rassistischer Hintergrund wurde ausgeschlossen. Azzouz Hosni war Mitglied der andalusischen Landarbeitergewerkschaft SOC (Syndicato de Obreros del Campo). Das SOC hat eine sofortige Untersuchung des Mordes verlangt

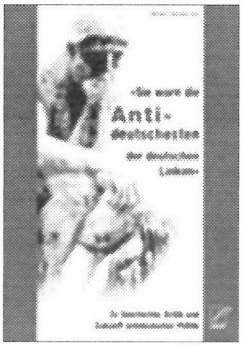
Auf der Landstraße sieht man auf einer Strecke von 15 km rund um Bujalance nur einen Traktor und vier Arbeitende. Außerdem fahren auffällig viele Kleintransporter mit drei bis vier Insassen herum, die Ausschau zu halten scheinen. Dabei braucht man gar nicht die gesamte Anbaufläche nach Streikbrechern zu durchforsten, es reicht, die Olivenpressen zu beobachten, Industriebetriebe für die Herstellung von Olivenöl. Dort beginnt und endet die Arbeit. Von den sechs Pressen, die ich in der Ortschaft ausmachen konnte, arbeitete nur die kleinste. Die größte wird von der *Guardia Civil* bewacht. Von hier aus sind auch die Kleinbauern am 18. Januar zur Arbeit aufgebrochen.

Am Abend versammelten sich rund 1000 Leute, alles SpanierInnen bzw. Gitan@s, viele ältere Herrschaften und Kinderwagen, fast so viele Frauen wie Männer, eher subproletarisch als kleinbäuerlich, viele Trainingshosen und ärmellose Westen, erstaunlich kleine Leute, die Stimmung ist familiär bis nachbarschaftlich. Ein Typ erklärt mir, dass der Tarifvertrag bzw. das Akkordlohnabkommen nur für diesen Bezirk gilt, im 20 km entfernten Córdoba gilt ein anderer Vertrag. Dann spricht Manolo, der hungerstreikende CC.OO-Funktionär. Er spricht aus dem ersten Stock des Rathauses, man kann ihn nicht sehen, vielleicht wegen der technischen Begebenheiten, seltsam auf jeden Fall. Er bedankt sich zuerst für den Einsatz der jungen Leute, die seit mehrerenTagen und Nächten in der Kirche bzw. deren Hinterhof ausharren. Die jungen Leute kommen heraus und kriegen Applaus. Im zweiten Satz erklärt er die Kirchenaktion für beendet, wobei nicht klar ist, warum und wie entschieden. Er bedankt sich für die disziplinierte und pazifistische Haltung während des Protests und betont dreimal, dass es weiter pazifistisch bleiben muss. Er erzählt, dass er am nächsten Tag zur Verhandlung nach Córdoba fahren werde, wo es hoffentlich einen Abschluss geben wird, obwohl er sich wegen des Hungerstreiks schwach fühle. Als Zeichen der Verhandlungsbereitschaft ändert er auch gleich den Versammlungsort für die Kundgebung am nächsten Morgen: nicht wie geplant vor der großen Kooperative, von wo die Streikbrecher losfahren, sondern wieder auf dem Rathausplatz. Es gibt keine Reaktion auf diese Ankündigung. Zum Schluss wird seine Stimme nochmal kämpferischer und er fordert uns auf, mit ihm eine Demo zur Hauptlandstraße zu machen und diese zu blockieren. Er kommt aus dem Rathaus, spricht mit den einzigen zwei anwesenden *Guardia Civil*-Bullen. Er sieht aus wie ein Streikführer, ich sage nur, achtet auf modische Schals oder andere Accesoirs. Auf dem Weg zur und auf der Landstraße sind keine Bullen zu sehen. Alle 1000 Leute gehen auf die Fahrbahn und jeder gestaute LKW kriegt ein Olé. Das geht rund eine Stunde, keine besonderen Vorkommnisse, einmal wird es etwas lauter, als am Ende des Staus ein Traktor mit Anhänger auftaucht. Am folgenden Morgen treffen sich die Leute wie verordnet nicht vor der streikbrechenden Kooperative, sondern vor dem Rathaus. Auf das Gelände der Kooperative fahren ungehindert jede Menge Jeeps und Traktoren, währenddessen warten rund 500 Leute seit neun Uhr auf dem Rathausplatz in der Kälte, obwohl die Verhandlungen in Córdoba erst um zehn Uhr beginnen. Die meisten vertreiben sich die Zeit mit Zeitunglesen, es gibt einen doppelseitigen Artikel über die Straßenblockade des Vortags. Im Artikel steht nichts Unbekanntes, abgesehen von der Info, dass die Unternehmer davon ausgegangen waren, dass die gestrige Demo zur Landstraße eigentlich zur Kooperative gehen sollte und sich auf dem Gelände der Olivenpresse versammelt hatten. Ein Typ erzählt, dass es zwar offiziell um den Akkordlohn geht, im Grunde aber der generelle Einsatz von Maschinen das Problem sei, schließlich würden sie die Hälfte des Personals freisetzen. Dazu kommt die Migrantenfrage. In Bujalance würden kaum Migranten arbeiten, in Jaen oder Córdoba aber viele und für die Hälfte des Lohns. Bis elf Uhr gibt es keine Ansage oder Neuigkeiten aus Córdoba und die ersten Leute gehen.

Interessant fand ich, dass »SpanierInnen« und »ZigeunerInnen« zusammen gestreikt haben. Ansonsten ist die Stimmung eher gespannt: Am 16. Januar 2005 – also während des Streiks - fand in Cortagana (5000 Einwohner, weiter im Südwesten Andalusiens) eine Demo »für Sicherheit« statt, nach der Festnahme von zwei Gitanos wegen Mordes an einem Schwerbehinderten. Es nahmen rund 2000 Leute teil. Am Ende der Demo sind wohl rund 1000 Leute in das von Gitanos bewohnte Viertel marschiert und haben Autos und Häuser demoliert und Leute bedroht.

Antonia

Absetzbewegungen
von der »neoliberalen Formierung des Selbst«



Gerhard Hanloser (Hg.)
»Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik

Münster 2004 (Unrast)
288 Seiten, 16 Euro
ISBN: 3-89771-432-9

siehe auch:

Wildcat-Zirkular 62, Februar 2002:
»Neue Deutsche Wertkritik – Marxismus in Zeiten des Neoliberalismus«

Wildcat-Zirkular 63, März 2002:
»Linke zwischen Nebelkerzen« und »Antideutsche an der Front«

Jetzt will's keiner gewesen sein! Heutzutage will keine/r mehr zu den Antideutschen gehören. Mit ihrem Trommeln für den Krieg gegen Afghanistan und den Irak haben sie sich auch intern zerlegt. Der *konkret*-Kongress vor drei Jahren markierte den Ausstieg des ursprünglichen Stichwortgebers Elsässer (zurück zu alten, antiimperialistischen Positionen), Robert Kurz hat ebenfalls mit dem »antideutschen Syndrom« abgerechnet in seinem Buch »Die Antideutsche Ideologie«, erschienen im Herbst 2003 im Unrast-Verlag. Im selben Verlag erschien nun »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«, das »Beiträge für eine grundlegende Kritik antideutscher Ideologie« liefern will. Viele der AutorInnen waren in den letzten Jahren selber auf antideutschen Podien gesessen. Die Absetzbewegung scheint also umfassend zu sein.

Andererseits findet sich »antideutsches Gedankengut« auf Schritt und Tritt im linken Wortschatz. Antifas, Antirassisten und Antinationale reden von einem »nationalen« oder »völkischen Konsens«, von »*den* Deutschen« als »Volkskörper« usw.. Die Antideutschen haben grundlegende Vorstellungen (von Solidarität, praktischer Kritik der Verhältnisse usw.) kaputtgemacht. Sie haben Überlegungen in die linksradikale Bewegung eingeschleust, Kriege könnten richtig und unterstützenswert sein. Sie haben allem, was mit »Kollektiv« zu tun hat, den miefigen Geruch des Ewiggestrigen angehängt. Sie haben dazu beigetragen, die Voraussetzungen einer revolutionären Theorie/Praxis überhaupt zu zerstören. Dabei waren sie nicht sonderlich originell; zumeist sind sie – mit großer Geste des kleinen Häufleins der Aufrechten – im *mainstream* geschwommen. Es ist wie am Ende im klassischen Vampirfilm: der Untote ist gepfählt, aber alle sind angesteckt, sie wissen es nur noch nicht.

Sich mit der antideutschen Ideologie noch einmal auseinanderzusetzen, macht deshalb nur insofern Sinn, als es dabei um die Rekonstruktion einer revolutionären Theorie geht – und am Rande um die Frage, wie sich die Linke in den 90er Jahren dermaßen paralysieren konnte. Leistet das Buch dazu einen Beitrag?

Der erste Befund ist erschütternd: (fast) niemand der AutorInnen hält es für nötig, auf eigene antideutsche »Verstrickungen« (Hanloser) einzugehen, Holger Schatz etwa, der zusammen mit Andrea Woeldicke das schlampig recherchierte »Freiheit und Wahn deutscher Arbeit« vorgelegt hat, eins der Hauptwerke antideutscher Ideologiebildung – und nach wie vor beim selben Verlag im Programm. Aber eben nur »fast«: Bernhard Schmid setzt sich in seinem informativen Beitrag »Deutschlandreise auf die Bahamas« mit seiner eigenen Beteiligung an antideutscher Politik auseinander, erklärt, was er heute anders sieht, betont aber auch, dass eine Kritik am Antiimperialismus der deutschen Linken überfällig war (zu fragen wäre allerdings, ob es wirklich eine Kritik war und nicht nur die andere Seite der Medaille, wenn man Biographien wie die von Elsässer sieht). Schmid zeichnet die Entstehung der *Bahamas* aus dem Hamburger KB nach und wirft Fragen zu Argumentations- und Diskursfiguren auf, die sich leider nicht auf das Umfeld des *Kommunistischen Bundes* Ende der 80er beschränken. Lesenswert!

Nur das Autorenduo Mohr/Haunns hält sich nicht an den guten Ton des »Mantel drüber« und schießt auf S. 75 explizit gegen einen anderen Autoren im selben Buch: »Die L.U.P.U.S.-Gruppe aus Frankfurt beklagte noch in einem 1994 publizierten Buch ‚die Unkenntnis zentraler Mechanismen der Vergesellschaftung ‚weißer Deutscher', wusste in dieser Logik von einem ‚rassistischen Konsens' in diesem Land zu berichten und plädierte für einen ‚Anti-Nationalismus' als eine ‚der vornehmsten Aufgaben linker Opposition'...«. Mohrs/Haunns sind auch die einzigen, die sich gegen die *jungle world* positionieren: »Dort wird das Kunststück vollbracht, sich rhetorisch radikal gegen die als ‚Deutschland' verstandene Mehrheitsgesellschaft zu positionieren, ohne den Wunsch aufzugeben, dennoch an der Seite der ‚westlichen Zivilisation' weltpolitisch mitspielen zu dürfen.« (S. 81) Die meisten anderen Autoren des Sammelbands schreiben noch immer – oder wieder – in diesem Blatt.

Insofern ist das Buch nur eine weitere Umdrehung in der zirkulären Beschäftigung der Linken mit sich selber. Hier wird nichts aufgearbeitet, son-

dern einer politischen Leiche ins Grab gespuckt, an deren *events* sich viele der AutorInnen beteiligt haben, solange damit Scheinwerferlicht zu gewinnen war. Rätselhaft auch der Untertitel: »Zukunft antideutscher Politik«??

Meiner Ansicht nach hängt die teilweise verquaste Sprache im Buch damit zusammen. Warum diese Furcht einflößende Sprache? Würden ein paar ehrliche Worte über die eigene Vergangenheit zu einer genaueren und relaxteren Sprache verhelfen? Stattdessen hilft man kräftig mit, das antideutsche Phänomen über die Maßen aufzublasen. Im Beitrag des Herausgebers selber, der sich explizit mit dem »bundesrepublikanischen Linksradikalismus« beschäftigt, kein Wort davon, dass die meisten Anti-Deutschen früher in K-Gruppen waren und ihr Antideutschtum vor allem anderen eine Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit ist. Das mag damit zusammenhängen, dass man die eigene »Verstrickung« nicht diskutieren mag, für die Sponti- und Anarcho-Linke treffen Hanlosers Befunde jedenfalls nicht zu.

Der zweite Befund zeigt aber, dass die oben aufgeworfenen Fragen im Buch durchaus behandelt werden. Detlef Hartmann etwa arbeitet den Zusammenhang von Krieg »nach außen« und Zerschlagung der Klassenrigiditäten im Innern heraus und kann überzeugend darlegen, dass gerade dieser Zusammenhang von den Antideutschen als »amerikanischer Fortschritt« abgefeiert wird.

Lesenswert ist auch der Beitrag des Frankfurter Autorenkollektivs, das den Antideutschen die »wertkritische Fundierung« wegzieht, indem es anhand deren Gelaber vom »automatischen Subjekt« zeigt, dass sie Marx nicht verstanden haben...

* Der Unrast-Verlag scheint leider kein Lektorat zu machen, was bei diesen Autoren dringend nötig gewesen wäre. Auch ein Korrektor hätte gut zu tun gehabt – das Buch ist voller Tippfehler. Und das bei dem stolzen Preis von 16 Euro.

* **»Das Konkrete abstarker Herrschaft ... entpuppt sich nur unschwer«** (Holger Schatz)

Wer sich von gestelzter Sprache und Tippfehlern nicht schrecken lässt, findet in Holger Schatzens Beitrag brauchbare Überlegungen zu der Frage, wie die Antideutschen die Kernstücke neoliberalen Gedankenguts in die radikale Linke einschleusten.

Schatz referiert zunächst Giddens (»neue Mitte«) und Beck (»Risikogesellschaft«), um darzulegen, dass wesentliche Ideologieversatzstücke der Antideutschen aus dem kapitalistischen *mainstream* kommen. Mit seinem wohlfeilen Vorwurf des Antisemitismus gegen jede Kritik am Kapitalismus koppelt der antideutsche Diskurs an diese Mainstream-Ideologie an. Schatz zerpflückt einige der gängigsten antideutschen »Argumente« (z.B. verkürzte Kapitalismuskritik sei »strukturell antisemitisch«) und zeigt auf, wie sie dazu dienen, *jeden* Antikapitalismus und Klassenkampf als antisemitisch abzuqualifizieren.

Dann beschäftigt er sich mit dem affirmativen Bezug der Antideutschen auf den Kapitalismus. Laut Schatz sind dafür »Dichotomien zwischen personaler und abstrakter Herrschaft« die Voraussetzung, denn sie »bilden die Grundlage der Vorstellungen von der ‚Freiheitsmaschine' Markt« (232) Schatz hält dem entgegen, dass der Kapitalismus zwar die Bedingungen für Freiheit verallgemeinert, nicht aber Freiheit überhaupt erst denkbar gemacht habe. Vom Loblied auf die »abstrakte Herrschaft« ist es ein kleiner Schritt zum antideutschen »Abscheu« vor »Altruismus, Solidarität, gemeinsamen Werten usw.« (236) »Man dreht den Spieß einfach um, und dann wird alles gut. Wenn jeder sein Eigeninteresse verfolgt, dann werden alle wohlhabend, glücklich und frei...« (236)

»Das Lob der Individualität, das die Kritik der Antideutschen penetrant veredeln soll, entpuppt sich nur unschwer als ein Substitut für die Handlungsperspektive ehemaliger Linker, die ihre eigene Anpassung, ihren Friedensschluss mit dem absurden System der Konkurrenz in der Feier von life, liberty and pursuit of happiness kaschieren.« (237) Wenn Ausbeutung nur noch Konstrukt ist, sind Menschen nur als vereinzelte Konsumenten denkbar. »Wenn man nämlich meint ... die Regression der bürgerlichen Gesellschaft darin entdecken zu können, dass irgendwelche Rückwärtsgewandten ‚die Gemeinschaft' und das spärliche Leben predigen, dann muss logischerweise die Erziehung zu Egoismus, Lust und Luxus als Erziehung zum mündigen, antifaschistischen Bürger erscheinen.« (238)

Einem antideutschen Chefideologen zufolge habe der Kapitalismus »heute seine ‚Überlegenheit gegenüber anderen Zivilisationsmodellen' dadurch zu sichern, dass er wieder verstärkt ‚den Menschen zwingt, sich als einzelner zu vergleichen' (Wertmüller 2002)« (239) – und wo der Kapitalismus das nicht ausreichend tut, stellt man sich gern selber als Psychoanalytiker zur Verfügung:

Seit kurzem formulieren die Antideutschen explizit, was sie schon immer gemeint haben: Die Ausgebeuteten und Unterworfenen dürfen nicht rebellieren! »'Der Psychoanalytiker hätte jeder Entladung der Aggression seines Patienten entgegenzutreten und stattdessen dafür zu sorgen, dass sein Patient durch die Arbeit an seiner beschädigten Persönlichkeit zu einem Individuum sich entwickelt, *das die Welt aushalten,* also in ihr wenigstens soweit bestehen kann, dass es nicht anderen zur Gefahr und sich selbst zur Last wird' (*Redaktion Bahamas 2003*).« (239) Hier verpasst Schatz eine wichtige Parallele: genauso argumentiert das ISF und genauso argumentierte die ehemalige Krisis-Gruppe im *Manifest gegen die Arbeit*! – aber er hält dagegen:

»Der kleinste, aber notwendige gemeinsame Nenner eines Emanzipationsbündnisses müsste dagegen ein emphatischer Begriff von kollektiver Freiheit sein, der den Moralismus-Vorwurf deshalb selbstbewusst kontern kann, weil diese Bedingung ja keineswegs auf Gleichmacherei oder Zwangskollektivität zielt.« (242) »Freiheit, die die Freiheit des Anderen zur Voraussetzung hat: Dass dieses normative Postulat gerade auf die Bewahrung von Individualität zielt, ist der Kern der dialektischen Betrachtung von Individuum und Gesellschaft ...« (243) Die bürgerliche Vorstellung, wonach die individuelle Freiheit im anderen die Schranke der eigenen Freiheit findet, sei ‚als gesellschaftlich notwendiger Schein der Freiheit zu betrachten. Diesen Schein zu dekonstruieren wäre Aufgabe einer emanzipatorischen und vor allen Dingen materialistischen, »Individualismus«-Kritik, die sich mit Marx daran erinnert, dass gerade auch individuelle Freiheit nicht in der Konkurrenz zu finden ist, sondern ‚in der Tat erst da (beginnt), wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zwänge bestimmt ist, aufhört.'« (243)

Leider verpasst Schatz den eigentlichen Clou: die Stoßrichtung der Antideutschen gegen die Unterklassen, wie sie etwa Detlef Hartmann herausarbeitet. Schatz schreibt: »Im Ressentiment gegen den Sozialstaat kommt auch die Wut darüber zum Ausdruck, dass die Moderne die Menschen potentiell zu anspruchsvoll und damit unregierbar hat werden lassen.« (240) Dem Argument ist zuzustimmen, aber es verdreht die Sache: nicht »die Moderne« hat die Menschen zu anspruchsvoll gemacht, das haben diese schon selber getan! Worum es in der heutigen Konterrevolution geht ist: die aus 1968ff. nachwirkenden Ansprüche auf ein besseres Leben zurückzudrängen. Bei Schatz ein struktureller Fehler, wie er direkt im Anschluss deutlich macht, wo er von der »Zufälligkeit der kapitalistischen Reichtumsproduktion« (240) spricht. In seinem Beitrag kommen überhaupt nur einmal (auf S. 242) »soziale Kämpfe« vor – gleichberechtigt neben »politischen Herrschaftsstrategien« als ursächlich für die »Sistierung von Marktgesetzen« .

jaa

Wildcat-Zirkular 54, November 1999: »Kritik am Manifest gegen die Arbeit«

Wildcat-Zirkular 56, Mai 2000: »Zur Kurz gedacht – Krisis zwischen Arbeit und Staat«

Opiumlandwirtschaft als Kriegsökonomie

Wer aufgrund des Titels und des reißerischen Vorworts ein weiteres verschwörungstheoretisches Machwerk vermutet, wird enttäuscht. Das Buch ist die deutsche Übersetzung des 1972 erstmals erschienenen und seitdem ständig aktualisierten Standardwerks *The Politics of Heroin in Southeast Asia*.

McCoy schildert ausführlich die Verstrickung der CIA in Opium- und Heroinproduktion im südostasiatischen Raum. Er beschreibt, wie durch Zusammenarbeit von CIA, pakistanischem Geheimdienst ISI und diversen *Warlords* Afghanistan zur »ersten Opium-Monokultur der Weltgeschichte« zugerichtet wurde. Diese Teile des Buches sind gründlich recherchiert. So entsteht nicht der Eindruck, hier gehe es um jene Art paranoiden Raunens, das in diversen Veröffentlichungen zum 11.9. 2001 den Grundton ausmacht.

McCoy arbeitet ausführlich die historischen und aktuellen Produktionsketten von Opium und dem daraus hergestellten Morphium bzw. Heroin heraus, ebenso die Verlagerungen von Anbaugebieten und Endverbrauchermärkten.

Zu kurz kommt leider der massive Ausbau der südamerikanischen Kokainproduktion seit Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Allerdings liegt der Schwerpunkt des Buchs eben auf Produktion von und Handel mit illegalen Opiaten. Und die spielen in Lateinamerika zur Zeit eine eher untergeordnete Rolle, auch wenn Kolumbien sich bei Versorgungsengpässen schon mehrmals als verlässlicher »Swing-Produzent« für Heroin erwiesen hat.

Die aktuelleren Abschnitte machen etwa zwei Drittel des Buchs aus. Diesen vorweggestellt wird als einleitender Teil *Eine kleine Geschichte des Heroins*. In weiter zurückgreifenden historischen Exkursen wird der koloniale Opiathandel der Ostindiengesellschaft sowie die Prohibitionszeit in den USA behandelt. Ergebnis dieser war unter anderem der Aufstieg mafiöser Strukturen, die sich, nachdem das Alkoholverbot gefallen war, dem Handel mit weiterhin illegalen bewusstseinsverändernden Substanzen zuwandten. Eher nebenbei schreibt er eine Kriminalgeschichte diverser Gangs des »organisierten Verbrechens«, welches schon in seiner Entstehungszeit diesen Organisationsgrad nicht ohne die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen erreichen konnte.

Besonders lesenswert ist das Kapitel, in dem erzählt wird, wie der CIA-Vorläufer OSS und das *Federal Bureau of Narcotics* den korsischstämmigen Untergrund von Marseille nutzten, um in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg streikende Arbeiter zu terrorisieren. (Übrigens in Zusammenarbeit mit dem US-Gewerkschaftsverband *AFL-CIO*, welcher

Alfred W. McCoy
Die CIA und das Heroin: Weltpolitik durch Drogenhandel
840 Seiten, 19,90 Euro
ZWEITAUSENDEINS
ISBN: 3861506084

gemeinsam mit diesen Geheimdiensten massive finanzielle Hilfe bei Gründung der *Force Ouvrière* leistete.) Die Gegenleistung für die »Korsen« bestand in einem De-Facto-Freibrief für den Handel und die Weiterverarbeitung damals noch türkischen Opiums.

Hier findet sich das Grundmuster aller späteren Deals: Die CIA rekrutiert Hilfstruppen und Counterguerillas, die sich mit ihrer massiven Unterstützung durch Produktion und Handel mit Opiaten finanzieren. In Indochina konnten die amerikanischen Geheimdienstler dabei zum Teil auf französische Strukturen zurückgreifen, die diese Strategie ursprünglich Ende der 40er bis Anfang der 50er Jahre im Krieg gegen den Vietminh entwickelt hatten. Mit dem Unterschied allerdings, dass der Opiathandel im kolonialen Indochina legal und unter Kontrolle eines staatlichen Opiummonopols stattfand. Zeitgleich unterstützte die CIA im Grenzgebiet zwischen Myanmar und China operierende Einheiten der Guomindang dabei, sich über Opiumanbau- und Vertrieb zu finanzieren.

In den 60er Jahren hatte auch Südvietnam die *UN-Single-Convention* [Internationales Abkommen zur Illegalisierung von Drogen] unterzeichnet, was aber weder die südvietnamesische Regierung noch die CIA davon abhielt, im Opiathandel aktiv zu bleiben.

Den Kern der US-Untergrundarmee gegen den Vietkong bildeten Angehörige der ethnischen Minderheit der Hmong, die zuvor in unzugänglichen Bergregionen Subsistenzlandwirtschaft betrieben hatten. Die CIA verpflichtete die Männer dieser Stämme als Counterguerilleros und drängte darauf, den Anbau von Trockenreis zugunsten des Anbaus von Schlafmohn aufzugeben. Für den Transport des Rohopiums richtete die CIA eigene Fluggesellschaften ein, die per Hubschrauber die Ware in den Bergen abholten und an die *Joint Ventures* aus einheimischen »Eliten« und international operierenden Mafiosi weiterleiteten. Letztlich finden wir hier ein seit Jahrhunderten wiederkehrendes Motiv der Opiatproduktion: Die Zurichtung von regionalen Ökonomien für den Weltmarkt. Und ein sehr modernes: Eine solche Opiumlandwirtschaft ist eine Kriegsökonomie.

In Vietnam scheiterte diese Strategie auf ganzer Linie: Zwar konnte die Niederlage des US-Militärs mit ihrer Hilfe hinausgezögert werden, aber die laotischen und südvietnamesischen Verbündeten nahmen wenig Rücksicht auf ihre Schutzmacht und trugen über den Heroinverkauf zu deren Wehrkraftzersetzung bei. Der Anteil von Junkies in den amerikanischen Militäreinheiten in Indochina betrug Anfang der 70er Jahre bis zu 30 Prozent.

Nach dem Abzug der US-Army wurden die Anbaugebiete im »Goldenen Dreieck«, der Grenzregion zwischen Laos, Myanmar und Thailand, noch ausgebaut – das Heroin folgte den abgezogenen Truppen. Die US-Außenpolitik hat also wesentlichen Anteil am Heroinproblem in Nordamerika. Was die CIA allerdings nicht hinderte, die Zusammenarbeit mit dealenden Paramilitärs auch in Afghanistan erfolgreich zu suchen. Die Ergebnisse werden im Buch ebenfalls ausführlich beschrieben.

Insgesamt liegt mit diesem Buch eine sehr detaillierte Geschichte des historischen wie auch des aktuellen illegalen Opiathandels vor. Beim Versuch, diese gründliche Faktensammlung politisch einzuschätzen, bleibt McCoy allerdings hilflos: Auf 679 Seiten Geschichtsmaterial folgen ganze vier Seiten »Schlussfolgerungen«. Dort wird noch einmal resümiert, dass die CIA mit Drogenhändlern zusammenarbeitet, diese vor Verfolgung schützt, und solche Bündnisse zur Expansion des Drogenhandels beitragen. McCoy geht es nicht darum, eine Kritik an Staat und Kapital zu formulieren, er bestreitet nicht einmal die Notwendigkeit der Existenz eines solchen Dienstes für die USA. Er kritisiert lediglich das in seinen Augen kontraproduktive Agieren der CIA.

Der Gedanke, dass die Ergebnisse einer solchen Geheimpolitik genau die gewünschten sind, taucht im Buch nicht auf. Dass die Illegalisierung höchste Profite sichert, wird nebenbei zwar erwähnt, die nötigen Schlussfolgerungen zieht McCoy jedoch nicht. Darauf, dass Anbau und Weiterverarbeitung von »Drogen« in den Ursprungsländern sowohl die kapitalistische Verwertung von Arbeitskraft wie auch eine rudimentäre und meist extrem gewalttätige Staatlichkeit absichern, weist er nicht explizit hin. McCoy ist der Meinung, dass der auch im Innern der USA geführte *War on Drugs* verloren und dass es unökonomisch sei, die US-Knäste zu einem Großteil mit den Drogennutzern zu belegen. Dass es sich hier um eine effektive Strategie im Krieg gegen das Proletariat handelt, mit dem potentiell widerständige Milieus zerstört und den Usern überteuerte, minderwertige bis lebensgefährliche Waren verkauft werden, für deren Besitz sie durch mitunter jahrzehntelange Haftstrafen bedroht sind, wird nicht erwähnt – ebensowenig wie die faktische Durchsetzung von Sklavenarbeit mit Hilfe des Knastsystems.

Insgesamt aber liegt hier ein durchaus spannend geschriebenes Buch vor, welches eine Unmenge an Material für eine noch zu führende Diskussion über die »politische Ökonomie des Drogenhandels« liefert. *yamma mattman*

In der zweiten Jahreshälfte 2004 häuften sich die Negativschlagzeilen zu Lidl. Am 29. Oktober erhielt der Eigentümer Dieter Schwarz den *BigBrotherAward* für die heimliche Video-Überwa-

Neues von der Kampagnenfront:
Lidl Schwarzbuch und Lidlschluss?

chung der Beschäftigten in einigen Lidl-Filialen. Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, 2004 veröffentlichte ver.di das »Schwarzbuch Lidl«. In ihm kommen v.a. ehemalige Lidl-Beschäftigte zu Wort, die rausgeschmissen wurden oder (selten) selber gekündigt haben. Die Kassiererinnen berichten von riesigem Arbeitsstress (40 Scanvorgänge pro Minute sind vorgeschrieben), nicht bezahlten Überstunden, massiven Kontrollen und Einschüchterungen (z.B. durch Testkäufer) und immer wieder demselben Spiel: langjährige MitarbeiterInnen werden mit falschen Anschuldigungen so massiv unter Druck gesetzt, dass sie einen Aufhebungsvertrag unterschreiben.

Nach dem Ende der Agenturschlusskampagne hatten einige Leute in Berlin die Idee, nun eine überregionale Lidlkampagne auszurufen. Dazu haben wir einen Leserbrief gekriegt – im Anschluss daran ein paar Worte zum Lidl Schwarzbuch.

Hallo!

Es geht um die »Lidl-Kampagne«, die derzeit von Leuten in Berlin forciert und mit einem notwendigen Kampf gegen die »Prekarisierung« begründet wird.

Im Rahmen des »Lidlschluss« ist vorgesehen, dass kampagnengestählte Linksradikale bundesweit Aktionen vor und in Lidl-Märkten machen, um die KundInnen darüber aufzuklären, wie prekär und schlimm die Arbeitsbedingungen dort sind, was man ja im ver.di-Schwarzbuch zum Thema nachlesen könne.

Wir haben versucht, den Ansatz aus verschiedenen Richtungen zu hinterfragen und zu kritisieren.

Warum sollen Supermarkt-Jobs im besonderen Maße prekär sein? Warum wird sich ausgerechnet Lidl rausgesucht? Will man quasi als militanter Arm von ver.di tätig werden? Eine nachvollziehbare Antwort gab es zu keiner von beiden Fragen.

Außerdem ist die Herangehensweise, die der Kampagnenidee zugrunde liegt, scharf zu kritisieren. Die BerlinerInnen haben nicht einmal mit Lidl-KassiererInnen geredet, die Idee ist keinesfalls Ausdruck irgendeines Kampfes und irgendeiner Bitte um Unterstützung. Kurz gesagt, es handelt sich um Stellvertreterpolitik der schlimmsten Sorte, die faktisch ihren Ursprung noch nicht einmal in Ärger um konkrete Arbeitsbedingungen hat (was ja, bei aller Kritik, immerhin oft genug der Anlass gewerkschaftlicher Stellvertreterpolitik ist), sondern darin, dass einige linke Aktivisten auf der Suche nach der nächsten Kampagnensau sind, die sie durchs Dorf treiben können.

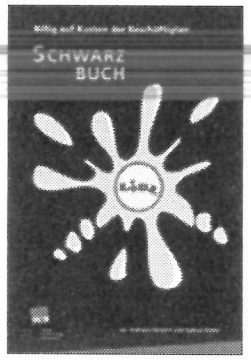
Ein Problem ist inzwischen, dass viele (ex-)autonome Polit-Aktivisten dermaßen abgehoben agieren, dass sie nicht einmal mehr diese Kritik verstehen oder auch nur verstehen wollen, warum ihre paternalistisch-ignorante Art der Herangehensweise an »was Soziales« mit dem eigenen Bekenntnis zu Selbstorganisation nicht ansatzweise kompatibel ist. Man müsse nicht selbst mit den ArbeiterInnen sprechen, das habe ja schließlich »ihre« (!) Gewerkschaft schon getan und in ihrem Schwarzbuch hervorragend dokumentiert. Außerdem könnten die sich ja nicht wehren, weil die dann ja rausfliegen würden, und es gäbe ja auch kaum Betriebsräte (sic!). Bei etlichen – auch langjährigen – linksradikalen AktivistInnen scheint das Koordinatensystem reichlich durcheinander geraten zu sein. Von den Jüngeren, die Diskussionen um direkte Aktion versus Stellvertreterei oft gar nicht mitbekommen haben, mal ganz zu schweigen.

Da die Lidl-Kampagne nach wie vor forciert wird und es durchaus sein kann, dass sie auch in Post-Agenturschluss-Kreisen wieder auf die Tagesordnung kommt, weil die Bereitschaft in Sachen Ein-Euro-Jobs aktiv zu werden, derzeit bundesweit in sich zusammenbricht (das Thema eignet sich offensichtlich nicht für die geliebten Kampagnen, weil es Kontinuität, Verankerung und Auseinandersetzung mit der eigenen Situation erfordert), könnte die Wildcat vielleicht ein Forum sein, über diese Schiene der »Auseinandersetzung mit Prekarisierung« zu diskutieren.

Zwar kann man insgesamt eine stetig wachsende Offenheit gegenüber der »sozialen Frage« bei den Rest-Autonomen feststellen, begrenzt wird sie jedoch weiterhin durch eine eher paternalistische Haltung, eine interventionistische Politik von außen.

R. (Moers)

»Aus heiterem Himmel aus der Arbeit herausgeholt ...«



Man kann die Wut eines Gewerkschafters nachvollziehen, der seit 30 Jahren an Lidl dran ist und den sie immer wieder mit Betriebsausgründungen usw. austricksen. Man kann sich freuen, dass die Schweinebande hinter Lidl mal eins auf die Mütze kriegt. Aber wie das dann alles läuft, hat mit emanzipatorischen Vorstellungen von Rest-Autonomen doch herzlich wenig zu tun.

»Insgesamt wirken die Kolleginnen sehr ängstlich...«

Das Lidl Schwarzbuch pflegt durchgängig einen sehr paternalistischen Ton den Frauen gegenüber und ist voll mit Geschichten wie dieser: »Ich bin stellvertretende Marktleiterin gewesen, mit Leib und Seele Verkäuferin und bin jeden Tag mit Freude auf die Arbeit gegangen. Ich habe für die Firma Lidl gelebt.« Dann wurde sie nach sechs Jahren zum Aufhebungsvertrag gezwungen (S. 23). Oder dieser: »Fleiß und Motivation schützen nicht vor dem Rausschmiss: ›Wir waren nur für die Firma Lidl da‹ – Bei Lidl gehört sehr wenig dazu, von heute auf morgen den Job zu verlieren. Und immer wieder entsteht der Eindruck, dass es völlig langt, eine gute Position, ein ordentliches Gehaltsniveau oder eine längere Betriebszugehörigkeit zu haben. Bei Elke P. aus Dresden kam das alles zusammen. Stellvertretende Marktleiterin war sie, arbeitete seit neun Jahren in einer Lidl-Filiale und verdiente – inklusive bezahlter Überstunden – verhältnismäßig gut. Doch aus heiterem Himmel wurde sie aus der Arbeit herausgeholt, vom Verkaufsleiter beschuldigt, in die Pfandkasse gegriffen zu haben und zur Unterzeichnung eines Aufhebungsvertrages genötigt.« (S. 47)

Die Strategie von Lidl ist klar: Man hält die Belegschaft am Rotieren, schmeißt ältere Beschäftigte, die schon länger dabei sind und Vollzeitstellen haben, raus und ersetzt sie durch jüngere Teilzeitkräfte (die meisten haben offensichtlich Verträge mit 20 Stunden pro Woche, arbeiten aber teilweise mehr als 40 Stunden).

»Wir hatten einen sehr netten Verkaufsleiter...«

ver.di will alle vertreten; deshalb schießt das Buch auch nur gegen eine ganz kleine Clique von »knallharten Managern, Bankern und Lobbyisten« (S. 15). Filialleiter und mittlere Manager hinauf bis zum Verkaufsleiter werden ausdrücklich ausgenommen, denn auch sie sind ja nur »Befehlsempfänger«: »Eigentlich fing alles an wie im Bilderbuch: Das versprochene Einstiegsgehalt von 48 000 Euro im Jahr und der Firmen-Pkw zur freien privaten Nutzung schalteten jeden möglichen Zweifel aus. Bei einem Kongress von Hochschulabsolventen in Köln ließ sich Ralf Schmidt (Name geändert) von Lidl als Verkaufsleiter anwerben. Die Aussichten waren rosig, doch das Märchen endete nach drei Monaten in einem Alptraum.« (S. 57) »Ich bin flexibel, fleißig und packe zu... Ich kann Lehrlinge ausbilden und Menschen führen.‹ ... Der Mann ist kaum zu stoppen. Das sei auch bei der Arbeit so gewesen, erzählt er. Bis zu diesem vertrackten Tag im September, als er unter großem Zeitdruck eine schwere Kiste voller Melonen hob und plötzlich starke Rückenbeschwerden hatte.« Der angehende Filialleiter kuriert das aber nicht aus, sondern geht nach einer Woche wieder arbeiten. »Ohne die vielen Schmerzspritzen wäre das nicht gegangen.« Als er nicht mehr aufstehen kann und festgestellt wird, dass die Bandscheibe verschoben ist, teilt er das seinem Vorgesetzten »offen und ehrlich« mit (schon mal was von ärztlicher Schweigepflicht gehört?), »da fehlten nur noch zwei Wochen bis zum Ende der Probezeit.« Er wird dann – was uns natürlich total überrascht – nicht übernommen! (S. 45/46)

Warum gerade Lidl?

Das Lidl Schwarzbuch behauptet gar nicht, dass Arbeitsbedingungen und Löhne bei Lidl schlechter als anderswo sind. An einer Stelle erfährt man sogar, dass bei anderen Discountern noch schlechter bezahlt wird (S. 55). Aber darum geht's wohl auch gar nicht, denn die Überlegungen bei ver.di sind vermutlich viel einfacher: Um den Mitgliederschwund zu stoppen, muss mit einer öffentlich sichtbaren Kampagne ein bisschen Kampf simuliert werden. Und das geht am besten in einem expandierenden Unternehmen wie Lidl (33 000 Beschäftigte, als Teil der Schwarzgruppe hinter Aldi die Nummer 4 im deutschen Lebensmittelhandel).

Das Buch kann aber auch nicht den Beweis dafür antreten, dass Betriebsräte was an den Bedingungen ändern – nicht mal an der Kündigungspraxis! In sieben von rund 2500 Lidl-Filialen gibt es einen Betriebsrat. Eine der im Buch dokumentierten Kündigungen ist in einer Kaufland-Filiale mit Betriebsrat passiert – der hat aber der Kündigung wegen »Kassenunregelmäßigkeiten« zugestimmt, obwohl »in meiner Kasse auch regelmäßig ein Minus registriert wurde, wenn ich gar nicht gearbeitet hatte.« (S. 53) In Norwegen hat Lidl allen Neueingestellten gleich Mitgliedsantrag der Gewerkschaft beigelegt – man erfährt aber nix drüber, ob das was an den dortigen Bedingungen geändert hat.

Fazit: Vielleicht hat ver.di Erfolg und demnächst entstehen in den meisten Lidl-Filialen Betriebsräte. An den Arbeitsbedingungen der KassiererInnen wird das nicht viel ändern.

Gegen die Arbeitshetze bei Lidl und an allen anderen Kassen!

Nach Redaktionsschluss erreicht uns ein Papier der Rest-Autonomen, das folgendermaßen schließt:
»... Inzwischen haben wir Gespräche mit ver.di aufgenommen und loten konstruktiv die möglichen Gemeinsamkeiten für Aktionen aus. Kurz: im Mai/Juni könnten wir konzeptionell überzeugend und in Kombination mit guten Aktionen die Sozialproteste anders und erneut entfachen.«

Allerdings ist die Sache ganz modern; unter www.verdi-blog.de/lidl kann man mitdiskutieren!

»Es war in Schanghai«

Kölner Bands interpretieren Lieder der Edelweißpiraten.

»Es war in Schanghai« ist der Titel eines bei den Edelweißpiraten beliebten Fahrtenliedes, und eines ungewöhnlichen Projektes, mit dem die Musik dieser antifaschistischen Jugendbewegung dem Vergessen entrissen und ins Heute übersetzt wird:

Die Idee entstand bei den Vorbereitungen zu der Ausstellung »Von Navajos und Edelweißpiraten – Unangepasstes Jugendverhalten in Köln 1933 bis 1945« im Kölner NS-Dokumentationszentrum. Wegen des hohen Stellenwertes, den für diese Jugendgruppen das Singen hatte, machten die OrganisatorInnen daraus ein eigenes Projekt. Sie luden Kölner MusikerInnen ein, gemeinsam mit überlebenden EdelweißpiratInnen deren Lieder zu bearbeiten und einzuspielen. Herausgekommen ist eine CD mit 18 Stücken, begleitet von einem Buch mit Hintergrundinformationen, Fotos und Materialien, und einer DVD, die uns an dem Entstehungsprozess teilnehmen lässt.

Als ich die CD zum ersten Mal gehört habe, fiel mir der Zugang schwer. Die altertümliche Sprache dieser »Volkslieder« und manche Textstellen wecken im ersten Moment nicht gerade positive Assoziationen. Aber gerade diese Widersprüchlichkeit ist ein Grund, die Tradition nicht weiterhin Heino zu überlassen. Mangels anderer Versionen waren unter den Vorlagen für das Projekt tatsächlich Aufnahmen dieses unsäglichen Sängers, wie z.B. »Hohe Tannen«. Eine ziemliche Herausforderung für die Musiker: »Nachdem ich Strophen der Originalversion interpretiert hatte, ging ich an den von den Edelweißpiraten umgeschriebenen Text. Anfangs war er mir noch etwas zu sperrig, doch nach zwei, drei Umstellungen der Worte und Silben konnte ich den Text dann im Studio bestens über meine Reggaeversion singen. Zwei Strophen des Originaltextes habe ich in Waldhörner gebettet. Es entsteht eine gewisse idyllische Stimmung. Am Ende der zweiten Strophe verdunkelt sich die Grundstimmung ein wenig durch Dissonanzen, um danach aber sofort – mit zwei zu den Originaltextstrophen korrespondierenden Strophen der Edelweißpiraten – in eine heitere Reggaeversion überzugehen. Das ganze stellt für mich in knapper Form die Entwicklung des Liedes dar. Von der bündischen Jugend gesungen, kurzzeitig in das Repertoire der HJ übernommen, von den Edelweißpiraten zurückerobert und nun von mir ins Hier und Jetzt katapultiert.« (Harald »Sack« Ziegler)

Musikalisch ist die CD ein wildes Sammelsurium: Folk und Ragga, HipHop und Drum'n'Bass, Cumbia und russische Balladen, Pfadfinderchor-Samples, Schrammelgitarren und Elektronikgefrickel, und auch ein bisschen Kölscher Karneval darf selbstverständlich nicht fehlen. Zu den deutschen und kölschen Texten kommen Zeilen auf englisch, spanisch und russisch – bei den beteiligten Bands sind einige MigrantInnen aktiv. »Lieder aus aller Welt, wie sie gerade kommen« hat ein Kölner Pfadfinder auf sein selbstgemachtes Liederbuch geschrieben. »Wir haben damals schon Lieder gesungen, die multikulti waren«, sagt Edelweißpirat Jean Jülich. »Wir haben damals in dieser Zeit, als alles rassistisch gedrillt war, da haben wir andere Völker besungen.«

Die CD bringt keine simplen Coverversionen, sondern widerspenstige Neuinterpretationen – unangepasst und vielseitig, wie es auch die Edelweißpiraten waren. Welch gute Entscheidung, für dieses Projekt nicht den kölschen Mainstream von BAP bis Brings zu engagieren! So liegt nun eine CD vor, deren viele Feinheiten sich erst nach und nach erschließen (und die mir mit jedem Hören

»Es war in Schanghai« – Kölner Bands interpretieren Lieder der Edelweißpiraten

Musik-CD / DVD / Buch
Hrsg. Martin Rüther, Jan Ü.Krauthäuser, Rainer G.Ott
Köln 2004
15 Euro plus Porto.
Bestellung an
edelweiss@ns-dok.de

Beteiligte Bands und MusikerInnen: Jean Jülich, La Papa Verde, Mr.Carl feat. Bantu, Werle & Stankowski, Onejiru, Tanja i Towarischi, Tonshmide, Microphone Mafia feat. Shana, Konterbande, Harald »Sack« Ziegler, Bam Bam Babylon Bajasch, Sedlmeir, Der Läufer, Jona, Menschensinfonieorchester, »Mucki« Koch, Peter und Helga Schäfer & SakkoKolonia, Jülich & Schilling.

besser gefällt). Das Buch bringt Informationen zu jedem Stück und zur interpretierenden Band.

Die beteiligten EdelweißpiratInnen waren von den neuen Versionen zunächst alles andere als begeistert. »Als ich das zum ersten Mal gehört habe, habe ich gedacht: Du liebe Güte, wat is dat? Unsre schönen Lieder! Aber das ist die heutige Zeit, und wenn wir wünschen, dass die heutige Zeit Verständnis für uns Alte empfindet, dürfen wir uns da nicht querstellen und schulmeisterlich sagen: Um Gottes Willen, dat is nix. Wir werden uns da dran gewöhnen müssen.« (Jean Jülich)

Am Anfang dieser gegenseitigen Gewöhnung standen die »Kaffeekränzchen« von alten EdelweißpiratInnen und jungen MusikerInnen, die teilweise noch nie etwas von dieser Bewegung gehört hatten. Umso spannender waren für sie die Berichte der jung gebliebenen Überlebenden über ihre damaligen Aktionen gegen das Hitlerregime. Die 45-minütige DVD zeigt diese Treffen mit den ersten gemeinsamen Singversuchen, und die folgende Studioarbeit. Sie begleitet die Ausflüge der Humba-Edelweißpiraten-Tour 2004 zu beliebten Orten der Edelweißpiraten, wo es ebenfalls Gelegenheit für gemeinsames Musizieren und alte Geschichten gab: wie sie Wände und Züge mit Parolen bemalt und Flugblätter an öffentlichen Orten ausgelegt haben, oder entflohenen ZwangsarbeiterInnen und KZ-Flüchtlingen halfen. Immer wieder gab es Ärger mit der HJ (Hitlerjugend). Die Berichte der heute über 70-Jährigen über ihre damaligen Auseinandersetzungen haben ihren besonderen Charme: »Wir hatten keine Befehle. Wir waren eine lockere Jugendbewegung. Wir wurden von der HJ attackiert, das heißt kontrolliert. Wir haben natürlich die Ausweise nicht gezeigt. Das gab dann immer ne schöne Klopperei. Das war immer sehr lustig. Aber hinterher kam dann die Polizei oder die SA« (Jean Jülich). »Ich kann euch sagen: es war ein Drama. Der eine hatte hier ne Beule, ich hatte den Arm gebrochen... aber es war wunderbar! Wir haben so richtig mal draufgekloppt« (Gertrud »Mucki« Koch).

Edelweißpiraten lebten gefährlich. Allein in Köln gerieten tausende von Jugendlichen mit der Gestapo in Konflikt. Anlass für Verhaftungen und Folter waren nicht nur direkte politische Aktionen, die einige Gruppen praktizierten. Dafür reichte schon das unangepasste Verhalten, das alle Gruppen vereinte: der Hass auf Drill und Uniformen, und das Beharren auf den eigenen Treffpunkten, der eigenen »Kluft«, der eigenen Musik. Die war »eine bunte Mischung, die sich aus der damals aktuellen, in Filmen und im Rundfunk zu hörenden populären Musik speiste und die Sehnsüchte der Jugendlichen nach Ferne und Ausbruch aus der beengten Alltagswelt widerspiegelte. Daher enthielt sie von jedem etwas, wobei sich die Zusammensetzung dieser Liedschätze von Gruppe zu Gruppe erheblich unterscheiden konnte. Da standen eindeutig gegen die HJ gerichtete Stücke neben aktuellen Filmschlagern und Besinnungslieder neben Gassenhauern, Kosakenlieder wurden durch Schnulzen wie das ‚Diwanpüppchen' ergänzt, Landsknecht- und Abenteuerlieder wechselten sich mit Stücken wie ‚Der Neger Jim' ab. Bei aller Vielfalt hatten die Lieder aber eins gemeinsam: sie entsprachen nicht den offiziellen Vorgaben seitens der Reichsjugendführung« (S.22). Die hatte »Musikpolitik als Führungsaufgabe« definiert und betrachtete sie als »staatserhaltende Lebensmacht«. Allerdings hatte sie 1933 Schwierigkeiten, eine eigene Jugendkultur zu entwickeln. Sie bediente sich ausgiebig bei dem Liedgut und den Riten der Bündischen Jugend. Da hierin auch jede Menge Mannesmut, Heldentum, Heimat und Nation zu finden sind, konnten die Nazis gut daran andocken. Dies erleichterte vielen Jugendlichen den Übertritt in die HJ. Anfangs wurden dort sogar Lieder der sozialistischen Jugendbewegung weiter gesungen, und das zweite Liederbuch der HJ von 1934 hatte den Titel »Uns geht die Sonne nicht unter«, die Schlusszeile von »Wilde Gesellen«, die nun auch nicht gerade dem Idealbild des HJ-Jünglings entsprachen. Mit der Zeit wurden die für die HJ problematischen Texte eliminiert und die Jugendlichen, die sie weiter sangen und verbreiteten, verfolgt.

Gruppen der bündischen Jugend hatten von ihren »Großfahrten« Lieder aus Russland und Asien mitgebracht, die durch die Auftritte von Kosakenchören in Deutschland ab Mitte der 1920er Jahre weitere Verbreitung fanden. Viele Jugendliche verstanden sie als Provokation gegen die NS-Rassenideologie. Andererseits wurden die Kosaken als Vertreter des Antibolschewismus von den Nazis hofiert. So kam es zu der widersprüchlichen Situation, dass bei von der NS-Presse hochgelobten Auftritten der Kosakenchöre die Gestapo vor Ort war, um bündische Jugendliche zu verhaften, die dort als Zugabe ihre Lieblingslieder forderten – in denen Zeilen vorkommen wie: »Ehj, die weißen Wogen löschen roten Brand; Koltschak kommt gezogen, er befreit das Land«. Eine Anspielung auf »Koltschaks weißes Freiheitsheer« findet sich auch in dem Titelstück »Es war in Schanghai«.

Edelweißpiraten waren keine großen Theoretiker. Ihren rebellischen Charakter bekamen die Lieder nicht durch astreine Polit-Texte, sondern durch den Kontext, in dem sie gesungen wurden – der Unterdrückung und dem Terror zum Trotz. In diesem Sinne ist das Projekt eine schöne Ehrung für die Edelweißpiraten, für unsere rebellischen und mutigen Vorfahren – die Hippies und Punks der Nazizeit.

alix

Rio de Schanero
Aheu Kapalero
Edelweispiraten sind treu
steht in einer Zelle des ehemaligen Kölner Gestapogefängnis »EL-DE-Haus« an der Wand, neben Inschriften von ZwangsarbeiterInnen und anderen Gefangenen. Jahrelanger Protest war nötig, um die Stadt Köln davon abzuhalten, diese Spuren der Geschichte zu übertünchen. Heute ist das EL-DE-Haus Gedenkstätte, mit der Dauerausstellung »Köln im Nationalsozialismus« und der aktuellen Ausstellung über Navajos und Edelweißpiraten.

Virtueller Rundgang durch EL-DE-Haus und Ausstellungen, Informationen zum Projekt »Es war in Schanghai« und die CD zum Downloaden:
www.ns-dok.de

Im Oktober 1944 wurden sechs russische Zwangsarbeiter und im November fünf Edelweißpiraten und acht weitere Menschen aus dem Widerstand am Bahndamm in Köln-Ehrenfeld öffentlich hingerichtet. Die Forderung nach einem Mahnmal wurde lange vertagt, denn die Edelweißpiraten sind nicht als Widerstandskämpfer anerkannt. Zu den Jahrestagen traf sich lediglich eine kleine Gemeinschaft aus VVN und Hausbesetzerszene am Bahndamm. Historiker stellten derweil Gutachten aus, zu wieviel Prozent die Edelweißpiraten kriminell, und zu wieviel Prozent sie politisch gewesen wären... Mittlerweile hat die Forderung nach Anerkennung fragwürdige Unterstützung bekommen. In den letzten beiden Jahren gab es am Mahnmal Gedenkspektakel mit Prominenz, z.B. dem ehemaligen Kölner Polizei- und jetzigen Regierungspräsidenten Roters – und dazu spielte die Hip-Hop-Band der Kölner Polizei...

was bisher geschah

Irak I

Wildcat 69, Seite 32-38; *Wildcat* 70, Seite 30–35.

»Vor ein paar Tagen kam eine interessante Meldung: am 12. Januar 2005 haben die US-Truppen offiziell die Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak eingestellt. Überrascht das irgendjemanden? (...) Zarqawi ist viel besser als WMDs. Er ist klein, kompakt und mobil. Er kann von Fallujah nach Bagdad, von Najaf nach Mosul reisen...«

(die irakische bloggerin riverbend, http://riverblendblog.blogspot.com/)

»Die Ökonomie der USA steckt bis zum Hals in der Krise, und die politische Führung – wenn man sie denn so nennen kann – ist mit nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten beschäftigt.«

(Counterpunch,1.3.05)

»An einem Scheitern der USA im Irak kann ernsthaft niemand ein Interesse haben, der nicht die Weltwirtschaft in Trümmern sehen will.«

(Amerika, »War on Terror« und der Aufstand der Alten Welt, CA-IRA Verlag 2003, S.3)

USA durch Vietnam-Wahl ermutigt:
Washington, 3. September 1967
Regierungsbeamte weisen auf 83-prozentige Beteiligung trotz Vietkong-Terrors hin

Vertreter der US-Regierung wurden heute überrascht und ermutigt vom Ausmaß der Beteiligung an der südvietnamesischen Präsidentschaftswahl ungeachtet der terroristischen Kampagne des Vietkongs, den Urnengang zu stören.(...) Berichten aus Saigon zufolge haben gestern 83 Prozent der 5,85 Millionen registrierten Wähler ihre Stimme abgegeben. Viele von ihnen riskierten vom Vietkong angedrohte Vergeltungmaßnahmen. Das Ausmaß der Wahlbeteiligung und das Unvermögen des Vietkongs, den Wahlablauf zum Erliegen zu bringen, stellten zwei der wichtigsten Aspekte einer ersten, vorläufigen, auf der Basis hier eintreffender, unvollständiger Ergebnisse erstellten Analyse der landesweiten Wahl dar.(...). Es herrscht hier die Hoffnung vor, dass die neue Regierung in der Lage sein wird, mit einem Selbstbewusstsein und einer Legitimität zu handeln, wie sie in der südvietnamesischen Politik lange gefehlt haben. Diese Hoffnung hätte durch eine niedrige Wahlbeteiligung, welche auf verbreitete Verachtung oder ein mangelndes Interesse an einer verfassungsmäßigen Entwicklung hingedeutet hätte, oder durch eine Störung des Urnengangs durch den Vietkong zerschmettert werden können.(...) Die Wahlbeteiligung von 83 Prozent war von daher eine willkommene Überraschung. Die Beteiligung bei der Präsidentschaftswahl 1964 in den USA lag bei 64 Prozent.
(Peter Grose in der New York Times vom 4.9.1967)

Sudan

Wildcat 71, Seite 69-74

Der **Artikel zum Sudan** in *Wildcat* 72 beschrieb im Schlussabsatz die internationalen Interessen des Konflikts: Deutsche Konzerne sind am Bau einer 2500 km langen Eisenbahn vom Süden Sudans über Uganda und Kenia zum Hafen Mombasa am Indischen Ozean beteiligt – was die Grundlage für die Abspaltung des Südens samt der dortigen Ölfelder sein könnte. China hat am meisten Geld in die sudanesische Ölindustrie gesteckt, China und Russland lehnen eine Intervention von außen ab; deutsche und französischen Firmen machen gute Geschäfte mit den »Befreiungsbewegungen« im Süden, aber auch mit der Zentralregierung. Nur die US-Firmen gehen momentan aufgrund des von der US-Regierung verhängten Embargos leer aus – eine Konstellation, die an den Irak erinnert – so der Schlusssatz des Artikels.

Im Januar haben die sudanesische Zentralregierung und die Rebellen des »Sudan People's Liberation Movement« (SPLM) im Süden des Landes einen »Friedensvertrag« unterzeichnet. Danach hat der Süden nun Anspruch auf die Hälfte der Einnahmen aus dem Erdölgeschäft; außerdem kann der Süden nach einer Übergangszeit von sechs Jahren über den Verbleib oder die Abspaltung von der Republik Sudan abstimmen. Eine Abspaltung des rohstoffreichen Südsudan und eine Annäherung an das westlich orientierte Kenia wäre eine durchaus mögliche Option. Ein Konsortium um die deut-

sche Gleisbaufirma Thormählen Schweißtechnik AG hat mit der SPLM bereits einen Vorvertrag für den Bau einer Eisenbahnlinie von den sudanesischen Ölfeldern bis zur Pazifikküste Kenias unterzeichnet, mit der eine vom Nordsudan unabhängige Erdölvermarktung ermöglicht werden soll. Die *Neue Zürcher Zeitung* berichtete am 27. November 2004, dass Thormählen zusammen mit Siemens, Thyssen-Krupp, Strabag und Radio Hamburg eine Holding-Gesellschaft gegründet hat, welche beim Wiederaufbau des Südens mitwirken soll. Wirtschaftsminister Clement soll Thormählen bereits Staatsgarantien für das Eisenbahnprojekt in Aussicht gestellt haben.

Soldaten der Bundeswehr haben Ende vergangenen Jahres tansanische Soldaten in die sudanesische Krisenregion Darfur geflogen. Nach Angaben der Bundesregierung ging es darum, eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Friedensforscher vermuten hingegen, dass es der Bundesregierung um eine Schwächung der sudanesischen Zentralregierung ging. Die Berater der deutschen Bundesregierung haben nach Einschätzung von *german-foreign-policy.com* kein Interesse am Erhalt des Sudan. Die der deutschen Regierungspartei SPD nahe stehende *Friedrich-Ebert-Stiftung* bezeichnet einen Fortbestand des Sudan als ‚wenig wahrscheinlich', deutsche Politiker unterhalten seit Jahren Kontakte zu Separatisten im Südsudan und setzten sich schon im Sommer für die ‚Förderung infrastruktureller (...) Maßnahmen' in dem Sezessionsgebiet ein.

In den letzten Wochen wird verstärkt eine Intervention der UNO gefordert, die USA drängen auf die Entsendung von 10000 UN-Soldaten und Sanktionen, die auch das Verbot von Erdölexporten beinhalten sollen – was sich gegen die chinesischen Ölgeschäfte richten würde. ■

HBB zum Ersten, zum Zwoten, zum Dritten

Wildcat 69-72 (!!)

Streik bei HBB Leverkusen beendet

Die streikenden BusfahrerInnen von HBB in Leverkusen halten den – allerdings auch etwas traurigen – Rekord, zum viertenmal in unserer Rubrik *Was bisher geschah* aufgenommen zu werden. Nach mehr als einem Jahr (!) endet der Streik der Leverkusener BusfahrerInnen mit dem Abschluss eines Haustarifvertrages. Kurz zur Erinnerung: Die FahrerInnen des Subunternehmers HBB haben wesentlich schlechtere Bedingungen als ihre KollegInnen der öffentlichen Muttergesellschaft KWS. Die 90 HBB Fahrer verdienen 30 Prozent weniger und haben ungünstigere Arbeitszeiten. Zu Beginn des Streiks solidarisierten sich die FahrerInnen von KWS, was sicher dadurch begünstigt wurde, dass HBB und KWS praktisch ein Betrieb sind. Die Solidaritätsstreiks wurden aber gerichtlich verboten, womit ein wichtiges Druckmittel fehlte. *Ver.di* tat im folgenden fast nix für die Ausweitung des Streiks, setzte in erster Linie auf die Unterstützung von Lokalpolitikern. Nach 13 Monaten Streik ist nun ein Haustarifvertrag mit einer Laufzeit bis 2009 abgeschlossen worden, der die Stundenlöhne um 80 Eurocent erhöht, was zudem mit Kürzungen beim Urlaubsgeld und bei Zuschlägen verrechnet werden muss. ■

Ab sofort wird nur noch montiert....

Wildcat 71, Seite 24-28

In Wildcat 71 berichteten wir vom **5000x5000 Modell bei VW** in Wolfsburg. Grundgedanke des Projekts ist die Produktion einer Stückzahl gegen Fixlohn von 5000 DM (2556 Euro). Darüber hinaus sind weitere Zahlungen an die festgelegte Umsatzrendite gebunden. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 35 Stunden und kann auf 42 ausgedehnt werden. (siehe *Wildcat* 71). Zur Umsetzung wurde eigens eine Tochterfirma, die *Auto 5000 GmbH*, gegründet, ein Tarifvertrag mit dreieinhalb Jahren Laufzeit über die Bedingungen der Produktion des *Touran* am Standort Wolfsburg abgeschlossen. In den neuen *WSI-Mitteilungen* (Heft 1/2005) findet sich eine »Halbzeitbilanz« des Modells durch die »Begleitforscher« Michael Schumann & Co vom Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen. Einleitend stellen sie eine »Retaylorisierung« in der Autoindustrie fest – und betonen im Gegensatz dazu die »arbeitspolitisch innovativen« Konzepte des Auto 5000 Modells, verkaufen Auto 5000 als »anti-tayloristisches Fabrikmodell«. Das Konzept sei von der IG Metall »ausdrücklich mit der Zielsetzung verknüpft, ein Gegengewicht zu den Retaylorisierungstendenzen der letzten Jahre zu schaffen«.

In *Wildcat* 71 hatten wir auch einen *Bericht aus einer Montagekolonne* der Auto 5000 GmbH bei VW in Wolfsburg. Stumpfsinn und Stress, eine berüchtigte »Aufkleberschicht«, unterbesetzte Schichten; eine Sieben-Tage-Woche, wenn du samstags Frühschicht hast und am Sonntag die Nachtschicht losgeht. Frank W. hat denn auch nach einem halben Jahr aufgehört. »Anti-tayloristisch«!??

■

Ich-AGs
werden vor allem wegen der Förderung gegründet

Wildcat 68, Seite 49-53; *Wildcat* 73, Seite 54-57

Laut der im November 2003 von der Bundesregierung verteilten Werbebroschüre »Agenda 2010 – Deutschland bewegt sich«, waren 2003 61000 Ich-AGs entstanden. In der letzten Wildcat hatten wir die Zahlen vom Oktober 2004 veröffentlicht: Bis dahin waren es insgesamt 127000 gewesen – und wir vermuteten, dass die Zahl an Neugründungen dieser Ich-AGs bis Ende des Jahres noch zunehmen wird, um so dem Arbeitslosengeld II noch eine Weile auszuweichen.

Im Februar 2005 veröffentlichte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg einen IAB-Kurzbericht mit einer Zwischenbilanz der Ich-AGs. Dort heißt es recht trocken: »Mit einer Fortdauer von bis zu drei Jahren ist die Ich-AG dem Überbrückungsgeld offensichtlich an Attraktivität überlegen, wenn es nicht um eine passgenaue Gründungsförderung, sondern vor allem um die Sicherung sozialstaatlicher Transfers geht«.

Der IAB-Kurzbericht spricht von 268000 Ich-AGs bis Ende 2004 und 48000 Abgängen. Davon sollen nach Angaben des Berichts 55 Prozent wieder in die Arbeitslosigkeit zurückgekehrt sein, 33 Prozent seien wieder »sozialversicherungspflichtig beschäftigt« (die anderen fallen unter Rente, Vorruhestand, Mutterschutz, Wehr-/Ersatzdienst, Fortbildung, Umschulung). Ein Drittel der Abbrecher berichtet von Schulden aus der Selbständigkeit.

Am Ende des Berichts wird die Hoffnung ausgesprochen, dass die Kontrolle und Überprüfung der »Geschäftsidee« seit Ende 2004 die Abbrecherquote verringern könnte...Wenn sie sich da mal nicht gründlich täuschen – wir bleiben am Ball. ■

»2005 wird für den deutschen Gefängnismarkt ein entscheidendes Jahr«

...so der Manager des führenden britischen Gefängnisbetreibers Serco

Wildcat 72, Seite 20-23

Der Artikel **Prekarisierung und Masseninhaftierung** in *Wildcat* 72 analysierte vor dem Hintergrund gestiegener Inhaftierungszahlen den Zusammenhang zwischen dem Abbau der Sozialsysteme und dem Ausbau des Knastsystems; speziell ging er auf die Versuche ein, durch eine Privatisierung Kosten zu sparen.

Die *Serco GmbH&CoKG* (eine Tochter des britischen *Serco-Konzerns*) hat z.B. seit November einen Betreibervertrag mit der hessischen Landesregierung für die in Bau befindliche JVA in Hünfeld. Die Justizvollzugsanstalt Hünfeld soll nun im Herbst 2005 eröffnet werden, *Serco* wird 40 Prozent des Personals stellen. Hessens Justizminister rechnet mit Einsparungen von 660000 Euro jährlich, weil er keine Beamten für diese Aufgaben einstellen muss. Hünfeld könnte ein weiterer Schritt zur Privatisierung des Knastsystems sein – ein Prozess, der in den USA zu Beginn der 80er Jahre begann. (siehe hierzu auch die Buchbesprechung im USA-Dossier)

(siehe auch die Jobangebote auf www.serco.de)

Schwitzen statt Sitzen!?
(*Neues Deutschland*, Bernd Baumann, 4.2.05)

Nach dem Motto »Schwitzen statt sitzen« verfuhren im vergangenen Jahr in 2481 Fällen Straftäter, denen Gerichte saftige Geldstraßen aufgebrummt hatten. Weil die Verurteilten nicht zahlen konnten, leisteten sie ersatzweise gemeinnützige Arbeit. Eine solche Ersatzfreiheitsstrafe abwenden können die Betroffenen durch gemeinnützige Arbeit in rund 1000 Einrichtungen und Institutionen in Brandenburg. Das Justizministerium spart durch »Schwitzen statt sitzen« Geld. Allerdings wurden jetzt Befürchtungen laut, dass die mit Hartz IV eingeführten Ein-Euro-Jobs die Stellen für das Programm »Schwitzen statt sitzen« verdrängen.

In den *lateinamerikanischen* Knästen ist es in den letzten Monaten immer wieder zu Aufständen und Hungerstreiks gekommen:

Argentinien: Gefangenenaufstand
Die mediale Inszenierung des Alltages als Krieg

Der Gefangenaufstand in der Haftanstalt San Martin im argentinischen Córdoba am 10. Februar dauerte nur 36 Stunden. Seither ist das Gebäude wieder unter staatlicher Kontrolle, die 25 Geiseln der rebellierenden Häftlinge befinden sich in Freiheit, wie der Polizeidirektor von Córdoba Jorge Rodriguez bestätigte. Acht Tote, darunter drei Polizisten, zwei Häftlinge und fünf Gefängniswärter, sowie 30 Verletzte sind die Bilanz.

Die mediale Inszenierung der Gewalt lässt jedoch nach der Ethik des Fernsehjournalismus fragen. Die Bilder, die am vergangenen Freitag um die Welt gingen, zeigten ein Dutzend bewaffneter und vermummter Häftlinge auf dem Dach des Gefängnisses San Martin. Vor laufenden Kameras stechen sie einer ihrer Geiseln, einem Gefängniswärter, immer wieder in Arme und Beine, treiben die blutüberströmte und halbnackte Person vor sich her. Die Aufnahmen der Situation vor den Gefängnismauern sprechen von Chaos. Zu sehen sind Polizisten und Angehörige der Armee. Sie feuern um sich. Schreiende Menschen versuchen, sich vor dem Schusswechsel in Sicherheit zu bringen. Was vermitteln diese Bilder? Dass Krieg herrscht. Aufständische, Sicherheitskräfte, Politiker und Medien scheinen sich einig zu sein: Die Inszenierung der Realität als Krieg ist ein Erfolgsrezept. Tod und Gewalt erzeugen öffentliche Aufmerksamkeit und hohe Zuschauerquoten.

Die Bilder des kurzen Aufstandes im Gefängnis von San Martin skandalisieren indessen etwas, das in argentinischen und anderen lateinamerikanischen Gefängnissen Alltag ist: Rebellionen und Proteste von Häftlingen. Allein die Haftanstalt San Martin hat seit 1986 fast 400 Gefangenproteste zu verzeichnen, darunter 263 gewaltsame Aufstände.

Für den Aufstand vergangene Woche reichte der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Während der Besuchszeit am Donnerstag drangsalierte ein Wärter die Ehefrau eines Insassen. Schnell eskalierte die Situation. Die Gefangenen nahmen zwei Dutzend Geiseln, darunter die Gefängnisdirektoren Emilio Corso und Francisco Toledo, überfielen das Waffendepot der Anstalt und setzten Teile des Gebäudes in Brand. Rund 50 Familien von Häftlingen blieben freiwillig bei ihren Angehörigen. 1100 Polizeibeamte und 300 Soldaten umstellten das Gebäude und verhängten eine Ausgangssperre für die Bewohner/innen des dicht besiedelten Stadtteils San Martin. Zwei Häftlinge wurden bei dem Versuch zu fliehen erschossen. (...) Zu den Forderungen der aufständischen Gefängnisinsassen gehörten die Verbesserung der Haftbedingungen und die Rücknahme einer Regelung zur Einschränkung der Familienbesuche. Die Haftanstalt von San Martin ist chronisch überbelegt, die hygienischen Bedingungen sind eine Katastrophe. Konzipiert für 700 Insassen, sind hier derzeit fast 1700 Menschen untergebracht.

(*gekürzt nach Stefanie Kron/POONAL 14.2.05*)

Hungerstreik in venezolanischen Knästen

Mitte Januar breitete sich in den **venezolanischen Knästen** ein Hungerstreik aus, es beteiligten sich mehrere 1000 Häftlinge in 19 Gefängnissen. Es ging um bessere Bedingungen und schnellere Prozesse, und die Anwendung des Paragraphen zur vorzeitigen Entlassung. Gleichzeitig scheint es sich um eine der wenigen selbstorganisierten Bewegungen zu handeln, die zudem davon absieht, vom »Compañero Presidente« die Lösung zu erwarten. In Cumaná, ca. 350 km östlich von Caracas, standen ungefähr 200 Angehörige vor dem dortigen Knast mit ca. 450 Insassen. Niemand wurde mehr in den Knast gelassen, auch kein Wasser mehr. Es gab ein ergebnisloses Treffen mit der Gefängnisverwaltung. Die Kommunikation von draußen nach drinnen und umgekehrt funktionierte gut, der Knast liegt in einem Wohngebiet und direkt neben dem Friedhof. Die umliegenden Kneipen machten gute Geschäfte, brasilianisches Light-Bier hatte Hochkonjunktur. Der Hungerstreik war nach einer Woche vorbei – ohne konkretes Ergebnis.

Zum Hintergrund am 14.02.2005 *Jeroen Kuiper* aus Caracas: (...) Die Bedingungen in Venezuelas Gefängnissen gelten nach Brasilien als die schlimmsten in der Region. In beiden Ländern kommt es regelmäßig zu Protesten und Häftlingsrevolten. Chávez wollte mit seinem Veto gegen die neue Strafrechtsreform nach eigenen Angaben eine weitere Zuspitzung der Zustände in den Gefängnissen verhindern. Nach dem Veto vor einer Woche muss die Nationalversammlung die Reform des Strafrechtes nun noch einmal überarbeiten.(...)Der jüngste Hungerstreik war aber nur eine Etappe in einer Reihe von Protestaktionen, mit denen die Regierung an das drängende Problem der Haftbedingungen erinnert wurde. 2004 seien demnach 247 Insassen in Haft ums Leben gekommen und 536 verletzt worden. (...) Im Jahr 1998, als Hugo Chávez ins Präsidentenamt gewählt wurde, waren noch über 500 Todesopfer in den Gefängnissen zu beklagen. Seit seinem Amtsantritt steht eine Reform des Justizwesens auf der Regierungsagenda, bislang verhinderten die andauernden innenpolitischen Probleme aber eine nachhaltige Lösung. Inzwischen hat die Regierung eine Expertenkommission ins Leben gerufen, von der eine nachhaltige Lösung der Gefängniskrise erarbeitet werden soll. ■

Irak II

Wildcat 69, Seite 32-38; *Wildcat* 70, Seite 30-35

»Wir können davon ausgehen, dass die Bombardierungen bis November anhalten werden und ein Großangriff auf die Stadt folgen wird. Ein Angriff, der weit brutaler sein wird als die vergangenen Angriffe auf Falluja und Najaf.«
(Michael Schwarz auf Znet im September 2004)

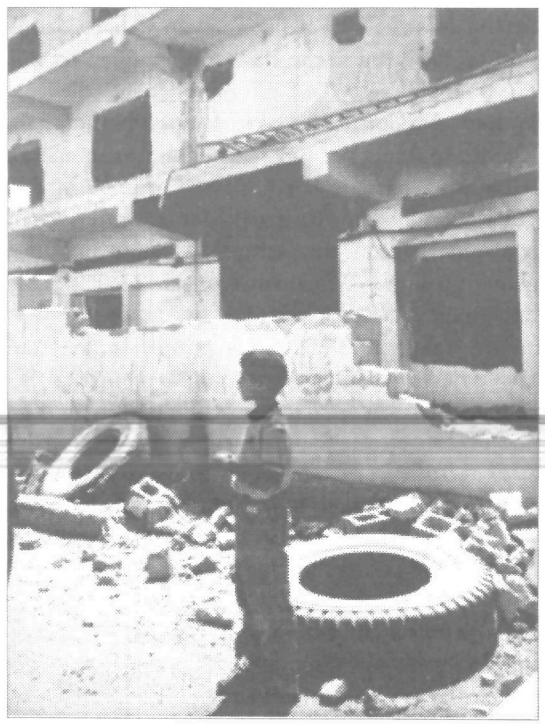
Diese Prognose zog Michael Schwarz aus dem, was er die neue »US-Strategie« nach den Ereignissen in Najaf im August 2004 nennt. Zur Erinnnerung: Über Wochen hatte sich im August 2004 rund um Najaf eine Belagerungssituation entwickelt. Die Anhänger Al-Sadrs hatten sich in der »heiligen Stadt« der Schiiten, in der Ali-Imam-Moschee, eingebunkert – die US-Armee musste sich nach der Intervention Al-Sistanis (er rief zu einer breiten Demonstration nach Najaf auf) zurückziehen. Für M. Schwarz eine Konstellation, die den ganzen »Sumpf«, die blockierte militärische Situation der US-Streitkräfte deutlich gemacht habe: politisch wäre es nicht möglich gewesen, Al-Sadr aus Najaf rauszubomben – aber ein Rückzug der US-Streitkräfte *und* ein Verbleiben Al-Sadrs in Najaf hätte das ganze Dilemma offengelegt, den »Widerstand« in den Griff bekommen zu wollen.

Die »neue Strategie« hätte seitdem nur noch darin bestanden, sich kurzfristig bis zu den - im Spätsommer 2004 immer unsicherer werdenden - Wahlen im Januar 2005 zu retten. Das bedeutete bis zum Wahltermin im Januar zweierlei: zum einen sollte eine »stabile Lage« durch die Kontrolle vor allem der Städte wie Falluja, Samarra, Tal Afar und Sadr City mittels massiver Angriffe ohne Rücksicht auf Verluste unter der irakischen Bevölkerung durchgesetzt werden. Des weiteren sollte die nachfolgende »Übergabe« dieser Städte an die im Aufbau befindlichen irakischen Sicherheitskräfte die US-Truppen aus der Schusslinie nehmen und eines Abzugsszenario zumindest angedeutet werden.

Die Umsetzung dieser »neuen Strategie« folgte dann im November 2004 am brutalsten in Falluja. In den Wochen vor dem Beginn der »Operation Morgendämmerung« zogen um die 12000 US-Soldaten und 20000 irakische Truppen einen Ring um die Stadt. Währenddessen ging das Bombardement weiter, die 350000 BewohnerInnen wurden zum Verlassen der Stadt aufgefordert. Unmittelbar vor Beginn des Einmarsches befanden sich noch geschätzte 50-60000 EinwohnerInnen in der Stadt. Ein Großteil der Geflüchteten musste in Flüchtlingslagern außerhalb der Stadt »leben«. Am 8. November folgte der Einmarsch in die Stadt. Als einer der ersten »Erfolge« wurde die Einnahme des Krankenhauses gemeldet – bei der ersten Offensive auf Falluja im April 2004 hatten Meldungen aus den Krankenhäusern über die Zahl der Opfer das Vorgehen erschwert. Die Kämpfe ziehen sich bis Ende November, dann wird die Offensive offiziell als Erfolg gewertet: Über 1000 tote Aufständische, die 250000 Flüchtlinge sollen »bis Weihnachten« in die Stadt zurückkehren können.

Erst in den letzten Wochen wurde das wirkliche Ausmaß der Zerstörung Fallujas deutlich: 70 Prozent der Häuser sollen zerstört sein, noch immer befinden sich die meisten BewohnerInnen außerhalb der Stadt in Flüchtlingslagern oder bei Verwandten in anderen Städten. Über die Zahl der Opfer gibt es bis heute keine sicheren Angaben, auch deswegen, weil bis heute bei Aufräumarbeiten immer wieder Leichen gefunden werden (der Rote Halbmond spricht von 6000 Toten). Erst 20 Prozent der BewohnerInnen konnten oder wollten bislang in die Stadt zurückkehren. Es gibt Berichte über den Einsatz von Phosphor und anderen chemischen Kampfstoffen. Zurückkehrende IrakerInnen berichteten, dass sie von den US-Soldaten davor gewarnt werden, gelagerte Lebensmittel zu benutzen. Noch immer herrscht in der Stadt – und im ganzen Irak – der Ausnahmezustand, noch immer zieht sich ein Kordon von Sperren um die Stadt, der den Zugang nach Falluja kontrolliert.

Anfang Dezember wurden trotz der »Erfolgsmeldungen« die Anzahl der US-Soldaten im Irak



um 12000 auf damit ca. 150000 erhöht, um das »Nahziel Wahlen« durchsetzen zu können (zur personellen und inneren Situation der US-Armee siehe den Beitrag im USA-Dossier). Tatsächlich haben diese Wahlen am 30.1.2005 stattgefunden, die Wahlbeteiligung wurde zunächst mit über 70 Prozent angegeben. Inzwischen ist offiziell von knapp 60 Prozent die Rede. Diese Wahlbeteiligung ist auch durch Druck zustande gekommen, z.B. wurden Gerüchte gestreut, die Verteilung der für die meisten IrakerInnen immer noch nicht zu ersetzenden Lebensmittelmarken sei an den Wahlgang gebunden; im Nordirak wurde die fast ausschließliche Wahlbeteiligung der Kurden auch militärisch durchgesetzt. Ausserdem beziehen sich die Zahlen auf ein nicht existentes Wählerregister: für die Wahlberechtigung wurden z.B. die Rationierungskarten für Lebensmittel zugelassen. Realistische Schätzungen gehen daher von einer 40-50 prozentigen Wahlbeteiligung aus (*Frankfurter Rundschau*, 15.2.05). Zudem sind die Wahlen nur ein weiterer Versuch, die irakische Gesellschaft mittels ethnischer und/oder religiösen Linien zu reorganisieren (siehe *Wildcat 70*, S.34).

Mit der Wahl haben die IrakerInnen den USA den »lila Stinkefinger« (wer gewählt hatte, bekam einen lila Finger) gezeigt und zum Gehen aufgefordert (siehe z.B. N. Klein, *Sie zeigen uns den lila Stinkefinger).* Der Erfolg der Wahlen liegt für die USA vor allem darin, dass sie stattgefunden haben. Eine »Ironie der Geschichte«, dass nach den Wahlen die Schiiten eine starke Machtpositionen errungen haben, gehören sie doch seit der iranischen Revolution von 1979 zu den »Hauptfeinden« der USA. Detlef Hartmann verweist allerdings zurecht darauf, dass alle »Vorstellungen von Religionskonflikt an der Oberfläche bleiben«. Fraglich ist nur Hartmanns These, die Schiiten sollen nun die Rolle des »Modernisierer von oben« übernehmen. Ebenso so wenig wie die Schiiten und/oder andere religiöse/islamische beeinflusste Gruppen in den 70er/80er Jahren Ausdruck der kämpferischen Massenarmut o.Ä. waren, macht es heute Sinn, allgemein von der »Modernisierungsrolle« der Schiiten zu reden. (*ak 492,* S.22)

Im Irak geht es allerdings darum, die von Paul Bremer erstmal an die Wand gefahrene Privatisierungspolitik, die Ausbeutung der irakischen Öl- und Wasserressourcen, die auch im Widerstand der ArbeiterInnen stecken geblieben ist, wieder weiterzutreiben (dazu *Wildcat 70,* S.31/32; N.Klein, *Bagdad im Jahre Null*, Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2005).

Der momentan größte Erfolg der USA ist die Nichtreaktion auf das *terror bombing*. Die eskalierende Gewalt gegenüber irakischen Zivilisten trifft auf wenig Aufsehen oder löst nur Apathie aus. Das hängt *auch* mit der »Macht/dem Monopol der Bilder« zusammen: es dominiert die Berichterstattung über die mörderischen Anschläge »des Widerstands«, hinter denen die alltägliche Grausamkeit der Besatzungs- und Kriegssituation versteckt wird. Nur in den Ländern, in denen die Politik der USA auch innenpolitisch auf Widerspruch stößt, die US-Politik auch für die eigene schlechte soziale Situation verantwortlich gemacht wird, gibt es breitere Proteste (z.B. Lateinamerika). Oder in den Ländern, die Soldaten im Irak haben (z.B. Italien).

In der *Wildcat* 70 hatten wir geschrieben: »In der Antikriegsbewegung scheint eine abwartende Haltung zu überwiegen, verständlich angesichts der massiven Probleme der Besatzungsmächte und angesichts eines bewaffneten Widerstands mit undurchsichtigen bis gefährlichen Protagonisten. Es ist deshalb richtig, die Kämpfe der ArbeiterInnen in den Blick zu bekommen und Kontakte in den Irak aufzubauen, anstatt in eine falsche jubelnde Solidaritätsarbeit zu verfallen.« Wir äußerten die Befürchtung, dass soziale Bewegungen und ArbeiterInnenkämpfe zwischen Besatzungstruppen und baathistischen und/oder islamistischen Gruppen zerrieben werden. In den letzten Monaten ist es trotzdem wieder vermehrt zu Demonstrationen und Streiks gekommen. Dabei geht es nach wie vor um Kämpfe gegen Privatisierungen, um nicht bezahlte oder zu niedrige Löhne vor dem Hintergrund enorm gestiegener Energiepreise. Noch immer funktioniert in weiten Teilen des Landes die Infrastruktur nicht, immer wieder kein Strom, kein Wasser – und hohe Energiepreise in einem Land mit einem Haufen Erdöl. Die SOCU – die Southern Oil Company Union – spricht von einer Kontinuität von Streiks seit Beginn der Besatzung 2003. Eine Zusammenstellung aktueller Berichte findet Ihr unter: www.labournet.de/internationales/iq/tsoulakis.html.

Damit die Diskussion an diesem Punkt fruchtbar werden kann, Initiativen denkbar werden, muss allerdings ein Dilemma aufgebrochen werden. Die politische Debatte um den Krieg im Irak muss wieder aufgenommen werden, statt von»zwei Lagern« nur funktionalisiert zu werden: auf der einen Seite ist eine ausführliche Berichterstattung über die Kriegsführung der USA mit einer fast völlig unkritischen Haltung gegenüber der Zusammensetzung des »irakischen Widerstands« gekoppelt. Und auf der anderen Seite soll umgekehrt mit dem Hinweis auf den reaktionären Charakter des »Widerstands« die Diskussion um den »Sumpf« der USA, ihre politischen und militärischen Schwierigkeiten, die Fragen nach »Krise oder Durchmarsch« des Welthegemon USA gleich mit erledigt werden.

■

Wildcat

Back Issues.

Wildcat 72 (Januar 2005)

Beilage: Audio-CD 'making music is killing music'

Wilder Streik bei Opel Bochum

Erfahrungen im Kampf gegen Zwangsarbeit in den 80ern · Knast: Prekarisierung und Masseninhaftierung

Osteuropa · MigrantInnen in Tschechien · Situation in Polen · polnische Schattenwirtschaft in Berlin

Lateinamerika · Wasserkrieg in Mexiko · Bewegung und Institutionalisierung in Bolivien · Venezuela: umstrittene Spielräume

m.u.c.k.e. · Deutschpop und andere Grausamkeiten

Wildcat 71 (Herbst 2004)

Beilage: Geschichte eines englischen Bergarbeiters

Wir waren das Volk Anti-Hartz-Demos

Jede Agentur braucht ihre Agenten
Dole Autonomy vs. Die Wiederdurchsetzung der Arbeit

Die Erfahrungen der Pariser Solidaritätskollektive

Auto & Metall Streik bei Daimler – Auto 5000 – Arbeiten in einer Metallklitsche

gegen.Entwürfe Jobber – Metallbaukollektiv – Messebau – Metallarbeiter

Respekt Der Umbau der Musikindustrie – Fire Music

Kriegsziel Sudan u.v.m.

Wildcat 70 (Sommer 2004)

Operaismus Vom Schimpfwort zum toten Hund – Storming Heaven – FIAT in Arbeiterhand

Streik in der Modellfabrik FIAT Melfi

SUD Von der Unmöglichkeit radikaler Gewerkschafterei

Dead End im Irak

Verlagerungen nach Osten? Tschechien – Rumänien

Musik statt Industrie Moers 2004 – Industrial Music – DMCA on Steroids

Buchbesprechungen Joe Hill, die IWW und die revolutionäre Gegenkultur – The Art of Rebellion – The many headed Hydra

Wildcat 69 (Frühjahr 2004)

Beilage: Plakat

Prekarisierung: Angriffe von oben – Widerstand von unten?

Soziale Explosion in der Ostslowakei

StudentInnen – zwischen Standort und Wir wollen alles

Prekär am Steuer – Streiks und Aktionen der Busfahrer in Köln · Leverkusen · Italien

China: das Fließband läuft. Noch.

Krieg und soziale Kämpfe im Irak

Pop-Mythen adieu! · Alles Pop · Filmbesprechung Faites vos jeux · Making Music is killing music? Die Krise der Musikindustrie

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Ausland 24 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 16 Euro (Ausland 20 Euro) – alle Preise incl. Porto.

Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder das Aboformular auf der Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Archiv und Aktuelles

www.wildcat-www.de

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch

[eine andere gewerkschaft ist möglich]

FAU IAA
Freie ArbeiterInnen Union
Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org

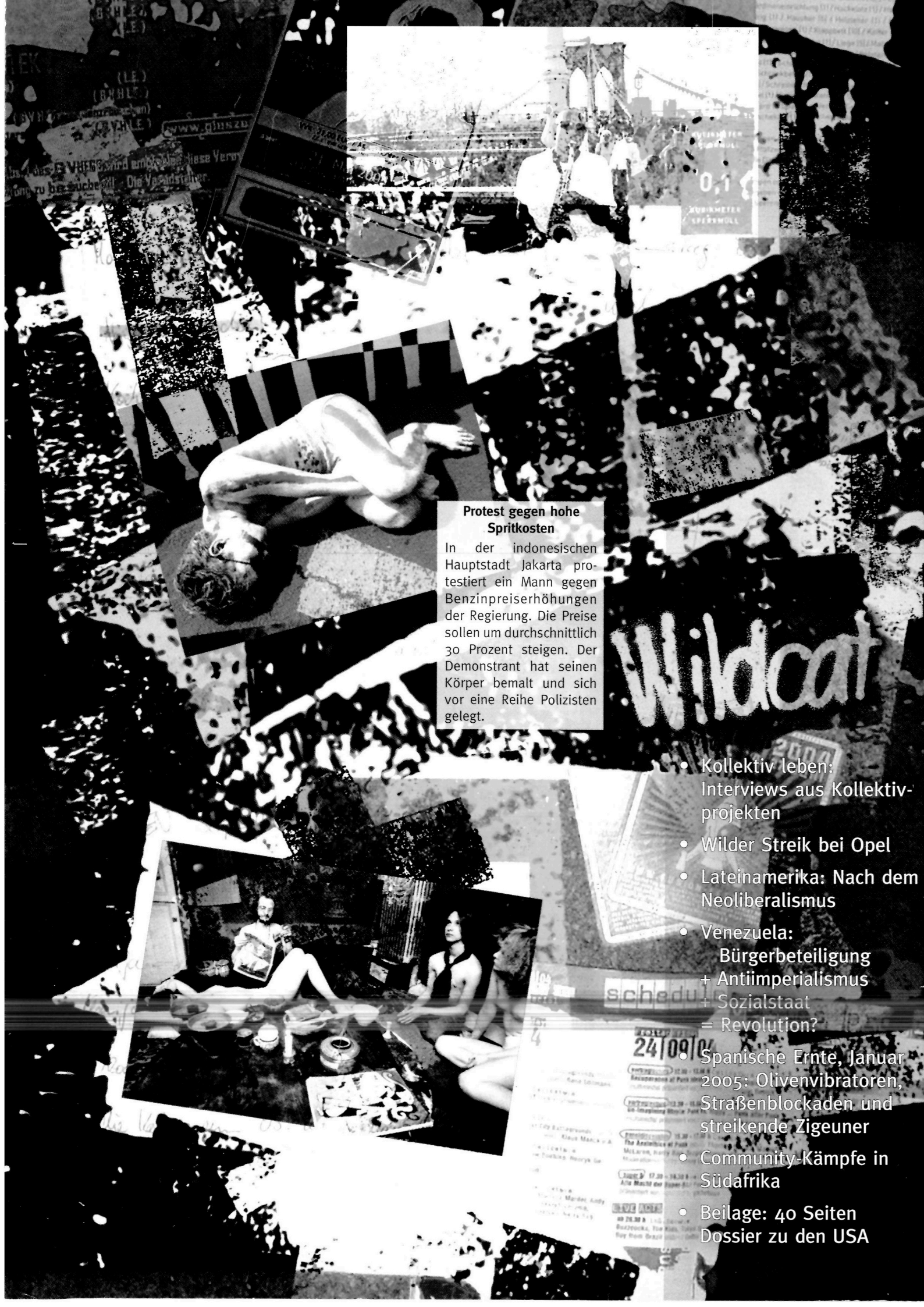
In der aktuellen Ausgabe (1/05) u.a.:

- Kirsten Huckenbeck: »Was ist Standortsicherung wert?«, Fragen an die gewerkschaftliche Linke
- Anton Kobel: »Perspektiven! – Es geht auch anders!«
- Slave Cubela: »Organisation der Unklarheit«, zum 6. Bundestreffen der Gewerkschaftslinken
- Peter Hauschild: »Kampf gegen Privatisierung«, grenzlegaler Spontaneismus auf Rezept
- Gaby Gottwald: »Laden dicht«, über den Start und die Folgen von Hartz IV
- »Die Versuchung wird groß«, Gespräch mit Michael Burbach über gute Gründe, keine 1-Euro-Jobber einzustellen

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Protest gegen hohe Spritkosten

In der indonesischen Hauptstadt Jakarta protestiert ein Mann gegen Benzinpreiserhöhungen der Regierung. Die Preise sollen um durchschnittlich 30 Prozent steigen. Der Demonstrant hat seinen Körper bemalt und sich vor eine Reihe Polizisten gelegt.

- Kollektiv leben: Interviews aus Kollektivprojekten
- Wilder Streik bei Opel
- Lateinamerika: Nach dem Neoliberalismus
- Venezuela: Bürgerbeteiligung + Antiimperialismus + Sozialstaat = Revolution?
- Spanische Ernte, Januar 2005: Olivenvibratoren, Straßenblockaden und streikende Zigeuner
- Community-Kämpfe in Südafrika
- Beilage: 40 Seiten Dossier zu den USA